DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 12 Dezember 1988 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Bundesrepublik Deutschland: Asylrecht für alle Schwulen aus dem Iran

Bundespräsident von Weizsäckers böse Schlammschlacht gegen das deutsche Volk

Geld: ECU gewinnt an Stärke

Handelskrieg: Japans Taktiken gegen Europa

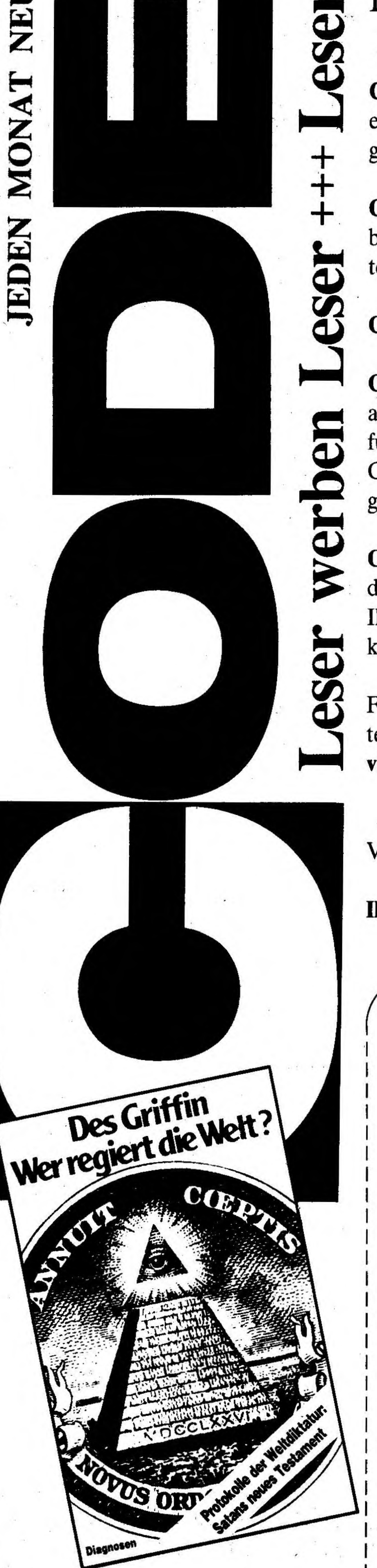
Frankreich: Demokratie in der Zerreißprobe

Pakistan: Zia als Opfer im Geheimdienst-Krieg

USA: Drogen-Pakt mit der Mafia zwischen Präsident, Banker und CIA

»Unser Schicksal sind die Strahlen –
der Mensch und sein strahlender Lebensraum« ist ein Buch,
das über die bioenergetischen und bioplasmatischen
Funktionen des menschlichen Organismus, das energetische
Milieu als Ursache von Zellfunktionsstörungen
und Krankheiten berichtet.





Lieber Leser

CODE hat vor fünf Jahren zum letzten Mal seinen Preis für das jährliche Abonnement erhöht. Inzwischen haben wir jährlich von der Post eine Erhöhung der Postvertriebsgebühren hinnehmen müssen.

CODE ist gezwungen, ab Januar 1989 den Abonnements-Preis für jährlich zwölf Ausgaben auf 72 DM zu erhöhen. Damit kostet die Zeitschrift im Monat 6 DM. Am Zeitschriftenkiosk bezahlen Sie jedoch für das Einzelheft 7,50 DM.

CODE bietet mit dem Jahres-Abonnement weiterhin eine beträchtliche Sparmöglichkeit.

CODE erhöht auch den Abonnements-Preis für ausländische Abonnenten. Das Jahresabonnement kostet für zwölf Ausgaben ebenfalls 72 DM zuzüglich 15 DM Versandkosten für den einfachen Postweg. Auf Wunsch können Sie in außer-europäischen Ländern CODE auch per Luftpost zugestellt bekommen. Die Luftpostgebühren werden Ihnen gesondert zu den Versandkosten in Rechnung gestellt.

CODE bittet alle Leser, die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift zu unterstützen durch Werbung neuer Abonnenten. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von CODE werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«**

Vielen Dank für Ihr Verständnis

Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Ayatolla Khomeini verfolgt Homosexuelle mit der Todesstrafe, ein Grund für Bonn, ihnen Asylrecht zu gewähren.

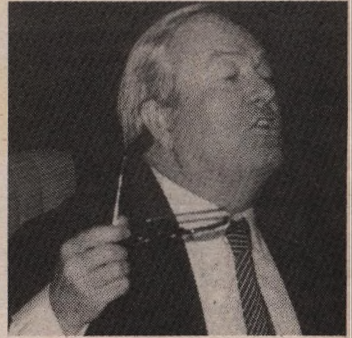
In eigener Sache



Gerhard Frey nutzt seine Position im »nationalen« Lager, um Desinformation und lanciertes Geheimdienstmaterial ausländischer Agenten zu verbreiten.

Finanzen

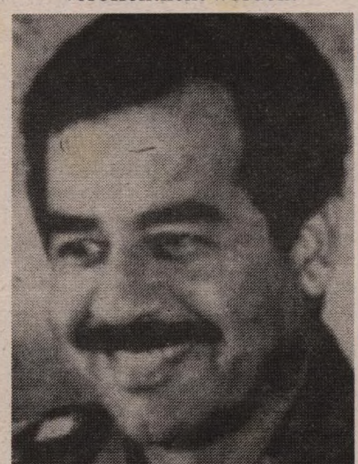
Internationales



Jean-Marie LePen wagt es, dem Mißbehagen und der Empörung weiter Bevölkerungsschichten in Frankreich Ausdruck zu geben.

Nr. 12 Dezember 1988

Naher Osten



Saddam Hussein wird in der Studie als möglicher Aggressor Israels genannt.

Medizin

Ständige Rubriken

Bonn

Erst Deutschland – dann Europa

Hans W. Schimmelpfeng

»Ich habe das Wort ›Europa‹ immer nur im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangen, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten. Der viel mißbrauchte Begriff ›Europäische Einheit‹ wird uns nicht verleiten dürfen, der deutschen Nation zuzumuten, daß sie ihre Politik nach anderen als deutschen Interessen regelt.« Diese Worte schrieb der erste deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck.

Bevor im Zweiten Weltkrieg die Mitte Europas von beiden Seiten her zerschlagen wurde und die westlichen und östlichen Räuber sich ungeniert und ohne Beachtung ihrer früheren moralisierenden Reden diese größte Kriegsbeute aller Zeiten teilten, kam niemand auf den Gedanken, unter Europa etwas anderes zu verstehen als den Erdteil zwischen Gibraltar und dem Ural. Ein geographischer Begriff, ein Erdteil wie andere, bestehend aus verschiedenen Volks- und Staatsbereichen, aber keine politische Einheit.

Geteilt und in aller Welt diffamiert

Nach dem Kriege setzte das Bestreben der Haupt-Kriegsgewinner, der UdSSR und der USA, ein, ihre Eroberungen abzusichern. Das setzte die Abschaffung des Erdteil-Begriffes »Europa« voraus und die Einordnung der eroberten Teile in die verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Systeme der neuen Diktatoren. Und weil sie sich den Besitz des eroberten Deutschen Reiches und unterworfenen deutschen Volkes geteilt hatten, sollten beide endgültig auseinandergerissen werden und bleiben.

So entstand der heutige Zustand: Deutschland seit 43 Jahren geteilt und in Fortsetzung der verlogenen »psychologischen Kriegführung« in aller Welt diffamiert. Nach brutaler Vernichtung, sogar teilweiser Ermordung seiner Führungsschicht von beiden Seiten in verschiedener Richtung »umerzogen«, zur Sicherheit der Unterdrücker ständig militärisch besetzt und in vorgeschriebene politische Systeme gepreßt.



Bonns Politiker haben sich damit abgefunden, daß die deutsche Frage nicht mehr auf der Tagesordnung der Weltpolitik steht.

Im Westen ist nun dieses System bei raffinierter Gleichschaltung aller Massenmedien und unter Mißbrauch der Schulen zu geschichtsfälschender Umerziehung schon soweit gediehen, daß der alte Begriff »Europa« so gut wie beseitigt ist und man in der Schaltzentrale des Westens glaubt, es sich leisten zu können, das westliche Kunstprodukt »Europa« zu nennen und die Satelliten-Staatsbildung BRD im Sinne westlicher liberal-kapitalistischer Mächte als endgültig anzusehen.

Wenn unsere Politiker vom »werdenden gemeinsamen Europa« sprechen, tun sie so, als ob zum Beispiel Mitteldeutschland, Österreich oder die Schweiz nicht zu Europa gehörten.

Es begann mit dem »Ruhrstatut«, der »Montanunion« und der »EWG«, der sogenannten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Alle Schuld der Welt hat das besiegte Volk

Die EWG war weder europäisch noch Gemeinschaft. Sie konnte aus zwei Gründen keine Gemeinschaft sein: Ihr deutscher Teil unterlag einer ständigen weltweiten Diffamierung, von der auch die teileuropäischen Partner bis heute nicht abgerückt sind. Nach wie vor wird alle Schuld der Welt von unedlen Siegern auf das besiegte Volk geladen. Ferner wird der so erzeugte Schuldkomplex dazu mißbraucht, Milliarden über Milliarden mit willfähriger Hilfe der regierenden Parteien aus dem fleißigen Volk auf getarnten und ungetarnten Wege herauszuholen.

Die Folgen lassen sich heute nicht mehr verbergen: Das »Wirtschaftswunder«, beruhend auf einer gewaltigen Kraftanstrengung des Volkes, ist verwirtschaftet. Zusätzlich sind die öffentlichen Kassen in einem Maße verschuldet, das mit normalen Mitteln nicht mehr reparierbar ist.

Die Rationalisierung und Konzentration der Wirtschaft, die Automatisierung der modernen Technik und der Konkurrenzdruck der sogenannten Billigländer, in die die weltweit agierenden Konzerne die Produktion verlegen, nachdem sie die bei uns aufgekauften Werke zunehmend stillegen, erhöhen mit steigender Arbeitslosigkeit den öffentlichen Geldbedarf. Um das Volk einige Zeit im Glauben an ewigen »Fortschritt« zu belassen, hat man auch noch die Reserven der Rentenversicherungen des kleinen Mannes verpulvert.

In dieser Lage wendet man sich nicht vom bisherigen Weg ab; vielmehr soll unser teildeutsches Staatsprovisorium nicht etwa im Sinne der Präambel des Grundgesetzes in Richtung »Einheit und Freiheit Deutschlands« geführt werden, sondern auf dem Wege über »Europa«-Wahlen immer weiter entfernt werden von der Wiederherstellung deutscher Einheit und von dem für die Zukunft denkbaren Weg: Dem Weg in ein mögliches und wünschenswertes Europa, das unter Nutzung seiner vielfältigen Möglichkeiten und Fähigkeiten bei Schonung und Erhaltung seiner völkischen Einheiten und Eigenheiten zur Zusammenarbeit organisch entwickelt werden kann. Ein Gesamteuropa, das diesen Namen wirklich verdient.

Keiner der neuen Freunde will die deutsche Einheit

Wir brauchen in der Bundesrepublik eine politische Linie zu einem Europa, in dem das deutsche Volk seine Einheit findet. Von Adenauer bis heute hat der Weg in die Westintegration das genaue Gegenteil angestrebt und auch erreicht. Unter diesen Umständen wäre es eine Illusion zu glauben, daß man durch die Bindung der Bundesrepublik in die sogenannte »Europäische Gemeinschaft« oder gar einer »Europa-Union« mit immer größerer Aufgabe von eigenen Hoheitsrechten der deutschen Einheit näher käme.

Nirgendwo in den sogenannten europäischen Verträgen sind Vorbehaltsklauseln festgeschrieben, die den Vorrang der deutschen Einheit klarstellen und uns von Verpflichtungen entbinden, die dem Streben nach einer deutschen Neuvereinigung zuwiderlaufen.

Keiner unserer sogenannten Freunde, Verbündeten und Partner will die deutsche Einheit. In England und Frankreich läßt man keinen Zweifel daran, daß man die Zerschlagung des Deutschen Reiches, für die man

den Zweiten Weltkrieg führte, auf jeden Fall erhalten will.

Eine teildeutsche Vertretung im sogenannten Europa-Parlament hätte nur eine Aufgabe: Die europäischen Völker und die Weltöffentlichkeit unablässig auf die widernatürliche und widerrechtliche Zerrissenheit Deutschlands hinzuweisen, Freunde zur Unterstützung unserer Forderung nach Freiheit, Einheit und Selbstbestimmung zu gewinnen und alle Beschlüsse zu verhindern, die der Präambel des Grundgesetzes und dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts entgegenstehen.

Aber die in der Bundesrepublik herrschenden Parteien einschließlich ihrer gleichlaufenden Opposition werden dort die deutsche Einheit ebensowenig anstreben wie im Bundestag.

Für die bevorstehenden »Europa-Wahlen« gilt also wie für Bonn: Weder CDU/CSU noch SPD und ihre jeweiligen Mehrheitsbeschaffer.

Ob es nutzt, in dieses »Europa-Parlament« einige rechte, nationale Abgeordnete zu wählen, wenn sie wirklich gegen den gehässigen und massiven Widerstand aller Gegenkräfte hineinzubringen sein sollten, ist eine Frage, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann.

Dazu wäre zu klären, was unter »national« oder »rechts« zu verstehen ist. Wenn den Begriffen »rechts« oder »rechts von der CSU« noch fügsamere Westintegration, noch fügsamere NATO- und Amerikahörigkeit und Aufrüstungs-Spaltungspolitik verstanden wird, bewahre uns das Schicksal vor solchen »Rechten«.

Politik zwischen den Blöcken

Nur wenn sich eine Partei und untadelige Persönlichkeiten finden würden, die sich eindeutig der oben dargestellten Aufgabe verschreiben und sich nicht als Mehrheitsbeschaffer für die west-extremistische CDU/CSU hergeben, könnten sie als Fanal des deutschen Protests gegen Bonn und die EG-Fesselung des westdeutschen Teilstaat-Provisoriums gewählt werden.

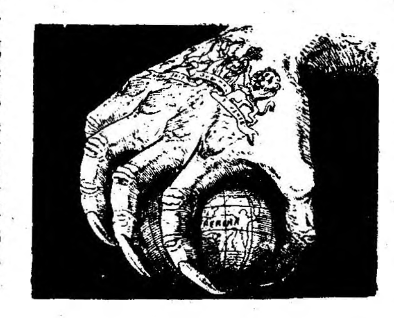
Deutsche Politik hat nur dann einen Sinn, wenn sie kompromißlos der in Pankow und Bonn betriebenen Integrations- (sprich: Teilungs-)Politik eine Absage erteilt. Deutsche Politik ist selbständige Politik zwischen den Blöcken, die sich weder auf die westliche noch auf die östliche Seite schlägt und beiden Seiten gegenüber unabhängig unter kluger Nutzung jeder sich ergebenden Chance gesamtdeutsche Interessen vertritt, nüchtern und ohne ideologische Verkrampfung.

Es gilt diese Erkenntnis in unserem Volk wachzuhalten und zu verbreiten: Erst Deutschland – dann Europa!

Gegner und Feinde der deutschen Einheit, aber auch alle die Deutschen, die sie ersehnen und für sie eintreten, auch wenn sie ob des östlichen und westlichen Integrationsverrates manchmal verzweifeln wollen, können sicher sein, daß in dem wirklichen Europa, das immer noch von Gibraltar bis zum Ural reicht, neue Umstände eintreten, die gesamtdeutsche Politik möglich machen. Die Zeit der Kollaborateure zeigt bereits die ersten Anzeichen ihres Niedergangs.

Wer sich dem gespaltenen Teileuropa der Internationalisten, der Banken und Konzerne, der Bürokraten, der Überfremdung und Egalisierung verschreibt, schaltet sich aus der künftigen deutschen Politik aus, die eine gesamteuropäische sein und zur Neuvereinigung unseres Volkes als dem Herzen Europas führen wird.

Diese künftige Politik wird wirklich eine europäische sein, die ohne kulturelle und wirtschaftliche Unterdrückung seiner geschichtlich gewachsenen Einheiten Europa in der Welt und zum Heil der Welt vertreten wird. Oder aber Europa geht unter und mit ihm versinkt die Welt im Chaos. □



Bundesrepublik

Ein Paradies für Schwule

Bruno Unger

Nach neuester Rechtsprechung haben alle Homosexuellen, die in ihren Heimatländern deshalb verfolgt werden, Asylrecht in der Bundesrepublik. Nach Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts haben homosexuelle Iraner Anspruch auf Asyl in der Bundesrepublik, weil ihnen unter dem Ayatolla-Regime im Iran die Todesstrafe drohe.

Da der Koran die Homosexualität verdammt, haben Homosexuelle nicht nur im Iran, sondern in allen heutigen und zukünftigen islamisch regierten Ländern mit Verfolgung zu rechnen. Das bedeutet: Sämtliche Homosexuelle aus Ländern, in denen der Koran oberstes Gebot ist, haben nun automatisch Anspruch auf Asyl in der Bundesrepublik. Sind es Tausende oder Millionen, die sich nun auf ihr »Recht« auf Asyl berufen werden, wenn sich dieses Urteil herumspricht? Ist das Recht im Namen des deutschen Volkes?

Im Namen des deutschen Volkes?

Ernsthaft kann man zu einem solchen Urteil, das formalrechtlich Millionen Muslims, ein Asylrecht im gelobten Land des »sozialen Netzes« sichert, wenn sie nur behaupten, homosexuell zu sein, kaum noch Stellung nehmen.

Ein Leserbriefschreiber kommentierte es in verzweifeltem Galgenhumor so: »Laßt die armen Leute doch kommen, sie sterben ja wieder aus und können uns nicht überfremden, weil sie sich bekanntlich nicht auf natürlichem Wege zu vermehren pflegen.«

Wenn ein solches Urteil nicht endlich eine wirksame Mehrheit der verdummten und langmütigen Deutschen aufrüttelt, ist wirklich die Frage zu stellen, ob diese Art der Demokratie für das Wohl und das Überleben unseres Volkes die richtige Staatsform ist.

Oder besser: Ob die Menschen wirklich mündig und reif genug sind für eine funktionierende Demokratie.

Seit Anfang dieses Jahres beantragen jeden Monat 5000 bis 8000 Ausländer in der Bundesrepublik Asyl – schon vor diesem Urteil: Libanesen, Polen, Türken, Jugoslawen, Iraner, Afrikaner und andere. Bis Ende des Jahres werden es mehr als 100 000 sein.

Nur etwa zehn Prozent der Bewerber können glaubhaft machen, in der Heimat verfolgt zu sein. Über 90 Prozent werden abgelehnt und werden dennoch nicht abgeschoben. 550 Verwaltungsrichter sind derzeit damit ausgelastet, 44 000 Prozesse in Asylverfahren abzuwickeln.

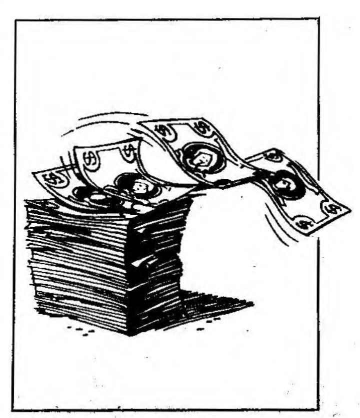
Von den Bonner Parteien keine Hilfe

Die Kosten trägt »der Staat«, also der Steuerzahler. Zur Zeit leben in der Bundesrepublik mehr als 700 000 ausländische »Asylanten«, nur 75 000 davon sind anerkannt. Für ihre Betreuung werden in diesem Jahr über drei Milliarden DM ausgegeben.

Insgesamt leben derzeit 4,63 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik, das sind 7,6 Prozent der neuerdings so genannten »Wohnbevölkerung«.

Der Anteil dieser Ausländer an der Gewaltkriminalität beträgt 21,3 Prozent. Schwarzafrikaner aus Senegal, Nigeria und anderen Ländern beherrschen zunehmend den Rauschgifthandel.

Es ist wahrlich höchste Zeit darüber nachzudenken, was in diesem Staat geschehen muß, um die Substanz unseres Volkes zu bewahren. Von den Bonner Parteien ist kaum Hilfe zu erwarten. □



Bundesrepublik

Gefragt ist Gemeinsinn

Michael Brandegger

Eine Partei, die sich allein dem Gemeinsinn verpflichtet, und die den Zeitgeist bekämpft, wird kommen. Früher oder später! Sie muß begleitet sein von einer Klimaänderung und einem Bewußtseinswandel. Allein durch Zuwarten halten wir die verhängnisvolle Entwicklung nicht auf.

Jeder kann in seinem Wirkungskreis hier und heute Gebote der Gemeinnützigkeit erfüllen und gegen den Werteverfall Widerstand leisten. Das beginnt bereits damit, Freizeit mit seinen Kindern zu verleben und durch Liebe die Abwehrkräfte gegen Einflüsse der Außenwelt zu stärken. Es macht schon Sinn, allein im häuslichen Kreis, mit Hausmusik und Liedersingen zu beginnen und damit wieder Melodien gegen das atonale Gejaule zu setzen, das alltäglich aus dem Radio auf die meisten von uns herabrieselt.

Kann man ohne Ideale leben?

Jeder Erwachsene kann in seinem Wirkungskreis mithelfen, die Identität unserer Nation wiedererstehen zu lassen. Da bieten sich beispielsweise zu jeder Jahreszeit Gedenktage an, so etwa das Reformationsfest, das geradezu herausfordert, der Jugend den Unterschied von Martin Luthers Thesenanschlag an der Schloßkirche zu Wittenberg und den Schmierereien an den Häuserwänden an der Hamburger Hafenstraße zu erklären.

Oder wie wäre es, am Volkstrauertag es nicht beim Gedächtnisritual im Plenarsaal des Bundestages zu belassen, sondern sich selbst zu beteiligen, wenn am örtlichen Ehrenmal oder einer Gefallenentafel der im Krieg gefallenen Soldaten und der nach der Kapitulation noch zu Hunderttausenden ermordeten deutschen Landsleute in der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien zu gedenken wäre.



Josef Stalin verfolgte die Wolga- und Krimdeutschen und verschleppte sie nach Sibirien, wo sie an Hunger und unmenschlichen Arbeitsbedingungen massenweis starben.

»Was hält die Deutschen eigentlich noch zusammen, wenn es außer der dürren staatlich-juristischen Klammer nichts gibt, das bindet?«, so frug schon am 19. Mai 1970 der Mitherausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Jürgen Eick, in einem Leitartikel unter der Überschrift »Kann man ohne Ideale leben?« seine Leser und folgerte: »Viele Menschen mögen dies empfinden, spüren das Vakuum, leiden darunter und suchen schon Ersatzziele.«

Das Schicksal eröffnet uns in der heutigen Zeit mit der bis 1991 erwarteten Einwanderung von 600 000 Aussiedlern aus dem kommunistischen Machtbereich in die Bundesrepublik eine einzigartige Chance, Solidarität wieder zu entdecken, eine nationale Herausforderung anzunehmen und mit ihr eine Gemeinschaftsaufgabe zu bewältigen.

Da kommt einem das Wort Goethes aus dem Jahr 1832 in den Sinn: »Wenn wir nur erst wieder anfingen und in irgend etwas, sei es, was es wolle, einen gründlichen Charakter bezeigten, so wären wir auch wieder halb auf dem Wege, ein Volk zu werden.«

Vergangenheit wirklich bewältigen

Da mag der Strom der Aussiedler für viele Unternehmer unter uns mit der Erwartung begrüßt werden, endlich Arbeitskräfte für jede, wenn auch noch so niedere Dienstleistung zu finden, die im Heer der 2,3 Millionen arbeitslos Gemeldeten in der Bundesrepublik nicht mehr aufzutreiben sind. NATO-Strategen werden sich vielleicht ausrechnen, daß die durch den Pillenknick und durch Abtreibungen dünn gesäten Reihen von Wehrpflichtigen von den kinderreichen Aussiedlerfamilien eines Tages wieder aufgefüllt werden könnten, und Krankenhausverwalter werden Hoffnung schöpfen, weibliches Pflegepersonal zu finden, an dem es ihnen bis zum ausgerufenen Notstand mangelt.

Parteien schicken sich gar schon an, um die Gunst des neuen Wählerpotentials zu buhlen und streuen Versprechungen auf den Weg in deren Eingliederung. Diese ist aber doch nicht zu bewältigen, ohne daß alle gesellschaftlichen Gruppen initiativ werden und menschliche Solidarität zeigen. Gemeinsinn ist die Forderung dieser Tage und Wochen.

Dabei wird sich zeigen, ob wir Vergangenheit wirklich bewältigen, und zwar nicht nur, wie sich das die Siegermächte und viele unserer Medien vorstellen. Denn die da zu uns kommen, unsere Schwestern und Brüder, tragen, von der Kleidung am Leib und den 90 Rubeln abgesehen, die sie aus der UdSSR mitbringen dürfen, noch schwer an dieser Vergangenheit. Sie haben am längsten an jenem unseligen Krieg gelitten, an dem sie weder durch ihre Wählerstimmen, noch durch Jubelrufe etwas wie »mitschuldig« geworden sein könnten.

Wenn wir jetzt veranlaßt werden, uns mit ihrem Martyrium zu befassen, vermögen wir in der Tat, Vergangenheit zu bewältigen. Gäbe es eine Partei der Gemeinnützigen, so würde sie landauf – landab die Lehrer der Schulen, die Dozenten in den Volkshochschulen und die Bürokraten der Kultusministerien beschwören, Unterricht und Vorlesungen über das Schicksal des Deutschtums in Osteuropa anzuberaumen, denn Wissen um dessen Leid ist die Voraussetzung für Verstehen und Mobilisierung von Hilfsbereitschaft.

Seit dem Zusammenbruch von 1945 haben wir, die mit dem Wiederaufbau unseres Landes beschäftigten Westdeutschen, dem Schicksal unserer deutschen Volksgruppen wenig Aufmerksamkeit zukommen lassen. So manche hatten wohl Angst, als »Völkischer Beobachter« attakkiert zu werden, und da alles grundsätzlich falsch war, was unter Hitler angepackt und betrieben wurde, mußte auch der Kontakt oder gar eine Unterstützung der Auslandsdeutschen absolet sein, die von drei Millionen Mitgliedern des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA) in der Vorkriegszeit auf heute 15 000 zusammengeschrumpfte Zahl spricht mehr als manches andere Bände.

Flüchtiger Blick auf deutsches Schicksal

So ist denn dem Bewußtsein der heutigen Generation entfallen, daß die Zarin Katharina II. die Deutschen einst ins Land gerufen hatte, und daß sie in ihrem Manifest von 1763 den Kolonisten freie Ortswahl, Religionsfreiheit, Selbstverwaltung, Freiheit von Steuern und vom Militärdienst und das Recht zugesprochen hatte, das Zarenreich jederzeit wieder verlassen zu können.

Das Angebot war für Menschen, die gerade auf deutschem Boden den Siebenjährigen Krieg und seine Verwüstungen erlebt hatten, verlockend. Es entstanden in der Folgezeit die drei großen Siedlungsgebiete der Wolhyniendeutschen in der Ukraine, der Wolgadeutschen und der deutschen Siedler im Schwarzmeergebiet.

Vor 1914 zählte man in Rußland 3500 deutsche Dörfer, und die Volksgruppen mit ihren kinderreichen Familien war auf 1,7 Millionen angewachsen. Aber schon im Ersten Weltkrieg begann ihr Leidensweg. In einem Streifen von 100 bis 150 Kilometer entlang der Westgrenze des zaristischen Rußland erfolgte die »Enteignung allen unbeweglichen Vermögens«. 50 000 Wolhyniendeutsche wurden nach Sibirien deportiert, wobei die Hälfte den Tod fand.

Anfang der zwanziger Jahre führte die Enteignung der Bauern zu einer entsetzlichen Hungersnot. 1914 hatte es noch 650 000 Wolgadeutsche gegeben; bei der Volkszählung von 1926 waren es nur noch 379 630. Im Schwarzmeergebiet dezimierte Hunger und Verfolgung die Deutschen von 650 000 auf 350 000.

Der Kriegsausbruch von 1941 führte zunächst zur Deportation von 45 000 Krimdeutschen. Dann folgten ihnen 800 000 weitere Deutsche in Viehwagen nach Sibirien. Sie starben massenweise an Hunger, Kälte und unmenschlichen Arbeitsbedingungen.

Stalin hatte diesen Völkermord mit vorgeschützter »aktiver Unterstützung der deutsch-faschistischen Aggressoren« begründet, ein Vorwurf, der vom Obersten Sowjet im Jahr 1964 wenigstens wieder zurückgenommen wurde, ohne daß allerdings Wiedergutmachung oder eine Rückkehr der deutschen Staatsbürger in ihre einstigen Siedlungsräume erfolgt wäre.

Immerhin hatten 1979 insgesamt 57 Prozent der 1 936 000 noch lebenden Rußland-Deutschen den Mut und die Kraft, Deutsch als ihre Muttersprache anzugeben. Soweit dieser flüchtige Blick auf deutsches Schicksal in Rußland. Von den Siebenbürger Sachsen ist bei anderer Gelegenheit zu sprechen.

Keine neue Spielwiese für den Eigennutz

Bei 20 Prozent unseres heutigen Sozialproduktes haben wir unmittelbar nach Kriegsende 11 Millionen Heimatvertriebene bei uns aufgenommen. Die Aufgabe für die reichste Industrienation Europas, jährlich etwa 200 000 solcher Aussiedler zu integrieren, sollte heute nicht schwerfallen.

Da lese man zweimal, was die Bundesfamilienministerin Rita Süßmuth in der Tageszeitung »Die Welt« schreibt: »Der Kontakt mit unseren neuen Landsleuten mit ihren festen Familienstrukturen, ihrer selbstverständlichen Nachbarschaftshilfe, ihrer Bereitschaft zur unorganisierten Selbsthilfe, ihr persönlicher Mut, ein Leben völlig neu aufzubauen und ihr ausgeprägtes Gemeinschaftsgefühl macht mich nachdenklich. Weiß ich nicht aus Studien und Umfragen, daß dies genau die Werte sind, die vor allem – aber nicht nur – unsere Jugendlichen hier suchen, die sie in unserer Gesellschaft als defizitär erleben.«

Ein Bravo, Frau Minister, für diese Einsicht. Nur sollten wir dagegen halten, damit sich ihr nächster Satz nicht erfüllt: »Mag sein«, so Frau Süßmuth, »daß unsere Gesellschaft, unser Wohlstand, auch diese Deutschen korrumpieren wird.«

Wir werden drängen müssen, daß die Wohlfahrtsinstitutionen sich ihrer Verpflichtung, Zeit für unsere Landsleute zu opfern, jetzt erinnern, daß sie sich mit Geld allein nicht Ablaßzettel zur Befreiung von wirklichem Engagement besorgen können.

Auch die Gewerkschaften wird man prüfen müssen, ob sie mit ihrer »Neuen Heimat« denen, die zu uns kommen, neue Heimat schaffen. Die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wird man im Auge behalten müssen, und wenn das nur mit der Frage nach ihrem Einsatz in Leserbriefen an die Tagespresse erfolgt.

Dabei wird zwischen Aussiedlern und Asylanten sorgfältig unterschieden und darauf geachtet werden müssen, daß sich nicht im Schafspelz der Gemeinnützigkeit der Eigennutz eine neue Spielwiese erobert. □



Bundesrepublik

Helft den Deutschen aus dem Osten

Martin Voigt

Es ist unsagbar widerwärtig. Es stülpt sich einem der Magen um, wenn man lesen und miterleben muß, wie manche Tageszeitungen und ein Teil der Bevölkerung auf die Deutschen reagieren, die jetzt aus Ostdeutschland, aus Rußland und Rumänien ausreisen dürfen.

»Was wollen die von drüben hier? – Doch nur auf unsere Kosten besser leben! Sollen die doch bleiben, wo sie herkommen!« Es fehlen einem die Worte, auf solche Auswürfe, die man auf den Straßen hören muß, zu antworten. Als »Deutsche« oder »Mitbürger« kann man solche entwurzelten Menschen unserer bundesdeutschen »Wohnbevölkerung«, die Derartiges von sich geben, wohl kaum mehr bezeichnen.

Und die Massenmedien, die diese Konsum-Massengesellschaft jahrelang mit Tiraden von Menschlichkeit und humanitärer Verpflichtung gegenüber den Asylanten und Wirtschaftsflüchtlingen aus den hintersten Erdteilen überschütteten, heizen diese Stimmung noch an mit übelsten Schlagzeilen von »Aussiedler-Ansturm«, »Polnische Spätaussiedler-Flut« und bedrohlichen »Aussiedler-Wellen«.

Wer bisher von einer »Asylanten-Flut« sprach und spricht, wird von genau dieser Presse als »ausländerfeindlich, faschistoid und nazistisch« angeprangert und mit Schmutz und Dreck beworfen.

Und jetzt kommen Deutsche, gesunde Familien mit gesunden Kindern, Menschen, die arbeiten wollen und können, die zum Teil seit Jahrhunderten unter unsäglicher Drangsal ihr Deutschtum bewahrt und hochgehalten haben, und werden so begrüßt.

Erstens sind es nicht polnische, sondern deutsche Menschen, von denen man spricht. Zweitens kommen sie nicht aus Polen, sondern aus Ostdeutschland. Drittens sind es keine Spät-Aussiedler, denn wenn es »Spät«-Aussiedler gäbe, müßte es auch »Früh«-Aussiedler oder viertens überhaupt »Aussiedler« geben, wo es in Wahrheit nur völkerrechtswidrig um Hab und Gut bestohlene, ausgeplünderte zum Teil viehisch gequälte und vergewaltigte Vertriebene und Flüchtlinge gibt.

Jahrzehntelang haben sich die Bonner Regierungen um Ausreiseerlaubnis für die Deutschen aus Ostdeutschland, Rußland, Rumänien und anderen Ostblockstaaten bemüht.

Gleichzeitig aber haben sie alle Schleusen und Tore geöffnet für fremdartige, schwarze und gelbe Völkerstämme aus Afrika, Vorder- und Hinterasien.

Haben die Bonner nur mit Phrasen getönt?

Milliarden und Abermilliarden kostet uns das. Städte und Gemeinden sind am Rande ihrer Aufnahme- und Finanzkraft, Staat und Polizei werden der oft von Asylbewerbern geleiteten Rauschgiftbanden und der organisierten Menschenhändler nicht mehr Herr, von den Folgen, die unsere Kinder zu tragen haben werden, ganz zu schweigen. Sie zeigen sich in den Schulen, in der Volks- und Kulturzersetzung und in allen Lebensbereichen von Tag zu Tag dramatischer.

Haben die Bonner Polit-Macher am Ende nur mit Phrasen getönt, ohne selbst an den Erfolg ihrer Bemühungen zu glauben, diese drangsalierten Deutschen »heimzuholen«? Ob unehrlich oder einfach verschlafen: im Ergebnis war und ist ihre Politik in höchstem Maße verantwortungslos und alles andere als »zum Wohle des deutschen Volkes«.

Noch vor wenigen Monaten erklärte der CDU-Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble, die schrumpfende Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik müsse langfristig durch einen verstärkten Zuzug von Ausländern ausgeglichen werden. Die »Integrationspolitik« der Bundesrepublik müsse sich jetzt schon danach ausrichten. »Das bedeutet etwa auch, daß wir nicht ausländerfeindlich werden dürfen.« □

Richard von Weizsäcker

So geht es nicht, Herr Bundespräsident!

Günter Kaufmann

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Richard von Weizsäcker, hat eine Historikertagung in Bamberg dazu ausersehen, vor einer »Relativierung« der Verbrechen des Nationalsozialismus durch Vergleich mit anderen Vernichtungsaktionen zu warnen. Wörtlich hat er erklärt: »Auschwitz bleibt singulär. Es geschah im deutschen Namen durch Deutsche.« Und über das deutsche Volk sagte das freigewählte Staatsoberhaupt: »Es wurde von Verbrechern geführt und hat sich von Verbrechern führen lassen.«

Obsiegte solche Betrachtungsweise, würde eine Bewältigung der Vergangenheit niemals gelingen, will Bewältigung mehr sein als permanenter Flagellantismus. Die kommenden Generationen haben Anspruch darauf, nicht nur mit einzelnen schrecklichen Wirkungen, sondern auch mit den Ursachen geschichtlicher Abläufe vertraut gemacht zu werden. Es ist eben leider unwahr, Auschwitz den Rang der Einmaligkeit zu verleihen. Auch die Vernichtung von mehr als 120 000 Bewohnern Dresdens in einer einzigen Nacht ist dann doch wohl singulär, und als Dresdner, der die Verbrennung von Leichenbergen auf dem Altmarkt in Erinnerung hat, ist für mich die Auslöschung menschlicher Lebewesen nicht weniger einmalig.

Die Macht von Tatsachen ist gefragt

Ist dann der Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima oder die Ermordung der polnischen Offiziere im Wald von Katyn nicht gleichfalls ein singuläres Ereignis? Ist die Ermordung von 2,5 Millionen Sudetendeutschen nach dem 8. Mai 1945, also nach dem »Tag der Befreiung«, wie ihn von Weizsäcker bezeichnet hat, nicht auch in der Weltgeschichte ein einmaliger Vorgang?

Wer eine einzelne Untat in den Rang der Einmaligkeit erhebt, fordert doch geradezu heraus, sich anderer Untaten, ihrer Entstehung und Wirkungen zu erinnern, was dennoch nicht als »Relativierung« eines bestimmten Verbrechens geschmäht werden darf.

Zurückweisung verdient, wenn der Mann, der seinen Eid darauf geleistet hat, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, behauptet, »Auschwitz geschah im deutschen Namen«. Im Namen der Deutschen konnte doch nur geschehen, was sie vorher gewußt und gebilligt hatten. Aber was in Auschwitz geschah, wußten sie nicht.

Antisemitismus ist keine deutsche Eigenschaft

Prominentester Kronzeuge dafür ist sicherlich von Weizsäckers Parteifreund Kurt Georg Kiesinger, ein Bundeskanzler dieser Republik, der am 5. August 1968 vor Gericht aussagte, daß er »nicht das geringste von der Ausrottung der Juden wußte, solange ich während des Krieges als stellvertretender Direktor der Rundfunkabteilung des Außenministeriums tätig war«.

Der Bundespräsident postuliert darüber hinaus: »Es geschah durch Deutsche.« Wenn diese Feststellung so getroffen wird, dann sind die Österreicher Hitler, Eichmann, Kaltenbrunner und Globocnigg Deutsche, und der Bundespräsident sollte, wenn er jemals seinen Kollegen Waldheim zu besuchen den Mut fände, dessen Landsleute ebenfalls als Deutsche ansprechen und nicht nur deutsche Herkunft dort in Anspruch nehmen, wo sie sich zur Anklage des deutschen Volkes verwenden läßt.

Wie hat doch von Weizsäcker formuliert: »Die Macht der geschichtlichen Tatsachen ist gefragt, nicht die Verwendung der Geschichte für bestimmte politische Zwecke!«

Sehr wahr. Es wäre der Aufklärung durch Historiker wert, die Ursachen des Antisemitismus unter fast allen Völkern der Erde und über Jahrhunderte hinweg zu klären, um das Entstehen von Antisemitismus verhindern zu können.

Man wird sich auch die Feststellung des Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker, des Vaters unseres Präsidenten, vor Augen halten müssen, die lautet: »Einsichtige Juden gaben schon vor 1933 beunruhigt zu, daß sie bei ihren großen Chancen in der Weimarer Republik ihr Konto überzogen hatten. Trotzdem war die Gefahr, die ihnen jetzt drohen sollte, nicht vorauszusehen. Antisemitismus ist ja keine deutsche Eigenschaft. Nun wurde er zur revolutionären Agitationswaffe, so wenig Gefallen das



Richard von Weizsäcker ist als Bundespräsident zu jedem tagespolitischen Opportunismus bereit und damit auch zu bösartiger Verleumdung des deutschen Volkes.

Bürgertum und die staatlichen Behörden daran fanden.«

Und in dem Buch »Die Weizsäcker-Papiere« liest man auf Seite 70 aus der Feder des Vaters unseres Präsidenten über das Dritte Reich: »Unsereiner muß die neue Ära stützen. Denn was käme dann nach ihr, wenn sie versagte!«

Hätte doch sein Sohn beherzigt, was der amerikanische Völkerrechtler De Zayas so ausdrückt: »Das Geschichtsbild einer Epoche wird unweigerlich verfälscht, wenn man um politischer Wirkungen willen bestimmte Teilbereiche von vornherein ausblendet.«

Empfand der Vatikan Hitler als Verbrecher?

Nur wer sich eines Röhrenblicks auf Auschwitz und die Vergangenheit bedient, kann übersehen, daß das Weltjudentum im Oktober 1939 sich an die Seite Frankreichs und Großbritanniens stellte und dem Dritten Reich den Krieg erklärte. Die umerzogenen Mitbürger, die das nicht wissen, können diesen Sachverhalt in der »Times« vom 5. September 1939 nachlesen.

Oder wer gar die Eskalation zwischen Hitler und den Juden zurückverfolgen will, vergegenwärtige sich, daß dem Boykottaufruf von Goebbels vom 1. April 1933, jüdische Geschäfte und Warenhäuser nicht zu betreten – »Deutsche, kauft nicht bei Juden!« –, eine Woche vorher der Aufruf des Jüdischen Weltkongresses vorangegangen war, »daß das jüdische Volk auf der ganzen Welt dem Deutschen Reich wirtschaftlich und finanziell den Krieg erklärt«, nachzulesen im Londoner »Daily Express« vom 24. März 1933.

Der Ermordung des Landesgruppenleiters Gustloff und des deutschen Diplomaten vom Rath war am 8. November 1938 die »Reichskristallnacht« gefolgt, die der Reichsjugendführer von Schirach als Kulturschande bezeichnete und an der mitzuwirken er seiner Jugendorganisation verbot.

Hätte ein deutsch denkender Politiker nicht alle Veranlassung, zum Beispiel diesen Sachverhalt in Erinnerung zu rufen, um eine differenzierte, nicht eine »relativierende« Geschichtsbetrachtung freizugeben und alte Klischees nicht durch neue zu ersetzen.

Das gilt auch von dem Satz: »Das deutsche Volk wurde von Verbrechern geführt und hat sich von Verbrechern führen lassen.« Empfand der Papst, als er mit Hitler ein Konkordat schloß, empfanden Daladier und Chamberlain, als sie Hitler in München besuchten, empfand der französische Botschafter François-Poncet, als er einen seiner Söhne in die HJ eintreten ließ, Hitler als Verbrecher? Hat das deutsche Volk in Österreich, dem Sudetenland, dem Memelgebiet oder in Danzig Hitler als Verbrecher entdecken können, wiewohl auch nicht der Vater Ernst von Weizsäcker, für dessen Schuldlosigkeit der eigene Sohn vor dem Nürnberger Tribunal als Assistenzverteidiger noch plädiert hatte – was er mit dem zitierten Ausspruch jetzt bedenkenlos widerruft.

Richard von Weizsäcker hätte doch aus der Geschichte dieses Jahrhunderts lernen müssen, daß die Auferlegung von Lügen, wie die eindeutig nachweisbare Kriegsschuldlüge im Versailler Vertrag, zu nationalen oder nationalistischen Reaktionen führen muß.

Das gilt auch für falsche Schuldzuweisungen in der Judenfrage. Reaktionen darauf, wie der Beifall des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Galinski, können nur ungute antisemitische Gefühle von neuem anheizen. Nichts ist in der Geschichtsbetrachtung schlimmer als tagespolitischer Opportunismus, dem von Weizsäcker vor den Historikern in Bamberg ebenso huldigte wie am Tag der 50. Wiederkehr des 8. Mai 1945, als er das entsetzliche Wort von der »erzwungenen Wanderschaft« der Millionen von Heimatvertriebenen sprach, die schrecklichste Relativierung eines verbrecherischen Geschehens, das aber am eigenen Volk begangen und daher verdrängt wurde.

Das eigene Leid, das selbsterfahrene Unrecht kann nicht ausgelöscht werden. Der ganzen Wahrheit, nicht der schrecklichen halben, Herr Präsident, in Ihrem Denken eine Gasse! □

Richard von Weizsäcker

Rückblick auf die »Befreiungsrede«

Alfred König

Das skandalöse Verhalten des »deutschen« Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu der Frage, ob wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilte RAF-Terroristen bereits nach acht beziehungsweise elf Jahren begnadigt werden sollen, machte es nötig, noch einmal etwas näher auf seine berühmte »Befreiungsrede« vom 8. Mai 1985 einzugehen. Am 40. Jahrestag der Niederlage des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg, einem der schwärzesten Tage nicht nur der deutschen, sondern langfristig auch der europäischen Geschichte, nannte von Weizsäcker den 8. Mai 1945 einen »Tag der Befreiung«, ungeachtet dessen, daß gerade diese »Befreiung« die teilweise bestialische Ermordung von Millionen Deutschen nach sich zog.

Professor Dr. Hans-Helmuth Knütter von der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität in Bonn wies in einem Vorwort zu der von dem CSU-Bundestagsabgeordneten Lorenz Niegel erstellten Studie mit dem Titel »Der 8. Mai 1945 im Meinungsbild« darauf hin, daß diese Verdrängungspolitik durch »teils unfreiwillige, vielleicht aber auch absichtliche Helfer« nur jenen »politischen Geschäftemachern« dient, »denen es darum geht, ein eingeredetes Schuldbewußtsein zu benutzen, um die deutsche Politik durch moralische Erpressungen zu manipulieren«.

Die große Stunde des Bundespräsidenten

Knütter weiter: »Seit den Gedenk- und Triumphfeiern anläßlich des 40. Jahrestages der Landung der alliierten Streitkräfte im Juni 1944 in der Bretagne prasselte ein ununterbrochener Strom antifaschistischer Bewältigungspropaganda auf die Bürger der Bundesrepublik ein.« Die Jagd auf den KZ-Arzt Josef Mengele, die »Auschwitz-Lüge« und ihre strafrechtliche Bewältigung hätten das Thema genauso zum Dauerbrenner gemacht wie die Vorbereitung des Staatsbesuchs des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan »mit den widerwärtigen Begleiterscheinungen um den Besuch auf dem Bitburger Soldatenfriedhof«, auf dem auch Soldaten der Waffen-SS beerdigt sind.

Welche Exzesse dies angenommen hat, beschreibt Knütter wie folgt: »Selbst als die Bundesbahn das 150jährige Jubiläum der deutschen Eisenbahn beging, konnte dies natürlich nicht geschehen ohne gebührende Berücksichtigung der Rolle, die die Eisenbahn beim Transport von KZ-Häftlingen in den Osten gespielt hatte.«

Angesichts »dieser internationalen Weise der Vergangenheitsbewältigung« – von der natürlich die grausamen und gegen jedes Völkerrecht verstoßenden Verbrechen der Alliierten, beispielsweise Dresden, ausgenommen blieben –, konnten die Politiker der Bundesrepublik »an diesem Jahrestag freiwillig oder unfreiwillig nicht vorbeigehen«, so der Professor weiter. So habe man sich entschlossen, als einen »Akt der Defensive« eine Gedenkfeier im Bundestag zu veranstalten.

Vertreibung als Wanderschaft deklariert

Und damit kam die große Stunde Richard von Weizsäckers. Die Stunde, in der er Deutschland für alle Zeiten das Büßerhemd überstreifte und die deutsche Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sowie die vielen Verbrechen, die im Namen des deutschen Volkes angeblich von den Nationalsozialisten getätigt wurden, bis in alle Ewigkeit festzementierte.



Die bestialische Vertreibung von Millionen Deutschen aus den Ostgebieten wird vom Bundespräsidenten als »erzwungene Wanderschaft« deklariert.

Zum besseren Verständnis ist es notwendig, nochmals einige Passagen aus von Weizsäckers »Befreiungsrede« zu zitieren:

»Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.«

»Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden . . . Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken . . . Als Deutsche ehren wir das Andenken des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstands in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten.«

»Gewiß, es gibt keinen Staat, der in seiner Geschichte immer frei blieb von schuldhafter Verstrickung in Krieg und Gewalt. Der Völkermord an den Juden jedoch ist beispiellos in der Geschichte.« Anscheinend »vergaß« der Bundespräsident, oder wollte vergessen, daß der Weltkommunismus bereits mehr als 130 Millionen Opfer gekostet hat.

»Gerade deshalb müssen wir verstehen, daß es Versöhnung ohne Erinnerung gar nicht geben kann.«

»Dadurch (gemeint sind die deutsch-sowjetischen Aufteilungspläne Polens, der Verfasser) wird die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht verringert . . . Es war Hitler, der zur Gewalt griff. Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bleibt mit dem deutschen Namen verbunden.« Auch hier »übersah« der Bundespräsident geflissentlich, daß die heute mittlerweile bekanntgewordenen Tatsachen die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg widerlegen.

»Der erzwungenen Wanderschaft von Millionen Deutschen nach Westen folgten Millionen Polen und ihnen wiederum Millionen Russen . . . Gewaltverzicht heute heißt, den Menschen dort, wo sie das Schicksal nach dem 8. Mai hingetrieben hat und wo sie nun seit Jahrzehnten leben, eine dauerhafte, politische unangefochtene Sicherheit für ihre Zukunft zu geben. Es heißt, den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen.«

Von Weizsäcker als Umerzieher

»Wenn wir uns der Verfolgung des freien Geistes während der Diktatur besinnen, werden wir die Freiheit jedes Gedankens und jeder Kritik schützen, so sehr sie sich auch gegen uns richten mag.«

»Bei uns ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hereingewachsen. Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird. Wir Älteren schulden der Jugend nicht die Erfüllung von Träumen, sondern Aufrichtigkeit. Wir müssen den Jüngeren helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten.«

Bundeskanzler Helmut Kohl beschrieb dies in seiner Ansprache im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen anläßlich des Deutschland-Besuchs des israelischen Präsidenten Chaim Herzog als »Kainsmal«.

Bereits diese wenigen Zitate aus von Weizsäckers »Befreiungsrede«, sein kaum noch zu überbietender menschenverachtender Zynismus, wenn er bezüglich der Vertreibung von einer »erzwungenen Wanderschaft« spricht, lassen den Umerzieher in von Weizsäcker erkennen. Es braucht nicht darauf hingewiesen werden, daß diese Rede bei allen fünf im Bonner Bundestag vertretenen Parteien – mit Ausnahme einiger CDU- und CSU-Abgeordneten – Riesenbeifall gefunden hat. Auch das Ausland, insbesondere auch Israel, überschlug sich fast mit Lobeshymnen.

Knütter verwies darauf, daß es früher an den Tagen der »runden« Wiederkehr des Tags der Kapitulation der deutschen Wehrmacht »keinerlei selbstquälerische Rückblicke, sondern optimistische Zukunftszugewandtheit gab – übrigens auch bei der damaligen Opposition«. 1955 habe dazu Aufbauwille den Geist jener Tage gekennzeichnet. Und die damalige Bundesregierung habe seinerzeit von dem »militärischen und politischen Zusammenbruch des Nationalsozialismus« gesprochen, aber nicht von einem »Tag der Befreiung«.

Und der damalige Bundeskanzler Ludwig Erhard habe am 8. Mai 1965 erklärt: »Ja – wenn mit der Niederwerfung Hitler-Deutschlands Unrecht und Tyrannei aus der Welt getilgt worden wären, dann allerdings hätte die ganze Menschheit Grund genug, den 8. Mai als einen Gedenktag der Befreiung zu feiern.«

Dies zeigt nach Ansicht Knütters sehr deutlich auf, wie sich das öffentliche Klima in der Bundesrepublik im Laufe der vergangenen 30 Jahre gewandelt hat. »Der antitotalitäre Konsens der Nachkriegszeit, der alle demokratischen Parteien einte, ist zerfallen, antifaschistische Phrasen, die den Kommunismus salonfähig machen, werden mit größter Unbefangenheit im Westen übernommen.«

Selektive, einseitige und einäugige Wahrheit

Knütter meint damit unter anderem, daß der heute von vielen politischen Kräften in der Bundesrepublik gerne zitierte Satz »Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen« bereits frühzeitig in der SED-Propaganda auftauchte, wie auch alle Warschauer-Pakt-Staaten am 8. Mai stets Triumphfeiern veranstalteten und die Bundesrepublik als den »wahren Nachfolgestaat der Hitler-Macht« bezeichneten.

Einer der wenigen, die bereits im Vorfeld des 8. Mai 1985 Kritik an der geplanten Rede von Weizsäckers übten und der Feierstunde im Parlament dann auch fernblieben, war der CSU-Bundestagsabgeordnete Lorenz Niegel. Er begründete dies unter anderem damit, daß er im gegebenen Anlaß keinen Grund zum Feiern sehen könne.

In einem Brief an von Weizsäcker schrieb Niegel: »Dabei ist die Frage auch berechtigt, ob das ständige Bohren in der psychischen Wunde unseres Volkes dem Heilungsprozeß dienlich ist, zumal es Kräfte und Bestrebungen in aller Welt gibt, die aus durchsichtigen Gründen das bittere Thema immer auf der Tagesordnung halten wollen.«

Auch begründete Niegel seine Ansicht in einem langen Artikel in der »Deutschen Tagespost«. Die »mediale Einheitsfront«, die, wie oben erwähnt, von Weizsäckers Rede in den höchsten Tönen lobte – zum Beispiel »historische Rede«, so der »Münchener Merkur« –, qualifizierte den CSU-Politiker dann auch als »Ewig-Gestrigen«, »Unbelehrbarer« und »Rechtsaußen seiner Partei« ab. Niegel selber dazu: »Es wurde deutlich: werden die behauptete anhaltende Kollektivverstrikkung und Verantwortung, die Sippenhaft aller Deutschen aller Generationen für längst Vergangenes in Frage gestellt, so stoßen Pluralität und Liberalität dieser Gesellschaft an ihre Grenzen . . . Wurde das Ereignis nicht nur registriert, sondern gewertet, geschah dies fast durchgehend in gehässiger, unsachlicher, ja teilweise strafrechtlich relevanter Weise.«

Und das Echo, das Niegel von privater Seite erhielt, brachte dann ein interessantes Resultat zutage: nämlich, wie Knütter schrieb, »daß es in der Bundesrepublik einen Gegensatz zwischen öffentlicher Meinung und unveröffentlichter Meinung gibt. Hier trifft offiziell Verdrängtes ans Tageslicht, ein Tabu wird gebrochen«. 91,4 Prozent der Briefe an Niegel waren nämlich positive Zuschriften, einer davon sogar von einer ganzen Firmenbelegschaft unterzeichnet.

Dies habe aber vielen in den Medien mißfallen. Niegel führt dazu ein Beispiel an: »Ein Massenblatt erbat Texte . . . von zustimmenden Briefen. Als der positive Tenor der Briefinhalte in der Redaktion bekannt wurde, ist auf eine Veröffentlichung verzichtet worden.«

Das ist bezeichnend für die politische Kultur

Knütter führt weiter aus: »Neben Beschimpfungen und Denunziationen erreichten ihn (Niegel) zahlreiche Briefe von Bürgern, die einen Meinungsstrom erkennen lassen, der in den Medien seinen Niederschlag entweder gar nicht oder in verfälschter, verzerrter, diffamierender Art und Weise findet. Hier artikuliert sich eine Auffassung, die von den Politikern und von den Medien – kurz den etablierten politischen Kräften – nicht repräsentiert zu sein scheint . . . Die Wahrheit der Vergangenheitsbewältiger ist zu oft eine selektive, einseitige und einäugige Wahrheit.«

In rund einem Drittel der Briefe, die Niegel aus allen Schichten der Bevölkerung und aus allen Altersgruppen erreichten und damit einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ergeben, wird seine Tat als »mutig« bezeichnet und wird gehofft, daß dies nicht zu politischen Konsequenzen für ihn führt. Niegel druckt am Anfang seiner Dokumentation viele der Briefe ab.

Knütter kommentiert dies wie folgt: »Das ist . . . bezeichnend für die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Es gehört also in diesem Staate Mut dazu, die eigene Meinung zu sagen, sofern diese unzeitgemäß ist. Wenn ein Abgeordneter das tut, dann wird er als Ausnahme bewundert. Welche Einschätzung von Mut, Charakterstärke und Standfestigkeit kommt hier in der vox populi (der Stimme des Volkes, der Verfasser) zum Ausdruck?«

Das Vorwort von Professor Knütter sowie die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf von Weizsäckers »Befreiungsrede« und Niegels Antwort darauf kennzeichnen in aller Deutlichkeit, wie groß der Widerstand gegen den derzeitigen Bundespräsidenten im deutschen Volk in Wirklichkeit ist.

Auch die vielen Umfrageergebnisse, die von Weizsäcker regelmäßig die größte Sympathie konstatieren, müssen von daher mit größtem Mißtrauen bedacht werden, da sie anscheinend ein verzerrtes Bild darstellen. So sehr Deutschland gegen Churchill eingestellt sein muß, er sagte jedoch vollkommen richtig: »Ich glaube nur an die Statistiken, die ich selber gefälscht habe.«

Und es sieht so aus, daß der Widerstand gegen von Weizsäcker jetzt, verstärkt durch die Begnadigungsdebatte für die RAF-Terroristen, noch größer wird und sich auch in der Öffentlichkeit mehr und mehr artikuliert. Unterstützung findet dies durch die sich immer mehr erhärtenden Indizien, daß von Weizsäcker in den letzten Kriegstagen, während er an der Ostfront eingesetzt war, Fahnenflucht begangen hat.

Möge Volkes Stimme so stark werden, daß sie eine Wiederwahl Richard von Weizsäckers im Mai des kommenden Jahres verhindert. Denn einen derartigen, fast ausschließlich von Umerziehungsdenken beseelten Bundespräsidenten hat Deutschland nicht verdient. □

Deutschland

Das wahre Europa wird kommen

Hans Ringelmann

Die Europa-Idee in ihrem wahren Gehalt wird von keinerlei der Parteien des westdeutschen Separatstaatsgebildes richtig gedeutet, verstanden oder befolgt. Dabei ist sie das sichere Dach über dem Haus der Völker Europas, dessen Wohnungen zum Teil zerstört, zum Teil mitten auseinandergerissen und gewaltsam voneinander getrennt gehalten werden, dessen Bewohner nur zum Teil als gleichwertig und gleichberechtigt anerkannt werden.

Denn noch immer lastet der Fluch der Verleumdung Deutschlands über Europa, das doch Deutschland braucht und gewiß nicht frei ist von Schuld. Nun wollen deutsche Narren sich selbst aufgeben, nur »Europäer« sein, das Dach eines neuen Europas bauen, bevor dessen Grundmauern stehen, bevor das Haus darunter neu erstanden ist als fester Bau für eine neue Zukunft aller.

Wiedervereinigung ist die Voraussetzung

Die Vergangenheit hat es wieder und wieder bewiesen: Nur die »europäische Solidarität«, der innere Zusammenhalt eines vereinten Europas hat diesem noch immer die Freiheit bewahren, den Anstürmen von außen standhalten können.

Von der gewaltigen Völkerschlacht auf den Katalaunischen Feldern zwischen West und Ost vor über anderthalb Jahrtausenden über Mongolenstürme und Türkenkriege der späteren Zeiten hinweg bis in die neuere Zeit. Diesem Europa als einer lebendigen Gemeinschaft gleichberechtigter Völker in der ganzen reichen Vielfalt ihrer Arten, von denen ein jedes in tausendjähriger gegenseitiger Befruchtung seine hohe geistige Kultur entwickelte, pflegte und bewahrte, gehören wir an als seine tragende Mitte, als sein Herz im wahrsten Sinne des Wortes.

Dieses Europa kann nur bestehen und von Bestand sein, wenn alle Glieder gesund und stark sind, festgefügt zusammenstehen, wenn eines die Rechte des anderen achtet und für sie einsteht, wenn es einig ist. Das allein sichert Europa seine heute so bedrohte Freiheit und damit seine Zukunft.

Daß zuvor Europas Mitte wiederhergestellt, wieder gesundet, wieder vereinigt sein muß, auf daß auch Europas Einheit erstehen kann, sollte jedem Einsichtigen klar sein.

Das heißt aber: die deutsche Wiedervereinigung, die Wiedervereinigung des zahlenmäßig stärksten Volkes Europas, des »Volkes der Mitte« und seines Landes mit beider geschichtlicher Aufgabe, echte Brücke und feste Klammer zu sein zwischen West und Ost – das ist die Voraussetzung für Europas Zukunft.

Deutschlands Schicksal ist das von Europa

Denn das sind die echten Realitäten unserer wie Gesamteuropas derzeitiger Lage, wie sie der englische Historiker Barraclught am Ausgang des letzten Krieges so klar erkannte und warnend vor der Zerreißung und Verstümmelung Deutschlands in den Worten sprach: »Die Einheit Europas hängt von der Einheit Deutschlands ab, und was auf dem Spiele steht, ist nicht das Schicksal Deutschlands allein, sondern das Schicksal Europas.«

An uns Deutschen liegt es vor allem, diese ernste Erkenntnis zu beherzigen und die deutsche Wiedervereinigung zu bewirken zum Heile unseres Volkes wie ganz Europas und damit zur Wiedergewinnung eines echten Friedens. Von dem seiner Bevölkerung nach stärksten Teile Deutschlands muß sie ihren Anfang nehmen.

Aus der dahinvegetierenden Masse des »Wirtschaftswunder«-Landes, das immer mehr zum Land eines »Verwirtschafts-Wunders« herabsinkt, müssen die wenigen gefunden werden, die noch immer in der Geschichte eine Wende einleiteten. Die Führung versagt, weil sie in Wahrheit keine ist, seit unser Land seine Selbständigkeit verlor, das Volk zur willenlosen »Bevölkerung« entartete, die durch eine Scheinmehrheit von »Parteien« an die Kette selbstsüchtiger in- wie ausländischer Interessencliquen gefesselt ist, jeglichen eigenen Denkens und Wollens beraubt.

Nur wenige sind es noch oder erst, die gegen den Strom zu schwimmen willens und fähig sind. Noch eine verschwindende Minderheit. Diese Minderheit kann aber ihrem geistigen, sittlichen, politischen und nationalbewußten Wollen nach der Sauerteig sein, der nach und nach das Ganze durchdringt, es aufgehen läßt zu einem Wollen mit einem Ziel: »Einzelkämpfer«, die zu einer Hundertschaft zusammenwachsen, eine Mittelschicht in ihr Fahrwasser leiten und schließlich so die Masse mitreißen.

Arbeitete die Zeit bisher nicht für uns, wurden manche Chancen auch verpaßt oder verspielt, so sicher wird es uns eines Tages gelingen, die Zeit zu nutzen für die gute und gerechte Sache unseres Volkes, neue Chancen zu suchen und zu finden und den notwendigen Umbruch zu bewirken, der über ein geeintes Deutschland zu einem gemeinsamen Europa des Friedens führen wird. □

Revisionismus

Des Friedens letzte Chance

Günter Kaufmann

Zehn Tage vor der Unterzeichnung des Münchner Abkommens vom 29. September 1938 richteten die Regierungen von Großbritannien und Frankreich eine gemeinsame Note an die Regierung in Prag, in der zu lesen war: »Wir sind beide überzeugt, daß nach den jüngsten Ereignissen nunmehr der Punkt erreicht ist, wo das weitere Verbleiben der hauptsächlich von Sudetendeutschen bewohnten Distrikte innerhalb der Grenze des tschechoslowakischen Staates tatsächlich nicht länger andauern kann, ohne die Interessen der Tschechoslowakei selbst und des europäischen Friedens zu gefährden. Im Lichte dieser Erwägungen haben sich beide Regierungen zu der Schlußfolgerung gezwungen gesehen, daß die Aufrechterhaltung des Friedens und die Sicherheit der Lebensinteressen der Tschechoslowakei nicht wirksam gesichert werden kann, es sei denn, diese Gebiete werden nunmehr dem Reich übertragen.«

Die 50. Wiederkehr des Tages, an dem Chamberlain, Daladier, Hitler und Mussolini in München das Vier-Mächte-Abkommen unterzeichneten, mit dem das Sudetenland dem Reich angegliedert wurde, machte deutlich, wie schlecht Vergangenheit bewältigt wird, wenn es sich dabei auch um die Vergangenheit der Siegermächte von 1918 und 1945 handelt.

»Nie wieder München« ist ungerechtfertigt

So einfach ist es eben nicht – was schon das obige Zitat aus der Note vom 19. September 1938 belegt –, wie es sich die Bundesregierung und die Prager Regierung in ihrem Abkommen vom 19. Juni 1973 gemacht haben, indem sie in der Präambel sagen: ». . . anerkennend, daß das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 der tschechoslowakischen sozialistischen Republik durch das nationalsozialistische Regime unter Androhung von Gewalt aufgezwungen wurde.« Goerdeler, Graf Stauffenberg und die Männer des 20. Juli teilten jedenfalls diese Meinung nicht und bezogen in ihren Friedensplan Österreich, das Sudetenland wie das Memelgebiet als zum Reich gehörend ein.

In Wirklichkeit wurde durch den Anschluß des Sudetenlandes mit einer Verspätung von 20 Jahren das als Leitprinzip für die Nachkriegsordnung proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker (Wilsons 14 Punkte) verwirklicht.

Gewiß, ohne die deutlichen Bekundungen des Freiheitswillens der Sudetendeutschen, ohne Furcht vor einem neuen, noch nicht vorbereiteten Krieg in den Hauptstädten der Alliierten und ohne die erkennbare militärische Eingreifbereitschaft des Reiches wären die Unterschriften von München nicht vollzogen worden.

Das »Diktat der großen vier«

Den wesentlichen Ausschlag für Hitlers Friedensoption in München schreibt Ribbentrops Staatssekretär Ernst von Weizsäcker in seinem Tagebuch zwei Umständen zu: Erstens, dem Appell Mussolinis an Hitler, auf die vorgesehene Mobilmachung zu verzichten; zweitens, dem Tischgespräch in der Reichskanzlei vom 28. September, bei dem Goebbels dem Führer für alle vernehmbar zurief, daß »die Bevölkerung in stummer Obstruktion den Krieg kommen sah und nichts weniger als begeistert dafür war«. Und man möchte einen weiteren Grund hinzufügen: die ständigen Bemühungen der Prinzessin Hohenlohe (CODE Nr. 8/August 1988).

Daß der Slogan »Nie wieder München« ungerechtfertigt ist und den damals verantwortlichen, handelnden Personen nicht gerecht wird, lehrt ein Rückblick auf die Vorgeschichte. Diese Vorgeschichte läßt sich auch mit dem Hinweis nicht auslöschen, daß der Viermächtevereinbarung von München die völkerrechtswidrige Errichtung des Reichsprotektorats Böhmen und Mähren im Frühjahr 1939 folgte und mit ihr tatsächlich eine Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Tschechen vollzogen wurde.

Das »Diktat der großen vier« von München, das in letzter Minute den Frieden rettete, hob das Diktat von Versailles auf, bedeutete eine wesentliche Korrektur der Nachkriegspolitik, erlaubte eine Wiedergutmachung für die Sudetendeutschen, die beim Zerfall der Donaumonarchie um ihr Selbstbestimmungsrecht betrogen worden waren.

An diesem 29. September brach die Politik eines Mannes zusammen, dessen ganzes Bestreben die Erhaltung des Status quo in Europa und damit die Sicherung der tschechischen Beute von 1918 war: des damaligen Außenministers Dr. Eduard Beneš.



Tausende von Deutschen haben sich nach der Münchner Konferenz 1938 zu einer nationalsozialistischen Kundgebung im Sudetenland eingefunden.

Revisionismus

Des Friedens letzte Chance

Als Korrespondent am Völkerbund im Jahr 1932 konnte der Verfasser dieser Zeilen den emsigen Gegenspieler, diesen Drahtzieher der Kleinen Entente, eines Paktsystems zur Einkreisung Deutschlands, fast täglich beobachten. Wichtigste Partner Beneš' waren damals der französische Minister Tardieu und der rumänische Außenminister Titulescu.

Wo immer die strikte Anwendung der Verträge von Versailles, St. Germain und Trianon auf der Genfer Bühne zur Diskussion standen, Beneš war ihr unerbittlichster Verfechter. War er es ja doch auch gewesen, der der Pariser Friedenskonferenz von 1918/19 die gefälschte Bevölkerungskarte vorgelegt hatte, auf der die deutschen Siedlungsgebiete verkleinert und zersplittert dargestellt waren, was ein Vergleich mit der offiziellen tschechischen Volkszählungskarte von 1930 entlarvt.

Ungerechtigkeit gegenüber vielen Millionen

Wie Beneš' »Memoire III« entnommen werden konnte, hatten sich die Sudetendeutschen in ihrem Siedlungsgebiet »künstlich festgesetzt« und sollten »fügsame Werkzeuge einer gewaltsamen Germanisierung« gewesen sein. Um sechs Millionen Tschechen die Herrschaft über 3,5 Millionen Sudetendeutsche und 1,3 Millionen Magyaren zu verschaffen, versicherte der Prager Außenminister den in Paris entscheidenden Siegermächte in einer Note vom 20. Mai 1919:

»Es ist die Absicht der tschechoslowakischen Regierung, den Staat so zu organisieren, daß sie als Grundlage der Rechte der Nationalitäten jene Grundsätze annimmt, die in der Verfassung der Schweizerischen Republik Anwendung gefunden haben, das heißt, sie hat die Absicht, aus der tschechoslowakischen Republik eine Art Schweiz zu machen, wobei sie natürlich die besonderen Verhältnisse in Böhmen in Betracht zieht.«

Diese hehre Absichtserklärung erwies sich als ein kapitales Betrugsmanöver, das die Sudetenkrise zur Folge haben mußte. Sagen wir es mit den Worten des Sonderberaters der amerikanischen Friedensdelegation, Professor Dr. Archibald Coolidge, vom 10. März 1919:

»Würde man den Tschechoslowaken das ganze Gebiet zuerkennen, das sie beanspruchen, so wäre das nicht nur eine Ungerechtigkeit gegenüber vielen Millionen Menschen, die nicht unter tschechische Herrschaft gelangen wollen, sondern es wäre auch für die Zukunft des neuen Staates gefährlich und vielleicht verhängnisvoll. Die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen sind in den letzten drei Monaten immer schlechter geworden. Heute besteht zwischen ihnen tiefe Feindschaft, und es ist kein Grund für die Erwartung vorhanden, daß diese Feindschaft in naher Zukunft überwunden werden wird. Das Blut, das am 4. März geflossen ist, als tschechische Soldaten in mehreren Städten auf die Menge feuerten, ist – obwohl es im Vergleich zu den Opfern, deren Zeugen wir geworden sind, nur ein Tropfen ist – auf eine Art und Weise vergossen worden, die nur schwer verziehen werden kann.«

Es waren nicht die Hitlers und Henleins, sondern alle Abgeordneten der deutschen Parteien, die am 1. Juni 1920 zur Eröffnung des ersten Prager Parlaments feierlich erklärten: »Die tschechoslowakische Republik ist das Ergebnis eines einseitigen tschechischen Willensakts, und sie hat die deutschen Gebiete widerrechtlich mit Waffengewalt besetzt. Die deutschen Sudetenländer sind um ihren Willen niemals befragt worden, und das Ergebnis der Friedensverträge ist daher mit Beziehung auf sie die Sanktionierung eines Gewalt-, aber niemals eines Rechtszustandes. Wir verkünden demnach feierlich, daß wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern.«

Und am 18. Dezember 1925 erklärte der Abgeordnete Dr. Spina von derselben Parlamentstribüne: »Die während des siebenjährigen Bestandes des tschechoslowakischen Staats gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß sein nationalstaatlicher Aufbau und sein einseitiges nationalistisches Regierungssystem für die ihm einverleibten Völker unerträglich sind. Wir klagen dieses System an, seinem Wesen und seiner Absicht nach unserem Volk schweres Unrecht und unermeßlichen Schaden zugefügt zu haben.«



Im Jahr 1935 unterzeichnete der tschechische Außenminister Eduard Benês (links) und der sowjetische Außenminister Maxim Litvinov (Mitte) ein Sicherheitsabkommen gegen Hitler.



Mussolini, Hitler, Göring, Chamberlain während der Münchner Konferenz.

Ein häßliches Kapitel in der Geschichte

Sein sozialdemokratischer Kollege, der Abgeordnete Hillebrand, stand dem an Deutlichkeit nicht nach. Er äußerte: »Es ist Geflunker, Irreführung der Welt, es ist eine brennende Schmach und ein häßliches Kapitel in der Geschichte der Regierungskoalition, daß sie ihre Macht dazu benutzt, um Angehörige eines anderen Volksstammes aus staatlichen Stellungen völlig auszurotten. Man sage sich endlich los von den alten Gewaltfriedensverträgen, die man ersetzen muß durch die Vernunft.«

Noch wäre es Zeit gewesen, die provozierende Einkreisungspolitik des Dr. Beneš zu korrigieren und im Innern der Tschechoslowakei eine multinationale Verwaltung zu etablieren. Sagte doch der Führer der Sudetendeutschen Heimatfront, Konrad Henlein, am 21. Oktober 1934 in Böhmisch-Leipa: »Es entspricht unserer grundsätzlichen Überzeugung, daß sowohl Faschismus wie Nationalismus an den Grenzen ihrer Staaten die natürlichen Voraussetzungen ihres Daseins verlieren und daher auf unsere besonders gearteten Verhältnisse nicht übertragbar sind.«

Und der sozialdemokratische Abgeordnete Wenzel Jaksch warnte am 26. April 1936 vergeblich in Bodenbach: »Die tschechische Politik steht jetzt vor der inneren Entscheidung darüber, ob in ihrer Staatskonzeption für die Sudetendeutschen Platz ist oder nicht. Dieser Entscheidung kann sie nicht ausweichen, es ist die folgenschwerste Entscheidung seit 1918 . . . Wir erklären ganz offen, daß die Benachteiligung der Deutschen im öffentlichen Dienst, in der Sprachenfrage und in der ganzen Verwaltung einen Grad erreicht hat, der allgemein als unhaltbar empfunden wird.«

Die Antwort darauf bestand im Erlaß des Staatsverteidigungsgesetzes im Jahr 1936, was die Operationsbasis für den Ausbau des tschechischen Nationalstaates und die fortgesetzte Diskri-

minierung der Minderheiten schuf.

Am 14. September 1938 übergab der Vermittler der britischen Regierung, Lord Runciman, dem britischen Premierminister Chamberlain ein Memorandum, in dem es hieß: »Wenn Gebietsabtretungen unvermeidlich sind, so sollten sie rasch und ohne überflüssiges Zögern durchgeführt werden. Eine sehr große Majorität der Bewohner wünscht Vereinigung mit Deutschland. Ich bin daher der Ansicht, daß diese Grenzbezirke von der Tschechoslowakei unverzüglich an Deutschland übertragen werden sollten.«

Keine einseitige Schuldzuweisung

So kommentierte denn auch drei Tage nach dem Vertragsabschluß in München die Londoner »Times«: »Der Verlust der Sudetengebiete war seit langem unvermeidlich, und es wäre auch gar nicht wünschenswert gewesen, ihn zu vermeiden. Das war nicht nur die Meinung aller, die an den Selbstbestimmungsgrundsatz glauben, sondern auch die von Lord Runciman, der sich aufgrund einer einzigartigen und zugleich dem Tagesstreit enthobenen Stellung eine genaue Kenntnis des Problems in seinen praktischen Auswirkungen angeeignet hat.«

Eine solche genaue Kenntnis über die Entstehung der Tschechoslowakei und die Vergewaltigung der sudetendeutschen Volksgruppe in den Pariser Vorortverträgen verschafft man sich aus den Aufzeichnungen des französischen Vorsitzenden des Zentralkomitees für territoriale Fragen auf der Pariser Friedenskonferenz, des damaligen Ministerpräsidenten André Tardieu, eines Deutschenhassers aus der Schule von Clemenceau, die 1938 in der Pariser Wochenzeitschrift »Gringoire« erschienen sind.

Über die Politik der Einkreisung und Intrigen gegen das Hitler-Reich veröffentlichte das Institut für Ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht nach der Besetzung von Prag im Jahr 1939 im Verlag Carl Heymann die erbeuteten Akten des dortigen Außenministeriums. Hitlers Kriegsvorbereitungen hingegen werden durch die Tagebücher des Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker belegt. Wer alles nachliest, wird von einseitigen Schuldzuweisungen weit entfernt sein.

Mit dem Rücktritt von Beneš als Präsident der Republik am 5. Oktober 1938, der Besetzung der im Viermächteabkommen festgelegten sudetendeutschen Gebiete durch deutsche Truppen, der endgültigen Grenzfestsetzung durch den Internationalen Ausschuß am 20. November und schließlich der Berufung des neuen Präsidenten der Tschechoslowakei, Dr. Hacha, endete das Kapitel »Münchner Abkommen«, jene letzte Korrektur von Versailles ohne Blutvergießen.

Die Nachwelt ist dazu übergegangen, das Abkommen nur als Etappe in Hitlers Kriegspolitik einzustufen und nicht als die letzte Chance, durch allseits aufgebotene Vernunft den Frieden zu bewahren. Daß Hitler die Vorstellung hatte, München sei eine Teilkapitulation der Siegermächte von 1918, der weitere folgen würden, war der Anfang seines Untergangs, den die Sudetendeutschen 1945 mit einer Viertelmillion Ermordeter im Zuge der Vertreibung sowie mit dem Verlust von Heimat und Besitz entsetzlich büßen mußten.

Wenn sie heute die Wiederherstellung ihres Rechts auf Heimat einklagen, so verstehen sie nach der Erklärung der Landsmannschaft vom 8. Juni 1957 darin einen Beitrag zur »Freiheit der Völker«, die »keine deutsche, keine tschechische, keine slowakische, sondern eine europäische Freiheit sein soll«.

Und niemand sollte bei Rückbesinnung auf den 50. Jahrestag des Abkommens von München und seiner schrecklichen Folgen vergessen, was die Sudetendeutschen am 7. Mai 1961 in einer Resolution erklärten: »Wir kennen keine Kollektivschuld des tschechischen Volkes an unserer Vertreibung und beurteilen alle Personen danach, wie sie heute über die Vertreibung denken und wofür sie sich heute aufrichtig einsetzen.«

Ein Wort, an ehemalige Feinde gerichtet, auf das Deutsche auch heute noch warten. □

Revisionismus

»Befreit euch von den Deutschen!«

Als Ergänzung zu dem Artikel »Des Friedens letzte Chance« von Günter Kaufmann veröffentlichen wir »Die zehn Gebote des tschechischen Volkes«, die im Februar 1919 an alle tschechischen Haushaltungen in Prag verteilt und auf Plakatsäulen veröffentlicht wurden. Darin heißt es unter anderem:



Clemenceau, Wilson und Lloyd George legten bei den Friedensverhandlungen in Versailles den Keim für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Erstes Gebot: Unterstützt ausschließlich nur tschechische Geschäfte, Gewerbe und Industrien, verlangt überall nur tschechische Erzeugnisse, bezieht alle Bedürfnisse ausschließlich nur in Geschäften und Handlungen, von denen ihr schon von vornherein überzeugt seid, daß die Eigentümer rein tschechoslowakischer Nationalität sind und ihre Einkäufe nur in tschechischen Fabriken besorgen.

»Vermeidet die deutsche Art des Denkens«

Zweites Gebot: Wählt eure Ärzte, euren Rechtsvertreter, den Hauslehrer und andere nur aus tschechoslowakischen Kreisen und stellt deren nationale Reinheit sicher, indem ihr euch nicht mit einem oberflächlichen Urteil begnügt.

Drittes Gebot: Verhandelt in allen Geschäften und Ämtern nur in eurer Muttersprache, verlangt nur tschechische Aufschriften und Drucksorten, korrespondiert nur tschechisch und beharrt auf tschechischer Antwort; deutsche Zuschriften und Angebote sendet zurück.

Fünftes Gebot: Vermeidet die deutsche Art des Denkens, der Benennungen und Bezeichnungen; löscht die Spuren der deutschen Kultur aus eurem Leben, aus eurer Häuslichkeit, eurer Wohnung und euren Unterhaltungen. Lest keine deutschen Unterhaltungszeitschriften und Bücher, vollendet eure Studien auf Grundlage französischer und englischer Lehrbücher, befreit euch von der Atmosphäre der deutschen Wissenschaft und der deutschen Kunst.

Siebentes Gebot: Besucht und empfiehlt nur tschechische Kaffeehäuser, Gasthäuser und Unterhaltungslokale, verlangt überall die ausschließliche Benutzung unserer Sprache bei allen Aufschriften und bei der Bedienung, verlangt überall tschechische und unserer Verbündeten Zeitungen und lehnt deutsche illustrierte Zeitungen ab.

»Reinigung unseres nationalen Lebens«

Neuntes Gebot: Wählt eure Freunde, Stammtischgäste und Bekannte nur aus Personen, deren tschechische Gesinnung unzweifelhaft ist. Pflegt keine Verbindungen mit Angehörigen uns feindlicher Nationen, führt die Reinigung unseres nationalen Lebens in der Familie, Gesellschaft, in den Ämtern und der Öffentlichkeit durch. □

One-World

Der Frieden ist immer bewaffnet

Günther Viercke

Alles Leben auf dieser Erde befindet sich in einem ständigen Zustand zwischen Krieg und Frieden. Dieses Wechselspiel ist die Überlebensformel für alle Formen des Lebens oder, anders ausgedrückt, fressen und gefressen werden ist die Formel für das Leben und Überleben. Die Erde beherbergt unfriedliches Leben und keine Art kann sich diesem Kreislauf entziehen. Die Schöpfung oder Gott hat es so gewollt. Es sind nicht nur die Einzelmenschen, Gruppen, Rassen, Völker und Nationen, die sich gegenseitig bekämpfen. Der gnadenlose Kampf findet auf allen Ebenen des Lebens statt.

Betrachtet man ein Stückchen unkultivierten Boden am Wiesenrain, man wird sehen und erstaunt sein, wieviel verschiedene Pflanzen auf kleinstem Raum leben. Wie sie sich zu verdrängen suchen, wie sie rücksichtslos ihre Stengel in die Höhe treiben und mit ihren Blättern kleinere Pflanzen in die Bedeutungslosigkeit, in den Schatten des Lebens verdrängen. Drängen wir Menschen nicht alle nach einem Platz an der Sonne, ohne Rücksicht darauf, daß andere dadurch im Schatten des Lebens stehen müssen?

Ein permanenter Krieg um das Überleben

Also auch die Pflanzenwelt, die uns in ihrer Sprachlosigkeit so friedlich erscheint, kennt den gnadenlosen Krieg um das Überleben. Es ist der ständige Krieg um den Lebensraum und die Natur hat den Pilzen, Pflanzen, Bakterien, den Tieren bis hin zum Menschen arteigene Waffen für diesen Krieg geliefert. Denke an die Kakteen, die Rosen und die Stacheltiere. Denke an die Panzer der Schildkröten und Nashörner. Denke an die Stoß- und Reißzähne, die starken Gebisse, die scharfen Krallen und spitzen Schnäbel. Aber auch Duftstoffe und Gifte sind Waffen, wie auch die Tarnfarben, die schnellen Beine und vieles mehr.

Alle angeborenen Waffen dienen dem Angriff und der Verteidigung gleichermaßen. Jede Art des Lebens ist ein Wunderwerk der Anpassung an den Lebensraum und damit das Ergebnis der Evolution und Selektion in vielen hundert Millionen Jahren.

Jede Art des Lebens unterliegt der Unterdrückung, der Verfolgung sowie der Gefahr der Vernichtung und befindet sich in einem permanenten Krieg um das Überleben.

Bei der Verteilung der körpereigenen Waffen hat Gott den Menschen recht stiefmütterlich behandelt. Er gab uns keine furchteinflößenden Raubtiergebisse, keine Krallen, nicht die scharfen Augen des Adlers, nicht die hellhörigen Ohren der Maus, nicht die flinken Beine der Gazelle und nicht den Panzer einer Schildkröte.

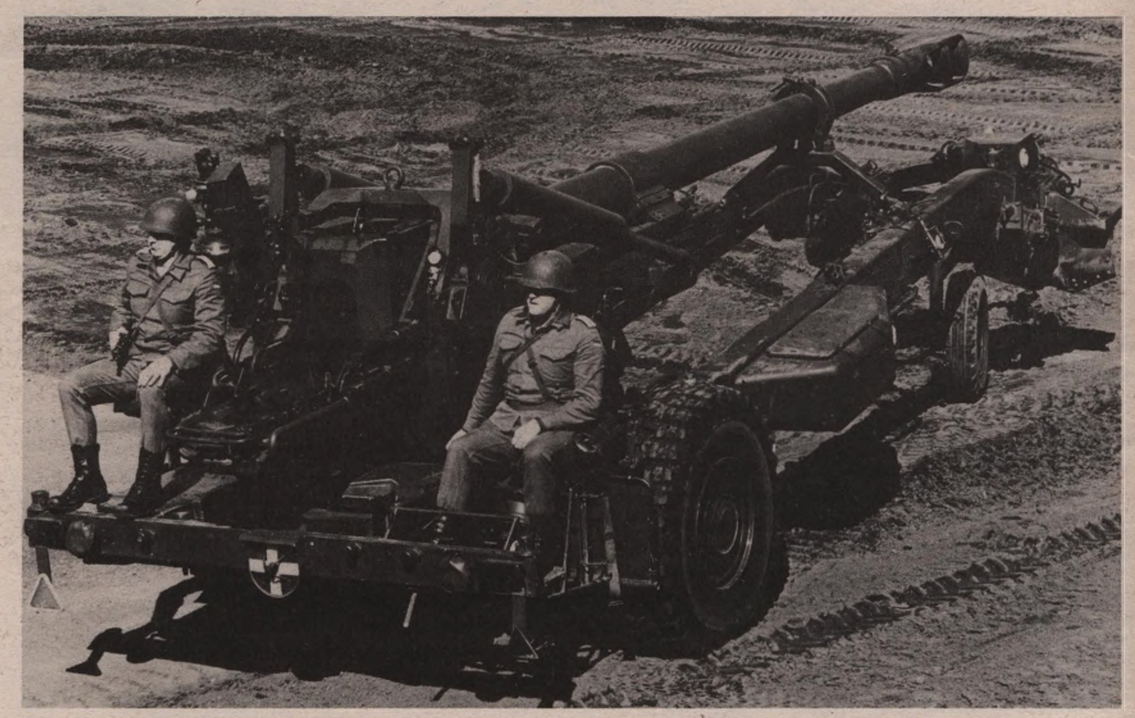
Krieg ist das grausamste Gesetz der Natur

Und doch haben wir Menschen Waffen erhalten, die schrecklicher sind als alle angeborenen Waffen: den Verstand, der alle künstlichen Waffen im Laufe der Menschheitsgeschichte entwikkelt hat. Die Fähigkeit zur Bildung von Bündnissen über den eigenen Verband hinaus, zum gegenseitigen Nutzen. Beide Waffen, gepaart mit unseren höchst aggressiven Seelen, haben uns zu dem gemacht, was wir heute sind.

Sie waren und sind die Ursache für die Ausrottung menschlicher Rassen und Völker. Sie sind die Ursache in der Evolution durch Selektion, einer Auswahl durch die Vernichtung von Menschen durch Menschen. Die menschliche Befähigung zur gemeinschaftlichen Aggression und Handeln hat die Seelen und Körper durch die gnadenlose Auswahl geformt und sie zu Beherrschern der Erde gemacht.

Die menschlichen Horden bestanden nach heutigen Schätzungen, entsprechend der physischen Kraft, aus 20 bis 30 Personen, und der Lebensraum war fließend, immer dem Futter nach, wie noch heute bei den Nomaden. Der Drang nach Freiheit und wohl auch die Notwendigkeit zur Teilung der Horde aus Futtermangel waren Antrieb für die kraftvollen, aber rangniedrigen Männer für die ständige Teilung und die Besiedlung der Erde.

So lange die Erde noch nicht oder nur dünn von Menschenhorden besiedelt war, konnten sie sich ausbreiten und anderen Horden aus dem Wege gehen, wie es auch heute noch bei Affenhorden und den menschlichen Urwaldbewohnern zu beobachten ist.



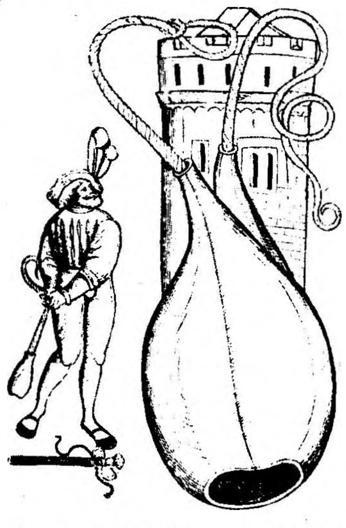
Der Kampf der Menschen gegen Menschen hat sich total verändert, er hat jede Würde verloren. Die Menschen töten sich aus großer Entfernung, ohne in die Augen des sterbenden Feindes sehen zu müssen.

Ganz anders ist es in der Zeit, die Konrad Lorenz beschrieben hat. Da gab es keine Freiräume mehr, sofern die neuen Horden nicht zufällig an der Peripherie lebten und Niemandsland besetzen konnten. Immerhin waren schon vor 400 000 Jahren die Landschaften des Mittelmeeres dicht besiedelt, und der Pekingmensch ist auf 600 000 Jahre datiert.

Da war es wie bei unserem Beispiel, dem Wiesenrain. Jede Horde mußte, um zu überleben, um den jeweiligen Lebensraum kämpfen. Sie mußte ihn täglich erfolgreich verteidigen oder als unterlegene Horde der Vertriebenen andere Horden vertreiben oder töten.

Krieg ist das grausamste Gesetz der Natur. Töten oder getötet werden, ist die Devise der Lebensformel und sie ist es geblieben – dank einiger Weltverbesserer bis zum heutigen Tage.

Die starken, unlösbaren Bindungskräfte der Menschen-Horden waren: der gemeinsame Feind, die gemeinsame Tradition, die gleiche Sprache, die autoritäre Führung und die totale Abhängigkeit im Kampf um das tägliche Leben und Überleben. Da gab es keine Aussteiger, Feiglinge, Wehrdienstverweigerer oder edle Pazifisten. Sie wurden unweigerlich aus der Gemeinschaft ausgestoßen, was dem Todesurteil gleichkam.

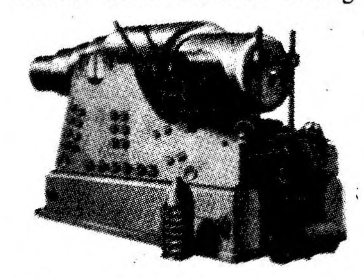


Ich höre den Einspruch: Damals war es so, aber wir leben doch heute im aufgeklärten Jahrhundert und sind, so sagt man uns, humane Menschen, nicht wahr? Nun, was hat sich denn bis heute geändert, ganz abgesehen davon, daß wir vom aufgeklärten Zeitalter scheinbar noch weit entfernt sind. Die Gesetze der Vergangenheit sind leider auch die Gesetze der Gegenwart. Eine Gemeinschaft, die nicht bereit ist, für den eigenen Lebensraum zu kämpfen, geht unter.

Gnadenlose Selektion oder Tötung

Das war so und es ist auch heute so, auch wenn die Mittel der Vertreibung und Unterdrückung sich geändert haben. Nehmen wir doch als Beispiel den Libanon. Dort kämpft Clan gegen Clan, Religion gegen Religion, Horde gegen Horde wie in der Urzeit. Alle kämpfen für »ihre« Wahrheit und »ihren« Lebensraum. Dort und an allen Ecken und Enden der Erde ist die Vorzeit lebendig. Dort finden Kämpfe statt, wie zwischen den Clans der Rhesusaffen in Neu-Dehli. Dort führt der Haß die Waffen. Das sind Menschen – das sind wir!

Wir können feststellen, die gnadenlose Selektion oder Tötung



hat zur Vernichtung schwacher Rassen geführt und nur die Lebensfähigsten und die Aggressivsten überleben lassen. In dem langen Zeitraum in der menschlichen Geschichte zählte im Kampf des Menschen gegen den Menschen die körperliche Kraft, die Ausdauer, die Schläue, die List und der Wille zum Überleben. Die uns bekannten Steinwerkzeuge und Waffen waren über lange Zeiten unverändert roh und primitiv. Wir haben sie in allen Teilen der Erde gefunden. Erst vor rund 30 000 Jahren wurden die Werkzeuge besser und vielgestaltiger.

Im Kampf gegen die Gewalten der Natur, gegen die feindlichen Horden zählte der Mann mit dem Stein in der Hand, der Keule, Axt oder Speer und der autoritäre Führer, der über Mut, Schläue, List und große Erfahrung verfügte. Es war der Kampf Mann gegen Mann und keine Sache der Frauen und Kinder, im Gegensatz zu heute.

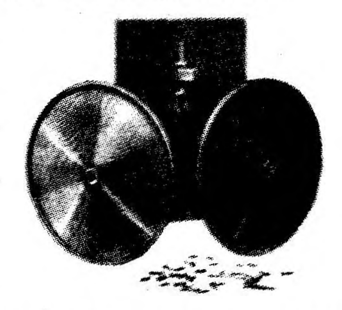
Vor einigen tausend Jahren begannen die Horden seßhaft zu werden, und es hat sehr lange gedauert, bis sich die befestigten Siedlungen durchgesetzt hatten, die von räuberischen Nomaden immer wieder bedroht wurden und verteidigt werden mußten.

Der Übergang zur Neuzeit war ein bedeutsamer Abschnitt für die künftige Entwicklung der Kulturen. Die Nomaden kannten bisher nur den kleinen beweglichen Privatbesitz, während der deutlich abgegrenzte Lebensraum der Horde gemeinschaftliches Eigentum war. Die Weltbürger berufen sich gerne auf diesen Tatbestand, ohne zu begreifen, daß dieser nur für die Horden richtig war und dem naturgesetzlichen Sozialsystem entspricht. In den Massengesellschaften muß der »Besitz« neu definiert werden. Wir sollten aber nicht versuchen, mit einem Steinbeil einen Computer reparieren zu wollen.

Die Zerstörung des Gleichgewichts

Neu war der »bodenständige, private Besitz« wie auch die Produktionsmittel und Verfahren, die zu unterschiedlichem Einkommen und Besitz führten. Neu sind ebenfalls die Wehrbündnisse unabhängiger Wehrdörfer zum gegenseitigen Nutzen und wohl der Anfang der unaufhörlichen Verdichtung der menschlichen Massen auf dem Weg in den Untergang.

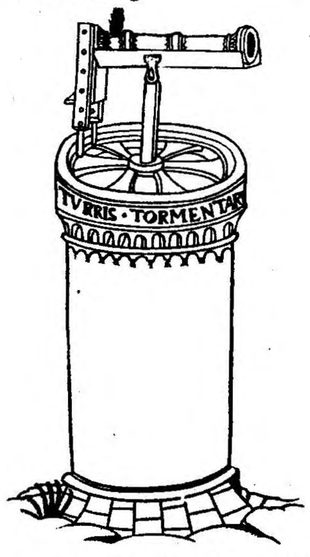
Die Siedler lernten Ackerbau und Viehzucht und es begann eine schnelle Entwicklung der Kulturen, an der die Frauen maßgeblich oder hauptsächlich beteiligt waren. Sie hatten eine gesellschaftlich hohe Stellung, bevor sie als »sündig« erklärt wurden. Wir sollten die Stellung der Frau neu definieren und mit dem Unsinn der sogenannten »Emanzipation«, der Gleichberechtigung, Sklave des Kapitals sein zu dürfen, aufhören.



Etwa 600 vor Christus wurde in Vorderasien Kupfer ausgeschmolzen. Mit der Seßhaftigkeit und der Gewinnung von Metall begann die Neuzeit. Das Kupfer war der Begründer des Zeitalters der Metalle, und es sollte die Welt verändern.

Hatte man bis dahin nur den Stein, das Holz und den Knochen als Rohmaterial zur Herstellung von Beilen, Messern, Äxten, Dolchen, Speerspitzen und Nadeln gekannt, so konnten nun das Kupfer und später Bronze in Formen gegossen werden. Es konnten bisher unmögliche Gestaltungen vorgenommen werden, so daß die neuen Gerätschaften den bisher bekannten Geräten weit überlegen waren.

140 vor Christus sind Schwerter, Äxte, Hohlbeile, Messer und vieles andere Gerät in Europa weit verbreitet. Doch man kennt auch schon die Gewinnung und Verarbeitung des viel härteren Eisens. Streitwagen mit Pferden kommen auf, und berittene Krieger gewinnen zunehmend an Bedeutung.



Verharren wir einen Augenblick in der Zeit, als Christus lebte. In wenigen tausend Jahren, nur einen Augenblick in der Geschichte der Menschheit, hat sie einen gewaltigen Sprung in der Entwicklung ihrer Zivilisation getan. Mit dem Zeitalter der Metalle wurde das heute vielgerühmte Gleichgewicht zwischen Rassen und Völkern gründlich zerstört. Zerstört wurde damit das Gleichgewicht zwischen den Rassen und Völkern, aber auch ihr Verhältnis zur Natur. Ein Gleichgewicht, das die Mutter Natur in Hunderten von Millionen Jahren der Evolution mühselig entwickelt hatte.

Jetzt entschied nicht mehr der Mensch allein mit Kraft und Mannesmut über Sieg oder Niederlage. Jetzt gewann zunehmend der technische Stand der jeweiligen Kultur an Bedeutung. Stämme und Völker, die über Schwerter aus Bronze oder Eisen verfügten, waren die Überle-

One World

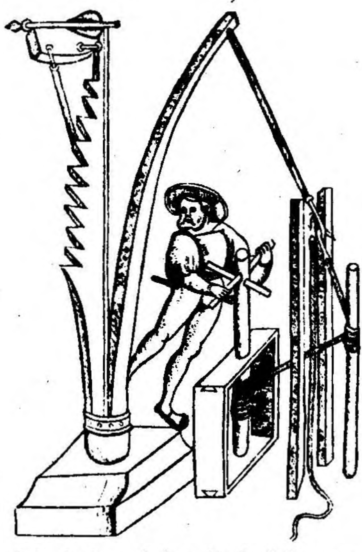
Der Frieden ist immer bewaffnet

genen. Die Technik wurde zum Handlanger der Macht und hat die Landkarten der Erde fortlaufend verändert.

Ungleichgewicht zugunsten des Stärkeren

Im Jahr 262 vor Christus baut Rom seine ersten Fünfruder – Kriegsschiffe. Der Kompaß kommt im 12. Jahrhundert aus China nach Europa. Nur dreihundert Jahre später baut England Kriegsschiffe mit zwei Decks und siebzig Kanonen.

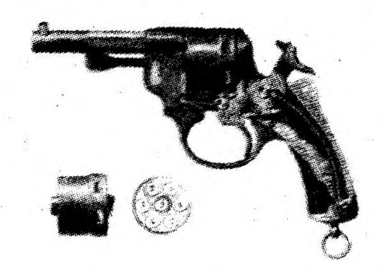
Wieder dreihundert Jahre später fahren die ersten Dampfschiffe, 1843 läuft der erste Ozeanriese aus Eisen vom Stapel. In der gleichen Zeit experimentiert Wilhelm Bauer bereits an einem Tauchboot, das in beiden Weltkriegen eine wichtige Rolle spielen sollte.



Ich habe einige Beispiele aus dem Schiffsbau ausgesucht, damit man erkennt, daß sich die Entwicklung der Technik mit zunehmender Geschwindigkeit beschleunigt. Völker, die im Schiffsbau eine führende Stellung erringen konnten, wurden zu Weltmächten, weil sie mit ihren Schiffen ein Ungleichgewicht zu ihren Gunsten schaffen konnten.

Ein Ungleichgewicht, das die Stärkeren immer zu ihrem Nutzen angewendet haben. Ist es heute anders?

Verfolgen wir die Entwicklung der Waffentechnik zu Lande. Die primitiven Steinwaffen und Werkzeuge wurden abgelöst durch solche aus Kupfer, Bronze und Eisen.



Die seßhaften Gemeinschaften spezialisierten sich in den Kulturen und den Techniken, und der Handel mit den neuen Gütern nahm weltweit zu. Diese Zeit war die Geburtsstunde der berufsmäßigen Waffenträger, die die wehrlose Bevölkerung zu schützen hatte, sich gleichzeitig zur Oberschicht erhob und damit zum Gründer aller feudalistischer Systeme, bis in die Neuzeit hinein, wurde.

Die Chinesen hatten schon früh das Schießpulver erfunden, setzten es aber lediglich für kultische Zwecke ein.

1226 Erste Verwendung von Pulvergeschützen.

14. Jahrhundert einfaches Schießrohr mit Zündloch und Lunte. Hakenbüchse, armbrustähnliche Handfeuerwaffe mit Stütze.

1377 Eisengeschütz für 180 Kilo schwere Steine in Amsterdam.

1413 Geschütz aus Eisenguß, 900 Kilo schwer, verschießt mit 15 Kilo Schießpulver Steine mit einem Gewicht von 375 Kilo.

15. Jahrhundert Handfeuerwaffen, Arkebuse mit Luntenschloß, Geschütz mit Visier, Radlafetten.

1561 Vorläufer der Handgranaten.

1602 Gewehre mit Feuersteinschloß.

1751 Hinterlader, ein gewaltiger Sprung bei den Handfeuerwaffen und kriegsentscheidend.

1878 Mehrladegewehre erhöhen die Feuerleistung erheblich.

1883 Ansätze für ein Maschinengewehr.

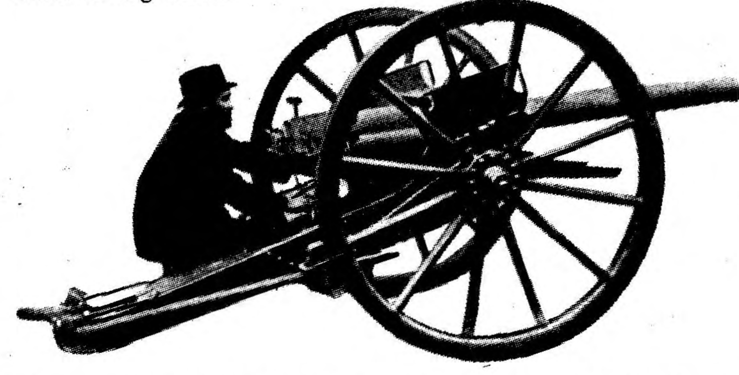
1942 Deutsches Maschinengewehr mit 1000 Schuß pro Minute.

Der Kampf der Menschen gegen Menschen

Auch wenn die Technik nicht sonderlich interessiert, so sollte man zumindest die rassante Beschleunigung in der Steigerung der Waffentechniken in nur wenigen Jahrhunderten zur Kenntnis nehmen.

Der Kampf der Menschen gegen Menschen hat sich total verändert, und zunehmend, besonders im letzten Weltkrieg, jede Würde verloren, sofern man die internationalen Spielregeln des Krieges so bezeichnen will.

Es ist nicht mehr der Kampf Mann gegen Mann. Es ist der anonyme Krieg geworden, und die Menschen töten sich aus großer Entfernung, ohne in die Augen des sterbenden Feindes sehen zu müssen. Man wirft die Bomben aus großer Höhe ab und fühlt sich nicht belastet, denn das Gewissen ist immer durch Gott gedeckt.



Mannestum und Kraft sind nicht mehr ausschlaggebende Faktoren. Gefragt sind aber nach wie vor die bindenden Kräfte der Gemeinschaft und der Haß. Die Massenvernichtungsmittel werden immer schrecklicher und die Tötungsraten immer größer.

Völker und Staaten, die über moderne Tötungsmaschinen verfügten und gleichzeitig Seemächte waren, nutzten ihre technische Überlegenheit aus und machten sich die Welt untertan.

Sie fuhren mit ihren mit Kanonen bestückten Kriegsschiffen in alle Welt, nach Amerika, Afrika, Indien bis hinaus nach China und weiteten mit ihren überlegenen Waffen ihre Macht aus, und daher sprechen die Sowjets von Imperialisten.

Die Russen benötigten keine Seewege und konnten sich zu Fuß ihr bekanntes Imperium aufbauen und nennen es in edler Selbstbescheidung Union, wie auch die Engländer die Beute als Commonwealth oder Interessengemeinschaft bezeichnen. Auch die Bildung der Vereinigten Staaten von Amerika wäre ein abendfüllendes Programm.

Alle Imperialisten mordeten und plünderten, vernichteten die Heiden im Namen Gottes und vermehrten ihre Macht und ihren Reichtum. Die modernen Waffen dienten nicht der Sicherung des eigenen Lebensraumes und des Friedens. Durch die vielen Veränderungen des Gleichgewichtes der Kräfte zuungunsten der technisch nicht so hoch entwickelten Völker wurde die Landkarte nachhaltig verändert.

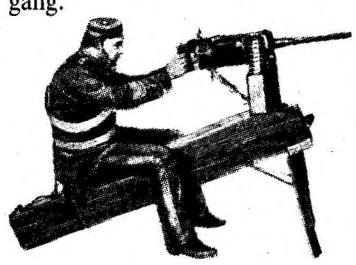
Glaubst du wirklich, es hätte den Inkas, den Indianern, den Indern, den Chinesen und anderen Völkern etwas genutzt, wenn sie ihre Freiheit mit Pazifismus, Friedenszweigen oder mit passivem Widerstand verteidigt hätten? Sie haben sich alle tapfer gewehrt und wurden von den neuen Massenvernichtungsmitteln und der Gier der Eroberer gnadenlos niedergewalzt.

Mit Gottes Hilfe zu Heiden erklärt

Was waren die Eroberer doch für Helden. Schon aus weiter und sicherer Entfernung konnten sie die Eingeborenen wie die Hasen auf der Treibjagd abknal-

len, nachdem sie sie zuvor mit Gottes Hilfe zu Heiden und Untermenschen erklärt hatten. Wir waren in der Macht den Göttern gleich und haben uns auch so gefühlt. Wir waren berauscht im Glücksgefühl der Macht und haben die aggressivsten Helden in den Adelsstand gehoben.

Die letzten 150 Jahre der Menschheit zeigen uns mit großer Deutlichkeit unseren Marsch in den Wahnsinn und den Untergang.



1848 Otto Lilienthal fliegt mit einem Gleitflieger.

1871 Erster Motorflug der Gebrüder Wilbur und Orville Wright, sie fliegen in 12 Sekunden 50 Meter weit.

1908 Wilbur Wright stellt mit 120 Meter Höhe einen Höhenweltrekord auf.

1915 Junkers baut sein erstes Ganzmetall-Flugzeug.

1921 Ein französisches Flugzeug mit 300 PS steigt in 14 Minuten auf 6000 Meter Höhe.

1922 Fokker baut Hochdecker mit 360 PS für zehn Fluggäste und eine Reisegeschwindigkeit von 180 Kilometer in der Stunde.

1925 Geschwindigkeitsrekord mit 486 Kilometer in der Stunde.

1928 Junkers überquert den Atlantik in 35,5 Stunden. Rohrbach baut ein Flugboot mit drei 370-PS-Motoren und einer Tragkraft von 20 000 Kilo.

1929 Hermann Oberth, Vater der Raumschiffahrt, zeigt die Möglichkeiten für neue Entwicklungen.

1930 Der Deutsche Schmidt erfindet das Verpuffungsstrahltriebwerk (spätere V-1).

1938 Marion Pezzi stellt neuen Weltrekord mit 17 074 Meter Höhe auf.

1939 Messerschmidt baut den Jäger Me 109 mit einer Höchstgeschwindigkeit von 755 Kilometer in der Stunde.

1942 Junkers und BMW entwikkeln Strahlentriebwerke und leiten damit eine neue Flugzeuggeneration ein.

1944 Die Deutschen setzen die V-1-und V-2-Raketen mit Strahltriebwerken gegen England ein. Sie sind die Grundlage der künftigen Raumfahrt.

1949 Zweistrahlige Rakete der USA erreicht 402 Kilometer Höhe.

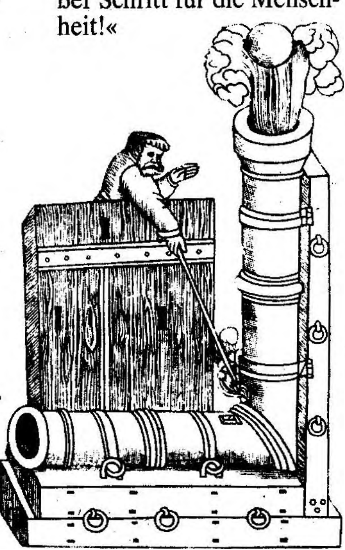
1957 Sowjetunion erprobt interkontinentale ballistische Raketen. Start Sputnik I und II. USA starten Explorer.

1959 Sowjetischer Satellit überträgt Bilder von der Rückseite des Mondes.

1961 Die Sowjetunion schickt mit Juri Gagarin den ersten Menschen in den Weltraum.

1962 Die USA starten unbemanntes Raumschiff zur Venus.

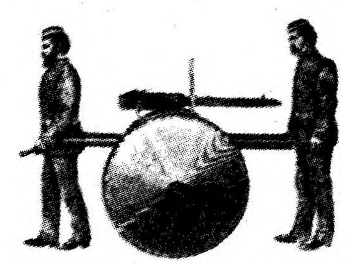
1969 USA-Mondlandung. Neil Armstrong betritt als erster Mensch den Mond mit den Worten: »Das ist ein kleiner Schritt für den Menschen – aber ein großer Schritt für die Menschheit!«



In einer kurzen und lückenhaften Darstellung haben wir die Entwicklungsstufen in der Raum- und Luftfahrt beschrieben. Man sollte registrieren, daß die Menschheit nur etwas mehr als ein Jahrhundert vom Gleitflieger des Otto Lilienthal bis zur ersten Mondlandung gebraucht hat. Wir müssen uns in tiefer Ehrfurcht vor den Pionieren, Erfindern und Organisatoren, die diese Leistungen vollbracht haben, verbeugen.

Es sind immer die Leistungen von Eliten

Die Leistungen in allen Kulturen sind nicht die Leistungen der Massen. Es sind immer die Leistungen von Eliten, die in jedem Volk nur eine Minderheit darstellen. Die Masse kennt keinen Weg und kein Ziel. Sie folgt den Autoritäten und den Kapazitäten und sie wäre schlecht beraten, wenn sie glaubt, auf diese verzichten zu können.



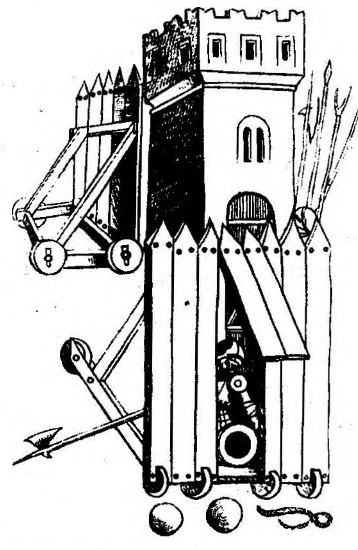
Natürlich wollen wir die Leistungen der Völker und der arbeitenden Bevölkerung nicht schmälern. Die Elite ist der Extrakt eines Volkes, eine Mischung aus Erbmasse, Bildungsstand und Leistungsbereitschaft. Der Extrakt in der Menge ist von Volk zu Volk und von Rasse zu Rasse unterschiedlich.

Wir haben die letzten einhundert Jahre der Entwicklung der Waffentechniken durchleuchtet und bekommen Herzbeklemmung, wenn wir versuchen, uns die Entwicklung in den nächsten einhundert Jahren vorzustellen.

Doch kehren wir zum Ausgangspunkt zurück. Wir haben festgestellt, daß uns der liebe Gott keine körpereigenen Waffen gegeben hat, dafür aber andere Elemente: den Verstand, der die Entwicklung aller Kulturen und der schrecklichen Mordwaffen ermöglichte, die Fähigkeit, Bündnisse bilden zu können.

Zur Überlebensformel der Menschen gehört die Fähigkeit zur Bildung von Bündnissen zum gegenseitigen Nutzen. Wir haben von den Bündnissen zwischen ranghöheren Tieren erfahren, die so die Macht und die Ordnung in der Herde erhalten. Wir kennen Bündnisse zwischen Pflanzen, aber auch zwischen Tieren und Pflanzen.

So schildert Vitus B. Dröscher die wunderbare Gemeinschaft zwischen der Seeanemone, einem Blumentier im Golf von Akaba, und dem kleinen Clownfisch: »Der von einem räuberischen Barsch verfolgte Clownfisch flüchtete zielstrebig in den Mund und den Magen der Seeanemone, der mit aggressivem Magensaft gefüllt ist. Der gierige Barsch schießt hinterher und wird von den Nesselarmen der Seeanemone festgehalten, so daß nur noch der Schwanz aus dem Mund hervorragt. Der Barsch ist sehr schnell vom Verdauungssaft getötet und in seine Bestandteile zerlegt. Der kleine Clownfisch hat seinen Banditenstreich erledigt und verläßt putzmunter das Bad im Magensaft und wartet auf neue Aufträge.«



Eine tolle Leistung der Evolution, und wir können uns nicht vorstellen, wieviel Zeit sie für diese gegenseitige Anpassung der beiden Arten zum gegenseitigen Nutzen wohl gebraucht haben mag.

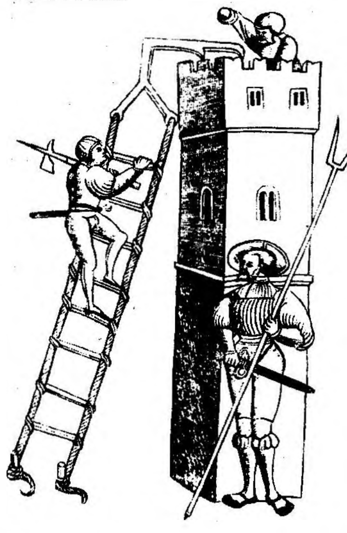
Die Befähigung, Bündnisse zu schließen

Eine Reihe kleiner Fische hat mit großen Fischen Freundschaft geschlossen, wie auch einige Krabbenarten. Es ist immer die Freundschaft zum gegenseitigen Nutzen, die in der Erbmasse verankert ist.

One World

Der Frieden ist immer bewaffnet

Fische und Krabben verdingen sich als Putzer, indem sie die großen Freunde vom Parasitenbefall befreien oder die gefräßigen Gebisse von Fleischresten säubern. Der Lohn dafür ist die dabei gewonnene Nahrung und vielleicht noch zusätzlich der Schutz. Diese Freundschaft mit gegenseitigem Nutzen findet man auch zwischen Landtieren, Reptilien und Vögeln. Sie alle haben Verständigungsmethoden gefunden und respektieren sich. Sie träumen und kämpfen nicht für die Gleichberechtigung, denn sie sind sich der unterschiedlichen Stärke und Aufgabe bewußt.



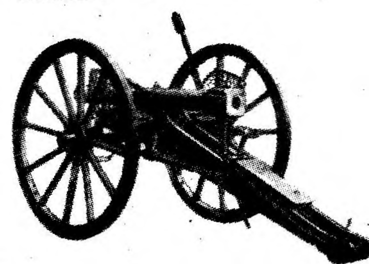
Es ist jedoch nicht die Freundschaft des Verstandes oder der Vernunft. Es sind die Zweckgemeinschaften der Instinkte, die sich in Jahrmillionen entwickelt haben. So auch bei den Säugetieren, und zu dieser Gattung zählen wir Menschen. Dazu gehört auch unsere Freundschaft zum gegenseitigen Nutzen mit den Bakterien unserer Verdauungsapparate, in denen sie unermüdlich für uns arbeiten. Es ist eine unlösbare Freundschaft und nur der Tod kann uns trennen.

Die Befähigung, Bündnisse schließen zu können, haben wir bei den Affen und anderen Herdentieren gesehen. Wir haben erlebt, wie die Ranghöheren sich verbünden, aber auch wie Rangniedere Bündnisse eingehen, um die Macht an sich reißen zu können. Wie menschlich ist doch alles?

Vitus B. Dröscher berichtet über die Erkenntnisse des indischen Zoologen Dr. Shea Dan Singh, der sich mit der Verstädterung der Rhesusaffen in Indien befaßt hat: »Schon seit Jahrhunderten leben Rhesusaffen nicht nur in den Wäldern, sondern auch als Stadtstreicher in den indischen Ortschaften. In den letzten Jahren hat geradezu eine Landflucht eingesetzt mit der Übersiedlung in die Städte der Zivilisation. Eine Zählung ergab, daß 1969 nur noch zwölf Prozent der indischen Rhesusaffen in den Wäldern lebten, 76 Prozent aber in Dörfern und Städten. Die restlichen zwölf Prozent spezialisierten sich zu Wegelagerern entlang der Straße.«

Dr. Singh untersuchte das Phänomen der Verstädterung der Affen und das veränderte Verhalten: »Wie die Gangsterbanden in Chikago, so haben die kleinen Affenhorden die Stadtbezirke unter sich aufgeteilt. Sie sind keine Nomaden mehr, die täglich einen neuen Schlafplatz haben. Sie sind ›Seßhafte‹ geworden und verteidigen ihren abgesteckten Clan gegen benachbarte Affenhorden. Zum täglichen Krieg gegen den Menschen (Affen sind heilig und dürfen nicht getötet werden) kommt der Krieg gegen die Artgenossen.

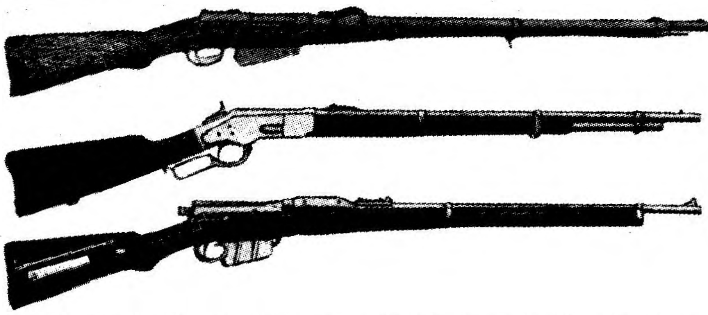
In einem Vorort von Delhi lebten unter anderen vier Rhesushorden; ein übermächtiger Clan von etwa 50 Tieren; eine Horde von 30 Tieren und zwei Trupps von je zwölf Tieren. Während die Großmacht sich das Recht nahm, willkürlich auch in allen drei fremden Hoheitsgebieten herumzustromern, durfte die mittelgroße Horde sich nur in den Gebieten der beiden schwächeren Trupps blicken lassen, niemals aber im Reich der Mächtigsten. Innerhalb von drei Monaten wurden nicht weniger als 24 Gruppengefechte beobachtet.«



Dr. Singh berichtet weiter: »Im Wald können Monate vergehen, daß zwei Horden miteinander handgreiflich werden. Bei den Waldbewohnern ist der Boß der unnahbare Tyrann und er verjagt Halbstarke, die seine Position gefährden könnten. Der Boß in der Stadt verhält sich anders. Er ist auf einen Trupp junger Männer angewiesen im gemeinsamen Kampf um das Überleben.«

Der Teufel war mit im Spiel

Diese so hochinteressanten Beobachtungen müßten uns eigentlich verführen, umfangreiche Parallelen zu den verwandten Menschen herzustellen. Auch bei den Affen haben wir die Fähigkeit zur Herstellung von Bündnissen festgestellt. Wir haben festgestellt, daß der Hunger immer der Antrieb zur Völkerwanderung ist. Die Affen, die sich von den Großstädten eine bessere Versorgung erhoffen, handeln nicht anders als die hungernden Massen, die in die Großstädte der Welt drängen und in den Slums leben müssen. Da muß doch etwas faul sein in der modernen Welt, und den zur Vernunft begabten Führern der Menschheit sollte eigentlich ein Licht aufgehen.



An die Stelle des mächtigsten Clans der Affen brauchen wir nur die Namen der Großmächte einzusetzen und alle schwächeren Völker auf den unteren Rängen gruppieren. Da haben wir sie wieder, die primitive Hackordnung der Hühner, die aber von den Affen und anderen höheren Gruppentieren schon lange durch eine sehr verfeinerte Methode zur Auswahl der Besten ersetzt worden ist.

Nur die Menschen, die Auserwählten Gottes, bedienen sich im »humanen« Zeitalter noch der primitiven Hackordnung der Hühner, bei der alleine die rohe Kraft entscheidet. Sie spiegelt sich wieder in der aufgeschriebenen Geschichte, und es ist kein Ruhmesblatt. Die aufgeschriebene Geschichte der Menschheit ist die Geschichte der Bündnisse.

Wir Menschen haben die Fähigkeit, Bündnisse schließen zu können, auf eine nicht mehr zu überbietende Höhe gebracht. Die beiden Weltkriege sind ein untrügliches Zeugnis, und der Teufel war mit im Spiel.

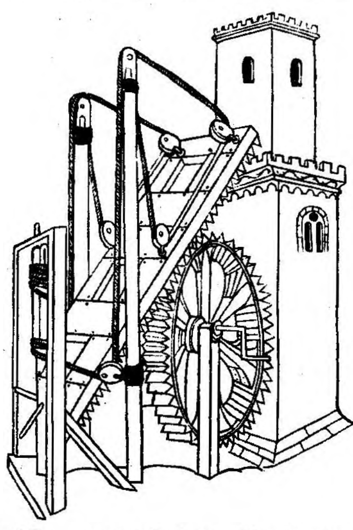
Das Geheimnis der Machtzentren

Die gesamte Menschheit, auch die, die im Busch wohnen, lebt in Bündnissen. Keiner kann sich dem Bündnis entziehen. Ob es sich um Krawallgruppen in der Schulzeit und danach handelt, um das Bündnis der Ehe, mit den Religionen, Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Vereinen, Sekten, um Friedens- und Ökologiebewegungen, um Vereinigungen gegen den Robbenmord und die Hühnerhaltung in Legekäfigen oder ob es sich um die Vereinigung der Robbenschlächter und Besitzer der Eierfabriken handelt. Alle sind in Bündnissen organisiert und kämpfen für die gerechte Sache – für die eigene Wahrheit und die des Bündnisses.

Unsere vielartigen Bündnisse sind wieder ein Beweis dafür, daß wir Individualisten sind und nicht die Einheitsseelen der Bienen haben, die die Welterlöser uns so gerne einreden und aufzwingen wollen. Pflanze in einem Land tausend Fahnen, und unter jeder Fahne wirst du bald ein Häuflein der Gerechten versammelt finden, das bereit ist zu schwören, daß diese Fahne das Symbol für die einzig wahre Wahrheit ist.

So, wie Personen Bündnisse bilden, schließen auch Völker und

Staaten Bündnisse zum gegenseitigen Nutzen. Wie auch bei den Tierarten, bilden Rasse und Kultur keine besondere Schranke. Man schließt Bündnisse, um das eigene Wohlbefinden zu erhalten oder aber um andere Bündnisse zu schwächen. Ist man friedlich, will man das Gleichgewicht der Kräfte erreichen. Ist man es nicht, so wird man versuchen, mit besseren Bündnissen das Gleichgewicht zum eigenen Nutzen zu ändern.



Alle gegenwärtigen Machtzentren sind das Produkt von Bündnissen. Insbesondere die Diktatoren der Vergangenheit und Gegenwart, deren Macht überwiegend, wenn auch nicht überall in der Welt, auf Waffen beruht, leben ständig in der Angst, von einem Bündnis der Gegengewalt entmachtet zu werden. Wie der Teufel das Weihwasser, fürchten sie den Liberalismus.

Sie umgeben sich mit einem Riesenaufgebot an Geheimpolizisten, die sich immer ihrer staatstragenden Rolle voll bewußt sind und in ihrer Machtentfaltung ein Staat im Staat geworden sind. Alle Geheimpolizisten in der Welt sind der staatstragenden Macht verpflichtet, manchmal auch umgekehrt. Zum Nachweis ihrer Existenznotwendigkeit müssen sie Erfolge nachweisen und notfalls konstruieren, wie schon in den Zeiten der Hexenverbrennungen. Die Foltermethoden zum freiwilligen Geständnis der Opfer sind die gleichen geblieben und noch um die Erkenntnisse Pawlows und der modernen Psychiatrie wesentlich erweitert.

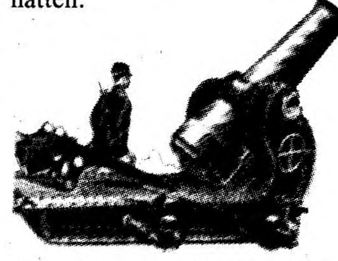
Gehen wir noch einmal in die Vorzeit zurück. Die menschlichen Horden waren in der Kopfstärke immer durch das Nahrungsangebot und die Leistungsfähigkeit der Jäger begrenzt, die nach heutigen Schätzungen auf 40 Kilometer Tagesleistung begrenzt war. Die Waffen aller Horden waren ziemlich gleichwertig. Auseinandersetzungen waren immer die Kämpfe Mann gegen Mann, und man sah in die Augen seines Feindes. Entscheidend für den Sieg bei der Auseinandersetzung zwischen Horden waren die körperliche Überlegenheit der Rasse, die augenblickliche Konstitution und der Futterzustand, die Gruppenaggressivität sowie Schläue und Erfahrung des Hordenführers.

Immer mehr und immer bessere Waffen

Mit der Bronzezeit, der schnellen Entwicklung der Kulturen und damit auch der Waffen war das waffentechnische Gleichgewicht zwischen den Horden und Stämmen zerstört. Jetzt entschied auch die Qualität der Waffen neben den anderen Faktoren.

Der bis in die Gegenwart anhaltende Wettlauf begann. Immer mehr und bessere Waffen, dazu immer mehr Arbeiter und Waffenträger wurden eingesetzt, und die Sklaven waren die Energieträger anstelle der heutigen Energielieferanten.

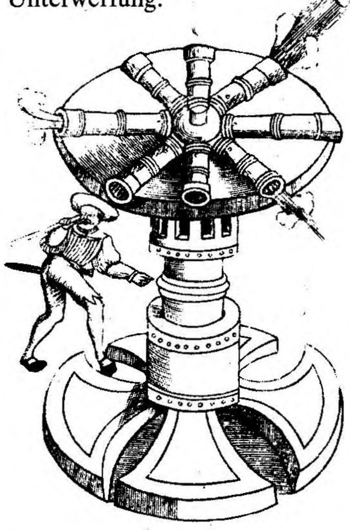
Mit neuartigen und furchterregenden Reiterheeren konnten die Hunnen einen Siegeszug ohne Ende machen, weil die anderen Völker das Pferd als Waffe noch nicht so weit entwickelt hatten.



Die Krieger mit den Eisenschwertern waren jenen überlegen, die noch mit weichen Bronzewaffen oder gar mit Steinwaffen kämpfen mußten.

Welche Überlegenheit brachten das Schießpulver, die Kanonen, Gewehre und die Kriegsschiffe gegenüber den Völkern, die noch mit Pfeil und Bogen ihre Freiheit verteidigen mußten.

Wir haben an diesen Beispielen bewiesen, daß durch immer neue Waffentechniken das Gleichgewicht zwischen den Kontrahenten fortlaufend gestört wird und die Bündnisfrage daher zu einer Überlebensfrage wird. Nur Bündnisse gegen den Mächtigen können ein Gleichgewicht schaffen, nicht aber mit ihm, wenn er zugleich der mögliche Feind ist. Es wäre das Bündnis zwischen einem Fuchs und einer Gans und ein Vertrag der Unterwerfung.



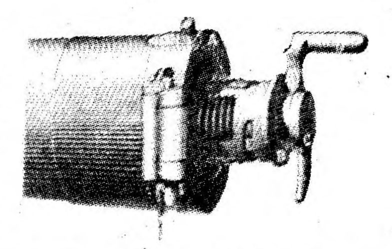
Die Geschichte der Menschheit ist die Geschichte der Bündnisse. Mit zunehmender Seßhaftigkeit, mit der Gründung von Wehrsiedlungen, Dörfern und Städten, mit der Entwicklung der Kulturen, der Spezialisierung in immer neuen Fertigungstechniken und dem daraus sich ergebenden Handel waren Verteidigungsbündnisse zwingend notwendig. Den Bündnissen zwischen kleinen Einheiten folgten Zusammenballungen, freiwillig und unfreiwillig. Es entstanden Machtzentren, die, wie der Oberclan der Affen von Delhi, über das Schicksal anderer Völker bestimmten, indem sie von ihren Einzugsbereichen, Interessengebieten und Hoheitsgebieten sprachen und es heute noch tun.

Das Machtzentrum ist wie ein Wirbelsturm, der alles mitreißt und nicht entscheidet, was gut und böse ist. Er kennt wie die Natur nur die Zweckmäßigkeit und die Unzweckmäßigkeit. Der Wirbelsturm der Macht kennt keine Grenzen, keine Selbstbestimmung, keine Friedensengel, Pazifisten und Wehrdienstverweigerer. Er reißt alles mit sich, was nicht stark und fest genug im Heimatboden verwurzelt ist. Verfolgt man die Geschichte der Vergangenheit und der Gegenwart, sie ist in allen Abläufen unhuman und die Bestialität der menschlichen Seelen, die seit Jahrtausenden für den christlichen Humanismus kämpfen, hat zugenommen.

Einseitige Abrüstung schafft keinen Frieden

Einseitige Abrüstung schafft keinen Frieden – sie gefährdet ihn. Die Friedens- und Abrüstungsgesänge, so menschlich sie sind, werden leider immer nur auf der Seite der Demokratie gesungen. Auf der Gegenseite werden sie durch stramme Ideologie und künstlichen Haß ersetzt. Was nützen so treuherzige Worte eines jungen Idealisten: »Stellt euch vor, es würde ein Krieg beginnen, und keiner geht hin!«

Es ist ein frommes, vom Wissen ungetrübtes Wunschdenken. In welchen Ländern auch immer, alle kommen sie, wenn die Fahne ruft. Unsere Geschichtsbücher liefern den Beweis für diese Feststellung.



Somit bedeutet die Erhaltung des Friedens die Erhaltung des Gleichgewichts. Einseitige Friedens- und Abrüstungsgesänge zerstören das Gleichgewicht der Kräfte und fördern damit die Möglichkeit für einen Krieg. Leider wollen viele mit Vorurteilen belastete Friedensfreunde sich dieser Logik nicht beugen.

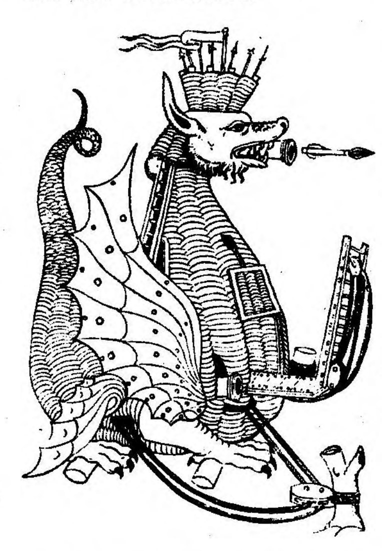
Natürlich kommt jetzt das Gegenargument mit der neutralen Schweiz. Natürlich konnte die Schweiz sich aus beiden Weltkriegen heraushalten. Man vergißt dabei nur, daß die Schweiz nicht am Ärmelkanal liegt und strategisch unwichtig für die Kriegführenden war. Dafür hat sie für die Kontrahenten einen unschätzbaren Wert als Umschlagplatz für Geld und die Information der Geheimdienste gehabt. Sehr wesentlich aber ist die Tatsache, daß die Schweiz damals und auch heute bis an die Zähne bewaffnet und mit modernstem Kriegsgerät ausgerüstet ist.

One World

Der Frieden ist immer bewaffnet

Der Frieden ist immer bewaffnet, und jeder Schweizer bekennt sich zum Vaterland und der für ihn selbstverständlichen Wehrbereitschaft. Die Schweizer sind ein friedliebendes Volk, sind aber immer bereit, die von ihnen sehr bewußt wahrgenommene Freiheit mit Klauen und Zähnen zu verteidigen.

Doch zurück zu den Bündnissen und der Macht. Einige Beispiele aus der Vergangenheit zeigen uns die menschliche Aggression und den Völkermord:



– 325 Weltreich Alexander des Großen.

– 221 bis – 168 Römisches Weltreich erstreckt sich bis nach England, Rumänien, Kleinostasien, Marokko, Mesopotamien und Algerien.

– 200 Reiterkrieger der Hunnen drängen nach dem Westen und lösen eine Völkerwanderung aus.

– 100 Germanen verdrängen die Kelten aus Mitteleuropa.

+ 325 Hunnen drängen erneut nach Europa und gelangen 430 an den Rhein.

406 Vandalen, Alemannen und Alanen dringen von den Donauländern aus gegen Franken vor und besiedeln Spanien.

716 Die Araber erobern Lissabon.

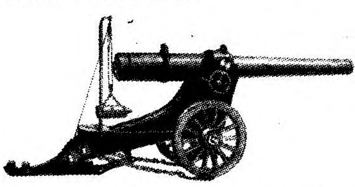
1084 Heinrich IV. belagert Papst Gregor VII. in Rom und läßt sich vom Gegenpapst Klemens II. zum Kaiser krönen (Ränkespiel der Mächte).

1096 Erster Kreuzzug zur Eroberung Jerusalems und Brechung der Macht des türkischen Islams.

Die Zerstörung des göttlichen Sozialsystems

Absichtlich habe ich Beispiele aus der Vergangenheit gewählt. Auch die beiden Weltkriege in diesem Jahrhundert waren Kriege zwischen Bündnissen. Wir haben es im Ersten Weltkrieg erlebt, daß ein eigentlich nicht sehr wichtiges Ereignis vorgeschoben wurde, um die Völker in den Krieg zu jagen. Der Zweite Weltkrieg war ebenfalls ein Krieg der Bündnisse der durch das Ungleichgewicht zwischen den Blöcken möglich und dem Aggressor machbar erschien.

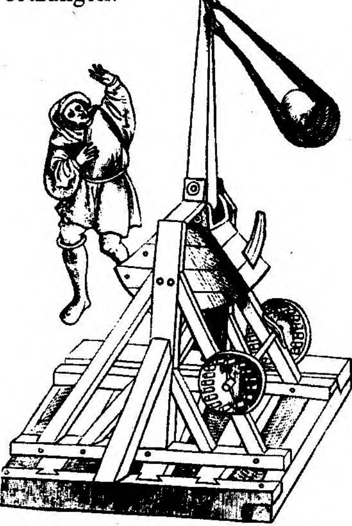
Der Zweite Weltkrieg war ein Krieg und Sieg der »Internationalisten«. Sie beherrschen heute die Erde und formen sie nach ihrem Willen um.



Die Geschichte der Bündnisse ist die Geschichte der Kriege, der Versklavung, der Massenvertreibungen, der Flüchtlingsströme, der Unterdrückung und der Massenmorde. Sie ist die Geschichte der sich ständig verändernden Landkarten. Sie ist auch die Geschichte der Entwicklung der heute noch gültigen Machtordnung, der Zerstörung des göttlichen Sozialsystems der menschlichen Gemeinschaften und Schöpfung neuer künstlicher Gesellschaftsordnungen. Sie ist die Geschichte der Evolution und Selektion zur Funktionsfähigkeit in den Massengesellschaften.

Alle Fakten in der Geschichte der Menschheit beweisen, daß unser Zwischenhirn, eine Erbschaft aus der tierischen Vergangenheit, immer noch Triumphe feiert über unseren Verstand und die Vernunft.

Jetzt stellt sich uns die Frage, was haben uns die Bündnisse tatsächlich gebracht? Die Geschichte beweist doch, daß die zahllosen Bündnisse keinen Frieden gebracht haben, wohl aber die gewaltige Ausdehnung der mörderischen Auseinandersetzungen.



Die Beteiligung an einem Wehrbündnis ist für schwache Völker das Gesetz der Stunde und der Massengemeinschaften. Das Wehrbündnis zwischen Staaten, die einen Konsens haben, ist ein Gesetz der Natur und wir werden es nicht abschaffen können. Es gibt keinen Ersatz, wenngleich die Europäer prüfen sollten, ob nicht ein eigenständiges europäisches Machtzentrum den Weltfrieden sicherer machen könnte.

Der Haß ist der Vater der Aggressivität

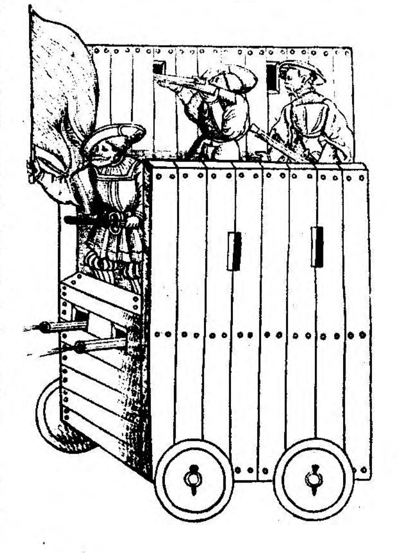
Es ist kindlicher Glaube, daß man den Krieg per Gesetz verbieten oder durch Wehrlosigkeit verhindern kann. Mahatma Gandhi und Martin Luther King sind nun wirklich keine Beweise. Sie konnten die Massen zum passiven Widerstand aufrufen und für ihre Ideale kämpfen, weil der Kampf auf demokratischem Boden stattfand und von der »Internationale« wohlwollend geduldet, wenn nicht gefördert wurde. In Polen oder der Türkei, um diese stellvertretend zu nennen, wäre ihr Aufstand im Keime erstickt.

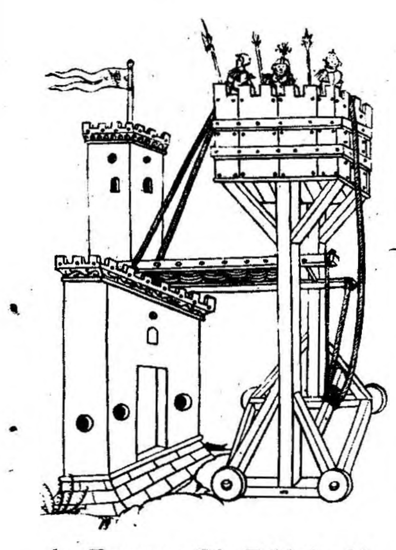
Das wichtigste Moment bei der Umformung der Menschheit für die »Eine-Welt« ist der erzeugte Haß. Radio und Fernsehen sind die Verteiler und Erzeuger des »Zeitgeistes«, und der Haß ist das Werkzeug der Manipulation der Seelen. Der Haß ist der Antriebsmotor zur Massenaggression, die als Voraussetzung für Kriege und Revolutionen benötigt wird. Abrüsten heißt darum den Haß abrüsten und seine bewußte Erzeugung völkerrechtlich verbieten.

So lange es Staaten und ideologische Institutionen auf der Erde gibt, die den Kindern bereits den Haß mit der Muttermilch einflößen, so lange gibt es kein Gleichgewicht und keinen Frieden. Wenn man einen Weg zum Frieden sucht, dann muß man mit aller Leidenschaft, wenn auch ohne Erfolg, für die weltweite Abschaffung des Hasses kämpfen.

Der Haß ist der Vater der Aggressivität und die Mächte, die den Haß säen, sind immer unfriedliche Mächte, denn sie wollen damit das Gleichgewicht ändern. Nach einer Berechnung aus dem Jahr 1950 ergibt sich folgendes trauriges Resultat: »In 3865 Jahren gab es nur 323 Friedensjahre mit 8250 Friedensverträgen.«

Nach einer Pressemeldung gab das private amerikanische »Zentrum für Verteidigungsinformationen« den folgenden Bericht: »Über ein Viertel der Staaten der Erde, nämlich 45 von 164, tragen zur Zeit bewaffnete Konflikte im Inneren aus oder führen Kriege nach außen. An 40 größeren und kleineren Konflikten – einschließlich 35 Guerilla- und Bürgerkriegen – sind über vier Millionen Mann beteiligt. Davon eine halbe Million frem-





der Truppen. Die Zahl der bisherigen Opfer wird bis auf fünf Millionen geschätzt.«

Diese traurigen Zahlen sprechen für die Aggressivität der menschlichen Art. In allen kriegerischen Auseinandersetzungen kämpfen und sterben Menschen.

Es sind nicht nur die Führer und Verführer, die die Massen in den Tod treiben. Sie sind auswechselbar, wenn nur die Fahne hoch voran flattert. Alle, vom General bis zum gemeinen Soldaten, oder wie immer sich die Fahnenträger nennen, kämpfen voller Edelmut für die einzige Wahrheit – die Wahrheit ihrer Fahne.

Wie schon in der Vorzeit, unterordnen wir uns der Fahne, und der Haß führt die Dolche – im stolzen Bewußtsein, ein Bannerträger zu sein – für die gerechte Sache – für den gerechten Krieg.

Waffen der Intriganten sind immer stärker

Aufrüstung, Abrüstung, Entspannung, das Bekenntnis zum Frieden sind gleichermaßen Mittel der Politik und dienen dazu, das Gleichgewicht zu erhalten oder aber es einseitig zu verändern. Glaubst du wirklich immer noch an die Phrasen der Politiker?

Die Geschichte der Bündnisse ist leider auch die der Intrigen. Sie mischen sich in alle zwischenmenschlichen Beziehungen auf allen Ebenen des organisierten Lebens ein. Die menschliche Befähigung zu Intrigen bei der Bildung von Bündnissen ist vielleicht die teuflischste Ungeheuerlichkeit unserer Art. Die Waffen der Intriganten sind immer stärker als die der Redlichen, denn sie entsprechen den niederen Instinkten in Kombination mit dem Geist.

Seit 1945 flattert die Friedenstaube, eigens von dem Kommunisten Pablo Picasso entworfen, im Namen der »Internationale« um die Welt. Frieden, Abrüstung, Aufrüstung, Nachrüstung und Phasen der Entspannung sind das große Schauspiel unserer Zeit.

Wir kleinen Erdenbürger hängen wie Marionetten an den Fäden der Mächtigen und klatschen Beifall. Wäre die Friedenstaube eine echte Taube, dann würde sie uns berichten, daß hinter diesem Schauspiel bewußt eine waffenstarrende Welt entstand und Europa als Beute und Vorfeld der Großmächte ein einziges Pulverfaß geworden ist.

Nicht Menschenrechte, sondern die Herrschaft über die Menschheit und die Erde ist das Ziel!

Glaubt man wirklich, daß der Frieden gerettet und sicherer wird, wenn beide Großmächte, vielleicht unter wirtschaftlichem Druck, beschließen, die Atomraketen und die chemischen Waffen um 50 Prozent zu reduzieren oder gar zu vernichten. Der Frieden würde auf das äußerste gefährdet, denn die Neigung zum Mißbrauch und das gegenseitige Mißtrauen würden das künftige Spielfeld beherrschen.

Jede Regierung ist gegenüber ihrem Volk verpflichtet, Bündnisse einzugehen und eine Rüstung in dem Maße zu betreiben, die notwendig ist, die Sicherheit des eigenen Lebensraumes zu gewährleisten. Wie anders sollte es wohl sein?

Wir müssen uns die Frage stellen, wer sichert unseren Lebensraum. Tun es die Sieger von beiden Seiten, indem, sie uns die »Eine-Welt« nach ihrem Strickmuster aufzwingen, oder sollten wir Europäer eine ausreichende Kraft entwickeln, um künftig als eine unabhängige Stütze den Globus mithelfen zu tragen?

Am Rezept der One-World muß etwas nicht stimmen

Seit über 40 Jahren feiern wir die Abwesenheit des Krieges in Europa als einen großen Sieg und Fortschritt, und die Sieger und ihre Trabanten versuchen, es uns täglich einzureden. Die Abwesenheit des Krieges ist die gewollte Ohnmacht und Neutralisierung Europas und ein Eckpfeiler in der Politik der Ideologen und Utopisten zur Schaffung der »Eine-Welt«.

Die Erde wurde nach dem letzten Weltkrieg von den ideologischen Großmächten bewußt zu einem einzigen großen Manöverfeld manipuliert. Die Flugbahnen der Raketen sichern die kleinen Kriege zur Umgestaltung im »großen Frieden«. Kein Volk dieser Erde, auch im letzten Winkel nicht, kann sich dem Wahnsinn der Konzentration der Großmächte entziehen.

An dem Rezept für die »Eine-Welt« muß etwas nicht stimmen. Schon das Christentum und der Islam glaubten, durch Konzentration und Vergewaltigung des Menschen sie zu ihrem Glück zwingen zu müssen. Sie sind gescheitert und haben das Reich Gottes auf Erden nicht verwirklichen können.

Auch die Weltbeglücker von der anderen Fakultät, die »Internationalisten«, als schwammige Umschreibung, werden ihre Utopie nicht verwirklichen können. Wieder und noch umfassender werden die Völker dieser Erde sinnlos unterdrückt, gefoltert, getötet, vertrieben und ihrer Kultur und Menschenwürde beraubt.

Wir Unwissenden klammern uns an die eingetrichterte Ideologie der Abrüstung der Atombomben in dem Glauben, damit den Weltfrieden zu retten. Wir Narren – welchen Frieden meinen wir eigentlich?

Die größte Auseinandersetzung im Namen der Humanität und Menschenrechte, als neue Verkleidung, findet seit ungefähr 200 Jahren statt und hat ihren Höhepunkt scheinbar jetzt erreicht und es wird zum letzten Gefecht geblasen.

Die Veränderungen finden außerhalb der Siegerländer statt, und erst das Monopol auf die Atombomben und das angebliche Gleichgewicht eröffnete den »Internationalisten« die Verwirklichung ihres Traumes, indem sie der Menschheit ungehindert ihren Willen, als »Zeitgeist« getarnt, aufzwingen können.

Den Frieden sichern kann nur heißen, auf die ideologische Weltbeglückung verzichten und den Haß abbauen, den Haß, der die Waffen bedient. Der Frieden in der Welt ist eine schöne Utopie, denn der Unfrieden ist das Wesen des Menschen.

Die Menge Menschen als Volk und Nation wird von sich aus nie selbsttätig und führt Kriege. Die Masse braucht immer noch die Fahne und den Anführer, auch wenn sie vielleicht durch Mißstände wutbeladen ist. Sie braucht die Signale für die Massenaggression, und die Masse folgt dem Signal wie die Herde dem Leitbullen.

Die Völker sind immer nur die Bauern

Die Inhaber der Macht waren und sind die Lenker der Geschichte und der Kriege. Im Schachspiel um die Macht sind die Völker immer nur die Bauern, die Kriegsknechte und die Opfer. Die Demokraten sind, wie die Geschichte leider bewiesen hat, keine Kriegsverhinderer.

Die Geschichte Englands und die der Vereinigten Staaten von Amerika in den letzten zweihundert Jahren ist ein klassisches Beispiel dafür, daß die Macht in den Demokratien leichter zu manipulieren ist als in anderen Staatsformen. In der Kriegslust und Beutegier waren beide den Monarchien absolut ebenbürtig und sehr häufig überlegen.

Die Technik der vom Volk gewählten Führer, die wie Despoten handelten und handeln, ist voller Raffinessen. In edler Selbstbescheidung überlassen sie dem Volk natürlich die volle Verantwortung, während sie in vaterländischer Gesinnung handeln, so sagen sie. Die Werkzeuge sind Presse, Rundfunk und Fernsehen zur Erzeugung der notwendigen Massenaggression als die Voraussetzung aller Kriege – für den Krieg des Volkes – für den gerechten Krieg – im Namen der Menschlichkeit.

Nicht die Völker dieser Erde bestimmen über Krieg und Frieden. Es sind immer die Inhaber der Macht, die sich häufig als »Auserwählte« fühlen und sich mit »Sendungsbewußtsein« Göttlichkeit anmaßen. □

In eigener Sache

Freys Leichen-Fledderei

Ekkehard Franke-Gricksch

In den letzten drei Ausgaben hat sich CODE eingehend mit den Machenschaften des Münchner Verlegers Dr. Gerhard Frey bei der angeblichen Wahrung nationaler deutscher Interessen auseinandergesetzt. Die Antwort auf diese Veröffentlichung ging nicht auf den Inhalt der Beiträge ein, sondern bestand in Verleumdungen, Verdächtigungen, Beschimpfungen und sogar in Lügen. Bei dieser Schmutzkampagne machte Frey nicht einmal vor einem Toten halt.

Der Beitrag in den Zeitschriften des Verlegers Dr. Gerhard Frey unter dem Titel »Verschlungene Wege von Vater und Sohn« wären keines Kommentares wert, da sie in ihrem Denkansatz und ihrer Zusammenschusterei so dilettantisch sind, daß sie eigentlich nur Mitleid über das Unvermögen des Herausgebers der »einzigen nationalen Blätter in Deutschland« hervorrufen.

Frey dient schmutzigen Agenten

Frey beruft sich bei der Verunglimpfung meines zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilten und am 18. August 1953 in Workuta verstorbenen Vaters auf sogenanntes Spielmaterial des britischen Geheimdienstes. Dabei geht Frey in seiner Geschmacklosigkeit soweit, meinen Vater als »Holocaust-Kronzeugen« darzustellen.

Zunächst ist dazu zu bemerken, daß Frey mit dieser Form der Antwort auf Veröffentlichungen in CODE ganz eindeutig zugesteht, daß er im Auftrage fremder Geheimdienste tätig ist und offenbar verpflichtet, Desinformation und anderes lancimierendes Geheimdienstmaterial ausländischer Dienste zu veröffentlichen, um in der Bundesrepublik und vor allem in konservativen Kreisen Verwirrung und Verunsicherung zu stiften.

Frey beruft sich auf das Buch des britischen Agenten Gerald Fleming »Hitler und die Endlösung«. In diesem Buch wird erwähnt, daß mein Vater während seiner Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt für seinen Amtschef, Maximilian von Herff, einen Bericht über die Umsiedlungsaktionen angefertigt habe. Dieser Bericht soll in dem Zeitraum vom 4. Mai bis 16. Mai 1943 geschrieben worden sein. Dieser Bericht, der keinerlei Datum trägt – was bei einem Dienstbericht dieser Art völlig ungewöhnlich ist –, ist in maschinenschriftlicher Abschrift von Charles W. Sydnor im U.S.N.A. deponiert, und einen der drei erstellten Durchschläge besitzt Fleming.

Dieser Dienstbericht ist eine Fälschung. Ein Historiker, der sich auf eine solche »Abschrift« ohne Datum beruft, disqualifiziert sich selbst. Aus gutem Grund hat es Fleming in seinem Buch unterlassen, diese »Abschrift« in seinem Buch zu reproduzieren. Es gibt keinen Originaltext und soweit feststellbar, ist die »Abschrift« erst nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht angefertigt worden.

Flemings »Dienstbericht« ähnelt in gewisser Weise den Phantastereien eines gewissen Filip Müller, der nach seinen eigenen Angaben drei Jahre lang in einer »Gaskammer« von Auschwitz tätig war, trotzdem aber überlebt hat. Auch Fleming zitiert eine Passage aus Müllers Buch, wirft aber die Örtlichkeiten durcheinander, denn Müller spricht von einem anderen Krematorium.

Bekannt ist die Tatsache, daß es im Jahre 1942 in Auschwitz eine verheerende Fleckfieber-Epidemie gab. Der Chef des Personalhauptamtes hatte eine Reise vermutlich auf höhere Weisung unternommen und mein Vater hat ihn begleitet. Das Ergebnis dieser Reise war jedoch nicht dieser gefälschte Bericht.

1930 Austritt aus der Partei

Aufgrund dieser Fälschung stellt Frey meinen Vater als den »Kronzeugen für den Holocaust« dar.

Den Bericht »Aus dem Tagebuch eines gefallenen SS-Führers« hat mein Vater anhand von persönlichen Notizen nach der Rückkehr aus der englischen Gefangenschaft seiner Frau diktiert. Mein Vater hat sich während der Tätigkeit im SS-Personalhauptamt sehr intensiv mit den Problemen der SS-Offiziere auseinandergesetzt, die sich weigerten, in den Lagern der Ostarbeiter Dienst zu tun. Immer wieder alarmierten ihn Meldungen einiger SS-Führer, die um Versetzung aus diesen Lagern an die Front baten, dazu kam die ständig steigende Zahl an Selbstmorden von SS-Offzieren. Diesen Bericht haben wir in dieser Zeitschrift veröffentlicht, und er wurde auch im Treblinka-Prozeß dem Gericht vorgelegt.

Zum Werdegang meines Vaters, der bei Frey eine völlig falsche Darstellung erfährt, möchte ich aus dem von meinem Vater aufgezeichneten Lebenslauf zitieren:

»1928 Eintritt in die NSDAP, Mitarbeiter bei Otto Strasser und Gregor Strasser. 1930 Austritt aus der Partei mit dem Aufruf ›Die Sozialisten verlassen die NSDAP‹. Mitarbeiter an Otto Strassers ›Schwarzer Front‹. Mit Strasser, Herbert Blank, Schapke im Vollzugsausschuß der ›Schwarzen Front‹. Schriftleiter der Zeitung ›Deutsche Revolution‹, Deckname: Hildebrand.

Februar 1933 Emigration auf Wunsch Otto Strassers nach Wien, dort Aufbau der illegalen Organisation der ›Schwarzen Front‹. Sommer bis Herbst 1933 Gefängnis in Wien wegen Tätigkeit für die ›Schwarze Front‹. Im Winter 1933 lebenslänglich ausgewiesen aus Österreich. Emigration nach Prag; Schriftleitung der ›Deutschen Revolution‹ mit Otto Strasser. In Abwesenheit werde ich vom Reichsgericht zum Tode verurteilt wegen Hochverrat. Trennung von Otto Strasser wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Politik.

Verrat der NS-Revolution

Strasser wünschte, daß in seiner Zeitung gegen die Rückgabe der Saar und des Memellandes unter Hitler geschrieben werde, um Hitler keinen außenpolitischen Erfolg zukommen zu lassen. Ich war anderer Meinung; Saargebiet und Memelgebiet gehören zu Deutschland, der Kampf gegen Hitler durfte nicht ein Kampf gegen Deutschland werden, wollten wir nicht das Vertrauen unserer Kämpfer in Deutschland verlieren.

Am 30. Juli 1934 Ermordung Gregor Strassers. Cousine Strassers, die mitverhaftet wurde, gibt an, daß keine Zusammenarbeit zwischen Gregor und Otto Strasser erfolgt ist, wie die Mörder Strassers es hinstellen. Sie gibt mich bei Himmler als Zeugen an.

Ich bin inzwischen nach der Schweiz gegangen und bekomme von dort freies Geleit zu einer Besprechung mit Himmler. Ich selbst will nach diesem Gespräch in die Türkei als freier Schriftsteller gehen. Himmler bietet mir seine Unterstützung an, wenn ich in Deutschland bleibe, da nach seiner Meinung eine starke sozialistische Politik in der Partei richtig sei, aber noch zu verfrüht.

Fahre nach der Schweiz zurück und erkläre in einem Aufruf in den deutschen Zeitungen außerhalb des Reiches, daß ich ins Reich zurückgehe und den Kampf einstelle. Gleichzeitig bitte ich alle Kameraden, den Kampf einzustellen, da eine Emigration immer zu Fehlschlüssen kommen müsse. Ich sah damals ein Wirken innerhalb des Reiches für aussichtsreicher an.

Nach der Rückkehr nach Deutschland ein dreiviertel Jahr

Haft in München, dann kam ich als Rekrut nach Dachau und durfte Dachau drei Jahre nicht verlassen. Meine militärische Ausbildung unter anderem Namen sollte eine mögliche Verfolgung durch das Reichsgericht verhindern.

Da Himmler meinen Wiedereintritt in die Politik für verfrüht hielt, blieb ich auf seinen Befehl hin bei der SS. Einen Wiedereintritt in die Partei lehnte ich ab. Machte den Kampf um Westen und Polen mit und wurde aus Krankheitsgründen zum Personalamt der SS befohlen.

Hatte an dieser Stelle des öfteren Gelegenheit, meine politischen Ansichten Himmler vorzutragen und wesentliche Kräfte der SS-Führerschaft anzusprechen. Im November 1944 sollte ich erneut wegen meiner Tätigkeit verhaftet werden. Die Verhaftung wurde durch das Eintreten meines Chefs von Herff gestoppt. Jede politische Tätigkeit wurde mir verboten. Ich war zuletzt Amtschef im Personalamt der SS. Mein Dienstgrad Obersturmbannführer der SS.«

Die politische Rolle meines Vaters

Ausdrücklich ist zu betonen, daß mein Vater 1930 aus der NSDAP ausgetreten ist und niemals wieder den Wunsch hatte, Mitglied zu werden. Die teilweise von den Nazis und später von den Alliierten produzierten Gerüchte, daß mein Vater seine Rückkehr nach Deutschland mit dem Verrat der Strasser-Leute bezahlt habe, ist ebenfalls unwahr. Otto Strasser hat nach seiner Rückkehr aus der kanadischen Emigration nach Deutschland wiederholt festgestellt, daß dies Gerüchte sind, die in keiner Weise der Wahrheit entsprechen. Mein Vater war im übrigen nach seiner Rückkehr nach Deutschland mit der Cousine der Brüder Strasser verheiratet.

Daß mein Vater sich für Gregor Strasser einsetzte, der von den Nazis ermordet wurde, weil er um die Finanzierung Hitlers bis zum Frühjahr 1933 durch amerikanische und britische Banker und damit um den Verrat der nationalsozialistischen Revolution wußte und teilweise bei der Übergabe der Schecks anwesend war, ist durch eine langjährige Freundschaft bedingt, die ihn bis zu seinem Tod mit den Strassers verband.

Über die politische Rolle meines Vaters während des Dritten Reiches und seiner Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt sollen Weggenossen von ihm zitiert werden. Karl Kaufmann, der damalige Reichsstatthalter und Gauleiter von Hamburg, schrieb:

»Es war nur in den unmittelbar beteiligten Kreisen bekannt, daß ich seit Ende 1942 jede Gelegenheit, die auch nur eine gewisse Wahrscheinlichkeit des Erfolges in sich zu tragen schien, den Krieg genüber dem Westen zu beenden, wahrnahm oder herbeizuführen suchte, um damit Deutschland und mit ihm Europa sinnloses Blutvergießen sowie das Unheil der Bolschewisierung zu ersparen.

Meine Bestrebungen erforderten meine genaue Unterrichtung über die Lage an den Fronten, den Truppennachschub, die industrielle Kapazität, sowie über Stimmung und Absichten in den Spitzen der Reichsregierung.

In Kenntnis dieser Absichten stellte sich mir Franke-Gricksch, damals Sturmbannführer im Personalamt der SS im Herbst 1943 zur Verfügung. Die Unterstützung, die mir Franke-Gricksch erwies, war insofern von besonderem Wert, als sie mir Einblick in die Auffassungen des gerade in diesen Jahren immer einflußreicher werdenden Reichsführers SS und des Kreises um ihn gab.

Ich betone nochmals, daß unsere Bestrebungen der Aufrechterhaltung Deutschlands und der Rettung seiner Bevölkerung auf der Grundlage einer gerechten Übereinkunft, nicht aber die Herbeiführung seines Zusammenbruchs galten. Doch war sich Franke-Gricksch darüber im klaren, daß auf sein Vorgehen im Falle einer Entdeckung mit Gewißheit die Todesstrafe stand.«

Verrat durch »Freunde«

Anatol von der Milwe, damals Ministerialdirigent im Reichsministerium für den besetzten Osten, berichtet: »Auf meinem eigenen Gebiet, der Ostpolitik, konnte ich die Hilfe von Franke-Gricksch wiederholt in Anspruch nehmen, obgleich ich kaum noch die Hoffnung haben konnte, daß seine Unterstützung die von mir angestrebte grundlegende Änderung der deutschen Haltung im Osten herbeiführen würde.

Um so wertvoller erwies sich sein bereitwilliges Eingreifen in einer Reihe von Fällen, in denen die Sicherheit oder die Existenz von einzelnen Personen oder ganzen Gruppen von Menschen aus dem Osten auf dem Spiele standen.

Franke-Gricksch im Personalamt der SS arbeitend, konnte stets mit dem Argument auftreten, daß Mißstände auf dem Gebiet der Behandlung von Angehörigen der Ostvölker, mit Notwendigkeit eine ungünstige Rückwirkung auf die Stimmung der im Rahmen der Waffen-SS aufgestellten Ostverbände nach sich zögen. Dadurch hatte er eine dienstliche Handhabe, sich fast in jedem Fall einzuschalten, den ich ihm auf privatem Wege zuleitete, um durch Vorstellungen entweder bei den zuständigen Behörden, SD-Stellen oder auch den SS-Obergruppenführern und dem Chef des SD wie der ›geheimen Staatspolizei‹, Kaltenbrunner, persönlich im Sinne meiner Vorschläge tätig zu werden.

Es ist selbstverständlich, daß damals weder er noch ich mit der Möglichkeit rechneten, die sich bereits abzeichnende allgemeine deutsche Katastrophe zu überleben. Die Haltung von Franke-Gricksch entsprang daher lediglich menschlichem Anstand und Gefühl, das ich als christliche Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft bezeichnen würde.

Von bemerkenswerten Folgen war das Eintreten von Franke-Gricksch zugunsten der vor den Bolschewisten fliehenden Priestern der orthodoxen Kirche, für die er durch Einwirkung über Kaltenbrunner 1944 eine günstigere behördliche Behandlung erreichte, was unter den teilweise bereits chaotischen Verhältnissen im Generalgouvernement bedeutete, daß eine Anzahl von durch Krankheit, Entbehrungen oder Alter geschwächten Geistlichen sich am Leben erhalten konnte.

Ebenfalls einer größeren Anzahl von Geistlichen kam sein Einspruch gegen die vom SD geplante zwangsweise Verwendung von Priestern als SD-Agenten in den Lagern von Ostarbeitern zugute, die daraufhin aufgegeben wurde, und schließlich war es für mich von besonderem Wert, durch ihn immer wieder auf die Notwendigkeit einer würdigeren Behandlung und besseren Versorgung der Ostarbeiter selbst hinweisen zu können.«

Das sind die Fakten über meinen Vater. Er war sein Leben lang ein Anhänger der sozialistischen Ideen der Brüder Strasser. Er wurde von »Freunden« aus seiner Umgebung an die Sowjets verraten und bei einem Besuch in Berlin verschleppt und wegen seiner Zugehörigkeit zur SS zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Seine Frau wurde ebenfalls nach Berlin gelockt und nach Workuta verbannt und leistete dort sechs Jahre Zwangsarbeit, obwohl sie in keiner Weise politisch tätig war. Die Verräter und Agenten, die diese Verbrechen begangen haben, leben noch heute frei im Westen.

Zusammenfassend zwei Zitate aus dem Urteil einer Klage von Andrea Heß, der Schwiegertochter von Rudolf Heß, gegen Frey, das sie am 13. Februar 1986 erstritt. Unter »Tatbestand« steht in dem Urteil: »Die Klägerin (Andrea Heß, die Redaktion) fühle sich in ihrer Ehre verletzt, solange der Durchschnittsleser der ›Nationalzeitung‹ davon ausgehen könne, daß sie für diese Zeitung arbeite. Dies deshalb, da sich der Beklagte (Dr. Gerhard Frey, die Redaktion) nicht in gleicher Weise wie die Klägerin, ihr Ehemann und der genannte Verein für die Freilassung von Rudolf Heß einsetze. Der Beklagte rufe mit Spendenaufrufen zu Spenden auf eigene Konten auf.«

In den »Entscheidungsgründen« des Urteils wird festgestellt: »Der Beklagte (Dr. Gerhard Frey, die Redaktion) hat seine Aufsichtspflicht als Chefredakteur durch die Veröffentlichung des Berichts der Klägerin in seinem Publikationsorgan schuldhaft verletzt.«

Ein weiterer Kommentar zu Freys Machenschaften erübrigt sich. □

Wieder eine schlechte Ernte in der Sowjetunion

In einem Kommentar im sowjetischen staatlichen Fernsehen wurde von der Bevölkerung verlangt, nach der diesjährigen Ernte und den dabei erzielten Ergebnissen »nicht in Panik zu geraten«.

In der Sendung hieß es: »Seit zehn Jahren haben wir keine einzige reichhaltige Ernte gehabt. In diesem Jahr war Sibirien, der Norden von Kasachstan und das Wolga-Tal sehr stark von der Dürre betroffen, während im europäischen Teil des Landes, wo es viel Getreide gab, der Regen dazu geführt hat, daß es sehr schwierig war, die Ernte überhaupt hereinzubringen. Das Getreide war feucht und klumpig, wenn es zum Dreschen kam.«

Kurz danach hieß es in der Tageszeitung »Sovetskaya Rossiya«, daß es in der ganzen Republik schwierig war, »Getreide zu produzieren«. »Die Dürre hat einen großen Teil der Wolga-Region, fast das ganze Uralgebiet und die Haupt-Erntezone von Novosibirsk und Omsk in Sibirien ausgedörrt. Im nördlichen Kaukasus gab es zwar viel Getreide, doch es hat unter den starken Regenfällen sehr gelitten. Kurz gesagt, das war ein sehr schwieriges Jahr.« □

Mrs. Thatcher plant Schlag gegen Finanzierung der IRA

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher sagte, daß sich der Kampf ihrer Regierung gegen die terroristische Irisch-Republikanische Armee (IRA) darauf konzentrieren werde, die Geldkanäle zu der Organisation hin abzuschneiden.

Unter der Schlagzeile »Mrs. Thatcher plant Schlag gegen die IRA-Gelder« zitierte die Londoner »Times« aus einem Brief der Premierministerin, in dem die Absicht der Regierung zum Ausdruck gebracht wurde, »die Vergehen in dem vorläufigen Gesetz zur Verhinderung des Terrorismus auszuweiten und zu verstärken. Der Umfang verbotenen Verhaltens wird ausgeweitet, so daß die Art von Aktivitäten und Transaktionen eindeutig mit erfaßt werden, die von Banken und anderen Finanzinstituten durchgeführt werden, ebenso wie von Wirtschaftsprüfern und Finanzberatern. Erleichterung bei der Einbehaltung von oder die Kontrolle über Terroristengelder wird eine Straftat darstellen.

Die Polizei wird in Zukunft Unterstützung bekommen bei der ›Durchführung von Ermittlungen über verdächtige Gelder‹.«

Ein britischer Informant äußerte, ein Spannungspunkt zwischen der Regierung Thatcher und der amerikanischen Regierung sei die Frage von »IRA-Geldern, die aus Amerika kommen«, besonders aus dem Gebiet von Boston. □

Sowjetische Kunst eine Form der Politik

»Plötzlich fühlt sich Moskau wieder als drittes Rom«, heißt es in einer Überschrift zu einem Artikel in der Tageszeitung »Die Welt«. Es wird darin über eine Kunstausstellung im Schloß Gottorf in Schleswig zum Thema »Tausend Jahre russische Kunst« berichtet unter dem offiziellen Titel: »Die Kunst Rußlands unter dem Zeichen der Orthodoxie«.

Es geht dabei »nicht nur um Kunst, sondern auch um die Förderung der Politik mit anderen Mitteln«, schreibt der Verfasser des Artikels. «Die Regierung im Kreml kehrt offenbar zu einer alten Tradition zurück. Unter den Zaren gab es eine klare, weitreichende Vereinbarung, eine Art Einvernehmen zwischen der Orthodoxie und dem Staat. Stalin war im Zweiten Weltkrieg zum Konzept dieser Tradition zurückgekehrt, bei der er – unter Bezugnahme auf den ›patriotischen Krieg‹ gegen Napoleon – vom ›großen patriotischen Krieg‹ sprach und an den großen russischen Nationalismus unter der organisierten Einheit der Kirche appellierte.

Jetzt hat Gorbatschow dies für sich selbst entdeckt. Außerdem war die russische Großmachttheorie nie gegen, sondern immer für einen universellen Aufruf. Moskau versteht sich selbst als das ›dritte Rom‹ gemäß der Prophezeiung des Mönchs von Pskov, Philotheus: ›Zwei Roms sind gefallen, das dritte existiert und ein viertes wird es nie geben.‹« □

Wird die Berliner Mauer abgerissen?

Ost-Berlins Befürchtungen sind jetzt bestätigt worden: Gorbatschow denkt an ein wiedervereinigtes Deutschland unter Aufgabe der DDR. Vor kurzem hatte der sowjetische Historiker Wjatscheslaw Daschitschew Bonn besucht und hier eine für Ost-Berliner Ohren höchst ketzerische Bemerkung gemacht: »Die Mauer in Berlin ist ein Relikt des kalten Krieges. Sie belastet das Dasein und die Psyche der Menschen.« Eines Tages würde sie fallen. Nichts also mit »antifaschistischem Schutzwall«, »Friedensbollwerk« und anderen beschönigenden Bezeichnungen, wie sie Tag für Tag aus Ost-Berlin zu hören sind.

Daschitschew ist nicht irgendwer, er nimmt in der Partei einen hohen Rang ein, gehört zum Beraterkreis des Generalsekretärs und formulierte schon kürzlich die sensationelle Kritik an der aggressiven Hegemonialpolitik Breschnews. Daschitschews Bonner Erklärung bedeutet etwas und kann in ernsthafte politische Gespräche eingebracht werden.

Kaum, daß Daschitschews Bemerkung in Ost-Berlin bekannt wurde, setzte man dort alle diplomatischen und parteipolitischen Verbindungen zu Moskau in Bewegung, um zu erfahren, was man zu dieser Feststellung meine. Und zur größten Überraschung lautete dort die Stellungnahme: Die Pläne Gorbatschows sähen auch ein einheitliches Deutschland vor. Die Sowjetunion verspreche sich hiervon – auf lange Sicht – mehr als unter der jetzigen politischen Konstellation. □

Margaret Thatcher auf der Todesliste?

Nach der Ermordung von Pakistans General Zia-ul Haq wird angenommen, daß die britische Premierministerin Margaret Thatcher und Singapores Premierminister Lee Kuan Yew ganz oben auf der Liste möglicher Opfer der Geheimdienste stehen, so äußerte ein Informant im britischen Militär.

Mrs. Thatcher hat sich ganz offen gegen den Plan »Europa 1992« ausgesprochen. Nach einem »Gesetz«, das von der Europäischen Kommission der Europäischen Gemeinschaft in diesem Jahr verabschiedet wurde, soll der Kontinent praktisch vereinigt und die Souveränität der zwölf EG-Mitgliedsstaaten beseitigt werden. Das Gesetz »ein einziges Europa 1992«, so meinen viele politische Beobachter, wäre nur ein Vorspiel für die wirtschaftliche Integration Westeuropas mit dem Sowjetblock und die Umwandlung des Kontinents in ein »sowjetisches Protektorat«.

Anders als der philippinische Präsident Ferdinand Marcos vor ihm reagierte Lee Kuan Yew rasch und entschieden auf die Einmischung des amerikanischen Außenministeriums in die inneren Angelegenheiten seines Stadtstaates, indem er einen US-Diplomaten des Landes verwies und den Vereinigten Staaten vorwarf, die Opposition gegen seine Regierung vorsätzlich zu schüren.

Britische Quellen meinen demzufolge, Mrs. Thatcher und Lee Kuan Yew würden als Hindernis von jenen betrachtet, die für eine Machtaufteilung der Welt zwischen den Supermächten sind. □

Neue EG-Initiative im Kampf gegen »Treibhauseffekt«

Es wird immer wärmer auf der Erde, bedrohlich wärmer. Nach Schätzungen von Wissenschaftlern werden sich die Temperaturen auf unserem Planeten in den kommenden vierzig Jahren um durchschnittlich 1,5 bis 4,5 Grad Celsius erhöhen. Dies wird zu tiefgreifenden Klimaveränderungen auf der gesamten Erdoberfläche und insbesondere zu einem Abschmelzen des Polareises führen. Die Folge wäre ein Ansteigen des Meeresspiegels: Ganze Städte und Regionen würden von der Landkarte verschwinden.

Hauptursachen des »Treibhauseffekts« sind die zunehmende Industrialisierung, die Rodung riesiger Waldflächen sowie die wachsende Konzentration bestimmter Gase – wie zum Beispiel Kohlendioxyd –, die ein Entweichen der Wärme verhindern und so für ein Ansteigen der Temperaturen in der Erdatmosphäre sorgen.

Um eine umfassende Lösung für dieses Problem zu finden, muß sich die Gemeinschaft verstärkt um eine Koordinierung ihrer Politik in den Bereichen Industrie, Energie, Land- und Forstwirtschaft sowie Entwicklung bemühen. Die EG-Kommission hat deshalb eine Arbeitsgruppe gegründet, der Vertreter aller betroffenen Dienststellen angehören. □

Weltweite Unterstützung gegen Antisemitismus in der UdSSR gesucht

Jüdische Führer in der Sowjetunion haben zur weltweiten Unterstützung ihrer Bemühungen aufgerufen, den Kreml zum Verbot der antisemitischen, russischen, chauvinistischen Gruppe mit dem Namen »Pamyat« (»Vaterland«) zu zwingen.

Einem auf der Titelseite der »Jerusalem Post« erschienenen Artikel zufolge folgt der Aufruf auf die Verhaftung eines Juden aus Leningrad, Alexander Bogdanov, der bei einem öffentlichen Treffen der Pamyat protestiert hat. Der jüdische Aktivist Vladimir Kislik äußerte gegenüber der »Jerusalem Post«: »Die Juden überall auf der Welt müssen diese gefährliche Entwicklung zur Kenntnis nehmen.«

Dieselbe Zeitung berichtete aus London, daß der Historiker Dr. Schneier Levenberg sowohl Israelis als auch jüdische Führer der Diaspora aufgerufen hat, sowjetische diplomatische Missionen und die Presse mit Anti-Pamyat-Protesten zu bombardieren. Er sagte: »Die Sowjetes reagieren auf diese Art von Druck äußerst empfindlich, und wenn sie genügend aus der Fassung gebracht worden sind, werden sie handeln müssen.« □

Die Russen in Italien

Italiens führende Kulturfestivals wurden in diesem Sommer von russischen Künstlern und deren Arbeiten beherrscht. In Siena wurde die alljährliche »Chigiana Musikwoche« der russischen Jahrtausendfeier gewidmet. Sie begann mit Rachmaninovs Vesper, einem Werk, das für die russisch-orthodoxe Lithurgie komponiert worden ist und vom Moskauer Poljansky-Chor in der Kathedrale von Siena gesungen wurde, die einige der größten Kunstwerke der Renaissance in Italien birgt.

Dann spielte das Moskauer Philharmonik-Orchester im Jacopo della Quercia Square Strawinskys »Oedipus Rex« und in der Krypta der Kirche von St. Dominic sang der Poljansky-Chor russische lithurgische Lieder, Litaneien und Volkslieder.

Die Musikwoche wurde finanziert von der Monte dei Paschi von Siena, einem führenden Finanzunternehmen, das die Geschäftsbeziehungen mit dem Osten fördert.

Das Filmfestival in Venedig wurde mit einem Film von Carlo Lizzani über Anna Larina eröffnet, der Frau von Nikolai Bucharin, der von Stalin hingerichtet wurde. Anna Larina durfte die UdSSR zum ersten Mal seit dem Jahr 1934 verlassen, um der Premiere des Filmes beizuwohnen. Der Film trägt den Titel »Lieber Gorbatschow«, nach Larinas Brief an den sowjetischen Parteichef, in dem sie ihn um Bucharins Rehabilitation bat.

»Gorbatschows Kleidung« ist sehr in Mode. In Prato in der Nähe von Florenz bringt ein Modehaus Modelle im Stile der Oktober-Revolution heraus – Überzieher der Roten Armee, Westen der Dritten Internationale, Lenin-Jacken. Der erste Sekretär der sowjetischen Botschaft in Rom nahm an der Eröffnung dieses Modespektakels teil. □

Sowjetische Führung im Weltraum unanfechtbar

Die Sowjets entwickeln einen »unanfechtbaren Vorsprung im Weltraum« aufgrund der Katastrophe mit dem US-Shuttle im Jahr 1986 und dem darauffolgenden Zögern der Amerikaner, hinter ihrem Weltraumprogramm zu stehen, so schrieb der Herausgeber von »Jane's Spaceflight Directory«, Reginald Turnill, in der Einleitung zur jüngsten Ausgabe seiner Zeitschrift.

In den »drei dunklen Jahren, in denen kein Shuttle mehr in den Weltraum geschickt wurde, hat sich auf sowjetischer Seite viel getan«, meint er und fügt hinzu: »Der Westen hat die Kosmonauten fast ganz vergessen, die uns mit überneugierigen Augen alle 24 Stunden sechzehn Mal mit ihren Kameras überfliegen.«

Turnill weist darauf hin, daß die Sowjets im Jahr 1987 95 Missionen in den Weltraum geschickt haben, die USA dagegen nur sieben. Seit dem Jahr 1957 haben die Sowjets 1985 Raketen in den Weltraum geschickt, die Vereinigten Staaten dagegen nur 752.

Das Mir-Weltraumstationsprojekt der Sowjets ist dem vergleichbaren US-Projekt ebenfalls weit voraus und der Start von bemannten sowjetischen Shuttle-Flügen steht »unmittelbar bevor«, schreibt Turnill. Er meint, daß die Mir-2-Weltraumfabrik der Sowjets »eine potentielle Abschußrampe von dort zum Mars« vielleicht schon Anfang der neunziger Jahre fertig sein wird. Angesichts der derzeitigen Tendenzen ist er der Meinung, daß die Sowjets die ersten sein werden auf dem Mars, was Turnills Behauptung zufolge auch deren letztendliches Ziel sein dürfte.

Das Mir-Projekt »sollte ausreichen, den unanfechtbaren Vorsprung der Sowjets im Weltraum zu bestätigen. Westliche Augen und Ohren bleiben fest verschlossen gegenüber dem Wissen um die bemerkenswerten Leistungen der Sowjets im Zusammenhang mit Mir in den Jahren 1987 und 1988.«

Unterdessen war »Space Surrender« (»Kapitulation im Weltraum«) der Titel eines Kommentars von William Buckley in der »Washington Post«. Er betonte, daß selbst wenn die Sowjets die Radareinrichtung von Krasnoyarsk abbauen, von der die Vereinigten Staaten behaupten, sie sei ein »ernsthafter Bruch« des ABM-Vertrages, so haben die Sowjets dennoch entscheidende Möglichkeiten, die den Vertrag zunichtemachen könnten.

Buckley fährt fort und schreibt weiter über »die erstaunliche Disintegration unseres Weltraumprogramms unter der Reagan-Regierung«, und verweist auf die Tatsache, daß die Abschußmöglichkeiten der Sowjets zur Stationierung vieler Satelliten im Weltraum zehn Mal größer seien, als die des Westens. Er sagt, die Politiker sind daran schuld, aber auch der vereinigte Generalstab der USA.

»Niemand ist in einer besseren Position als der vereinigte Generalstab, um uns sagen zu können, wie schlecht es um unsere strategische Position bestellt ist«, schreibt Buckley. »Doch sie wirken wie drei blinde Mäuse, in ihrer äußerst selbstmörderischen Torheit darauf zu bestehen, daß der ABM-Vertrag im Jahr 1988 aufrechterhalten wird.« □

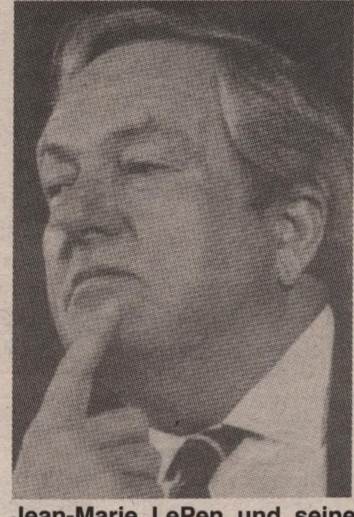
Frankreich

Demokratie in der Zerreißprobe

Beat Christoph Baeschlin

Einerlei, ob es der ursprünglichen französischen Bevölkerung paßt oder nicht, soll heute jeder afrikanische oder sonstige Einwanderer berechtigt sein, sich in Frankreich niederzulassen. Dieses moralisch-politische Dogma wird von Staatspräsident Mitterrand so formuliert: »Einwanderer, die zu uns kommen, sind hier zu Hause.« Damit wird dem eingeborenen Volk das Recht abgesprochen, sich zu der Frage zu äußern, was für Leute im französischen Siedlungsraum erwünscht sind und in welcher Zahl.

Wer dieses sonderbare Dogma nicht billigt, wird als »Fremdenhasser« und »Rassist« verschrien. Da Frankreich seit 15 Jahren keine Vollbeschäftigung mehr kennt und somit keine zusätzlichen Arbeitskräfte braucht, bedeuten die Neueinwanderer und ihr meist sehr zahlreicher Familienanhang eine immer schwerer zu verkraftende finanzielle Belastung für das Land. Dieser ganze Problemkreis ist jedoch zu einem Tabu gemacht worden, worüber man nicht sprechen, nicht einmal nachsinnen darf.



Jean-Marie LePen und seine Nationale Front sind kein Strohfeuer, dem die Parteigänger der Dekadenz den Namen »Rechtsextremismus« geben.

Verschwörung gegen das Volk

Weil aber Jean-Marie LePen und seine Nationale Front diese politische Zimperlichkeit nicht anerkennen, stellen sie gerade diese als Rühr-mich-nicht-An behandelte Frage in den Mittelpunkt ihrer politischen Tätigkeit. Sie scheuen sich nicht, darauf hinzuweisen, daß den Neuzüglern zahlreiche Vorteile gewährt werden, die den eingeborenen Franzosen vorenthalten sind. Sogar die Arbeitsplätze werden vorrangig an Einwanderer vergeben. Bei der seit 15 Jahren unwiderstehlich wachsenden Arbeitslosigkeit erzeugt diese Herausforderung begreiflichen Groll.

Die das Kennzeichen einer wahren Invasion tragende Einwanderung wird auch durch strafrechtliche Maßnahmen abgeschirmt: Es ist streng verboten, afrikanische oder andere Einwanderer abzuweisen, wenn zum Beispiel ein Zimmer oder eine Wohnung zur Miete ausgeschrieben wird. Der Schutz der Einwanderer geht sogar so weit, daß die Polizei sich strafbar macht, wenn sie tätlich wird, um einen weiß-rassigen Franzosen vor Angriffen und Beraubung durch Farbige zu schützen. Auch wagt es die Presse nicht mehr zu erwähnen, wenn bei Verbrechen Farbige beteiligt sind.

Es kann nicht verwundern, wenn sich im Volk ein großer Zorn ansammelt gegen diese obrigkeitlich geschützte und geförderte Invasion artfremder Elemente, denen das französische Staatsgebiet geöffnet und sozusagen zum Eigentum hingeworfen wird.

Heute beteiligen sich fast alle politischen Kräfte an dieser Verschwörung gegen das französische Volk. Nur LePen wagt es, dem Mißbehagen und der Empörung weiter Bevölkerungsschichten Ausdruck zu geben. Wer die Volkssouveränität, das heißt also die Demokratie, als das Recht des Volkes auffaßt, die Probleme des Staates nach Wunsch des Volkes zu gestalten, der muß es begrüßen, daß LePens Nationale Front eine weitverbreitete Volksmeinung in die Politik einbringt, indem diese Anliegen zu greifbaren politischen Forderungen formuliert werden.

Legalisierter Volksbetrug

Zu beachten ist, daß LePen noch nie eine Bemerkung äußerte, aus der zu schließen wäre, daß er das demokratische Regime zu beschränken oder gar aufzuheben trachtete. Er wird aber stets als »Feind der Demokratie« ausgegeben.

Der damalige Ministerpräsident Chirac war vermutlich einer gebieterischen Stimme aus dem Hintergrund gefolgt, als er seine Regierungstätigkeit damit begann, ein Wahlgesetz zu schaffen, das die Nationale Front aus dem Parlament verbannte. In sorgfältiger Computerarbeit wurden die Wahlbezirke so gestaltet, daß alle Quartiere und Ortschaften mit großer LePen-Wählerschaft ganz willkürlich mit Wahlbezirken vereinigt wurden, wo diese Wähler keine Mehrheit bilden konnten.

Dieses »demokratische« Werk »bewährte« sich erstmals bei den Wahlen vom letzten Frühjahr und bewirkte das gewünschte Wunder: anstatt 72 Abgeordnete – wie es der Zahl der Wähler entsprochen hätte – fiel bloß ein einziger Sitz für die Nationale Front ab. Der »Volkswille« ist somit das Ergebnis einer Scherenschnittarbeit geworden.

Dank dieses neuen Wahlgesetzes, das ein klarer Volksbetrug ist, wurde LePen mit den Seinen aus dem Ratssaal der Nation hinausmanövriert. Aber das hat weder ihm noch seiner Partei die Gunst der vaterländisch gesinnten Volkskreise entfremdet. Im Gegenteil, es wurde offenkundig, daß Sozialisten, Kommunisten und Liberale zusammen eine ganz niederträchtige Intrige ausgeheckt hatten.

Weder die Chirac-Leute noch die sozialistischen Machthaber sind über diese plumpe Fälschung des Volkswillens glücklich geworden. Ist es doch allzu offensichtlich geworden, daß die von Bekenntnissen zur Demokratie überquellenden französischen Regierungen nicht gewillt sind, sich vom Volke Weisungen erteilen zu lassen. Die Inhaber der Staatsmacht wollen den Volkswillen manipulieren.

Unbehagen in der politischen Führungsklasse

Aber ein Mißbehagen bleibt. Deshalb befragen die Mächtigen ohne Unterlaß die Meinungsforschungs-Institute. Diese modernen Wahrsager lesen aus den Eingeweiden der Volksseele eine wachsende Zustimmung und Hinneigung zu LePen. Das macht die herrschende Sippschaft ganz närrisch. Es hatte also nicht genügt, die Nationale Front vom Parlament fernzuhalten, indem sie um ihren Anteil an Parlamentssitzen geprellt wurde. Es brauchte folglich drastischere Maßnahmen.

Vorerst wurde versucht, LePen und die Seinen von allen Radio- und Fernsehsendungen fernzuhalten. Das schien sich auf die Meinungsbildung im Volke nicht auszuwirken. So versuchte man es wieder einmal mit einer umfassenden Schmäh-Kampagne. Aber es bot sich kein brauchbarer Anlaß.

Schließlich wurden LePens Ausfälle gegen den amtierenden Minister Durafour herbeigezerrt. In einem Kurs für Regional-Beauftragte der Nationalen Front verwahrte sich LePen gegen besonders verleumderische und niederträchtige Anwürfe des genannten Ministers, wobei er den Namen Durafour zu »Four-crématoire« (Krematoriumsofen) abbog.

Weit und breit war nichts Besseres als Aufhänger für eine Verunglimpfungs-Kampagne zu haben. Deshalb mußte die »öffent-

liche Meinung« mit diesem etwas läppischen Wortspiel vorlieb-nehmen. Aus dem Wort »Krematoriumsofen« wurde sogleich die Verbindung zu den Verbrennungsöfen von Auschwitz fabriziert und flugs behauptet, LePen habe sich »einmal mehr als Antisemit entpuppt«.

Mit dieser abstrusen Behauptung und debilen Ideen-Assoziation wurde dann die »höchste Alarmstufe moralischer Empörung« ausgelöst. Weisungsgemäß reagierten alle Massenmedien tagelang. Alle Zeitungen sangen im Chor mit und alle Politiker mußten ein Soll an moraltriefender Empörung von sich geben. Und sie taten es. Vom kleinsten Presse-Trabanten bis hinauf zu Staatspräsident Mitterrand erfüllte jeder seine Pflicht.

Tagelang dauerte dieser Riesenwirbel. Doch das Ergebnis war enttäuschend. Das Volk schien kühlen Kopf bewahrt zu haben. Die künstlich aufgebauschten »Moralausbrüche« wurden keineswegs zum Nennwert genommen. Die herrschende Polit-Mafia machte sich eher lächerlich mit ihren an den Haaren herbeigezogenen Argumenten.

Es blieb nur noch eine Möglichkeit zur Ausschaltung des lästigen Konkurrenten LePen: ihn weder in der gedruckten Presse noch in den Massenmedien irgendwie zu erwähnen. Anfang September 1988 war es soweit; in ganz Frankreich herrschte Funkstille, als hätte LePen nie existiert und als wäre nie eine Nationale Front aufgetaucht, die Millionen von Wählerstimmen auf sich zu vereinigen vermochte.

Die Bewegung ist kein Strohfeuer

Über das Wochenende vom 17./18. September 1988 fand in der Riesenhalle »Le Bourget« bei Paris das alljährliche Fest der Nationalen Front statt. Ob da die Leute noch kämen, nach den unerhörten Vorwürfen von »Antisemitismus«, »Parteinahme für den Nationalsozialismus« und »für Hitler«? So dick war aufgetragen worden, um LePen anzuschwärzen. Zwar war ausgestreut worden, LePen wisse überhaupt nichts auf diese Verunglimpfungen zu antworten, darum höre man nichts von ihm – wo es doch eine geheime Weisung an Presse und Massenmedien war, kein Wort mehr über den Führer der Nationalen Front und seine Bewegung verlauten zu lassen.

Und siehe da: In nie gesehenen Massen war das Volk herbeigeströmt. Die Riesenhalle war zwei Stunden vor Beginn der Rede LePens schon bis auf den letzten Platz besetzt. Tausende mußten stehend zuhören und eine wahre Woge der Begeisterung brandete dem Redner entgegen. Die Schlammlawine von Beleidigungen, Verdächtigungen und Lügen, die gegen LePen und Nationale Front in Szene gesetzt worden war, erwies sich als sinnlose Übertreibung. Dadurch erschienen die herkömmlichen Parteien unvermutet als dürre Polit-Mafia, die unter dem Vorwand von »Moral« und »Demokratie« nur um ihre einträglichen Posten kämpfte.

Dieser Eindruck bestätigte sich am 25. September 1988. Schon wieder war das Volk zu den Wahllokalen gerufen worden, um irgendwelche Bezirksräte zu wählen. Da reagierte das Volk mit einer Art Wählerstreik. Was in Frankreich noch nie vorgekommen war, das geschah, indem mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten gar nicht erschien.

Die politischen Führungskreise waren höchst verblüfft. Die abgelegensten Erklärungen wurden vorgebracht, nur nicht die eindeutigste: Da die Behörden nur manipulieren wollten, anstatt verbindliche Weisungen vom »souveränen« Volk entgegenzunehmen, traten die Wähler zu 50 Prozent in den Streik. Die legalen Betrügereien mit dem Ausschluß der Nationalen Front dank der Zerstückelung der Wahlbezirke rächte sich nun.

Die Millionen von LePen-Wählern sagten sich: Unsere Bewegung ist kein Strohfeuer und kein Fieberanfall, dem die Parteigänger der Dekadenz den Namen »Rechtsextremismus« geben, sondern wir sind das französische Volk, das sich zu Wort meldet. □



CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

Alle Informationen und Berichte stammen aus zuverlässigen Informationsquellen, sind mit Sorgfalt recherchiert und werden veröffentlicht nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr. Verantwortlich für den Inhalt sind die jeweilig zuständigen Redaktionen in Washington und Leonberg.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.
Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 28. Dezember 1988 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Großbritannien

Verfall einer Insel

Vivian Bird

Es regnet immer noch genausoviel wie je zuvor in Großbritannien. Vielleicht sogar noch mehr und besonders im Westen des Landes. Der Regen ist ein saurer Regen, der den Bäumen und Pflanzen einen langsamen Tod beschert, sich in die Fassaden der alten Kathedralen einfrißt und wenn er über die Nordsee getragen wird, zerstört er auch die Wälder von Großbritanniens nordeuropäischen Nachbarn. Auch die Landschaft hat sich verändert. Während mehr und mehr Hecken entfernt werden, dehnen sich die Felder wie Prärien immer mehr aus, werden weiter, was zu großen ökologischen Veränderungen führt und die traditionelle Tier- und Vogelwelt vertreibt.

Die Dörfer, in denen einst das Landvolk ein einfaches, bäuerliches Leben führte, sind jetzt nur noch Gebiete, in denen reiche Pensionäre wohnen, während die noch übriggebliebenen Landarbeiter zur Arbeit in die nächstgelegene größere Stadt fahren und in staatlich subventionierten Wohnungen leben.

Bei Tag und Nacht Angst vor Banden

Abgesehen von ein paar Ausnahmen sind die Städte in einem verheerenden Zustand und befinden sich schon in einem fortgeschrittenen Zustand des Verfalls. Sie sind überall völlig heruntergekommen, sobald man sich einmal von den Haupteinkaufszentren entfernt hat. Es ist äußerst unklug, bei Tag oder bei Nacht alleine darin herumzuspazieren, denn man muß Angst haben, von herumstreichenden Banden umgebracht, ausgeraubt und bewußtlos geschlagen zu werden.

Die kleineren und größeren Städte ähneln sich immer mehr mit ihren typischen Durchgangsstraßen einer Verbrauchsgütergesellschaft mit den gleichen Läden und Warenhäusern, vor allem Geschäfte großer Ketten wie Marks & Spencers, Tescos, Samuels und so weiter.

Es ist überall dasselbe: Was von dem ursprünglichen Charakter in den englischen Provinzstädten noch übrig ist, verschwindet rasch unter einer gefühllosen neuen Entwicklung, kitschig, häßlich und vulgär. Die Architektur-Fakultäten der meisten britischen Colleges sind wegen Geldmangel schon lange geschlossen worden. Sie haben keine Zukunft.

Die meisten Leute behaupten zynisch, sie hassen alle Politiker, doch sie geben ihre Stimme immer noch der einen oder anderen Partei, wenn auch murrend, und die Stimmabgabe orientiert sich immer daran, welche Partei oder Einzelperson dem Wähler wohl am ehesten die größten materiellen Vorteile bringen wird.

Der alte Patriotismus ist tot und existiert nicht mehr.

In den größeren Städten sind düstere Ghettos und Verbotsbezirke entstanden, die von Immigranten aus Afrika, Asien und der Karibik bevölkert werden. Die erfolgreicheren unter ihnen ziehen in die Mittelklasse-Vororte und veranlassen so ihre weißen Nachbarn, weiter weg zu ziehen.

Es gibt jetzt über hundert Millionäre in Großbritannien, die den Namen »Patel«, ein indischer Name, tragen.

Neidisch auf die Amerikaner

Die Gebildeteren, die angeblich Kultivierteren, sprechen zungenfertig davon, wie »europäisch« die Briten geworden sind, doch weniger oberflächlich betrachtet muß man sagen, daß sich nichts wirklich verändert hat.

Ausländer sind immer noch Ausländer. Spanier und Italiener werden »Dagoes« (abwertende Bezeichnung für Spanier, Italiener und Portugiesen, hergeleitet von spanisch diego) genannt; die französischen »frogs« (Froschesser) werden immer noch mit Unbehagen und Mißtrauen betrachtet (»Sie haben uns im Jahr 1940 im Stich gelassen«), während den »Krauts« (den Deutschen) widerwillige Bewunderung entgegengebracht wird, die hinausläuft auf übermäßiges Lob über die Sauberkeit ihrer öffentlichen Toiletten, die es mit denen in Großbritannien im Vergleich gut aufnehmen können.

Was die Amerikaner betrifft, so sind der alte Neid und die Eifersucht hinsichtlich der immer noch existierenden Illusionen über das Vorhandensein einer besonderen Beziehung vorhanden. Die allgemeine Ansicht ist die, daß Großbritannien lediglich eine amerikanische Kolonie ist, das heißt lediglich von Amerika abhängt und das in zunehmendem Maße aufgrund der finanziellen Verbindungen und den »sprachlichen Banden«, die über allen europäischen Bindungen stehen.

Ein Ausländer wird sehr bald feststellen, daß die Lebenskosten hoch sind, Konsumgüter sind sehr teuer, obwohl im allgemeinen von schlechter Qualität. Die Hotels beispielsweise sind am teuersten in Europa, obwohl die Dienstleistung hier am schlechtesten ist.

Das heutige Großbritannien ist ein gefährlicher Ort für junge Menschen zum Erwachsenwerden. Wie eine kürzliche Umfrage ergab, haben viele Teenager tatsächlich regelrecht Angst davor, überhaupt erwachsen zu werden, weil sie nur eine Zukunft voller Angst und Sorge vor Augen haben.

Ein Kind, ganz gleich, ob Junge oder Mädchen, oder eine Frau beliebigen Alters kann nicht sicher allein bei Tag oder Nacht in einer größeren Stadt spazierengehen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, vergewaltigt, entführt, ermordet oder alle drei Dinge zusammengenommen zu werden.

Zorn und Bitterkeit auf allen Seiten

Genausowenig ist das einst friedliche Landleben sicher; herumstreunende Banditen treiben ihr Unwesen an den landschaftlich schönsten Fleckchen Erde, die oft zum Schauplatz werden der grausamsten und gemeinsten Morde an Kindern und jungen Frauen.

Die Königsfamilie genießt noch immer eine erhebliche, wenn auch geminderte Popularität, die gefärbt ist durch die erstaunliche Entdeckung vor einigen Jahren, daß ihre Mitglieder genauso menschlich sind wie jeder andere auch, daß sie ein Sexleben haben, außereheliche Affären, daß heftige Rivalitäten innerhalb der Familie existieren sowie Nichtübereinstimmungen, und daß sie auch eine kaum verhüllte Verachtung für Politiker und Beamte empfinden.

Die Tatsache, daß die Königin und Prinz Charles für Premierministerin Margaret Thatcher nichts übrig haben, ist ein weiterer Grund für ihre fortgesetzte Popularität bei vielen Leuten.

Der Norden und Süden sowie der Osten und Westen des Landes sind in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und geistiger Hinsicht gespalten und alles ist im wohlhabenden Südosten polarisiert. Gemäß der monetären Doktrin mag der Rest sich freischwimmen oder untergehen, und genau das wird praktiziert. Unterdessen wachsen Zorn und Bitterkeit auf allen Seiten.

Das homosexuelle Element tritt sehr deutlich hervor im öffentlichen wie im Privatleben, und es ist jetzt über jede Kritik erhaben, selbst angesichts der alarmierenden Ausbreitung von Aids. Schließlich scheinen so viele hochstehende Persönlichkeiten »etwas von der anderen Seite« haben zu wollen, auch wenn sie verheiratet sind.

Und wenn sich so viele Mitglieder des Parlaments für die Homosexualität aussprechen, dann deshalb, weil die meisten derjenigen, die darüber schimpfen, selbst homosexuell sind. □

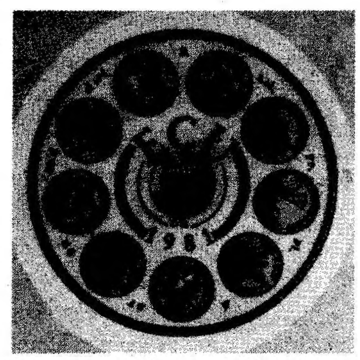
Geld

ECU gewinnt an Stärke

C. Gordon Tether

Eine der am wenigsten bemerkten Konsequenzen des Berg- und Talverhaltens des amerikanischen Dollar seit Mitte der siebziger Jahre war, daß die Welt dabei dessen beraubt wurde, was so lange Zeit als der verläßlichste internationale Finanzmaßstab gegolten hatte.

Als die schöne neue Nachkriegszeit des internationalen Finanzmanagements bei der Bretton-Woods-Konferenz kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges geschaffen wurde, vereinbarte man, daß der amerikanische Dollar, gebunden an das Gold mit einer Parität von 35 Dollar pro Unze, seine Stütze sein sollte.



Die europäische Währungseinheit ECU steigt in seiner Beliebtheit und entwickelt sich zur künftigen Finanzstütze der Welt.

Unterminierung des hohen Respekts

Die amerikanische Währungseinheit zeigte sich dieser Aufgabe so gut gewachsen, daß die Klugheit dieser Entscheidung in den darauffolgenden 25 Jahren praktisch nie in Zweifel gezogen wurde.

Selbst nachdem Washington das Bretton-Woods-Abkommen im Jahr 1971 untergrub, indem es die Verbindung zwischen Gold und Dollar aufhob, wurde der Dollar weiterhin als die internationale Währungseinheit angesehen, die bei weitem als beste dazu geeignet war, die Maßstabsfunktion zu erfüllen. Das war zumindest der Fall bis zur Mitte der siebziger Jahre, als die Dinge sich zu ändern begannen.

Zu dieser Zeit etwa wurden die Vereinigten Staaten in inflationäre Prozesse verwickelt, die in vielen anderen Teilen der Welt schon seit Mitte der sechziger Jahre im Gange waren. Eine unvermeidliche Folge war die Unterminierung des hohen Respektes, der dem Dollar bisher auf der ganzen Welt entgegengebracht worden war. Das war schlimm genug.

Doch was das Ganze noch schlimmer machte, war die Tatsache, daß zur gleichen Zeit Währungen aufzutauchen begannen, die eindeutig viel besser dastanden als der Dollar und die auch so viel Gewicht hatten, daß sie so etwas wie eine realistische Alternative darstellten; das waren vor allem die Deutsche Mark und der japanische Yen.

Zu Beginn der Reagan-Regierung mit ihrem Engagement für monetäre Rehabilitation schien der Dollar Gelegenheit zu bekommen, Anfang der achtziger Jahre ein Comeback zu erleben. Und tatsächlich stieg sein Stern eine Weile lang ganz erheblich.

Die Popularität des Dollar stieg mit einer derartigen Schnelligkeit auf dem internationalen Währungssektor, daß er innerhalb von zwei oder drei Jahren in bezug auf all die anderen wichtigen Währungen ausnahmslos Höchstwerte erreicht hatte, die es seit über einem Jahrzehnt nicht mehr gab.

Doch die neue Politik, die diesen Erfolg hervorgerufen hatte, wies im Laufe der Zeit einige schwerwiegende Fehler auf. Als die Wahrheit auf schmerzliche Weise ans Licht kam, gab der ungeheuere Aufschwung, den diese Politik dem Dollar ursprünglich gegeben hatte, der Wende seines Schicksals eine noch dramatischere Form.

Das ungeheuere Absinken in seinem Wert, das sodann einsetzte, ist für Friedenszeiten fast beispiellos in der Weltfinanzgeschichte; es kam insgesamt zu einer Abwertung von über 50 Prozent im Verhältnis zu vielen anderen führenden Währungen.

Das traurigste Ergebnis all dessen ist, daß der Dollar von seiner ursprünglichen, mehr oder weniger permanenten Stärke, die er in der Finanzwelt genossen hat, jetzt zu einer Währung geworden ist, die, abgesehen davon, daß sie nur noch ein schwacher Schatten ihrer selbst ist, außergewöhnlicher Unbeständigkeit unterliegt.

Da der Dollar allerdings die internationale Finanzwelt so lange Zeit und in so weitreichender Form geprägt hat, hat es lange gedauert, bis man über die Möglichkeit nachgedacht hat, sich eine Alternative auszudenken, die an seine Stelle treten könnte.

Außerdem war das sehr schwer, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß es lange gedauert hat, bis die Idee verschwand, daß die Schwierigkeiten des Dollar im wesentlichen von vorübergehender Art sind.

Es ist allerdings ein Thema, das in der Welt allgemein immer mehr akzeptiert wird, jetzt, wo deutlich wird, daß es viel länger dauert als ursprünglich angenommen, bis das amerikanische Haushaltsdefizit und die Zahlungsbilanzprobleme – die Wurzel des Übels des Dollar – verschwunden sein werden.

Derzeit gibt es drei Kandidaten auf der Bildfläche. Der eine ist das Gold. Der andere ist die Special Deposit Receipt unit (SDR), die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) vor einigen Jahrzehnten geschaffen wurde, und der dritte ist die europäische Währungseinheit ECU, die von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EG) ins Dasein gerufen wurde.

Eine neue Finanzstütze der Welt

Das Gold verfügt noch immer über eine beträchtliche Anhängerschaft. Doch da die Bemühungen, es in Mißkredit zu bringen, die seit Ende des Zweiten Weltkrieges im Gange sind, deutlich ihre Spuren hinterlassen haben, stehen seine Chancen wohl nicht sehr gut.

Was den SDR, die Erfindung des IWF, angeht, so hat er den Vorteil, daß er einen Wert hat, der aus einem Korb der fünf aktivsten Weltwährungen besteht. Doch er wurde niemals als mehr angesehen – oder behandelt – als etwas, das man in Bücher eintragen kann. Seine Attraktivität bleibt also sehr begrenzt.

Bei dem ECU verhält es sich anders. Ursprünglich wurde er auch weitgehend als etwas betrachtet, das nur im Papierverkehr eingesetzt wird. Doch in den letzten Jahren ist er auf dem Markt zunehmend in Gebrauch gekommen – zum Beispiel als Abrechnungseinheit für internationale Schuldobligationen. Diese Behandlung des ECU hat jetzt aufgrund der wachsenden Unzufriedenheit mit dem Dollar ungeheuer stark zugenommen.

Die Europäische Kommission, das Leitungsorgan der EG, beschloß vor kurzem, umfangreiche Schuldobligationen in ECU herauszugeben. Außerdem hat die britische Regierung eine Operation angekündigt, bei der ein erheblicher Teil der externen Reserven des Landes, die bisher traditionell auf Dollar lauteten, in ECU verwandelt werden soll.

Der ECU scheint also in seiner Beliebtheit erheblich zu steigen. Derzeit scheint es mehr die Hochfinanz zu betreffen als den Mann und die Frau auf der Straße. Doch es ist auch etwas, für das sich der normale Investor sehr wohl interessieren könnte. Wenn der ECU die künftige Finanzstütze der Welt werden sollte – was möglich scheint –, wird seine Attraktivität als Investitionsmittel eindeutig erheblich verstärkt. □

Banker-Journal

Israels Invasion an der Wall Street

Wenn man über den Sturm der amerikanischen Aktienmarktskandale sprach, schienen sogar die gerissensten Informanten, die von Journalisten interviewt wurden, über eine Frage verwirrt zu sein: Wieso hat die Reagan-Regierung so lange gebraucht, um gegen die übermäßigen Spekulationen, das Double-Dealing und Insider-Trading vorzugehen, das die Finanzmärkte jahrelang heimgesucht hat?

Die Antwort, die normalerweise in vertraulichem Geflüster von Börsenmaklern und Händlern kam, die sich entschlossen hatten zu sagen, was sie denken, war oft nur ein einziges Wort: Israel.

Der Kleinstaat und seine mächtige US-Lobby sind die »verborgene Kraft hinter der neuen Welle an der Wall Street«, so ein Finanzexperte.

Andere Quellen bestätigten diese Darstellung, meinten, daß mit einer Ausnahme die zehn Spitzenspekulanten und Übernahmeexperten, die in der Reagan-Ära auf den Finanzmärkten Schlagzeilen gemacht haben, durch ethnische Bindungen und durch ein tiefes persönliches Gefühl der Treue mit Israel verbunden sind.

Es war dieser enge Kreis von Insidern, der die milliarden-schweren Dollar-Geschäfte eines Ivan Boesky möglich gemacht hat. Boesky, ein überführter und geständiger Aktienschwindler, wurde als der führende Schutzherr der Simon-Wiesenthal-Stiftung der letzten Jahre identifiziert.

»Boeskys Großzügigkeit gegenüber Wiesenthal hat selbst seine Partner schockiert, die seine politischen Ansichten im wesentlichen teilten«, berichtete ein Finanzexperte. »Als sie im Jahr 1984 feststellten, daß Boesky unter dem Deckmantel von ›jährlichen Spenden für bürgerrechtliche Zwecke‹ über 500 000 Dollar aus einem Investmentfonds genommen und alles Wiesenthal gegeben hatte, drohten sie, ihn wegen Betruges zu verklagen.«

Michael Milken und Victor Posner, die zwei Milliardäre und Spekulanten, die die Hauptangeklagten im jüngsten amerikanischen Aktienskandal sind, der im September 1988 durch eine umfangreiche Klage seitens der US-Börsenaufsichtsbehörde (Securities Exchange Commission, SEC) in Gang kam, sollen gleichermaßen überzeugte Verfechter der Interessen Israels sein.

»Im Jahr 1986 hatte Posner zwei Gründe zum feiern: er wurde der höchstbezahlte Industriemagnat in Amerika und er wurde von der B'nai B'rith zum Mann des Jahres ernannt«, berichtete ein langjähriger Wirtschaftsjournalist. »Im nächsten Jahr wurde er wegen Steuerbetrugs angeklagt und jetzt ist er als einer der schlimmsten Wertpapierschwindler seit Ende des Zweiten Weltkrieges zur Zielscheibe der amerikanischen Bundesbehörden geworden.«

Neben Spendensammlungen für Israel und der Unterstützung ihrer Sprecher in den USA werden die größten Geldmanager an der Wall Street auch verdächtigt, den Transfer riesiger Summen nicht gemeldeter Gelder an den Kleinstaat wegen sogenannter Notsituationen durchgeführt zu haben.

»Im Jahr 1986 war das gesamte israelische Bankensystem, voll von Self-Dealing, Bestechungen und zweifelhaften Spekulationen, pleite. Die Regierung griff ein, um eine Panik zu vermeiden, doch riesige Dollar-Beträge – in Milliardenhöhe – waren nötig, um den Zusammenbruch der israelischen Wirtschaft abzuwenden.«

Das Geld wurde aufgetrieben, die Dollar rasch in den Kleinstaat beziehungsweise an die israelische Zentralbank transferiert – doch niemand weiß von wem oder wie.

Die Invasion der Wall Street durch Israel-Verfechter verbirgt einige finanzielle Geheimnisse. »Sie werden erst aufgeklärt, wenn ein Kongreßführer mit genug Mut, um seinen Job für die Feststellung der Wahrheit zu riskieren, mit seinem Hammer auf den Tisch schlägt und eine Antwort verlangt.« □

De Benedetti hat spanische Hygienefirma im Visier

Carlo De Benedetti, der Olivetti-Magnat, der Anfang dieses Jahres mit seinem Versuch, den belgischen Rohstoffgiganten Société Générale de Belgique zu übernehmen, viele Schlagzeilen machte, versucht jetzt die große spanische Hygienefirma Sanitas zu übernehmen.

De Benedettis Finanzgruppe Cofir versuchte, 40 Prozent der spanischen Sanitas zu kaufen. Der Schritt kam so unerwartet, daß Sanitas-Direktor Marcial Gómez Sequeira gezwungen war, seinen Urlaub zu unterbrechen und nach Madrid zurückzukehren, um zu versuchen, die Übernahmeattacke zu verhindern.

Sanitas hat eine Million Kunden. Ihre Krankenhäuser in jeder Provinz Spaniens sind bekannt für ihre modernen Einrichtungen zur Behandlung von Erkrankungen des Herzens und der Atemwege. Die Firma betreibt auch eine der hoch entwickeltsten Kliniken Spaniens, La Zarzuela. □

Argentinien bekommt kein Geld mehr

Argentinien wird von seinen internationalen Gläubigern kein Geld mehr bekommen, bis die Regierung nicht die Verstaatlichungen innerhalb der Volkswirtschaft des Landes rückgängig gemacht hat, wie es in einem Bericht der Zeitung »Washington Post« heißt: »Die Banker fürchten, daß ihr drittes Problemkind unter den lateinamerikanischen Schuldnerländern in Schwierigkeiten ist.«

Die Banker beklagen sich, daß Argentinien sich mit den Zinszahlungen zwischen 800 Millionen bis 1 Milliarde Dollar in Rückstand befindet, obwohl die Erhöhungen in den weltweiten Nahrungsmittelpreisen »dem Land zu etwas mehr Bargeld verholfen haben«.

Die Banker, die diese Geschichte in Umlauf gebracht haben, beschweren sich auch darüber, daß die Regierung 2 Milliarden Dollar an »weiteren Geldern« von den Gläubigern fordert, den gleichen Betrag, den die verstaatlichten Unternehmen Argentiniens nach Schätzungen der Banker jedes Jahr verlieren. Es ist darum davon auszugehen, daß Argentinien diese unrentablen Staatsunternehmen wird verkaufen müssen, wenn es weiteres Geld erhalten will.

»Es existiert kaum guter Wille im Hinblick auf Argentinien unter den Kreditgebern in Übersee, nicht nur beim Internationalen Währungsfonds (IWF), sondern auch bei den kommerziellen Gläubigern«, zitiert die »Washington Post« einen Banker. Dies trotz der Tatsache, daß die argentinische Regierung unter Raúl Alfonsin ein »good boy« gewesen ist, was den IWF betrifft, der das Land ausgeplündert hat, damit es seinen Schuldendienstzahlungen nachkommt. Die Regierung hat einen großen Teil der produktiven Volkswirtschaft des Landes zerstört und den Lebensstandard stark zu Fall gebracht, um den ausländischen Gläubigern gefällig zu sein. □

Weitere US-Hilfsgelder für die Philippinen

Die Vereinigten Staaten haben angeboten, die Hilfsgelder an die Philippinen zu verdoppeln, was eine jährliche Summe von 360 Millionen Dollar ergibt, um die Zukunft ihrer zwei strategischen Stützpunkte auf der Insel, Subic Bay und Clark Air Base, zu sichern. Präsidentin Corazon Aquino besteht hingegen mindestens auf der Verdreifachung des Betrages, während Außenminister Raul Manglapus eine noch viel höhere Summe verlangt.

Mrs. Aquino hatte US-Außenminister George Shultz gesagt, daß 540 Millionen Dollar jährlich an Sicherheitshilfe eine akzeptable Summe wären, was das Dreifache der gegenwärtigen Summe ist.

Außenminister Manglapus hat sich unabhängig davon an Shultz gewandt, um »kreative« Wege zu finden , damit man die Zahlungen der Amerikaner auf rund eine Milliarde Dollar erhöhen könne.

Unterdessen hat eine neue Meinungsumfrage unter der philippinischen Bevölkerung ergeben, daß 41 Prozent für den Verbleib der US-Stützpunkte auf der Insel sind, doch daß der Vertrag darüber einer Prüfung unterzogen werden muß, um die Zahlungen zu erhöhen. Der Umfrage der Asian Research Organization zufolge wollen lediglich acht Prozent, daß die Stützpunkte aufgegeben werden. □

Die Verbindung zwischen Drogen und Schulden

Die weltweite Geißel des Drogenmißbrauchs und Drogenhandels befand sich unter den Hauptthemen, die auf einer Konferenz der Bewegung blockfreier Staaten diskutiert wurden, die im September auf Zypern tagte. Hochrangige Beamte erarbeiteten einen Situationsbericht über Wirtschaftsprobleme, in dem sich Drogen, Schulden, Dürre, Hungersnot und Umweltverschmutzung als die Schlüsselprobleme herauskristallisieren.

In dem Bericht heißt es: »Drogenmißbrauch und illegaler Drogenhandel sind eine Geißel, die das soziale Netz der Länder ernstlich schwächt, ihre Sicherheit untergräbt und ihre sozialen, legalen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen bedroht.«

Die Delegierten der aus 101 Ländern bestehenden Bewegung verabschiedeten einen Aufruf an alle Staaten zur konzertierten Aktion, um das Problem des Konsums, der Produktion und des Handels mit Drogen zu bekämpfen. Die Länder wurden aufgerufen, den Drogen-produzierenden Ländern wirtschaftliche und technische Unterstützung zu geben, damit die Suche nach alternativen Pflanzen für ihre Farmer beschleunigt werden kann. Laut dem Bericht seien viele Regierungen aufgrund der Kosten zur Bekämpfung der »schwerwiegenden Probleme« des Drogenmißbrauchs und Drogenhandels nicht in der Lage, die dringlichen Entwicklungsprojekte voranzutreiben.

Dabei soll auch der »wachsenden und fatalen Verbindung zwischen terroristischen Gruppen und dem Drogenhandel« Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Ein anderes Thema war die akute Wirtschaftskrise in den Ländern Afrikas, die geschwächt sind durch Schulden, Dürre, Nahrungsmittelmangel und niedrige Rohstoffpreise für ihre Exportgüter.

Die Schlußfolgerung dieser Konferenz geht dahin, die Gläubigerländer und internationalen Banken dazu zu drängen, mit den Schuldnerländern über Maßnahmen zur Lösung der Schuldenkrise zu verhandeln. Laut dem Bericht beträgt die gesamte Außenschuld der Schwellenländer – von denen viele blockfrei sind – Ende des Jahres 1987 1,2 Billionen Dollar, wobei eine zunehmende Anzahl von Ländern die Zinszahlungen aussetzt. □

Der Rubel wird konvertierbar

Dem Obersten Sowjet, formal das Parlament der Sowjetunion, wurde ein Entwurf zur Beratung vorgelegt, wonach der Rubel schrittweise zu einer frei konvertierbaren Währung gemacht werden soll.

Die Vorbereitung zu dieser sensationellen Entscheidung wurde bereits beim Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und Sowjetdiktator Michail Gorbatschow im Dezember 1987 getroffen. Bei dieser Gelegenheit kam es zu einem Treffen zwischen David Rockefeller und Gorbatschow. In zwei langen Verhandlungsrunden im pompösen Washingtoner Madison Hotel wurde über nichts Geringeres als die Aufnahme der Sowjetunion in das westliche Wirtschaftssystem im Detail gesprochen.

Zu den Schlüsselthemen gehörte: Bestimmung der Grundlage für eine sowjetische Börse in Moskau. Diese Börse wird nicht mit der Wall Street zu vergleichen sein, doch Anleger werden Aktien an sowjetischen Firmen erwerben können – ein revolutionärer Bruch mit der Lenin-Doktrin.

Verdoppelung der sowjetischen Exporte in die USA innerhalb der nächsten zwei Jahre. Dabei wollen die Sowjets mit wirtschaftlichen und kompakten Fahrzeugen auf den Markt kommen, der bisher in den USA erfolgreich von jugoslawischen und südkoreanischen Herstellern beliefert wird.

Es ging auch um die Lizenzvergabe gemeinsamer amerikanisch-sowjetischer Fabriken in der UdSSR mit High-Tech-Produktion zur Herstellung von Waren wie Kunststofferzeugnisse, medizinisches Gerät, Schneeketten und vieles andere mehr.

»Es war ein umfangreiches Menü, fast jeder andere außer Rokkefeller würde es für unverdaulich halten«, kommentierte damals diese Verhandlungen Derek Faulkner, ein britischer Wirtschaftsjournalist, der aus Washington berichtet. »Es kann nur funktionieren, wenn wir von unserem gegenwärtigen Staatensystem wegkommen, das die Interessen seiner Bürger schützt, hin zu einer Weltregierung, die von den Finanzmächten beherrscht wird.« Und das ist über die Jahrzehnte das entscheidende Ziel, auf das Rockefeller und sein Clan hinarbeiten. □

Sowjetische Joint-Ventures sind enttäuschend

Einem Bericht in der Londoner »Financial Times« zufolge geht aus einer neuen sowjetischen Analyse über »Joint-Ventures« mit westlichen Firmen hervor, daß die Ergebnisse sehr enttäuschend sind. Die Analyse wurde in der kommunistischen Parteizeitung »Kommunist« vom I. Ivanov von der Außenwirtschaftskommission des Ministerrats der UdSSR veröffentlicht.

Ivanovs Bericht sollte offenbar skeptische Parteiführer davon überzeugen, den westlichen Firmen bei Joint-Ventures mehr Konzessionen zu machen. Laut dem Bericht hat sich aus existierenden Ventures nicht viel ergeben.

Moskau plant in den nächsten sieben Jahren 320 Joint-Ventures, wobei es bei 140 von ihnen um High-Tech gehen soll. Bei den existierenden führt die Bundesrepublik Deutschland mit 13, danach kommen Finnland mit 9 und Italien mit 8. Mit amerikanischen Firmen existieren lediglich sieben Joint-Ventures.

Doch, so schreibt Ivanov, die typischen Venture-Investitionen sind gering und meistens kapitalisiert mit unter fünf Millionen Rubel. Die westlichen Partner sind sehr skeptisch und vorsichtig, nicht zuletzt wegen der Restriktionen bei den Möglichkeiten westlicher Firmen, Gewinne aus ihren sowjetischen Unternehmen in ihr Mutterland zurückzuführen.

Einem Bericht in der französischen Tageszeitung »Le Figaro« zufolge planen unterdessen führende westeuropäische Banken das erste Banken-Joint-Venture mit Moskau. Die westeuropäischen Banken Kreditanstalt Wien, Crédit Lyonnais Paris, Banca Commerciale Italiana und Kansallis-Osaka-Pankii von Helsinki werden ankündigen, daß sie sich noch vor Jahresende zur Bildung einer neuen Bank mit einem sowjetischen Direktor zusammenschließen werden, wobei Moskau die Kontrolle von 51 Prozent haben wird.

Die Bank wird ein Anfangskapital von einer Milliarde französischer Francs – rund 300 Millionen DM – haben. Eine bis jetzt ungenannte westdeutsche, britische und möglicherweise auch japanische Bank werden dem neuen Konsortium ebenfalls beitreten.

Die meisten westlichen Banken verfügen bereits über eine Joint-Venture-Partnerschaft in Ungarn, die Zentraleuropäische Internationale Bank, bei der die ungarische Nationalbank der Mehrheitsaktionär ist. □

Handelskrieg

Japans Taktiken gegen Europa

Oscar Boline

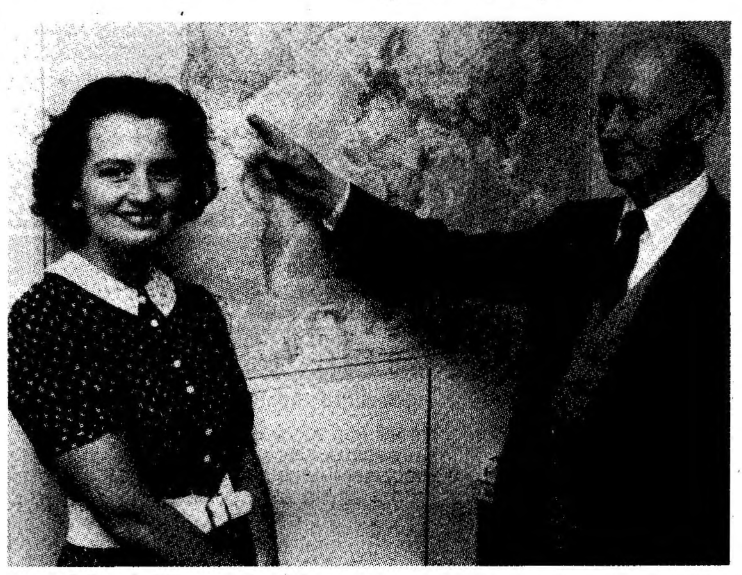
Der von den Japanern angeführte Ansturm auf die Märkte der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EG) ist auf eine Mauer aus Stein getroffen. Die Europäer sind entschlossen, ihre Wirtschaft und ihr gesellschaftliches Gefüge zu schützen. Die EG plant auch einen Gegenangriff, der ihren Aussagen nach zu einer vernichtenden Niederlage dessen führen wird, was in Brüssel als »japanisches Wirtschaftsimperium« bekannt ist. Zu diesem Imperium gehören auch Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapore, Indonesien und die Vereinigten Staaten, die in den fünfziger Jahren geholfen haben, dieses Imperium aufzubauen, und sich inzwischen von diesen Staaten wirtschaftlich ruinieren ließen.

Eine Jeanne d'Arc der Neuzeit ist die führende Figur in der europäischen Verteidigung. Sie kommt allerdings aus Marseille und nicht aus Orléans. Ihr Name ist Muriel De Puifferrat-Ugonis, und sie ist verantwortlich für die Abwehr des Angriffs des japanischen Imperiums auf Europa. Sie arbeitet bei der Union des Industriellen- und Arbeitgeberverbandes Europas (UNICE), der seinen Hauptsitz in Brüssel hat.

Es geht um Dumping und Schmuggel

Frau De Puifferrat-Ugonis betrachtet die Entwicklung einer amerikanisch-japanischen Freihandelszone mit großer Sorge. Das ist seit langem das Ziel der mächtigen japanischen Lobby in Washington gewesen, des amerikanisch-japanischen Handelsrats, der pro Mitglied des amerikanischen Kongresses über mehr Geld verfügen soll als irgendeine andere Lobby in den USA.

Die Einrichtung einer solchen Freihandelszone würde Beobachtern in Brüssel zufolge die Unterwerfung von Industrie und Wirtschaft in den Vereinigten Staaten unter die Kontrolle der Japaner bedeuten.



Muriel De Puifferrat-Ugonis und unser Mitarbeiter Oscar Boline diskutieren die Übergriffe der Japaner nach Europa.

Frau De Puifferrat-Ugonis zufolge benutzen die Japaner die Freihandelszonen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko bereits als ein Mittel, um ihre Produkte und die ihrer Satellitenstaaten zu Dumpingpreisen auf die europäischen Märkte zu bringen. Sie benutzen diese Freihandelszonen sogar für regelrechte Schmuggelgeschäfte.

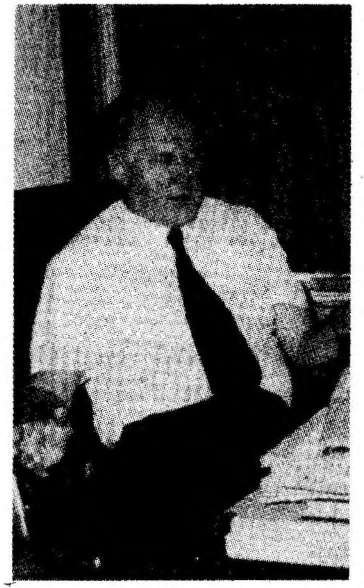
Wenn es um Fertigwaren wie Schreibmaschinen, Fernsehgeräte, Waschmaschinen geht, ist es relativ einfach, wenn auch zeitraubend, die Japaner und ihre Satelliten mit dem im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vereinbarten Anti-Dumping zur Anklage zu bringen. Doch es ist weitaus schwieriger, ein Dumping aufzudekken, wenn es um Bauteile oder deren Ursprung geht, sobald sie über Freihandelszonen ins Land kommen.

Japanische Autos aus Newcastle

Sobald diese Bauteile dann einmal zusammengebaut sind, ist das Fertigprodukt oder zumindest ein großer Teil davon zu einem Preis weit unter den europäischen Produktionskosten auf dem Markt erhältlich. Die letztendliche Konsequenz daraus wird sein, daß der europäische Hersteller oder die europäischen Hersteller vom Markt gezwungen werden.

Sobald dies einmal erreicht ist, werden die Preise dann angehoben und das ganze Geld, das investiert wurde, um die Märkte zu gewinnen, wird wieder hereingeholt und ungeheure, langfristige Profite sind die Folge.

Frau De Puifferrat-Ugonis berichtete von dem Nissan-Werk, das in der Nähe von Newcastle im Nordosten Englands gebaut wird. Sobald die Produktion dort einmal angelaufen sein wird, könnten Nissan-Fahrzeuge ihre Heimatstadt Marseille in weniger als 24 Stunden per Schiff erreichen.



James Moorhouse: »Der Export-Vorstoß der Japaner ist eine der grausamsten Handelspraktiken, die der Mensch ersonnen hat.«

Die britische Regierung unter Margaret Thatcher hat die EG im dunkeln gelassen über ihre Subvention in Höhe von 200 Millionen Dollar an Nissan, bis zu jenem Tag im Herbst 1986, als sie mit einem Nissan-Sicherheitshelm auf dem Kopf in der Öffentlichkeit erschien und die finanzielle Beteiligung ihrer Regierung an dem Geschäft offenkundig wurde. Mrs. Thatcher behauptete zwar, das Werk würde dem Notstandsgebiet Arbeitsplätze bringen, was Frau De Puifferrat-Ugonis mit dem Wort »Quatsch« kommentierte.

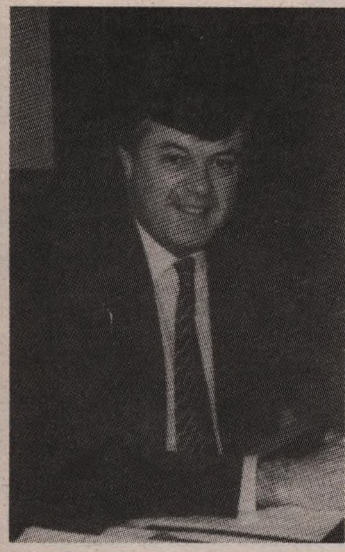
Ihre Studien zeigen, daß für jeden regionalen Arbeitsplatz, der in solch einem Betrieb wie dem Nissan-Werk geschaffen wird, zehn Arbeitsplätze in der Produktion von Fahrzeugteilen in der gesamten Europäischen Gemeinschaft und damit auch in England verlorengehen werden. Das Werk wird eines sein, das vor allem Fertigprodukte aus dem Heimatland bekommen wird, und die britischen Arbeiter werden die Teile aus Japan einfach nur zusammenbauen.

Peugeot, der französische Automobilhersteller, und Fiat Italien haben den Kampf gegen Nissan

in Großbritannien aufgenommen. Zur Zeit sieht es so aus, als würde die Einfuhr der Nissan-Fahrzeuge in die Mitgliedsländer der EG auf dem Kontinent verboten, falls das Werk im Jahr 1990 tatsächlich seine Produktion aufnehmen sollte.

Schwache Aussichten auf Vorteile

Es ist mehr als wahrscheinlich, daß die britische Regierung mit einem halbfertigen Automobil-Montagewerk im Wert von 200 Millionen Dollar dastehen wird, das wertloser sein wird als ein Loch.



Andrew Pearce behauptet, der britische Anteil an den Nissan-Autos beträgt nur »wenig mehr als die Kosten für Tee und Kaffee«.

Diese Aussichten sollen Mrs. Thatcher bei dem Treffen des EG-Ministerrats sehr leicht reizbar gemacht haben. Ihre mangelnde Kooperationsbereitschaft bei dem Treffen in Hannover im Juni dieses Jahres, als sie Großbritanniens Beteiligung an einer europäischen Zentralbank und andere monetäre Unternehmungen ablehnte, wurde von einigen Beobachtern als Vorläufer ihrer Rache für den Flop um das Nissan-Werk angesehen.

Es gehen viele Geschichten um über den »Zorn einer verschmähten Frau« mit Bezug auf das im Bau befindliche britische Nissan-Werk.

Das Nissan-Unternehmen genießt wenig Unterstützung in England, abgesehen von den unerschütterlichen Bewunderern von Mrs. Thatcher. Andrew Pierce, das konservative Mitglied des Europäischen Parlaments (MEP) aus der Gegend von Liverpool, sieht nur wenige Vorteile, die das Nissan-Werk für England bringt.

In einem Kommentar zu dem Unternehmen meinte Pierce: »Es gibt eine Regel in der EG, daß 60 Prozent von jedem japanischen Wagen, der in Großbritannien gebaut wird, britischen Ursprungs sein müssen. Die Japaner beziehen darin ein die Kosten für Tee und Kaffee, das Toilettenpapier, die Bleistifte und all die anderen Dinge, die von den Arbeitern verbraucht werden.



Der Handelskrieg zwischen der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel und den Japanern ist voll im Gange.

Die High-Tech-Komponenten und gewinnbringende Teile dabei werden alle aus Japan importiert. Natürlich beschweren sich die Franzosen und Italiener darüber, und sie werden diese Wagen nicht als Fahrzeuge der EG akzeptieren, selbst wenn sie in Großbritannien zusammengebaut worden sind, denn es ist keine britische Verarbeitung. Die Franzosen und Italiener kennen sich mit den Handelstricks der Japaner aus; wir Briten offenbar nicht.«

UNICE arbeitet in Brüssel und besteht aus 33 Mitgliedsverbänden aus 22 europäischen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Das Hauptziel dieser Organisation ist die Vervollständigung eines internen europäischen Marktes und die Entwicklung dessen, was als »europäischer Wirtschaftsraum« bezeichnet wird, der die EG und die Europäische Freihandelszone (EFTA) einschließt.

Japans Laserstrahl-Strategie

Zu den Mitgliedern der EFTA gehören Norwegen, Schweden, Finnland, Österreich, die Schweiz, die Türkei und andere Länder.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die UNICE Interessengruppierungen im Europäischen Parlament, in der Europäischen Kommission, im Europarat, in der EFTA und im Verband der Europäischen Handelsunion.

Jedermann in Washington, von den Handlangern im amerikanisch-japanischen Handelsrat in der US-Establishmentpresse bis zu Mitgliedern des US-Kongresses einschließlich US-Präsident Ronald Reagan und seine Berater, warnt vor einem bevorstehenden Handelskrieg, wenn die Vereinigten Staaten nicht ihre Welthandelspolitik durchsetzen.

Doch nach Ansicht der UNICE ist dieser Handelskrieg bereits voll im Gange, und wenn Europa nicht kämpft, wird es letztendlich zerstört werden.

In einem Positionspapier über Japans Handelskrieg gegen Europa, das vor zwei Jahren veröffentlicht wurde, schrieb UNICE: »Der Erfolg der japanischen Exporte in die Gemeinschaft (EG) ist in hohem Maße der Strategie zu verdanken, die als ›Laserstrahl-Strategie‹ oder ›industrielle Zielsetzung‹ bekannt ist.

Das bedeutet die sehr rasche Steigerung des Exports eines bestimmten Produkts oder einer Gruppe von Produkten an ausgewählte Zielländer oder Regionen, die auf dem Aufbau übermäßiger Produktionskapazität basieren und der Preisfestsetzung für diese Produkte im Hinblick auf volle Ausnutzung dieser Kapazität von Anfang an.

Das offene und versteckte Ziel dieser Politik ist die Monopolisierung des Marktes, die Zerstörung des Wettbewerbs und die Verhinderung der Entwicklung des betreffenden Industriezweigs in dem Zielland.«

UNICE hat sich im Europäischen Parlament und in der EG für die Etablierung ihrer eigenen Untersuchungsgruppen eingesetzt, um diese japanischen Taktiken des Handelskrieges zu untersuchen. Das Ergebnis war der Moorhouse-Bericht, über den wir an dieser Stelle berichtet haben, und später das Buch von James Moorhouse, Mitglied des Europa-Parlaments aus London, und Anthony Teasdale, einem Beamten des EG-Ministerrats, mit dem Titel »Das Gleichgewicht geraderücken«.

In diesem Buch schreiben Moorhouse und Teasdale unter der Überschrift »Japans Handelskrieg«: »Der japanische Export-Vorstoß ist eine der grausamsten und erschreckendsten Handelspraktiken, die sich der Mensch je ausgedacht hat.« □



Geld

Falsche Richtung in der Zinspolitik

C. Gordon Tether

Sind höhere Zinssätze das beste Gegenmittel gegen die Inflation, wie es uns die währungspolitischen Experten glauben machen wollen, oder haben sie unter den aktuellen Bedingungen den gegenteiligen Effekt?

Die neue Mode der Manipulation der Zinssätze hat ihren dramatischsten Ausdruck in Großbritannien gefunden, wo die Behörden Schritte unternommen haben, um die kurzfristigen Zinsen innerhalb eines Zeitraums von ein bis zwei Monaten um immerhin drei bis vier Prozentpunkte anzuheben.

Das Eine-Welt-System läßt keine Alternative zu

Bald geschah dies auch in anderen Ländern. Ungeachtet der Sorge Washingtons, das finanzielle Boot in Amerika vor den Präsidentschaftswahlen keinen Schwankungen zu unterwerfen, verkündete das amerikanische Direktorium des Federal Reserve Systems die erste Erhöhung ihres Diskontsatzes seit fast einem Jahr. Bald wurde offensichtlich, daß viele andere Länder sich unter Druck gesetzt sahen, den gleichen Weg einzuschlagen.

Es muß klar sein, daß das Eine-Welt-System auf dem internationalen Währungssektor einen derart festen Stand gewonnen hat, daß die Länder keine Alternative mehr haben, als sich an einer generellen Aufwärtsbewegung der Zinssätze zu beteiligen, selbst wenn die wirtschaftliche Lage im Inland keine Argumente für ein Abweichen von der existierenden Wirtschaftspolitik bietet.

Die Erklärung für das scheinbare Paradoxe liegt in dem internationalen Wettbewerb um die riesigen weltweiten Bestände an frei umlaufendem Geld. So könnten Länder, die ihre Zinssätze nicht dem generellen Trend anpassen, rasch feststellen, daß sie Opfer einer umfangreichen Kapitalflucht werden, was zu einer größeren Abwertung ihrer Währung führen könnte.

Bis jetzt allerdings waren die Gründe, die normalerweise für das erneute Anheben der Zinssätze vorgebracht wurden, erstens: die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Expansion, wegen des sich selbst Überbietens eine Bremse aufzuerlegen, und zweitens: den inflationären Druck einzudämmen. Sicherlich trifft das zu für die Anpassung in Amerika und Großbritannien.

Es kann sicher kein Zweifel daran bestehen, daß es in beiden Ländern klare Beweise dafür gibt, daß die Konjunktur die Tendenz zeigt, sich selbst zu überbieten, sowie Zeichen dafür, daß das bisherige Absinken der Inflationsraten sich ins Gegenteil verwandelt hat.

Währungs-Philosophien in Mißkredit geraten

Die Frage ist nicht, ob irgendwelche Korrekturmaßnahmen verlangt werden, sondern ob die angewandte Behandlung das Allheilmittel darstellt, das es sein soll.

Die währungspolitischen Philosophien, die die Welt zu plagen begannen, als die neue gewählte Reagan-Regierung sie zum Stützpfeiler ihrer neuen Wirtschaftspolitik machte – das war Anfang der achtziger Jahre –, sind seither sehr stark in Mißkredit geraten. In den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Bundesrepublik sowie anderen führenden Ländern ist man jetzt der einhelligen Meinung, daß sie bei weitem nicht das sind, was sie sein sollten.

Überlebt hat sich die Idee, daß im gegenwärtigen wirtschaftlichen Kontext jede offizielle Wirtschaftspolitik notwendigerweise die Betonung auf währungspolitische Maßnahmen legen muß, wobei den Zinssätzen eine bevorzugte Stellung einzuräumen ist.

Doch dieses Thema ist ebenso fraglich wie jene Aspekte des monetaristischen Ansatzes, die jetzt als unproduktiv oder nicht funktionsfähig verworfen wurden.

Höhere Zinsen, langsameres Wirtschaftswachstum

Das ist besonders dort der Fall, wo es um den Einsatz der Zinssätze als Gegenmittel gegen den wachsenden inflationären Druck geht. Eine begrenzte Menge an Beweisen kann zur Unterstützung des Arguments angeführt werden, daß ein Anstieg der Kosten für das Leihen von Geld dazu neigt, das Tempo der wirtschaftlichen Expansion zu verlangsamen, insbesondere durch das Schaffen einer größeren Unsicherheit in der Wirtschaftswelt hinsichtlich des wirtschaftlichen Ausblicks, was wiederum zu einer Kürzung in den Kapitalinvestitions-Plänen führt.

Doch es kann nicht länger eine Rechtfertigung dafür geben, so zu tun, als ob die Behauptung, daß höhere Zinssätze den inflationären Druck auf andere wichtige Branchen reduziert, eine selbstverständliche Wahrheit sei.

Den währungspolitischen Experten zufolge dienen höhere Zinssätze dazu, den Inflationsdruck im wesentlichen auf zweierlei Art zu reduzieren. Die eine ist die Ermutigung der Wirtschaftswelt, im allgemeinen das Verhältnis ihres verfügbaren Einkommens für das Sparen auf Kosten dessen für Ausgaben zu erhöhen.

Die andere Art ist die Wirkung als Bremse bei der Kreditaufnahme für Ausgaben aller Art und insbesondere bei Verbrauchsgütern, die über Kreditkarten und so weiter eingekauft werden.

Überprüfung der Zinspolitik ist notwendig

Was das Ausgabenvolumen angeht, so zeigt die Erfahrung der letzten Jahre, daß das Ausgabenverhältnis der Verbraucher durch Veränderungen bei den Zinskosten kurzfristig kaum, wenn überhaupt, beeinflußt wird, das heißt, wenn überhaupt eine Unterstützung bei der Eindämmung der Inflation an dieser Stelle zu erwarten ist, dann wird sie zu spät kommen, um ins Gewicht zu fallen.

Was den Einsatz höherer Zinssätze zur Ermunterung zum Sparen betrifft, so scheint die Argumentation äußerst vernünftig – und das läßt sich durch Beweise stützen –, daß in diesen Zeiten ein Zinsanstieg für Bankeinlagen und so weiter wahrscheinlich ebenso seinen Ausdruck finden wird in größerer Neigung zu Ausgaben sowie in einem gesteigerten Interesse am Sparen.

Man darf auch nicht vergessen, daß bei Ländern, die – wie die Vereinigten Staaten – bei der Außenwelt hoch verschuldet sind, jeder Anstieg der Zinssätze die Belastung deutlich erhöht, die eine solche Verschuldung der Volkswirtschaft des Landes zwangsläufig auferlegt, und somit die Inflationsprobleme nur noch verstärkt, mit denen das Land zu kämpfen hat.

Somit wird sowohl das amerikanische Haushaltsdefizit als auch das Defizit in der Zahlungsbilanz des Landes durch die jüngste Änderung der Zinspolitik der amerikanischen Bundesbank, des Federal Reserve Systems, automatisch in die falsche Richtung geführt.

Es ist eindeutig höchste Zeit, daß das Verhältnis zwischen Zinspolitik und wirtschaftlichem Wohlergehen des Landes einer umfassenderen Überprüfung unterzogen wird. □

Drogen

Die Rolle des CIA und der Banker

Peter Blackwood

Die illegale Drogenplage ist die Hauptverbrechensursache in den Vereinigten Staaten und in den Ländern der westlichen Verbündeten. Sie trägt langsam zur vollständigen Zerstörung einer ganzen Generation von jungen Menschen bei. Die Drogenindustrie ist ein mehrere Milliarden Dollar schweres Unternehmen und seine ungeheuere Rentabilität ist der Hauptgrund dafür, warum sie so schwer in den Griff zu bekommen, geschweige denn auszulöschen ist.

Die Volkswirtschaften ganzer Nationen basieren auf Drogengeldern und die Privatarmeen zum Schutz der Anbauer und Verteilungsnetzwerke stehen in Rivalität und übertreffen in manchen Fällen jene der nationalen Verteidigungskräfte, wie am Beispiel Kolumbien festzustellen ist. Natürlich hat eine solche Finanzmacht einen ungeheueren politischen Einfluß.

Gefälligkeiten für die Drogenbosse

Jahrelang gingen Gerüchte, daß der Drogenhandel ohne offizielle Einwilligung der USA, wenn nicht gar aktive Beteiligung, nicht weiterbestehen könne. Diese Gerüchte kursierten insbesondere um die amerikanische Geheimdienstbehörden, mit der Behauptung, die Drogenbosse dürften mit ihrem Handel fortfahren als Gegenleistung für bestimmte Gefälligkeiten, die sie diesen Behörden leisten würden.



Der Drogenmarkt ist dank der Hilfe der Banker zum am schnellsten wachsenden Handelskartell der Welt geworden.

Wenn irgendwelche dieser Anschuldigungen stimmen sollten, dann hätte die amerikanische Regierung eine Menge zu verantworten. Drogen sind ein ernsthaftes soziales Problem, eines der ernstesten, dem sich ein Land heute gegenübersieht. Wenn die Regierungen in irgendeiner Art und Weise in den Drogenschmuggel verwickelt sind oder gar den Drogenschmugglern gegenüber ein Auge zudrücken als Gegenleistung für bestimmte Gefälligkeiten, dann hat die Öffentlichkeit ein gutes Recht, das zu erfahren. Und wenn diese Anschuldigungen stimmen und die Öffentlichkeit informiert wird, würde darüber sicherlich jede politische Partei stürzen, die zu der Zeit das Sagen hatte.

Es ist fraglich, ob eine vollständige, gründliche öffentliche Untersuchung von einem Politiker in dieser Angelegenheit angeordnet wird, doch diese Anschuldigungen müssen diskutiert werden, um die Öffentlichkeit wachzurütteln und entsprechende Schritte zu fordern.

Neue Beweise aus Lateinamerika und Südostasien werfen ein grelles Licht auf die Rolle des US-Geheimdienstes CIA und der internationalen Banker in dem blühenden weltweiten Drogengeschäft.

Der »Coke-and-Smoke«-Handel

Der Drogenmarkt, der lange beschränkt war auf die kriminelle Unterwelt, begann im Jahr 1963 eine Periode der Expansion. Heute handelt es sich dabei nicht mehr nur um einen weiteren Verbrechensbereich; es ist das am schnellsten wachsende Handelskartell auf der Welt.

Wie konnte sich der illegale »Coke-and-Smoke«-Handel, der von Politikern verurteilt und von der Polizei verfolgt wird, zu solch wirtschaftlicher Bedeutung entwickeln? Die Antwort, die an diesem Punkt am wahrscheinlichsten erscheint, ist, daß hinter den Kulissen sich Washingtoner Bürokraten und Wall-Street-Banker bereit zeigten, daran teilzunehmen.

CIA-Vertreter behaupten, daß die Behörde jederzeit Gewehre und Geld nötig habe für ihre weltweiten Geheimoperationen. Sie ist bereit, mit Drogenschmugglern zusammenzuarbeiten, die eines von beiden oder beides liefern können.

»Ich flog im Jahr 1986, im Rahmen eines Vertrages mit dem CIA, Waffen von Florida nach Honduras«, erzählte Michael Tolliver einem amerikanischen Senatsunterausschuß im Mai dieses Jahres unter Eid. »Auf einem Flug transportierten wir etwa 14 000 Kilogramm militärischer Ausrüstung – Waffen, Munition und andere solche Dinge.«

»Was für eine Ladung brachten Sie zurück?« wurde Tolliver gefragt.

»Koks. Rund 12 000 Kilogramm. Ich meine Marihuana. Ja, Marihuana«, erklärte der ehemalige CIA-Pilot. »Wir brachten mit dem gleichen Flugzeug das Marihuana zurück nach Florida.«

Tollivers verblüffender Bericht wird unterstützt durch ähnliche Zeugenaussagen von vier anderen Drogenpiloten. Unter Eid gaben sie detaillierte Beschreibungen von Missionen, die sie für den CIA geflogen haben und

Drogen

Die Rolle des CIA und der Banker

bei denen es häufig um Schwarzmarkt-Waffen für Mittelamerika ging und Ladungen von Drogen, die auf dem Rückflug nach Florida hineingeschmuggelt wurden.

Das lateinamerikanische Land, wo das verbindende Netzwerk von Geheimdienstagenten, Drogenhändlern und internationalen Bankern am deutlichsten dominiert, ist Panama.

»Drogengeld ist das Lebensblut unserer Volkswirtschaft«, erzählte der im Exil lebende Journalist Jaime Pedron aus Panama. »Die Regierung Panamas bezahlt die Polizei und die Feuerwehr mit Dollar aus dem Drogenhandel. Die beiden führenden Industriezweige Panamas sind Drogen und das Reinwaschen von Geld.«

Eine Reihe von Schlüsselfiguren

Wenn man jüngste Geheimdienst-Informationen über die Skandale in Panama mit Daten aus Südostasien vergleicht, dann tauchen eine Reihe von Schlüsselfiguren auf, die in den Drogenhandel in beiden Regionen verwickelt sind. Der Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Richard Armitage, der von US-Oberstleutnant James »Bo« Gritz in seiner Zeugenaussage beschuldigt wurde, Verbindungen zu den Drogenbossen des »Goldenen Dreiecks« zu haben, war auch ein häufiger Besucher Panamas, wo er sich oft privat mit General Manuel Antonio Noriega getroffen hat, dem starken Mann Panamas.

Der Mossad, Israels Geheimdienst, hat in Südostasien eine zwielichtige Präsenz gezeigt, seit die USA Vietnam im Jahr 1973 verlassen haben. Auch er spielt eine große Rolle auf Panamas Finanz- und Drogenmärkten. Michael Harari, der langjährige Boß des Mossad-Kampfkommandos, ist in den letzten Jahren als Noriegas rechte Hand aufgetreten.

»Es gibt überwältigende Beweise dafür«, versicherte Jonathan Kwitny, ein langjähriger Rechercheur des internationalen Verbrechens, »daß US-Agenten das Heroin-Syndikat des ›Goldenen Dreiecks‹ in den sechziger Jahren genährt haben und bei dem Export der Droge halfen.«

Kwitny stellte fest, daß CIA-Beamte eine ähnliche Rolle in Mittelamerika gespielt haben. »Die Drogenimporte in die Vereinigten Staaten wurden erleichtert durch lateinamerikanische Geheimoperationen des CIA und des amerikanischen Verteidigungsministeriums.«

Einige Amerikaner mögen es erschreckend finden und ungern akzeptieren, daß »angesehene« Persönlichkeiten aus der Regierung und der Finanzwelt Verbindungen zur Unterwelt der Drogen auf der ganzen Welt, wie Gritz und andere Beobachter bestätigen.

»Schauen Sie sich einfach einige dieser Leute an. Sie erklären eine Menge«, sagte Dr. Philippe Rivera-Hughessen, ein Drogenberater im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York. »Im Jahr 1968 lag das amerikanische Bundesbudget für die Drogenbekämpfung bei insgesamt knapp vier Millionen Dollar. Heute sind es über vier Milliarden Dollar, eine tausendfache Steigerung. Die Drogenbürokraten haben sich inzwischen ein eigenes Imperium aufgebaut.«

Die Domäne der amerikanischen Drogenbehörde (DEA) der Reagan-Regierung, die die meisten Gelder verteilt, umfaßt Flotten von Schiffen und Schnellbooten, Flugzeuggeschwader und Helikopter, sogar Radarfallen in den Gewässern um Florida. In Washington betreibt die DEA die größten Computer, im Ausland verfügt sie über ihre eigenen Attachés an den US-Botschaften.

Die Banker fragen nicht nach der Herkunft von Geld

Doch trotz dieses wachsenden Imperiums der Drogenbekämpfung sind Drogen billiger und reichlicher vorhanden in Amerika als je zuvor. Die Großhandelspreise für Kokain sind von 50 000 Dollar pro Kilo in den ersten Jahren der Reagan-Ära auf 12 000 Dollar gefallen.

»Diese Niedrigstpreise«, sagte ein Vertreter der Drogenbehörde, »weisen darauf hin, daß trotz des ganzen Hallos mehr Kokain in die Vereinigten Staaten kommt auf besser organisierten Importlinien und über ein besseres Verteilersystem als je zuvor.«

Wenn die an Türen anklopfenden und ihre Dienstausweise vorzeigenden staatlichen Drogenbekämpfer den Drogenfluß nicht stoppen können, wie kann die DEA dann weiter an ihren Machtbefugnissen und Nebeneinnahmen festhalten? Die Antwort ist, daß sie die Drogenalarm-Publizität in ein lautes Getöse verwandelt haben und ständig über die Beschlagnahme von Schmuggelware in Form des Straßenwerts der Droge berichten.

Eine größere Razzia, die zum Beispiel 500 Kilo geschmuggeltes Kokain beschlagnahmt, wird auf den Titelseiten als großer Sieg verkündet, der dem Drogenkartell einen schweren Verlust in Höhe von 250 Millionen Dollar zugefügt hat, versichern die Sprecher der DEA.

Doch in Wirklichkeit, so sagen die Drogenbekämpfungs-Experten, beläuft sich der Verlust einer Sendung für einen Drogenschmuggler nur auf die Kosten ihres Ersatzes. Derzeit bedeutet die Beschlagnahme von einer Drogenladung von 500 kg für das kolumbianische Kokainkartell einen Rückschlag im Wert von ungefähr fünf Millionen Dollar; eine hohe Summe ist das immer noch, wenn man berücksichtigt, daß diese Geschäfte im voraus bezahlt werden.

»Die Rate der Beschlagnahme von geschmuggelten Drogen ist in den letzten Jahren in die Höhe geschossen, fast um das Hundertfache«, sagte der Vertreter der amerikanischen Drogenbekämpfungs-Behörde. »Doch als ein Indikator zeigt sie nur, daß mehr und mehr Drogen hereinkommen und verteilt werden. Es ist kein Zeichen für eine erfolgreiche Drogenunterdrückung – im Gegenteil.«

Was einige der größten Banken an der Wall Street angeht, die von dem Federal Reserve System geführt werden, »kann ich ihnen aus erster Hand sagen, daß sie Drogen nicht als ein Kriminalitätsproblem ansehen, sondern einfach als ein weiteres kommerzielles Spekulationsobjekt«, erklärte Ramon Milian, ein großer Geldmanager der kolumbianischen Drogenbosse.

Riesensummen heißer Gelder

Milian, der eine 43jährige Gefängnisstrafe wegen des Reinwaschens von Hunderten von Millionen Dollar aus Drogenprofiten absitzt, erschien vor mehreren amerikanischen Kongreßausschüssen. Sein ruhiger, detaillierter Bericht darüber, wie er sich Amerikas größte Finanzinstitute – tatsächlich das ganze Federal Reserve System – zunutze machte, um Riesensummen »heißer Gelder« reinzuwaschen und zu investieren, ist eine der aufschlußreichsten Zeugenaussagen, die der US-Kongreß jemals erlebt hat.

»Die Banken fragten nie nach der Quelle meiner riesigen Bargeldsummen«, erzählte Milian.

»Sie waren nur damit beschäftigt, alles sauber aussehen zu lassen. Die meisten Führungskräfte der Banken, mit denen ich zu tun hatte, betrachteten das Gesetz nur als etwas, bei dem der Schein gewahrt bleiben muß – genauso wie jeder andere Gangster.« □



Drogen

Verbündete der US-Regierung

James Gritz

Haben sich die Vereinigten Staaten mit der Drogenhändler-Mafia verbündet? Der amerikanische Oberstleutnant James »Bo« Gritz, ein heldenhafter Soldat des Vietnamkrieges, behauptet in einer aufschlußreichen Zeugenaussage, daß Beamte der US-Regierung aktiv in den internationalen Drogenhandel verwickelt sind.

Als George Bush Vizepräsident in der Reagan-Administration war, fragte er mich und einen meiner Kameraden, Scott Weekly, im Jahr 1986, ob wir nicht nach Burma gehen wollten, um nach amerikanischen Kriegsgefangenen Ausschau zu halten. Wir gingen dorthin. General Khun Sa ist der Herrscher über das »Goldene Dreieck«, das im Jahr 1986 700 Tonnen Heroin produziert hat, die dann in die freie Welt geschickt wurden. Im Jahr 1987 waren es bereits 900 Tonnen und in diesem Jahr werden es 1200 Tonnen sein.



US-Oberstleutnant James »Bo« Gritz behauptet, daß US-Beamte im internationalen Drogenhandel verwickelt sind.

Von George Bush ernannt

Wir haben keine amerikanischen Kriegsgefangenen dort gefunden. Doch wir brachten ein Interview auf Video mit Khun Sa zurück, das zum Präsidenten gehen sollte. In diesem Interview sagte Khun Sa: »Ich werde 900 Tonnen Opiate im Jahr 1987 stoppen und jeden US-Regierungsbeamten bekanntgeben, der in den letzten 20 Jahren mein bester Kunde gewesen ist, wenn Präsident Reagan mir hilft, meine Wirtschaft zu legitimieren.«

Khun Sa ist Antikommunist. Er ist umgeben von kommunistischen Burmesen, vom kommunistischen China und dem kommunistischen Laos. Alle seine Waffen, die ganze militärische Ausrüstung ist in den USA hergestellt. Nun, ich dachte, da wir keine Kriegsgefangenen gefunden haben, sind wir gescheitert, doch hoffte ich, wir würden eine Anerkennung vom Weißen Haus bekommen, denn schließlich gab es Nancy Reagan, die »Nein« zu Drogen sagt.

Wir übergaben diese Videobänder dem Weißen Haus kurz vor Weihnachten 1986 und die Antwort der Reagan-Administration lautete: »Kein Interesse«.

Ich ging nach Burma zurück und kam im Juni 1987 wieder. Ich brachte die Namen der amerikanischen Regierungsbeamten mit, von denen Khun Sa sagt, sie hätten mit Heroin gehandelt im Austausch gegen Waffen und das seit über 20 Jahren. Zu ihnen gehören hochrangige CIA-Beamte ebenso wie ein derzeitiger Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium.

Was dieses Verbrechen noch verruchter macht, ist, daß der Mann, den Khun Sa als den Verantwortlichen nannte, der Mann, der mit den Banken in Australien verhandelte, ein Mann namens Richard Armitage war. Armitage ist kein gewählter Beamter, doch er wurde von George Bush ernannt und ist heute Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium. Er ist dem amerikanischen Volk gegenüber verantwortlich für die Rückkehr der amerikanischen Kriegsgefangenen.

Als Khun Sa Richard Armitage im Juni 1987 identifizierte, ging mir ein Licht auf. Ich kehrte in die Vereinigten Staaten zurück und überbrachte diese Information dem amerikanischen Kongreß. Es hieß wieder: »Kein Interesse«.

Khun Sa reichte dann eine schriftliche Beschwerde beim US-Justizministerium ein und nannte diese Leute mit Namen – das war im Juni 1987. Nichts passierte. Dann, im März 1988 schrieb Khun Sa einen Brief und machte als ein Zeichen des guten Willens das Angebot George Bush eine Tonne raffiniertes Heroin zu geben, wenn Bush einen Dialog eröffnen würde, um den ganzen Heroinhandel zu stoppen; es ging schließlich um 1200 Tonnen. Das US-Außenministerium sagte: »Kein Interesse«.

Der Grund dafür, warum kein Interesse besteht, liegt darin, daß diese Bürokraten versuchen ihre über 20 Jahre anhaltenden Missetaten zu vertuschen. Seit über 20 Jahren umgehen sie das Verfassungssystem, sie umgehen Kongreßentscheidungen und, wie Oliver North es sagte, sie etablierten ein Netz, um die Verfassung der Vereinigten Staaten außer Kraft zu setzen, um eine Parallelregierung zu etablieren.

Ein anderes Problem sind die Contras. Ich weiß, daß eine Menge Amerikaner Geld gegeben haben, um den »Contras« zu helfen. Was ist mit dem Geld geschehen?

Das Geld haben die Contras nie bekommen, es wanderte in die Taschen von Waffenhändlern. Diese Waffenhändler haben dann über Israel Waffen von den Sowjets gekauft und den Sowjets damit geholfen. Sie brachten diese Waffen dann her und verkauften sie an die Contras mit einem Profit bis zu 300 Prozent. Es hat ihre Taschen gefüllt, es hat den Kommunisten geholfen und die Amerikaner sind darum in Nicaragua keinen Schritt weiter gekommen die Sadinistas zu schlagen.

US-General Richard Secord war dabei mitten drin und hat sehr eng mit Oliver North zusammengearbeitet. Als Secord vor dem Untersuchungsausschuß des US-Senats erschien, der im Iran-Contra-Skandal ermittelt, wurde er gefragt: »Haben Sie Waffen an die Contras verkauft?«. Und er sagte: »Ja.«

Sie fragten: »Haben Sie sie mit Gewinn verkauft?«. Und er sagte: »Ja.«

Sie fragten: »Ich dachte, wir wollten den Contras helfen. Wieso haben Sie diese Waffen mit Profit verkauft?«

Und er antwortete: »Nun, konnten wir nicht zwei Ziele verfolgen? Wir waren im Geschäft, um Geld zu machen.«

Ihr wahres Geschäft ist Krieg und Drogen

Über den Iran-Waffenhandel sagte er auch: »Ich denke, daß ich die acht Millionen Dollar verdient habe, die wir gemacht haben, für alle meine Arbeit.«

Das sind Patrioten gegen Profit. Es sind Leute, die sich den Anschein von Patriotismus geben, aber ihr wahres Geschäft ist Krieg, Geld und Gewehre. Sie verkaufen Drogen, weil die Dritte-Welt-Länder, an die sie die Waffen verkaufen, nicht das Geld dafür haben sie zu bezahlen.

Ihre Pläne sind es, Waffen nach Nicaragua zu bringen und dafür Drogen in die Vereinigten Staaten. Amerikanische Banker und internationale Banken füllen ihre Taschen mit diesen Profiten aus dem Drogenhandel. Es ist ein Teil einer Verschwörung.

Tatsache ist, daß es in den Vereinigten Staaten eine Verschwörung gibt. Die internationalen Banken sind darin verwickelt, ebenso wie die Parallel-Regierungen, die die Vereinigten Staaten in die Zerstörung führen. Zu welchem Zweck? □

Roosevelts Liaison mit der Mafia

James M. Martin

Die Gerüchte über die Zusammenarbeit der amerikanischen Regierung mit dem organisierten Verbrechen im Drogenhandel werden immer konkreter. Doch im Grunde ist es nichts Neues oder Einzigartiges für die Reagan-Ära. Die Verbindung zwischen amerikanischer Regierung und Mafia geht zurück bis in die vierziger Jahre und Franklin Delano Roosevelt.

»Konservative« und »Liberale« gleichermaßen geraten ins große Schwärmen, wenn sie von Benito Mussolini und dem italienischen Faschismus schreiben. In ihren Büchern, Artikeln und gegenseitigen Rezensionen der Bücher des anderen gibt es normalerweise frohe Übereinstimmung über die schrecklichen Verbrechen von »Il Duce« und unverhohlene Schadenfreude über seinen Sturz. Es gibt unzählige Klagen über den unglaublich schlechten Zustand der italienischen Regierung vor und nach dem Faschismus, doch nur verächtliche Hinweise auf Bemühungen, die zeigen, was Mussolini wirklich geleistet hat.



Thomas Dewey sagte, er sei sich über den genauen Wert der Mafia-Hilfe nicht ganz sicher.

Von Kommunisten hingerichtet

Tausend Schreiberlinge haben immer wiederholt, daß Mussolini von »Partisanen hingerichtet« wurde. Mussolini ist jedoch nicht von »Partisanen« oder irgend jemand sonst »hingerichtet« worden. Guerillakrieger, die hinter den Linien herumlungern und sich das Durcheinander in einem Krieg zunutze machen, sind nicht ermächtigt oder beauftragt, auch nur irgend jemand hinzurichten.

Mussolini wurde von Kommunisten ermordet. Ein Buch von zwei italienischen Kommunisten (Pier Luigi Bellini delle Stelle und Urbano Lazzaro »Dongo: The Last Act«, London, McDonald, 1964) beschreibt in allen Einzelheiten, wie die Kommunistische Partei in Norditalien die ganze schmutzige Angelegenheit vorbereitet hat.

Der Mann, der sich persönlich den Verdienst für den Mord anrechnet, Walter Audisio, wurde mit einem Sitz in der italienischen Legislative nach dem Krieg bis zu seinem Tod am 11. Oktober 1973 im Alter von 64 Jahren belohnt.

Unter den gekränkten Ideologen, die beleidigt sind durch die Erklärung, daß die heiligen Alliierten die Mafia nach Italien zurückgebracht haben, sind jene, die den Konsequenzen zu entkommen versuchen, indem sie behaupten, Mussolini habe es überhaupt nicht geschafft, sie zu unterdrücken, und sie ignorieren dabei sämtliche erhärtende Beweise des Gegenteils, die vielerorts zur Verfügung stehen.

Wie sie das plötzliche Hervortreten der »ehrenwerten Gesellschaft« unmittelbar auf der Szene und gleichzeitig mit der Invasion Siziliens im Jahr 1943 durch Mussolinis Feinde erklären, ist im wesentlichen ein Essay an totaler Peinlichkeit.

Die Mafia kam als »Befreier«

Tatsache ist, daß die Mafia nach Sizilien zurückgekehrt ist ebenso wie nach Süditalien mit den Flugzeugen und den Panzern der »Befreier«. Dieses Kunststück erfolgte durch die Rückkehr des Chefs der italienischen Kommunistischen Partei, Palmiro Togliatti, der nach über 15 Jahren Aufenthalt in Moskau auf keinem geringeren als einem amerikanischen Schiff nach Italien zurückkehrte.



US-Präsident Roosevelt brauchte die Hilfe der Mafia zur Planung der Invasion Siziliens während des Zweiten Weltkrieges.

Der 25. September 1926 wird allgemein als der Beginn der Kampagne des Mussolini-Regimes zur Ausrottung der Mafia angesehen. Die Mafia galt und gilt auch noch heute als eine lose kriminelle Vereinigung beziehungsweise Organisation, die die sizilianische Politik und das Leben seit rund 100 Jahren beherrscht. Der Feldzug gegen die Mafia begann tatsächlich fast fünf Monate vorher, als Mussolini etwa dreieinhalb Jahre an der Macht war.

Das obige Datum war der Zeitpunkt, als in der italienischen Abgeordnetenkammer ein Gesetzentwurf zur Unterdrückung der Mafia in Sizilien eingebracht worden war. Am 1. Mai des gleichen Jahres hatte die »New York Times« berichtet, daß Mussolinis Polizei 450 Mitglieder der »Bruderschaft« in Sizilien verhaftet hatte, und in einem ausführlichen Artikel am nächsten Tag verkündete die »Times« vorzeitig, daß die Insel »nach 50 Jahren Terror« von diesen »Banditen« befreit sei.

Das nächste Stadium in dem Feldzug fand im Oktober 1927 statt mit einem Massenprozeß in Termini Imerese, der erst im Jahr 1928 zu Ende war, als 147 Mafiosi, einschließlich 30 Anführern, schuldig gesprochen wurden, und man glaubte, der Organisation ihren »Todesschlag« versetzt zu haben. Eine Batterie von 60 Anwälten vertrat die Angeklagten.

Doch im nächsten Monat wurde 341 weiteren Mitgliedern der Prozeß gemacht, und zwar in Palermo, Anfang März, wurden 379 weitere in der gleichen Stadt verhaftet und vor Gericht gestellt; 67 wurden am 7. März 1928 zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Befreier und Supermann

Führende Artikel über dieses Programm erschienen in den amerikanischen Zeitungen. Die »Times« brachte drei Lobreden, eine von ihrem eigenen Reporter Arnaldo Cortesi, für den Polizeichef, dem der Erfolg für diesen Angriff auf die Mafia in Sizilien zugeschrieben wurde, Präfekt Caesare Mori von Palermo, ein Veteran, der fast seit vierzig Jahren im Dienste der italienischen Polizei stand.

Cortesi zufolge hat Moris Polizei zwischen Mai 1926 und April 1928 1086 Männer in 79 Städten verhaftet und vor Gericht gebracht, die unter anderem wegen 357 Morden angeklagt waren. Elf Polizisten wurden getö-

tet und 350 verwundet in den Kämpfen, die geführt wurden und in denen den Mafiosi allein in diesem Zeitraum hart zugesetzt wurde. In einem Leitartikel am 17. Januar 1928 sagte die »Times« voraus, Mori würde »als ein Befreier und Supermann in die Geschichte eingehen«.

operation mit der Mafia in den Vereinigten Staaten.

Anfang Juli 1930 wurde die Offensive ausgeweitet, als ein Prozeß gegen 241 angebliche Mafia-Mitglieder in Sciacca, Sizilien, begann, die mehrerer hundert Verbrechen angeklagt waren,



Charles »Lucky« Luciano wurde im Jahr 1949 wegen seiner »patriotischen Bemühungen« während des Zweiten Weltkrieges aus dem Gefängnis entlassen.

Während die Anti-Mafia-Kampagne in Italien Ende der zwanziger Jahre immer mehr zunahm, flohen immer mehr ihrer Mitglieder, einige von ihnen in die Vereinigten Staaten, und schlossen sich den wachsenden Rängen des organisierten Verbrechens an, das rasch expandierte, nachdem die nationale Prohibition des Alkoholgeschäfts aufgrund der Annahme des 18. Zusatzartikels zur amerikanischen Verfassung am 16. Januar 1920 in Kraft trat.

Der Höhepunkt der Mussolini-Kampagne gegen die Mafia fiel zusammen mit der dominierenden Position von Al Capone und ähnlicher Banden in und um Chicago.

Im Mai 1929 fand ein weiterer großer Mafia-Prozeß in Termini Imerese statt, der mit einem Schuldspruch für 150 Angeklagte endete. Die Geschworenen mußten in sieben Tagen 7000 Beweisstücke aus einem neunmonatigen Prozeß durcharbeiten. Die Beschlagnahme von umfangreichen Korrespondenzordnern des Bandenchefs, eines Anwalts namens Ortolena, enthüllte eine ausgedehnte Ko-

unter anderem 43 Fälle von Totschlag. Das Beweismaterial der Staatsanwaltschaft füllte 69 Kisten. Er zog sich bis zum Juni 1931 hin, als 124 überführt wurden, von denen 15 lebenslänglich erhielten.

Im November 1931 fand ein weiterer Massenprozeß in Palermo statt, in dem der Staatsanwalt eine Gruppe von 165 bis 200 Mafiosi für schuldig erklären wollte; von ihnen wurden 141 am 29. Dezember 1931 überführt.

Im Mai 1931 fand ein weiterer Sensationsprozeß in Agrigento, Sizilien, statt, in dem 244 Mitglieder schuldig gesprochen wurden. Wie bei dem Prozeß in Sciacca wurden die Angeklagten während des Prozesses in einem großen Käfig mit Eisenstangen im Gerichtssaal festgehalten. Auch hier vertrat eine große Anzahl von hochbezahlten Anwälten die Angeklagten.

Die Mafia war am Aussterben

Im Jahre 1934 wurde Mussolinis Anti-Mafia-Programm auf das Mutterland Italien ausgedehnt – nach einer ähnlichen Ausweitung auf die Insel Sardinien hinüber –, um die Organisation auch dort auszurotten. Etwa 400 Mafiosi wurden verhaftet und in Reggio in Kalabrien Ende Juni vor Gericht gestellt. Die meisten der Angeklagten waren aus Sizilien dorthin geflohen. Der Prozeß dauerte ein Jahr und 1000 Zeugen erschienen zur Verhandlung.

Ab diesem Zeitpunkt lief das Programm aus und die Berichte darüber wurden immer seltener. Die Organisation schien dezimiert worden zu sein, ihre Führer im Gefängnis – 1250 saßen jetzt langjährige Gefängnisstrafen ab – oder sie waren ins Ausland geflohen.

Ein Wiederaufleben der Mafia-Aktivitäten in Sizilien wurde unterdrückt mit der Verhaftung und Verhandlung gegen 80 Personen im November 1937 in Messina. Nach diesem Termin verschwand das Thema fast sechs Jahre aus den Zeitungen und Zeitschriften.

Zweifellos befand sich die Mafia in dieser Zeit am Rand des Aussterbens und der Zweite Weltkrieg erwies sich als ihre Rettung. Natürlich sollte der wahre Grund für ihr Wiederauftauchen in Italien über ein Jahrzehnt lang verborgen bleiben.

In der Zwischenzeit wurde über die Aktivitäten des amerikanischen Zweigs nur wenig berichtet, insbesondere in den Kriegsjahren. Dies war wahrscheinlich auf die interne Zensur in der Kriegszeit zurückzuführen und auf die Versuche der »Kriegslenker«, den ungeheueren Anteil an organisiertem Verbrechen zu verbergen, das existierte, um in hohem Maß die Preiskontrollen in der Kriegszeit und die Rationierungsbestimmungen zu umgehen.

Was die Rückkehr der Mafia nach Sizilien angeht, finden wir in der »New York Times« vom 10. September 1943, genau zwei Monate nach der Invasion der Alliierten, einen Bericht, daß zwei Mafia-Bosse »gefangengenommen« worden seien, zusammen mit einer Beschreibung des Teils der wiederbelebten »Bruderschaft« auf dem schwarzen Markt, der überall dort blühte, wo die »Befreier« in Sizilien und Italien hinkamen, immer begleitet von einer Inflation, die im Vergleich zu den Gebieten, die unter Mussolinis Kontrolle waren, außergewöhnlich hoch war.

Die Geschichte des Wiederauflebens

Die Situation, die vorherrschte, nachdem die Deutschen nach dem Untergang Mussolinis im Jahr 1943 einmarschiert waren, ist beispielhaft. Der verstorbene Bruno Leoni, ein Wirtschaftswissenschaftler der Nachkriegszeit von internationalem Ansehen, erzählte, daß er im Sommer 1943 als Geheimdienstagent für die »Alliierten« zu arbeiten begann. Ab und zu sei er heimlich nach Bari, an der italienischen Ostküste, gefahren, das damals von den Deutschen besetzt war, um sich ein bescheidenes und sparsames Essen zu kaufen. Die deutschen Preiskontrollen wurden dort streng eingehalten, während in den Gebieten, wo er arbeitete und in denen die Alliierten das Wort hatten, eine wahnsinnig hohe Inflation so etwas unmöglich machte.

Auf jeden Fall, die amerikanische Öffentlichkeit wurde unterhalten mit Geschichten aus dem besetzten Italien, daß die Mafia dort nach einer langen Zeit des Schweigens wieder aktiv sein würde.

Im Oktober und November 1944 und in den ersten sechs Monaten des Jahres 1945 kamen sensationelle Berichte nach Amerika, in denen es sogar hieß, das Gangstertum würde sich in Rom ausbreiten. Die Hauptgeschichte ergab sich aus der Wiederaufnahme eines ungelösten Mordes von vor zehn Jahren in Brooklyn im Sommer 1944.

Aufgrund der Zeugenaussagen von Mafia-Überläufern hielten die Behörden Ausschau nach den angeblichen Mördern eines Ferdinand Bocchia (der »Schatten«) im September 1934, von denen einer Vito Genovese war, eine Hauptfigur der Mafia von der Waterfront und die wichtigste Person in den Valachi-Enthüllungen fast zwei Jahrzehnte später.

Die Spur Genoveses führte nach Rom, wo er als Dolmetscher der alliierten Militärregierung tätig war und nebenher einen großen Schwarzmarkt-Handel in der Stadt betrieb. Obwohl er im No-

Drogen

Roosevelts Liaison mit der Mafia



Benito Mussolini hatte es im Jahr 1937 geschafft, die Mafia aus dem öffentlichen Leben Italiens auszuschalten.

vember 1944 festgenommen wurde, ist er erst sechs Monate später aus der Armee ausgestoßen worden.

Im Kings County Court ist er am 2. Juni 1945 der Ermordung Bocchias angeklagt worden und er plädierte für unschuldig; sein Anwalt war Hyman Barshay, der auch Anwalt des berüchtigten Killers Louis »Lepke« Buchalter von Murder Inc. gewesen ist. Ein potentieller Hauptzeuge gegen Genovese starb im Gefängnis angeblich wegen »Vergiftung« und Genovese wurde am 10. Juni 1946 aufgrund unzureichender Beweise freigelassen.

Die Geschichte des Wiederauflebens der Mafia in Sizilien und im italienischen Mutterland ist verwickelt und kompliziert und immer mehr Beweise kommen mit der Zeit darüber ans Tageslicht.

Der amerikanische Geheimdienst der Marine interessierte sich für Hilfe aus dem amerikanischen Mafia-Zweig bei der Gegenspionage bei verdächtigen italienischen und deutschen Agenten an den New Yorker Docks. Dies führte zu der Schaffung der Operation Unterwelt, für die Mafia-Hilfe von oben erbeten wurde zur Unterstützung von Plänen zur Invasion Siziliens im Jahre 1943.

Mafia kehrt nach Italien zurück

Damit war Charles »Lucky« Luciano gemeint, der Mann, der jetzt als die berüchtigste Mafia-Persönlichkeit im Land angesehen wird, obwohl er im Dannemora-Gefängnis im Staate New York einsitzt. Der Glanz patriotischer Kooperation mit dem Militär ist von einigen Autoren über dieses Geschäft verbreitet worden, doch für andere ist es immer noch ein widerwärtiges Thema.

Luciano wurde in ein Gefängnis näher bei Albany (Great Meadow) verlegt und er hatte über ein Jahr lang die Hand im Spiel, und zwar wahrscheinlich sehr intensiv bei der Planung dessen, was nach der Invasion Siziliens über das Meer am 10. Juli 1943 folgen sollte. Lucianos Anwalt, Moses Polakoff, sagte im Jahr 1946, daß Luciano auf Betreiben von Major Murray Gurfein vom militärischen Geheimdienst der USA darin verwickelt gewesen sei, doch Hank Messick erklärte, daß Meyer Lansky verantwortlich war, wobei Polakoff dazu diente, Gurfein Lansky als den »Vorläufigen« vorzustellen.

Norman Lewis, ein britischer Offizier des Zweiten Weltkrieges, versicherte in seinem Buch »The Honored Society: A Searching Look at the Mafia« (Putman, New York, 1964), daß Panzer an Land kamen mit gelben Fahnen, auf denen der schwarze Buchstabe »L« gestanden haben soll, scheinbar für Luciano.

In einem anderen Bericht wird sogar behauptet, Luciano selbst habe die Invasion an Land geführt. Was immer der Fall sein mag, es war nicht lange bevor enger Kontakt geknüpft wurde mit dem, was von der Mafia und ihrer herausragenden Persönlichkeit Don Calogero Vizzini übrig war, der nicht im Gefängnis saß.

Ein Rezensent von Lewis' Buch meinte naiv, die amerikanischen, britischen und kanadischen Militärs der Invasionsstreitkräfte wären von Vizzini »mit Leichtigkeit genommen worden«, obwohl in Wirklichkeit die Kooperation schon viel früher ausgearbeitet war, wie oben gezeigt wurde.

Luigi Barzini liefert in seinem Buch »From Caesar to the Mafia« (Library Presse, New York, 1971) zuverlässiges Material über die Rückkehr der Mafia zu dieser Zeit.

Barzini weist ironischerweise darauf hin, daß die Besatzungsbehörden die Mafia als offizielle »Opfer der faschistischen Tyrannei« definierten als Einleitung zu ihrer Freilassung aus dem Gefängnis und der Rückkehr zu Macht und Einfluß wie in der Zeit vor dem Jahr 1926.

Ein anderer italienischer Autor, Michele Pantaleoni, bevorzugt in seinem Buch »The Mafia and Politics« (Coward-McCann, New York, 1966) ebenfalls die Erklärung, daß Mussolini die Mafia vor dem Auftauchen der »Befreier« im Jahr 1943 praktisch ausgelöscht hatte. Danach folgte praktisch ihre Wiederbelebung und sie setzten unter anderem in vielen sizilianischen und italienischen Städten ihre Leute als Bürgermeister ein.

Die Geschichte hört nicht auf

Die Geschichte hört hier nicht auf. Ein anderer amerikanischer Geheimdienst, das Amerikanische Amt für Strategische Dienste (OSS), der direkte Vorläufer des CIA, hat eine ähnliche Arbeit für die Unterwelt auf der nahegelegenen Insel Korsika geleistet. Viele korsische Verbrecher, die sich im Drogenhandel spezialisiert hatten, wurden vom OSS trainiert und setzten ihre Fähigkeiten besonders beim Waffenschmuggel in der französischen »Resistance« ein.

Diese Korsen sind noch immer im Drogenschmuggel-Geschäft tätig und genießen dabei zweifellos hohen amerikanischen Schutz. Diese Geschichte wird in dem Buch von Edward Hymoff »The OSS in World War II« (Ballantine Books, New York, 1974) berichtet.

Auf der amerikanischen Seite des Ozeans gab es eine seltsame Schlußfolgerung für diese seltsame Geschichte. Am 7. Mai 1945, einen Tag bevor der Krieg in Europa endete, reichte Luciano bei Dewey, dem späteren Gouverneur von New York, ein Gnadengesuch ein. Nach einigen Ermittlungen hat der New Yorker Ehrenausschuß erklärt, daß Luciano die Freilassung aus dem Gefängnis verdiene aufgrund seiner im Krieg geleisteten Hilfe, obwohl Dewey bei der Umwandlung von Lucianos Strafe bemerkte, was Lucianos Kooperation mit den bewaffneten Streitkräften anging: »Der tatsächliche Wert der gelieferten Informationen ist nicht klar.«

Es folgte die Deportation, so daß Amerika sich von »Lucky« Luciano trennte und dafür Vito Genovese zurückbekam. Und Italien und Sizilien bekamen wieder eine blühende und weithin verbreitete Mafia. □

Drogen

Der Handel mit der Mafia

P. Samuel Foster

Vor kurzem waren die Zeitungen des Establishment gefüllt mit Geschichten über die Mafia, abgestimmt auf eine der mächtigsten italienischen Mafia-Persönlichkeiten. Weithin veröffentlichten Berichten zufolge hatte dieser Mafiosi sich den italienischen Behörden gestellt und gab die Namen von 50 seiner Kollegen preis. Es folgten zahlreiche Kommentare über die Größe und das Ausmaß der kriminellen Organisation, wobei die moralisch entrüsteten Finger des Establishments auf die italienische Regierung zeigten, weil diese es zugelassen hatte, daß die Mafia-Probleme weiterhin existierten. Durch Verschweigen glänzte in allen Berichten der Establishment-Presse die Rolle, die die amerikanische Regierung bei dem Wiederaufleben der kriminellen Gruppe gespielt hat.

Anfang der vierziger Jahre war die Mafia in Italien praktisch ausgelöscht, dafür wuchs sie umso kräftiger in Amerika. Benito Mussolini hatte Maßnahmen ergriffen, während die US-Regierung fromm ihre kollektiven Hände rang. Vergessen ist offenbar die Tatsache, daß derjenige, der am meisten verantwortlich ist für die Reetablierung der Mafia als einer Macht in Italien und Westeuropa, der US-Präsident Franklin D. Roosevelt war. Die Gruppe, die letztendlich am meisten verantwortlich ist für den anhaltenden Erfolg dieser kriminellen Vereinigung ist die amerikanische Regierung.

Roosevelts fünfte Kolonne

Roosevelt hat einen Handel mit der Mafia geschlossen. Die Person, die diesen Handel vorgeschlagen hat, war der Mann, der Roosevelt gegenüber verantwortlich war für die Schaffung der »fünften Kolonne« hinter den Linien der Achsen-Mächte oder die Unterstützung bereits existierender fünfter Kolonnen: William J. Donovan (»Wild Billy«), der Chef des Amts für Sonderdienste (OSS).

Der Nachfolger des OSS ist der CIA und über die Jahre hinweg wurde die Spionagegruppe in Langley, US-Bundesstaat Virginia, wiederholt regelrechter krimineller Aktivitäten beschuldigt wie Verwicklung in den internationalen Drogenhandel, um ihre verschiedensten Ziele zu verfolgen.

Roosevelt und Donovan etablierten eine offizielle Verbindung mit internationalen Verbrechern – und diese Verbindung endete nicht, als Mussolini das Handtuch warf. Heute passen CIA und Mafia zusammen wie Eier und Speck in ihren amoralischen Aktivitäten und Einstellungen.

Und was die Verbindung auf höchster Ebene angeht: US-Präsident John F. Kennedy hatte eine Freundin, die Mafia-Verbindungen besaß, und er hatte weitere Freunde unter bekannten Mafiosi. Verschiedene Mafiosi haben gesagt – einige in Zeugenaussagen vor dem amerikanischen Kongreß –, daß der CIA plane, die Mafia zu benutzen, um Fidel Castro zu töten. Könnte ein solcher »Kontrakt« auf hoher Ebene zwischen Kräften geschlossen werden, die sich einander feindlich gegenüberstehen? Die Logik sagt hier etwas anderes.

Die Moral der Alliierten

Und bevor Castro an die Macht kam, war Kuba eine Mafia-Hochburg, wo Verbrecherkönige in luxuriösen Penthouse-Suites und Villen auf dem Land Gericht hielten, während sie sich Profite aus dem Glücksspiel, der Prostitution, Drogen und aus anderen Bereichen mit dem starken Mann Fulgencio Batista y Zaldivar teilten.

Es sollte daher nicht überraschen, daß Batista in Kuba mit Hilfe des Pöbels während der Prohibition an die Macht kam, als Kuba eine Quelle der »Fabrikation« – vor allem Zucker und Melasse – für die illegalen alkoholischen Getränke war, die in Amerika auf dem Schwarzmarkt verkauft wurden.

Die Mafia war wieder in einer Position, in der sie mit weißen Hüten hervortreten konnte. Hätte die Mission Erfolg gehabt, wäre die Mafia die »guten Jungs« gewesen, die Castro – einen bösen Jungen beseitigt hätten, genauso wie sie als die guten Jungs dargestellt wurden, weil sie geholfen hatten die Welt von Mussolini zu befreien – einen bösen Jungen –. Das Komplott Mafia-CIA hätte nicht so weit fortschreiten können ohne Wissen des amerikanischen Präsidenten, das war zu dem Zeitpunkt, als es sich entwickelte, Kennedy.

Die Mafia hätte ihr altes Territorium in Kuba wieder gewonnen und der CIA hätte dabei geholfen sie dort an der Macht zu halten, eine Neuauflage der Situation Italiens während des Zweiten Weltkrieges.

Bis auf die Knochen untersucht sind die folgenden Fakten: Die Mafia war Anfang der vierziger Jahre in Italien tot, aber in Amerika aktiv. Die US-Regierung machte ein Geschäft mit der Mafia für die Hilfe bei der Beseitigung Mussolinis, und als Gegenleistung wurde die Mafia in Italien wieder als die wichtigste Macht eingesetzt.

Diese Verbindung zwischen amerikanischer Regierung und organisiertem Verbrechen existiert bis zum heutigen Tag.

Widerspruch wird verunglimpft

Was sagt dies aus über die Moral des Krieges der Alliierten gegen die Achsenmächte? Der offiziellen Linie der US-Regierung zufolge und einer Wiederholung der Linie, die vor dem Eintritt Amerikas in den Zweiten Weltkrieg etabliert worden war, waren alle Allianzen, Abkommen, Verbindungen und Kooperationen, egal mit wem, von Grund auf sauber, richtig und moralisch, weil es der Bekämpfung des Faschismus diente.

Jene, die es wagen zu widersprechen, werden in den Establishment-Medien verunglimpft und manchmal sogar Opfer gemeiner körperlicher Gewalt. □

US-Präsident John F. Kennedy hatte eine Freundin, die Mafia-Verbindungen besaß, und er hatte weitere Freunde unter bekannten Mafiosi. Sie sagen, daß der CIA die Mafia dazu benutzte, um Fidel Castro zu töten.

Feinde stehen vor den Toren

James Harrer

Zum ersten Mal in diesem Jahrhundert steht eine feindliche Armee mit ausreichender Stärke, die die Strategen als »Weltmacht« bezeichnen würden, vor den Toren der Vereinigten Staaten. Einer kürzlich herausgekommenen, unveröffentlichten Studie des amerikanischen Außenministeriums zufolge handelt es sich dabei um die kubanische Armee, die zur zweitstärksten Kampfmaschine in der amerikanischen Hemisphäre aufgebaut wurde.

Für den Bericht des amerikanischen Außenministeriums wurden Daten aus derzeitigen Geheimdienstinformationen zusammengetragen, die vom CIA und der Defense Intelligence Agency gesammelt worden sind, um vom US-Außenministerium dem Kongreß vorgelegt zu werden. Es heißt darin, daß die kommunistische Regierung Kubas jetzt Besatzungstruppen in 20 fremden Ländern unterhält, eine historisch beispiellose Tatsache für eine kleine, halb-entwickelte lateinamerikanische Republik.

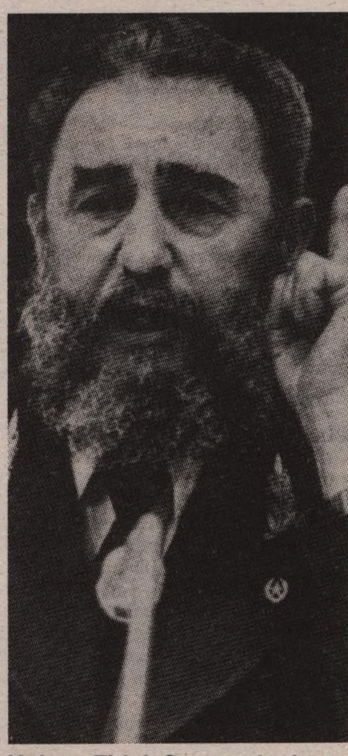
Weltweite kubanische Militär-Präsenz

Unter den Hauptzielländern, in die kubanisches Militär in Übersee vorgedrungen ist, nennt die Studie folgende Staaten:

Angola – Ein gepanzertes kubanisches Kampfkommando von über 60 000 kampferprobten Soldaten. »Diese Streitmacht ist größer, als es die gesamte kubanische Armee im Jahr 1959 gewesen ist, als Castro die Macht ergriff«, heißt es in diesem Bericht.

Äthiopien – Eine Panzerbrigade mit einer Stärke von 7000 bis 8000 Mann unter dem Kommando eines kubanischen Zwei-Sterne-Generals.

Afghanistan – Ein militärisches Unterstützungsteam von 450 Offizieren, die die afghanischen Regierungstruppen gegen die islamischen Freiheitskämpfer führen sollen.



Kubas Fidel Castro denkt an Offensive, nicht an Defensive. Er hat sein Land in ein bewaffnetes Lager verwandelt.

Nicaragua – Ungefähr 4500 Militärberater, Kampfoffiziere, technisches Personal und andere Experten, wie es in dem Bericht heißt.

Südjemen – Saudiarabischen Geheimdienstberichten zufolge, die sich in den Händen der US-Regierung befinden, soll die Anzahl der kubanischen Berater und Kampfeinheiten bei 2150 Mann liegen.

Mozambique – Zwischen 1300 und 1500 Militärberater und Soldaten.

Äquatorialguinea – Schätzungsweise 700 Berater und Unterstützungseinheiten.

In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß sich die weltweite kubanische Militärpräsenz jetzt bis hin zu den kleinsten tropischen Ländern erstreckt wie São Tomé (170 Militärberater), südostasiatische Länder (Laos: 350 Berater und technisches Personal) und andere entlegene Staaten.

Ein weltweites Netz von Experten

»Über eine Viertelmillion kubanischer Truppen hat in den letzten zehn Jahren in Übersee gedient«, berichtet ein langjähriger CIA-Experte. »Das ist eine beispiellose Konfrontation für die USA. Keine amerikanische Republik hat jemals versucht, ein weltweites Netz von Expeditionsstreitkräften und Militärstützpunkten gegen die amerikanischen Interessen aufzubauen.«

Kubas militärische Vorposten stehen nicht nur den US-Interessen entgegen: »Wir sind mit Kuba seit über einem Jahrzehnt im Krieg«, sagte ein Major der Sonderstreitkräfte im neuen Spezialkriegführungszentrum der US-Armee in Südflorida. »Es handelt sich um einen geheimen Stellvertreterkrieg, doch die Gefechte und Opfer sind sehr real.«

Kuba hat Interventionstruppen in eine Reihe von regionalen Kriegen in Afrika entsandt und damit seine interkontinentale strategische Stärke auf energische Weise ins Bild gesetzt. »In Äthiopien, Eritrea, Mozambique und an einigen anderen Orten haben die Kubaner sogar ein paar Auseinandersetzungen gewonnen«, meinte der US-Major.

Wie macht der kubanische Diktator Castro das?

In einer Vergleichsstudie wird in dem Bericht des amerikanischen Außenministeriums eine Analogie hergestellt zwischen der kubanischen Armee und dem kanadischen Militär. Daraus geht hervor, daß Kuba 267 Kampfflugzeuge besitzt – fast alle von ihnen sind von jüngster sowjetischer Bauart –, was dem Land eine fünfmal so große Schlagkraft verleiht wie die aus 45 Flugzeugen bestehende kanadische Luftwaffe.

Kubas Panzerdivisionen bestehen jetzt aus weit über 1000 Kampfpanzern; Kanada, mit einer fast dreimal so großen Bevölkerung, hat nur 114.

Auf einem Gebiet – Spionage und Subversion – kommt Kuba dem Bericht zufolge seinem Mentor und Schutzherrn, der Sowjetunion, sehr nahe. Die kubanischen Geheim- und Sicherheitsdienste, die jetzt in vier miteinander konkurrierenden Zweigen organisiert sind, verfügen über schätzungsweise 5000 Mitarbeiter, politische Agenten, Geheimaktionsexperten, schwarze Propaganda-Aktivisten und regionales weltweites Unterstützungspersonal, eine Armee von Spionen, die fast der weltweiten Legion von sowjetischen KGB-Agenten gleichkommt.

Castro denkt an Offensive, nicht an Defensive

»Der beispiellose Aufbau des kubanischen Militärs hat sich als die schlimmste Bedrohung gezeigt, der die Vereinigten Staaten jemals durch ein anderes Land in dieser Hemisphäre ausgesetzt waren oder mehrerer anderer Länder zugleich«, meinte Generalmajor Vasco da Cunha, der vor kurzem in den Ruhestand getretene Leiter des angesehenen brasilianischen Zentrums für Strategische Studien.

»In den sechziger Jahren gab Castro vor, er brauche mehr bewaffnete Streitkräfte als Schutz gegen eine mögliche Invasion der Vereinigten Staaten. Doch diese Bedrohung ist nicht mehr glaubhaft, wenn sie es überhaupt jemals gewesen ist.

Castro denkt nicht an Verteidigung; er hat sein Land in ein bewaffnetes Lager verwandelt mit dem Ziel der kommunistischen Weltbeherrschung und zu einer Zeit, wo die Sowjetunion behauptet, daß sie derartige Vorstellungen völlig aufgegeben habe.« □

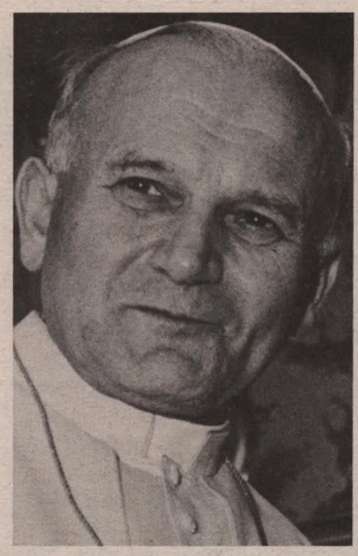
Südliches Afrika

Der Papst und die höhere Gewalt

Hans Maduk

Wieder werden aus Kirchenmitteln Millionensummen aufgebracht, um einmal mehr eine »im Zeichen von Nächstenliebe und Versöhnung« stehende Pastoralreise des Oberhauptes der römisch-katholischen Weltkirche nach Afrika zu finanzieren. Wohlgemerkt: eine Pastoralreise!

Dieses Mal stand das sich schnell verändernde südliche Afrika auf dem Programm, und abermals freuten sich unübersehbar viele Menschen auf den Papst aus Rom, und zwar ungeachtet ihrer Religionszugehörigkeit, Hautfarbe und ihres politischen Bekenntnisses. Bisher hatte der große Abgesandte des Vatikans Weltreisen absolviert, auf denen er nie enttäuschte, auch wenn er den gläubigen Massen bisher kaum mehr als väterliche Worte des Trostes und der Hoffnung in Christi mit auf den Weg geben konnte.



Papst Johannes Paul II. wird als Reisender in Sachen Glauben in die Geschichte eingehen.

Der Papst führt aus, was der Vatikan beschließt

Wer aber um die tiefgehende Wirkung vermittelter Anteilnahme – zumal von einem Kirchenoberhaupt artikuliert – weiß und mit gesundem Menschenverstand politisch zu denken vermag, wird diesmal maßlos enttäuscht worden sein, denn was sich da vor der Weltöffentlichkeit abspielte, war peinlich und schockierend zugleich.

Viele kritische Geister werden jetzt besorgt fragen, was der Vatikan eigentlich unter einer Pastoralreise seines Oberhauptes versteht. Geht es um die suchenden Menschen in der Welt, oder geht es um sich anpassende Weltpolitik? Diese Frage tiefgreifend zu beantworten, würde ein Buch füllen, doch hier genügt wohl ein herzhafter Kommentar, denn zu offenkundig sind die – man kann sagen – bewußt begangenen Fehler, für die aber dieser Papst nur am Rande verantwortlich ist, führt er doch nur das aus, was »der Vatikan« beschließt – nicht mehr und nicht weniger.

Und so gefiel es dem Vatikan, die vielen ernstgemeinten Bitten aus südafrikanischen Kirchen- und Politikkreisen zu ignorieren, auch der Republik Südafrika einen Besuch abzustatten. Viele Hunderttausende auf Trost hoffende Menschen wurden vor den Kopf gestoßen, so, als trügen sie die Schuld an der – nach Kirchenverständnis – sündhaften Apartheid, die jedoch im täglichen Leben Südafrikas eine zusehends geringere Rolle spielt.

Verständlich wird diese Brüskierung großen Stils also erst mit Blick auf die politischen Hintergründe, denn der Papst müßte – um seinem Image treu zu bleiben – den Boden Südafrikas küssen, und das vor den Fernsehaugen der übrigen schwarzafrikanischen Länder. Undenkbar!

Wo bleibt der persönliche Mut

Statt dessen zieht es der Vatikan vor, seinen Pontifex maximus auch in Länder Lateinamerikas und Afrikas zu delegieren, die erkanntermaßen die edlen Menschenrechte permanent mit Füßen treten und deren nicht demokratisch gewählte Machthaber Regime repräsentieren, die in Sachen Demokratie mehr wohl von den Völkern Südafrikas lernen könnten. Wo bleibt da der persönliche Mut, die Zivilcourage Johannes Paul II.?

Der »lächelnde Papst«, Amtsvorgänger von Johannes Paul II., hat einmal gesagt: »Wenn man nicht miteinander spricht, ist die Feindschaft schon geboren.« Dieser weisheitliche Ausspruch eines Mannes, dem schon nach 33 Amtstagen aufgrund seines selbstmörderischen Mutes gegenüber den »Mächtigen neben sich« der Schierlingsbecher gereicht wurde, wird auch den derzeitigen Papst gequält haben. Aber er hat sich untergeordnet und dürfte somit eine große Chance vertan haben.

Und so wird Johannes Paul II. wohl als jener Papst und Reisende in Sachen Glauben in die Geschichte eingehen, der sich nicht scheute, dem politischen Willen der »Mächtigen neben sich« folgend, einem Unrechtsregime nach dem anderen die Ehre zu erweisen, der aber die Seelen vieler Südafrikaner jeglicher Hautfarbe mit Füßen trat.

Es bleibt zu fragen, auf welche Weise das eine christliche Kirche zu verarbeiten gedenkt?

Daß diese Papstreise ins südliche Afrika durch höhere Gewalt jäh an Dramatik gewann – bekanntlich mußte der Papst ausgerechnet in Johannesburg wegen eines Unwetters landen –, werden viele in Südafrika prompt als Weisung Gottes empfunden haben.

Mit Recht, denn jeder, auch ein Papst, kann und sollte sich an Ort und Stelle selbst und objektiv davon überzeugen, daß jährlich ganze Heere arbeitswilliger Schwarzer in den Süden strömen und daß mit schwarzafrikanischen Währungen ganz offiziell an der Börse zu Johannesburg gehandelt wird. Die Wirklichkeit – das würde man sehr rasch erkennen – sieht in der Tat ganz anders aus.

Im Strome weltpolitischer Doppelmoral

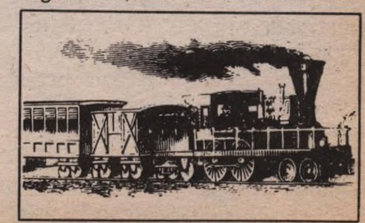
Und besuchte Johannes Paul II. nicht auch das glückliche Königreich Lesotho, das aber schon seit Jahren von einer durch Putsch an die Macht gelangten Offiziers-Crew regiert wird, die angeblich sogar das besondere Wohlwollen Pretorias besitzt? Lesothos Territorium aber wurde vom Papst geküßt!

Und erlebte der Papst nicht hautnah, was Geiselnahme auf afrikanisch bedeutet, die übrigens ohne gefordertes Eingreifen der bösen Buren wohl noch viel dramatischer verlaufen wäre?

Geradezu paradox wirkt da die Seeligsprechung eines französischen Paters, der den Schwarzen in Lesotho angeblich dabei half, sich gegen die burischen Eindringlinge zu wehren.

Wie es also nicht nur den Anschein hat, manövrierte sich die katholische Kirche im südlichen Afrika in eine für sie verhängnisvolle Sackgasse, zumal sie für jeden erkennbar gezeigt hat, daß es ihr weniger um die hoffenden Seelen der Menschen dort geht, sondern um das Bemühen, im Strome der weltpolitischen Doppelmoral mitzuschwimmen. □

Hans Maduk ist Verfasser des Buches »Tod ohne Moral – Gott Jahwe und Prophet Ezechiel«, erschienen im Verlag Mehr Wissen, Jägerstr. 4, D-4000 Düsseldorf.



Pakistan

Opfer eines geheimen Krieges

Warren Hough

Bei der Explosion des Flugzeuges, bei der General Zia ul-Haq, Pakistans Militärherrscher und neun seiner Spitzengeneräle getötet worden sind, handelte es sich weder um einen Unfall noch um einen einfachen Ausbruch regionaler Gewalt. Es war der Höhepunkt eines geheimen Krieges, der hinter den Kulissen in Washington von ausländischen Lobbyisten, Geheimagenten und einflußreichen Personen um das Schicksal Afghanistans geführt wurde, um jenes kriegsgeschüttelte Land, dessen kommunistische Marionettenregierung zur Zeit gerade von islamischen Rebellen gestürzt wird.

Die Rolle, die die Sowjetunion in diesem Konflikt spielt, ist wohlbekannt: ihre Truppen fielen im Jahr 1979 in Afghanistan ein, führten einen brutalen Kampf gegen die einheimischen Guerillas, verloren und werden jetzt wieder abgezogen. Was der westlichen Öffentlichkeit nicht berichtet wird, ist die Tatsache, daß Israel zusammen mit Pakistan und den Vereinigten Staaten ebenfalls eine Schlüsselrolle in dem afghanischen Drama gespielt hat.

Ein weiterer Brandherd nach dem üblichen Muster

Auch haben die Establishment-Medien nicht über die dramatische Wende in diesem langen Kampf berichtet: die wachsende Feindseligkeit der israelischen Regierung gegenüber der afghanischen Befreiungsbewegung. Sie führte von einer stillschweigenden Unterstützung der amerikanischen Position bezüglich Afghanistan zu einem stillschweigenden Bündnis zwischen dem Kleinstaat und der sowjetischen Regierung, wie in diplomatischen Kreisen behauptet wird.

»Als die Kämpfe zwischen den sowjetischen Einheiten und den afghanischen Widerstandskräften – bekannt als die Mujahideen – ausbrachen, betrachteten die Israelis dies zunächst als einen weiteren Markt für ihre Militärgeschäfte«, berichtet Dr. Regis Pradier, ein für das Schicksal von Flüchtlingen zuständiger Beamter der Vereinten Nationen, der seit fast zehn Jahren auf dem indischen Subkontinent arbeitet.

»Doch als die Freiheitskämpfer zu einer Armee unter der Führung von Befehlshabern wurden, die fundamentalistische Moslems waren, begann Israel sie als eine Gefahr zu betrachten.«

Pradiers Bericht wird unterstützt durch amerikanische Geheimdienst- und Nachrichtendienstquellen aus Nahost.



Beamte der pakistanischen Luftwaffe untersuchen die Trümmer des Flugzeugs C-130, das mit Zia und 32 weiteren Passagieren in der Luft explodierte.

Israelische Waffen made in Ägypten

»Zunächst betrachtete der israelische Geheimdienst, der Mossad, den Konflikt in Afghanistan einfach als einen weiteren Brandherd im Stile Mittelamerikas und nach dem üblichen Muster: der Mossad liefert die Waffen, der CIA übernimmt die Zahlungen und die Einheimischen führen den Kampf«, erläuterte ein junger Experte aus dem amerikanischen Außenministerium, der soeben für ein Jahr beurlaubt wurde, um sein Studium an der Columbia Universität abzuschließen.

»Doch im Jahr 1982 oder 1983 begannen die Israelis zu erkennen, daß es sich in Afghanistan nicht um ein zweites Panama oder Guatemala handelte; es handelte sich viel eher um einen zweiten Iran.« US-Kongreßbeamte, die an den Kämpfen der Legislative über Hilfsgelder an die afghanischen Rebellen beteiligt waren, berichteten Ähnliches.

»Vom Jahr 1980 bis etwa 1984 herrschte in Washington die generelle, unausgesprochene Vereinbarung, daß die US-Hilfe für die afghanischen Rebellen nur aus leichten Waffen bestehen würde, die sowjetischen Ursprungs waren oder zu sein schienen«, erläuterte ein ehemaliger Presseassistent des außenpolitischen Ausschusses des US-Repräsentantenhauses, der jetzt für eine Washingtoner Public-Relations-Firma arbeitet.

In Wirklichkeit wurden die meisten dieser Waffen vom Mossad geliefert. Waffen und Raketen jeder beliebigen Art aus dem Sowjetblock werden jetzt für den internationalen Geheimhandel in Israel und Ägypten hergestellt und im Golfkrieg für Mittelsmänner, die für den Irak einkauften.

»Die generelle, unausgesprochene Vereinbarung«, daß der afghanische Widerstand sich die sowjetischen Panzer und Flugzeuge mit Gewehren vom Leibe halten sollte, war ein von der israelischen Lobby propagiertes Konzept, sagten diese Informanten. Der Konsensus wurde allerdings nicht geteilt von den afghanischen Freiheitskämpfern, die sich bitter darüber beklagten, daß sie gegen die lähmenden Luftangriffe der Sowjets machtlos seien.

»Die Mujahideen konnten die Russen nicht mit den AK-47-Gewehren bekämpfen, die aus Israel hereingeschmuggelt worden waren«, berichtete ein Journalist, der die ganzen achtziger Jahre hindurch über die Kämpfe in Afghanistan berichtet hat.

»Im Jahr 1984 beschloß der CIA den Guerillas ein paar Blowpipe-Luftabwehrraketen britischer Bauart zukommen zu lassen. Doch sie funktionierten nicht. Was die Afghanen brauchten – wie es ihre Sprecher jedem amerikanischen Kongreßabgeordneten, der nur zuhören wollte, immer wieder erzählten – war die Stinger-Rakete, eine wirklich effiziente Verteidigungswaffe gegen Luftangriffe.«

Pakistan half den afghanischen Rebellen

Doch zwischen den Jahren 1981 und 1986 wurde die Reagan-Regierung durch den Druck seitens der israelsichen Lobby und ihrer Verbündeten im amerikanischen Kongreß davon abgehalten, den Mujahideen »wirklich effiziente« Waffen zu schicken, bestätigen diese Informanten.

Der Mossad verfaßte eine geheime Aktennotiz gegen die Entsendung von Stinger-Raketen an



Der pakistanische Präsident Zia ul-Haq und US-Botschafter Arnold Raphel, die beide bei dem mysteriösen Flugzeugabsturz ums Leben kamen.

Howard Teichman, den damaligen Beamten im Nationalen Sicherheitsrat der USA, der für Nahostangelegenheiten und Asien zuständig war.

Teichman, ein engagierter Anhänger Israels, trug seinen Teil dazu bei, Israels Interesse zu schützen. CIA-Direktor William Casey und sein Gegenüber im amerikanischen Verteidigungsministerium, Generalleutnant Eugene Tighe, Direktor der Defense Intelligence Agency, folgten dem Kurs der Israelis, wie sie dies bei strategischen Themen immer taten, bestätigen diese Experten.

Unerwarteterweise war es Zia, der eine Lösung für die Not der Mujahideen bereithielt. In einem inoffiziellen Schreiben an US-Präsident Ronald Reagan widerlegte Zia viele der von dem Mossad vorgebrachten Einwände. Er versicherte dem Weißen Haus, daß man die Afghanen im streng bewachten Hauptquartier des Interservices Intelligence Directory, Pakistans Spezial-Kriegsführungszentrum in der Nähe von Islamabad, durch Amerikaner schulen würde.

Im Feld wurden sie von pakistanischen Offizieren überwacht, versprach Zia, und wenn die ersten Raketenabschußeinrichtungen verteilt worden sind, würden nur dann neue Stinger-Raketen an die Mujahideen ausgegeben, wenn sie das leere Rohr des Abschusses präsentieren würden – was zeigen sollte, daß die Waffe abgefeuert und nicht auf dem schwarzen Markt verkauft worden war.

In einer persönlichen Entscheidung – wie die Informanten es bezeichneten – beschloß Ronald Reagan Zias Angebot zu akzeptieren. »Im August 1986 erhielt Ahmed Shah Massoud, der Mujahideen-Befehlshaber im Gebiet von Pajshir, die erste Lieferung von zwölf Stinger-Raketen«, erzählte er John Gunston, ein britischer Militärberichterstatter, der die meiste Zeit des Krieges in Afghanistan Korrespondent dort war. »Sie trafen auf Maultierrücken der Tennessee Army ein, zusammen mit von Amerikanern geschulten Abschußteams.«

Diese zuverlässigen, blitzschnellen Waffen änderten den Kriegsverlauf schlagartig zugunsten der Rebellen.

Schließlich bekamen die afghanischen Freiheitskämpfer im Jahr 1986 insgesamt 300 Stinger-Raketen und im Jahr 1987 nochmals weitere 700, bestätigen Experten im amerikanischen Verteidigungsministerium. Durch akurates Zielen gelang es ihnen mit diesen Waffen über 500 sowjetische Flugzeuge und Helikopter abzuschießen.

Nur eine nicht kommunistische Regierung war mit diesem Verlauf nicht zufrieden und nicht erfreut darüber: Israel. Als fundamentalistische islamische Führer allmählich die Befehlsgewalt über die Mujahideen-Bewegung übernahmen, begannen israelische Politiker Zia offiziell als »Doppel-Agenten« und »radikalen Moslem« zu bezeichnen, der für Israel zu einer Bedrohung geworden war.

Kollisionskurs mit Israel und der UdSSR

»Im Jahr 1977, als Zia in einem Militärcoup die Macht übernahm, besaß er insgeheim die Unterstützung der Vereinigten Staaten und die stillschweigende Übereinstimmung mit Israel«, erzählte Dr. Ahmed Husain, ein bekannter islamischer Historiker.

»Doch Mitte der achtziger Jahre wandte sich der General zunehmend fundamentalistischen moslemischen Praktiken zu. Dies mißfiel den Israelis. Würde Zia Pakistan in eine militante islamische Republik, vielleicht im Stile Irans, verwandeln?«

Westliche Geheimdienstbeobachter bezweifelten dies. Sie verwiesen auf die großen Unterschiede zwischen den beiden Ländern: die meisten Pakistanis gehören dem Sunni Moslem Glauben an während der Iran ein schiitisches Land ist. Der Iran ist in einen heftigen Streit mit den Vereinigten Staaten verwickelt, während Zias Regime zu Washingtons Freunde zählt.

»Vielleicht war es sogar die vertrauliche Beziehung zur Regierung Reagan, die Zia ins Unglück gestürzt hat«, erläuterte Husain. »Israel ist der Meinung, daß es mit jedem moslemischen Land fertigwerden kann, das sich mit Washington in den Haaren liegt. Doch es betrachtet einen militanten islamischen Führer mit Freunden im Weißen Haus als eine tödliche Gefahr.«

Anfang des Jahres 1988 wandte sich Zia angesichts wachsender politischer Opposition zu Hause entschieden dem islamischen Fundamentalismus zu, versichern diplomatische Kreise. Er unternahm eine Reihe spontaner Schritte, die ihn auf einen Kollisionskurs sowohl mit Israel als auch der Sowjetunion brachten, behaupten Experten der Vereinten Nationen.

Im Februar 1988 rief der starke Mann Pakistans Gulbuddin Hekmatyaer, den mächtigsten und eifrigsten Fundamentalisten unter den afghanischen Rebellenführern zu sich. Hekmatyaer wurde gesagt, daß seine Streitkräfte künftig 50 Prozent von sämtlicher Militärhilfe an die Rebellen erhalten würde, die über Pakistan geleitet wird. Die anderen sechs Mujahideen-Gruppen, die zusammen die Nationale Islamische Front bilden, müßten den Rest unter sich aufteilen.

Zia drängte Hekmatyaer in die Offensive zu gehen und beim Abzug der sowjetischen Truppen eine größere Stadt einzunehmen.

Zia hatte Israel und Moskau den Krieg erklärt

»Ihr müßt jetzt eine provisorische Regierung ausrufen«, wurde dem afghanischen Befehlshaber gesagt, »um sicherzustellen, daß Afghanistan nach dem Abzug der Sowjets eine fundamentalistische islamische Republik ist.«

Diese Entscheidungen besiegelten den Geheimdienstexperten zufolge das Schicksal des pakistanischen Staatsoberhaupts. Sie bedeuteten direkte pakistanische Intervention in Afghanistan, wo Zia sowohl der Sowjetunion als auch Israel praktisch den Krieg erklärt hatte.

»Es war unwahrscheinlich, daß der KGB und der Mossad Zia gestatten würden, damit durchzukommen«, sagte ein UN-Delegierter aus Nahost, der mit der Region sehr vertraut ist.

Am 17. August 1988 explodierte das Flugzeug, eine C-130, eines der zuverlässigsten Flugzeuge, die es auf der Welt gibt. An Bord dieses Flugzeuges waren Zia und seine Topberater sowie der amerikanische Brigadegeneral Herbert Wassom, Leiter der amerikanischen Militärgruppe in Pakistan. Der amerikanische Botschafter Arnold Raphel, der sich in letzter Minute entschieden haben soll mitzufliegen, starb ebenfalls bei dem Absturz. □

Pakistan

Der Mord an Zia

Warren Hough

Der Mossad, der israelische Geheimdienst, erscheint als der Hauptverdächtige bei der Explosion eines C-130-Transportflugzeuges in der Luft, bei der General Zia ul-Haq, Pakistans antikommunistischer Militärführer am 17. August dieses Jahres getötet wurde. Diese Tatsache wurde bekannt aus gut informierten diplomatischen Quellen im UN-Hauptquartier in New York und von Geheimdienstexperten.

Ein Dutzend von Zias Spitzengenerälen verloren ebenfalls dabei ihr Leben ebenso wie der US-Botschafter Arnold Raphel und der amerikanische Brigadegeneral Herbert Wassom, der die US-Militärmission nach Pakistan anführte. »Wir sind jetzt zu 100 Prozent sicher, nehmen Sie dies zur Kenntnis, daß ich 100 Prozent gesagt habe, nicht 99 Prozent, daß das Flugzeug sabotiert wurde«, erklärte Riza Mohammed Khan, der Leiter der Öffentlichkeitsinformation der pakistanischen Regierung am 21. August 1988.

Sowjets haben Zia gehaßt

»Es war kein Unfall. Es war ein terroristischer Akt, um unserem Land die Führungsspitze zu nehmen.«

Die erste Frage der Recherchierenden – unter ihnen amerikanische, französische und deutsche Experten, die von verschiedenen pakistanischen Behörden eingeladen wurden – bezogen sich auf die mögliche Rolle von Khad, der Geheimpolizei von Afghanistans kommunistischer Regierung, in der Tragödie.

Doch die Agenten der Gegenspionage, die die expertenhafte Planung und die Professionalität untersucht haben, die den Anschlag kennzeichnen, sind jetzt der Meinung, daß Zia das Ziel einer Operation war, die seine »Auslöschung« bewirken sollte, die vom Mossad und dem KGB, der sowjetischen Spionagebehörde, gemeinsam organisiert worden ist.

Pakistan versorgte die afghanischen Guerilla-Kommandeure mit Stinger-Raketen und störte damit die Pläne Israels und der Sowjetunion.

Die Sowjetunion hat den unnachgiebigen und streng antikommunistischen starken Mann Pakistans schon lange als einen ernstzunehmenden Gegner betrachtet.

Bei dem Versuch, die Niederlage ihrer langen Militärkampagne zur Kontrolle Afghanistans zu erklären, haben sowohl die sowjetische Regierung als auch ihre Satelliten in der Region der starken militärischen und politischen Unterstützung der afghanischen Freiheitskämpfer in den letzten Jahren durch Zia die Schuld gegeben.

»Es ist jetzt klar, daß, wenn es einen entscheidenden Faktor gegeben hat, der in Afghanistan das Blatt gegen die sowjetischen Streitkräfte und zugunsten der Mujahideen des moslemischen Widerstands gewendet hat – dann waren das die Stinger-Raketen«, sagte Major Whitlow Sampson, ein pensionierter kanadischer Infanterieoffizier, der in den letzten Jahren militärischer Berater der Vereinten Nationen war und jetzt ein Buch über seine Erfahrungen schreibt.

»Seit der Einführung des römischen Breitschwertes oder des Maxim-Maschinengewehrs hat keine einzelne Waffe eine solch entscheidende Rolle gespielt bei der Änderung des Kurses und des entscheidenden Ausgangs in einem Krieg.«

Änderung des Kurses in einem Krieg

Andere befragte Experten stimmten darin zu, daß die Stinger-Rakete, eine auf der Schulter getragene Flugabwehrwaffe, die in den Vereinigten Staaten von General Dynamics hergestellt wird, »den afghanischen Freiheitskämpfern einen wichtigen Vorsprung vor den Sowjettruppen verliehen hat«, wie es ein Militärvertreter aus Nahost formulierte.

Die afghanischen Guerilla-Kommandeure priesen die High-Tech-Waffe amerikanischer Bauart als ein »Geschenk Gottes«.

»Wir litten während des ganzen Krieges unter den mit Kanonen bestückten Helikoptern und Flugzeugen der Sowjets«, erzählte Rahim Wardak, ein wichtiger Mujahideen-Führer, dem langjährigen britischen Militärkorrespondenten John Gunston Ende des Jahres 1987. »Diese Rakete hat es uns zum ersten Mal ermöglicht, sowjetische Flugzeuge in Schach zu halten, eine größere Menge an Streitkräften anzusammeln und strategische Schritte zu planen, ohne die ständige Gefahr von Angriffen aus der Luft.«

Doch die Stinger-Rakete kam erst im Oktober 1986 in die Hände der afghanischen Widerstandsstreitkräfte. Das war sieben Jahre nach dem Einfall der sowjetischen Truppen in Afghanistan.

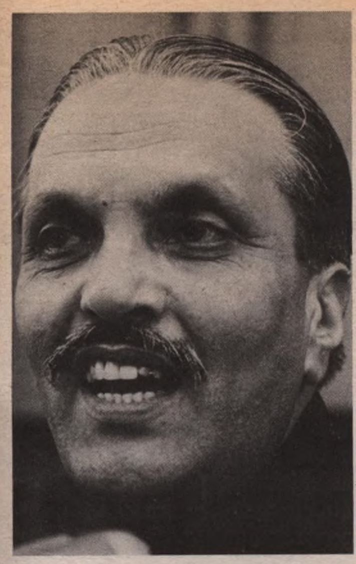
Warum die lange Verzögerung? Die Antwort: Der Mossad und seine Lobbyisten in den USA führten einen entschiedenen Kampf dagegen, die moslemischen Mujahideen mit solch modernen Waffen zu versorgen.

Um zu verstehen, warum der starke Mann Pakistans zuerst ein Rivale, dann ein Gegner und schließlich ein Mordziel für den Mossad wurde – und die wichtige Rolle, die die Stinger-Rakete dabei gespielt hat –, »müssen wir auf den 5. Juli 1977 zurückblikken, den Tag, als Zia in einem Militärcoup an die Macht kam«, meint ein Experte für Nahost-Fragen.

Koexistenz mit Israel

Zia kam »zunächst an die Macht als ein Führer, der für Israel akzeptabel war«, erläuterte dieser Fachmann, dessen Analyse von anderen Beobachtern bestätigt wurde. Der Coup des Generals im Jahr 1977 war diesen Quellen zufolge in geheimer Kollaboration mit Raphel geplant gewesen, der damals als politischer Hauptvertreter der US-Botschaft in Pakistan diente.

Als ein junger Beamter mit starken ethnischen Bindungen an Israel und im amerikanischen aus-



Zia ul-Haq wurde zur Zielscheibe Israels, als er sich dem islamischen Fundamentalismus zuwandte.

wärtigen Dienst bekannt als Henry Kissingers Protegé, wurde Raphel in weniger als einem Jahr, nachdem Zia die Zügel der pakistanischen Regierung in die Hand genommen hatte, zum Botschafter ernannt.

»Im Anschluß daran führten Pakistan und Israel eine ganze Weile eine Koexistenz als öffentliche Gegner, zwischen denen aber eine geheime Übereinkunft bestand. Doch Zia setzte schließlich eine ernsthafte Kampagne zur ›Islamisierung‹ seiner Nation in Gang«, berichtete ein UNO-Diplomat.

»Der General erlebte eine grundlegende persönliche Veränderung. Er wandte sich dem Islam zu und wurde nach und nach zu einem überzeugten, sogar fundamentalistischen Moslem. Israel begann ihn als einen Rivalen anzusehen, der wußte, wie er die Unterstützung der USA gewann in einer Zeit, wo der Kleinstaat jede strategische Verbindung zwischen Amerika und der Welt des Islam fürchtete und sabotierte. Die Israelis betrachteten die afghanische Widerstandsbewegung als eine weitere islamische Bedrohung, der Einhalt geboten werden mußte«, äußerte Major Sampson.

»Sie machten Lippenbekenntnisse, im Hinblick auf die Idee gegen den Einzug der Sowjets in Südostasien zu opponieren, doch hinter den Kulissen kämpften sie gegen jeden Vorschlag, die Mujahideen mit High-Tech-Waffen wie den Stinger-Raketen zu beliefern.

Was ist, wenn sich diese Waffen in der ganzen moslemischen Welt ausbreiten? Was ist, wenn andere islamische Guerillas – vielleicht sogar die Palästinensische Befreiungs-Organisation (PLO) – sich einen Vorrat an solch tödlichen Waffen aufbauen? Israel betrachtete jede derartige Entwicklung als eine wichtige Bedrohung seiner eigenen Interessen.«

Der Mossad übernahm den Fall

Doch die von Zia unterstützten afghanischen Freiheitskämpfer verstärkten ihren eigenen Entschluß, diese Flugabwehrwaffen zu bekommen, und im Jahr 1986 trugen sie gegenüber der israelischen Lobby den Sieg davon, unterstützt durch eine ad hoc gebildete Washingtoner Koalition aus antikommunistischen amerikanischen Kongreßabgeordneten und patriotischen Beamten der nationalen Sicherheit der USA.

»Ich vermute, daß Zia zur Zielscheibe Israels wurde, als man anfing, die islamischen Streitkräfte mit Stinger-Raketen zu versorgen«, meinte Sampson. »Der Mossad übernahm daraufhin den ›Fall‹. Die Tage des Generals waren gezählt.«

Der Konflikt zwischen dem starken Mann Pakistans und den Agenten des Kleinstaats hat sich in der ersten Hälfte dieses Jahres verstärkt, behaupten diese Experten. »Zia wandte sich dem islamischen Fundamentalismus zu«, berichtete ein Nahost-Diplomat.

»Natürlich war er ein Sunni-Moslem, kein Anhänger der Schiiten, der von den Führern des Iran gepredigten Doktrin. Doch inoffiziell hat er den radikalsten Moslembefehlshabern unter den afghanischen Widerstandsführern zugesagt, sie bekämen weiterhin Stinger-Raketen und andere hochtechnische Ausrüstung, selbst wenn sich das sowjetische Militär aus Afghanistan zurückgezogen hat, was jetzt im Gange ist.

Ich denke, daß war einfach zuviel für den Mossad. Zia mußte gehen!« □

Israel

Äthiopische Juden verlieren Identität

Leon Dobbs

Nach zwölf Jahren in Israel hat es Shlomo Akali, 33 Jahre alt, nicht schwer, über die Runden zu kommen. Als ein Student der Soziologie und politischen Wissenschaften an der Bar-Ilan-Universität hat er die hebräische Sprache gelernt. Doch er spricht Amharisch, die Sprache seines Geburtslandes Äthiopien, wenn er mit Freunden zusammenkommt.

Akali lebt in einem bescheidenen Ein-Zimmer-Appartement in einem Gebäude mit anderen nordafrikanischen und orientalischen Emigranten in Bat Yam, einem am Meer gelegenen Vorort von Tel Aviv. Oberflächlich betrachtet scheint er zufrieden mit dem Wechsel aus dem ländlichen Gondar Äthiopiens in das moderne Israel. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Ein Berater im Ministerium für Einwanderung in Israel hat einst Akali gegenüber begeistert über die Aussichten der Anpassung seiner äthiopischen Landsleute an ihre neue Heimat gesprochen.

Diskriminierung der äthiopischen Hebräer

Heute, vier Jahre nach der Operation Moses, bei der 5000 Falashas – äthiopische Hebräer – über die Luftbrücke nach Israel gebracht wurden, ist er traurig und vorsichtiger geworden. Er fragt sich, ob die Dinge jetzt besser stehen für sein Volk oder ob Leute mit guten Absichten in Israel und im Ausland ein massives Public-Relations-Manöver gewiefter Politiker unterstützt haben.

Auf den ersten Blick betrachtet haben viele äthiopische Jugendliche Amharisch offenbar vergessen und tragen auch die Landestracht nicht mehr – weiß mit blauem Saum. Trotz offener Diskriminierung in vielen Fällen, sind sie hauptsächlich daran interessiert, sich einzufügen, einen Arbeitsplatz zu bekommen und in der neuen Umgebung zu funktionieren.

Unterdessen halten die Älteren verzweifelt an ihrer alten Tradition fest. Sie fragen sich offen, ob die jüngere Generation die Sehkraft, das Sehvermögen verloren hat. Viele junge Falashas kümmern sich nicht darum, ob sie ein spezieller Teil in dem Mosaik von über 100 Nationalitäten und ethnischen Minderheiten sind, das die heutige Bevölkerung von Israel ausmacht.

»Ich frage mich, ob wir unser Erbe verkauft haben«, sagte Akali. Sein eigenes Leben war ein perfektes Beispiel für das Paradoxon, in dem sich die Äthiopier befinden.

Vor drei Jahren war Shlomo Akali eine zentrale Figur in einem einmonatigen Streik, bei dem über 200 Äthiopier in einem Stadtpark von Jerusalem gegenüber dem Büro des Chef-Rabbinats, der religiösen Autorität der israelischen Regierung, lagerten.

Ein geschickt geplantes Politikum

Akali und sein enger Freund Adisu Mesele waren wütend. Neun Monate vor dem Streik

Israel

Äthiopische Juden verlieren Identität

hatte Israel Tausende seiner Landsleute über eine Luftbrücke ins Heilige Land geholt. Während die Welt zuschaute und applaudierte, waren viele der Äthiopier unzufrieden. Sie waren beleidigt, daß das Rabbinat ihr hebräisches Erbe nicht anerkannte und der Gemeinde anordnete, sich beschneiden zu lassen, was später abgeändert wurde in ein Eintauchen in Wasser, um ihren Judaismus zu bestätigen und ihnen die Eheschließung zu erlauben. Die Unterkünfte waren unangemessen und Konflikte traten auf mit Ortsansässigen und Gemeindevertretern, die gegen die Anwesenheit der Äthiopier in ihren Städten Einwände erhoben.

Akali und Mesele wurden zu kommunistischen Agitatoren abgestempelt, als sie behaupteten, die Luftbrücken-Operation sei in Wirklichkeit ein Versuch der »Prestigeaufwertung« gewesen, der dazu dienen sollte, Israels internationales Image zu verbessern und der UN-Resolution entgegenzutreten, die den Zionismus mit dem Rassismus gleichgesetzt hat. Die Streikführer stellten Israels Behauptung, sie hätten 15 000 Äthiopier ins Land gebracht, öffentlich in Frage und bewiesen später, daß bei der Luftbrückenaktion nur 5000 in das Heilige Land gebracht worden sind.

Die Operation war ein geschickt geplantes Politikum, um in großen Aktionen im Ausland Millionen von Dollar aufzutreiben und gleichzeitig den Anklagen von Rassismus entgegenzutreten. Doch die einzelnen Fraktionen der israelischen Regierung haben den Taktiken nicht vollständig zugestimmt. Kluge Politiker, so behaupten sie, waren bereit, eine Handvoll passiver Äthiopier zu dulden. Doch der extreme religiöse rechte Flügel deckte die Täuschung auf, indem er die schwarzen Juden nicht als echt anerkannte.

Akali zufolge war das Problem eindeutig das ultra-orthodoxe, religiöse Establishment. Das Rabbinat lehnte es ab, das Erbe der Äthiopier anzuerkennen, erinnerte er sich, obwohl 154 Jahre bevor der Staat Israel gegründet wurde, europäische Juden einen Gesandten nach Gondar geschickt haben, um die jüdische Tradition der Falasha zu erlernen; Falasha bedeutet wörtlich »Fremder« und dieses Wort ist bei den meisten Äthiopiern unbeliebt. Sie ziehen es vor, Bayt Israel (Haus Israel) genannt zu werden.

Die religiöse Obrigkeit war der Meinung, daß viele äthiopische Juden die ganze Geschichte hindurch »Heiden« geheiratet haben, und äußerte Zweifel über ihr Judentum.

Eine bittere Pille für die Äthiopier

»Wir waren beleidigt. Es war absurd«, sagte Akali. »Anfangs gab es kein Problem. Doch als unsere Zahl wuchs, wollten sie uns von der Beteiligung an der israelischen Gesellschaft ausschließen. In der Vereinbarung, die den Streik beendete, wurden den Äthiopiern drei wichtige Konsequenzen versprochen: Erstens, die Neuankömmlinge würden als Juden akzeptiert ohne symbolische Bekehrung; zweitens, in Fällen, wo es Gründe gab das »Judentum« einer Person anzuzweifeln, würde die Angelegenheit von den Kesim entschieden, den traditionellen religiösen Führern der äthiopischen jüdischen Gemeinde; drittens, es würde eine Institution etabliert, um die Rolle und Autorität der Kesim aufrechtzuerhalten.

Der Pakt wurde von Shimon Peres unterzeichnet, dem damaligen israelischen Premierminister, und Vertretern des Rabbinats sowie des Innenministeriums und des Ministeriums für Einwanderung.

Als keine der Bestimmungen acht Monate nach dem Streik erfüllt worden war, stellten die Äthiopier einen Anwalt an, der ihren Fall vor den obersten israelischen Gerichtshof brachte. Die Petition liegt noch heute dem Gericht vor.

»Die israelischen Behörden haben nichts von dem getan, was sie tun wollten«, beschwerte sich Akali.

Weil sie nicht »anerkannt« sind, werden die Schwarzen nicht zur Eheschließung akzeptiert, die nach israelischem Gesetz vom religiösen Establishment durchgeführt werden muß. Tausende von Paaren sind von dem Kesim getraut worden, berichtete Akali, und ihre Ehen sind einfach nicht anerkannt und sie erhalten praktisch keinerlei Vergünstigungen und Zuschüsse für Verheiratete. Diese Benachteiligung ist zu einer bitteren Pille für die Äthiopier geworden.

»Ich würde lieber nach Gondar zurückkehren, wo wir Tausende von Jahren gekämpft haben und jeder wußte, wer wir sind. Jetzt versucht uns jemand, das Rabbinat, zu sagen, daß wir nicht die sind, die wir behaupten zu sein«, sagte Tovia Awasu, ein anderer Gemeindeführer.

Nach dem Streik wurden Akali und Mesele von dem Ministerium für Einwanderung als Berater eingestellt, um in dem Prozeß der Anpassung zu helfen, Positionen, die sie noch immer innehaben.

Im Mai halten die Äthiopier das ab, was zu einer alljährlichen Zeremonie geworden ist, zum Gedenken jener, die bei der Luftbrücke und während des Trecks in den Sudan starben. Fast 2000 versammeln sich auf einem Berg vor den Toren der Stadt Jerusalem und demonstrieren das sich rapide veränderte Gesicht der Gemeinde; die Älteren tragen die Nationaltracht und sprechen Amharisch miteinander, während die Jugend Hebräisch spricht und im Stil von Armeeuniformen nach neuester Mode gekleidet ist.

»Es gibt hier junge Menschen, die kein Wort Amharisch mehr sprechen«, sagte Mesele. »Wenn wir nichts unternehmen, wird die äthiopische Sprache und Kultur in der nächsten Generation verschwunden sein.«

In den letzten Jahren haben die jugendlichen Äthiopier Selbstmordtendenzen entwickelt, ein Problem, das in Gondar niemals existierte. Es gelingt ihnen nicht, mit dem Haß fertig zu werden, der ihnen in Israel begegnet, und dem Druck, der entsteht, wenn man sich einer neuen Kultur anpassen will.

Die Frage ist jetzt: »Wo wird das alles enden?« Wenn das Schicksal der Äthiopier dem gegenwärtigen Trend von Problemen folgt, mit denen die israelische Regierung konfrontiert wird, dann wird sich der Konflikt in den kommenden Jahrzehnten nur verschärfen. □



Ein israelischer Soldat zielt mit einem Gewehr mit tödlichen »Gummi«-Geschossen auf eine Gruppe arabischer Schulkinder auf der West Bank.



Israel

Verbündete überdenken ihre Unterstützung

Leon Dobbs

Der anhaltende Streit zwischen Schwarzen und Juden in Amerika zeigte sich bei der 31. Jahresversammlung der Southern Christian Leadership Conference (SCLC). In einem Forum unter dem Titel »Friedensthemen« übten die über 100 Zuhörer harte und beißende Kritik an Israel und an der amerikanisch-jüdischen Lobby, nachdem sie verschiedene Berichte über die Krise im Nahen Osten gehört hatten.

Über die aktuellen Ereignisse und die schwelende Krise im Nahen Osten berichteten dem Forum der im Exil lebende palästinensisch-amerikanische Aktivist Mubarak Awad, der ehemalige amerikanische Senator James Abourezt, der Präsident der anti-atomaren Bewegung in den USA Dr. William Sloan Coffin, der leitende Direktor des Zentrums für religiöse Aktion für ein reformistisches Judentum Rabbi David Saperstein. Die SCLC, die von dem verstorbenen Dr. Martin Luther King gegründet wurde, ist immer ein zuverlässiger Anhänger Israels gewesen und hat die Sache der amerikanischen Juden stets unterstützt. Doch in den letzten Jahren hat sich eine deutliche Kluft zwischen Schwarzen und Juden aufgetan, die in letzter Zeit noch größer und lautstarker geworden ist.



Mubarak Awad, ein im Exil lebender palästinensisch-amerikanischer Friedensaktivist, kritisiert die israelische Besetzung der West Bank und des Gaza-Streifens.

Die Rolle des US-Kongresses

Der Boden dafür war bereitet, als Abourezt die israelische Besatzung an der West Bank und Gaza scharf angriff sowie die Tatsache, daß der amerikanische Kongreß Milliarden an Dollar dorthin schickte.

»Der amerikanische Kongreß finanziert die Fortsetzung der Besatzung. Er finanziert die israelische Militärmaschine, die die Palästinenser ständig in Angst und Schrecken versetzt«, sagte er. »Wenn sie Meldungen über Bombardierungen von Guerilla-Stützpunkten im Libanon durch die Israelis hören, lassen sie mich ihnen sagen, was das wirklich ist: es sind palästinensische Flüchtlingslager – also Zivilisten.

Es gibt zwar Guerillas, aber es sind auch Hunderttausende von Zivilisten, die durch die Cluster-Bomben aus den Vereinigten Staaten getötet werden.

Der amerikanische Kongreß liefert mehr als von Israel verlangt wird. Warum? Wegen der jüdischen Lobby. Sie geben politischen Kandidaten Geld, denen es um nur eine Sache geht: Wahl und Wiederwahl. Derjenige, der das meiste Geld beschaffen kann, wird die Unterstützung des Kandidaten bekommen.

Wie sonst kann man sich die großen Bürgerrechtsanhänger im US-Repräsentantenhaus und im amerikanischen Senat erklären, die angesichts der brutalsten Bürgerrechtsversammlungen in der Geschichte völlig stumm bleiben?

Israel würde sich morgen auf einen Handel mit den Palästinensern einlassen, wenn der Kongreß seine Unterstützung all dessen, was Israel tut, einstellen würde. Der Kongreß wird seine Unterstützung Israels nur dann beenden, wenn die jüdische Gemeinde ihrer monolithischen Lobby ein Ende macht.«

Die Worte trafen auf taube Ohren

Abourezk und Awad bombadierten die Zuhörerschaft mit einer ganzen Litanei von Angriffen, wie sie die Palästinenser nach dem Aufstand aushalten müssen; Familien werden durch Deportationen getrennt, Häuser zerstört und den Kindern werden die Knochen gebrochen, weil sie mit Steinen geworfen haben. Alle diese Berichte riefen eine große Teilnahme bei den Versammelten hervor.

Die Aussagen ergänzten die wachsende Liste von Problemen zwischen den Schwarzen in Amerika und Israel einschließlich der gespannten Beziehungen zu den amerikanischen Juden, Israels Behandlung der schwarzen Amerikaner in Israel, die Belästigung Schwarzer, die ins Heilige Land reisen und der Kandidatur von Jesse Jackson.

Saperstein war offensichtlich beunruhigt über Abourezts Bemerkungen, doch seine Worte trafen auf taube Ohren. »Ich fühle mich hier sehr allein mit meiner Stimme«, sagte er. »Über eines wollen wir uns im klaren sein. In der ganzen Geschichte von Nahost hat es nie einen palästinensischen Staat gegeben. Es hat nie ein anderes Volk gegeben als die Juden, die dieses Land für ihr Land hielten und das seit über 4000 Jahren. Denken sie daran, daß Jordanien und Ägypten 20 Jahre lang die Kontrolle über die West Bank ausgeübt haben; jeden Tag hätten sie einen palästinensischen Staat gründen können, doch das ist es nicht, was sie wollten. Sie wollten die Zerstörung Israels.

Es gibt Elemente in der israelischen Gesellschaft, die das Existenzrecht Palästinas nicht anerkennen wollen. Meiner Meinung nach haben diese unrecht und ich bin bereit dies auch zu sagen. Ich möchte die Leute auf der anderen Seite das Gleiche sagen hören.«

Doch der Ausgleichsversuch des Rabbi wurde übertroffen von dem kaum verhüllten Ärger vieler Delegierter, die mit Abourezk einer Meinung waren und an den Druck der Lobby erinnert wurden, die zur Entlassung von Andrew Young, dem damaligen US-Botschafter bei den Vereinten Nationen führte, weil er sich mit Palästinenser-Vertretern getroffen hatte. Ironischerweise saß Young auf dem Podium neben Saperstein, einer Tatsache, die keinem Delegierten der Tagung entging.

Warum überhaupt noch Unterstützung?

»Sie sagen, daß die Medien und die Lobby geringfügige Faktoren sind in dem politischen Prozeß dieses Landes; doch meine Erfahrung und unsere Erinnerung sagt uns da etwas anderes«, meinte Ronald Sharp. »Und es geht weiter zurück als Jesse Jackson und Louis Farrakhan, wie der Bürgermeister weiß«, fügte er hinzu mit einem Blick auf Young.

Ein anderer Delegierter aus der Washingtoner Region meinte noch: »Warum sollten wir unsere Unterstützung geben, wenn Israel unsere Führer ablehnt? Hier gibt es ein bestimmtes Verhaltensmuster.

Israel will nicht mit den Palästinensern verhandeln, somit erkennen sie ihre Führer nicht an. Als wir Farrakhan und Jackson auswählten, haben sie diese nicht akzeptiert. Sie wollten bestimmen, mit wem der Bürgermeister sprechen sollte. Sagen sie mir, warum wir sie unterstützen sollten?« □

Israel den Nato-Verbündeten gleichgestellt

Schon bisher hatte Israel volle Zollfreiheit für alle seine Exporte in die USA. Die beiden Geheimdienste arbeiteten Hand in Hand. Still und leise hat nun die USA am Ende des vergangenen Jahres mit Israel ein militärisches Bündnis geschlossen, das Israel praktisch den Nato-Alliierten gleichstellt.

Ein weiteres Abkommen wurde am 21. April 1988, dem 40. Jahrestag der Gründung des zionistischen Staates, perfekt; damit haben sich die USA nicht nur für die strategisch-militärische Sicherheit Israels engagiert, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Planung. Die Streitkräfte der USA stehen somit in jedem Nah-Ost-Konflikt auf seiten Israels.

Durch die palästinensischen Unruhen haben die ständigen Waffen- und Munitionslieferungen der USA nach Israel keinen Moment ausgesetzt – sogar das Tränengas gegen die Demonstranten liefern die USA gratis. Flugzeuge und Panzer werden mit Geldern aus der amerikanischen Wirtschaftshilfe bezahlt.

Auf diese Weise hat Reagan, obwohl schon wegen seiner auslaufenden Präsidentschaft ganz in der Ecke stehend, noch einen letzten Beitrag für Israel geleistet, indem er mit seiner Flotte im Persischen Golf zu einer kriegerischen Eskalation beigetragen hat und weiterhin beiträgt. Das Ziel ist natürlich das in arabischen Händen befindliche Erdöl.

Und außerdem, man will präsent sein, wenn der schwerkranke Ayatholla Khomeini stirbt. Aber auch im Iran-Irak-Konflikt soll es weitergehen, Waffen und Munition, Granatwerfer und Geschütze, das ist die Goldgrube für Israel, das mit amerikanischem Know-how zum größten Waffenproduzenten der Welt avanciert ist und bereits in über 30 Länder exportiert. □

Israel auf der Suche nach US-Militärgeheimnissen

Über starke Einwände des FBIs hinweg verhandelt die Reagan-Regierung übereilt mit Vertretern Israels, um Mitglieder des militärischen Beschaffungsamtes jenes Landes mit Sitz in New York eine begrenzte Form diplomatischer Immunität zu verleihen. Das israelische Beschaffungsamt soll in mindestens zwei Fällen in den letzten zwei Jahren am illegalen Export amerikanischen Militärtechnologie beteiligt gewesen sein.

Die Israelis bitten für 47 der 250 Angestellten des Beschaffungsamtes um konsulare Immunität ähnlich der diplomatischen Immunität, die sich jedoch nur auf kriminelle Handlungen direkt in Verbindung mit dem Arbeitsplatz erstreckt.

Bei den Vorfällen, in denen die israelischen Angestellten des Amtes einer Anklage entgingen, handelt es sich um den illegalen Export von Maschinen zur Herstellung von Cluster-Bomben und den Export von verchromten Kanonenläufen, die von einer amerikanischen Firma hergestellt werden. Die Ermittlungen in dieser Angelegenheit wurden nach einem Protest der israelischen Regierung fallengelassen und die amerikanische Firma, die darin verwickelt war, wurde angeklagt und mit einer Geldstrafe in Höhe von 750 000 Dollar belegt, während die Israelis unbehelligt davonkamen.

Die Verhandlungen über die Gewährung der Immunität an die israelischen Beschaffungsbeamten sind die letzten zwei Jahre hinweg geführt worden, doch sie wurden vor kurzem intensiviert, da die Israelis die Verleihung dieser Immunität gern erreichen möchten, bevor Reagan im Januar aus dem Amt scheidet. Sowohl das US-Justizministerium als auch das FBI sind entschieden dagegen, doch die Entscheidung wird im amerikanischen Außenministerium fallen.

Wenn der Status verliehen wird, bekämen die Israelis damit praktisch eine Genehmigung sich freizügig bei den amerikanischen High-Tech-Militärgeheimnissen und der Technologie zu bedienen, denn sie wären gegen eine gerichtliche Verfolgung immun, wenn man sie dabei erwischen sollte. Amerikaner hingegen, die mit den Israelis dabei zusammengearbeitet haben, würden der vollen Strafverfolgung ausgesetzt.

Die Israelis sind derzeit nicht abgeschreckt, sich amerikanische Militärgeheimnisse zu beschaffen, selbst wenn sie auf der Verbotsliste für den Export stehen. Sie wollen allerdings damit fortfahren, ohne eine Strafverfolgung fürchten zu müssen. Die Verleihung der Immunität wird den Export solcher Teile nicht legalisieren, sie würde lediglich die Bedrohung einer Strafverfolgung und des Gefängnisses für jene Israelis beseitigen, die dabei erwischt werden.

Im Gegensatz zu den Beschaffungsämtern der meisten anderen Länder, die von ihren Botschaften in Washington aus operieren, betreiben die Israelis ein separates Amt in New York. Auch die Anzahl der Angestellten, die sich auf 300 beläuft, stellt die Größe der Beschaffungsämter aller anderen Länder in den Schatten.

Die Reagan-Regierung hat die Bindungen zwischen Israel und den Vereinigten Staaten sehr verstärkt, die Zahlungen von Hilfsgeldern in beispiellose Höhe getrieben und ein Freihandelsabkommen geschlossen, von dem vor allem Israel profitiert. Jetzt geht es auch noch darum, israelische Gesetzesbrecher ungeschoren davonkommen zu lassen, was die amerikanische Regierung als eine Richtlinie verewigt sehen will. □

US-Admiral verplapperte sich

In die westliche Presse waren Nachrichten durchgesickert, daß US-Streitkräfte zusammen mit der 6. US-Flotte im Mittelmeer bald ihr Training in Israel aufnehmen würden. Nun, diese Pläne werden vielleicht nicht realisiert und der amerikanische Admiral, der sie enthüllt hatte, hat plötzlich um seine Pensionierung gebeten, nachdem er vom Oberkommando diszipliniert worden ist.

Der Befehlshaber der 6. Flotte, Vizeadmiral Kendall Moranville, berichtete von einer gemeinsamen Übung mit der israelischen Marine auf See vor kurzem auf einer Pressekonferenz in Haifa. Der US-Vizeadmiral sagte: „Eines der Dinge, die wir brauchen, ist Erfahrung im Überlandflug und die Marine muß ihre Fähigkeiten an Land praktizieren. Mir wurde versichert, daß dies in naher Zukunft geschehen wird."

Kurz nach der Abgabe dieser Erklärung wurde der Admiral jedoch in die Vereinigten Staaten zurückbeordert und einem Sprecher der US-Navy zufolge wurde er „vor ein Admiralsgericht gestellt".

„Vizeadmiral Moranville wurde ein ernster Verweis erteilt", sagte der Sprecher. „Die Maßnahmen des Admiralsgerichts werden derzeit überprüft. Vizeadmiral Moranville hat um seine Pensionierung gebeten."

Bei einem Admiralsgericht handelt es sich um ein nicht juristisches Verfahren hinter verschlossenen Türen, in dem ein Admiral höheren Ranges die Beweise für ein Fehlverhalten überprüft und entscheidet, ob Disziplinarmaßnahmen angezeigt sind.

Der Sprecher der US-Navy lehnt es ab, sich zu der Art des Fehlverhaltens des Admirals zu äußern und meinte lediglich, es handele sich dabei um „mehrere angebliche Fehltritte". Er sagte allerdings, Moranville sei als Befehlshaber der 6. Flotte ersetzt worden und die Navy habe ihm keine neuen Aufgaben erteilt.

Aus Kreisen des amerikanischen Verteidigungsministeriums und der Navy ist dazu erfahren, daß die Fehltritte, für die Moranville diszipliniert wurde, seine „Verbundenheit mit den Israelis" betraf. Diesen Quellen zufolge war der US-Admiral, zu der Zeit als Befehlshaber der 6. Flotte, zu „intim mit ihnen geworden" und hat dabei unbekümmert strategische Pläne der amerikanischen Navy und der Nato enthüllt.

„Doch was ihm das Genick gebrochen hat", sagte ein Informant in der Navy", war die Tat-

sache, daß er versuchte, uns zu verpflichten, in Israel zu trainieren. Er hat auf dieser Pressekonferenz in Haifa zu viel gesagt. Er hatte nicht die Genehmigung dazu, diese Erklärungen abzugeben."

In einem Kommentar zu der Situation sagte ein Informant aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium: „Die Israelis haben schon seit einiger Zeit auf eine engere Kooperation mit uns gedrängt. Sie möchten gerne eine Vereinbarung, ähnlich der, die wir mit Ägypten haben über Training in der Wüste und Vorlieferung von Militärausrüstung. Das gehört alles zu ihrem Plan von der Schaffung einer ›strategischen Beziehung‹ zu uns.

Eine Menge Leute im Verteidigungsministerium haben dieses Konzept in der Zeit der Reagan-Regierung vorangetrieben. Die meisten von ihnen sind gegangen, so versucht die Navy ihre Beziehungen zu den Israelis auf einen guten Fuß zu stellen, jetzt wo die Lobbyisten und Politiker vorrangig mit den Wahlen befaßt sind."

Der Aufschub ist vielleicht jedoch nur vorübergehend. Der republikanische Präsidentschaftskandidat George Bush hat bereits versprochen, die amerikanischen Beziehungen zu Israel zu verstärken, wenn er gewählt wird. Er versprach die Ausweitung der strategischen Kooperation zwischen den beiden Ländern „durch gemeinsame militärische Übungen, Lagervorräte zur gemeinsamen Nutzung einschließlich Kampfausrüstung, Ersatzteile und Munition, gemeinsame Geheimdiensttätigkeit und Notfallplanung". □

Geld von König Fahd

Der American Jewish Congress (AJC) hat das amerikanische Justizministerium gebeten, einen Bericht zu untersuchen, demzufolge die National Association of Arab Americans (NAAA), eine amerikanische Interessengruppe, Gelder von Saudi-Arabien erhalten hat. In einem Schreiben an den Leiter der Abteilung für Auslandsagenten im US-Justizministerium zitierte der Rechtsberater des AJC einen veröffentlichten Bericht über ein Treffen in Saudi-Arabien im April dieses Jahres zwischen NAAA-Vertretern und König Fahd, der der Gruppe die Zahlung von einer Million Dollar zugesagt haben soll.

Wenn die NAAA tatsächlich Geld von dem König bekommen hat, und es zur Förderung der Interessen Saudi-Arabiens einsetzt, muß die Gruppe sich per Gesetz beim amerikanischen Justizministerium als Auslandsagent eintragen lassen. James Zogby, der ehemalige Leiter der Organisation, ist von seinem Amt Anfang dieses Jahres zurückgetreten, um in der Wahlkampagne von Jesse Jackson als Berater tätig zu werden. □

Palästinenser laden Politiker nach Israel ein

Jüdische Aktivisten wie die Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith-Loge waren lange der Ansicht, daß die stärkste Förderung des Pro-Israelismus eine genau geplante Reise durch Israel ist. Fast jedes amerikanische Kongreßmitglied und die Mehrheit des Stabspersonals sind schon ein oder zwei Mal bei einer von der ADL organisierten Reise dabeigewesen.

Jetzt hat sich das amerikanisch-arabische Anti-Diskriminationskomitee (ADC) eine Scheibe von der ADL abgeschnitten und fördert Reisen nach Israel für Mitarbeiter aus dem US-Kongreß. Doch die jüdischen Aktivisten erheben Protest: „Stop!". Sie behaupten, die Reisen gingen gegen Israel und man würde vor allem die besetzte West Bank und Gaza zeigen. □

Sowjets errichten Stützpunkt in Nahost

Die Sowjetunion erweitert ihre Militärpräsenz im ölreichen Nahen Osten durch die Errichtung eines großen Marinekomplexes in Syrien. Admiral William O. Studeman, Direktor der streng geheimen amerikanischen Nationalen Sicherheitsbehörde, sagte in einem Sonderbericht an den US-Kongreß, daß die sowjetische Marine bald in der Lage sei, ihre Mittelmeerflotte bei Tartus an der syrischen Küste zu reparieren und instandzuhalten. Tartus gehört zum antiken Teil von Antaradus, später bekannt unter dem Namen Konstantia, das von den Kreuzfahrern dann wieder in Tartosa umgetauft wurde.

»Damit entfällt die Notwendigkeit häufiger Überfahrten in die Heimathäfen im Schwarzen Meer«, meinte Studeman. »Es ermöglicht eine längere Stationierung der Schiffe dort und insgesamt eine stärkere Präsenz der Sowjets in einer Region beträchtlicher politisch-militärischer Unbeständigkeit.«

Da die Türken die Meerenge des Bosporus und die Dardanellen kontrollieren, kann die sowjetische Marine an der Nutzung ihrer Stützpunkte im Schwarzen Meer gehindert werden. Die Türkei, ein Mitgliedsstaat der NATO, kann die wichigsten Meerengen durch Verminung blockieren.

Das US-Verteidigungsministerium bezeichnet Tartus als sowjetischen Marinestützpunkt. »Es ist der einzige operierende Marinestützpunkt der Sowjets im Mittelmeer«, erklärte ein Marineexperte.

Die neue Einrichtung der Sowjets in Tartus »ermöglicht den Sowjets einen effizienteren und effektiveren Einsatz ihrer Marinestreitkräfte und die Schiffe im Mittelmeer können in hohe Alarmbereitschaft versetzt werden«, meinte er.

In Tartus werden die sowjetischen Kriegsschiffe aufgetankt und mit Vorräten und Munition versorgt. Der Stützpunkt kann auch von sowjetischen Unterseebooten, Kreuzern, Zerstörern, Minensuchern genützt werden.

Die Überwasserschiffe entstammen der Flotte im Schwarzen Meer, während die Unterseeboote zu der nördlichen Flotte gehören und öfter in entfernte Häfen auf der Halbinsel Kola im Norden der UdSSR zurückkehren müßten, wenn es den Stützpunkt Tartus im Mittelmeer nicht geben würde.

Moskau ist Syriens Hauptwaffenlieferant und hat nach amerikanischen Schätzungen, die von der Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung veröffentlicht wurden, in den letzten fünf Jahren Waffen im Wert von 10 Milliarden Dollar geliefert. Vertreter des US-Außenministeriums und Verteidigungsministeriums behaupten, daß die Sowjets nach Beurteilung der Kosten und Vorteile ihrer langjährigen Unterstützung Syriens im vergangenen Jahr die sofortige Bezahlung in harter Währung oder Konzessionen von seiten der Syrer hinsichtlich der Kontrolle des Marinestützpunktes in Tartus gefordert hätten.

Schätzungen des US-Verteidigungsministeriums zufolge schuldet Syrien der Sowjetunion und den Verbündeten des Warschauer Pakts inzwischen über 15 Milliarden Dollar. Der größte Teil dieser Schulden hat sich in den letzten Jahren angesammelt, als man von den Sowjets Flugzeuge, Raketen, Panzer, gepanzerte Kampfwagen und Schiffe gekauft hat, um der Bedrohung durch die israelische Militärmaschinerie entgegenzutreten, die weitgehend von den Vereinigten Staaten beliefert wurde.

Die Syrer erwarben vor kurzem drei neue sowjetische U-Boote der Kilo-Klasse mit Diesel/E-Antrieb.

Der Sowjetische Armeechef für chemische Kriegsführung besuchte vor kurzem Syrien, um eine mögliche Kooperation zwischen den beiden Ländern in der Produktion von chemischen Waffen zu diskutieren. Amerikanische Geheimdienstexperten sind der Ansicht, daß Syrien bereits chemische Sprengköpfe für die von den Sowjets gelieferten Boden-Boden-Raketen herstellt.

Studeman, der vom September 1985 bis zum Juni 1988 Direktor des US-Marinegeheimdienstes war, sagte, es gibt »Spekulationen darüber, daß die sowjetisch-syrische Vereinbarung eine sowjetische Souveränität über die Anlage« in Tartus vorsieht.

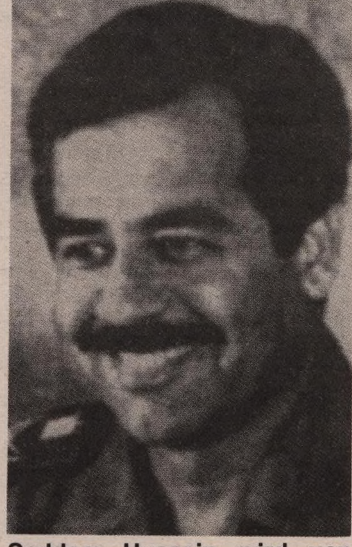
Studeman meint jedoch, daß »in der Vereinbarung sehr wahrscheinlich verlangt wird, daß das Territorium syrisches Territorium bleibt«, doch mit strengen sowjetischen Zugangskontrollen. Unter solchen Umständen könnten die Syrer das Gelände nur mit sowjetischer Genehmigung betreten. □

Irak wendet sich gegen Israel

Victor Marchetti

Die arabischen Luftstreitkräfte haben im vergangenen Jahr ihre Fähigkeiten, in den israelischen Luftraum einzudringen, verbessert und die gemäßigten arabischen Staaten insbesondere sind dabei, größere Übermacht in der Luft gegen Israel zu gewinnen. Das sind die wichtigsten Schlußfolgerungen der Studie »Das militärische Gleichgewicht in Nahost, 1987–1988«, die vom Jaffa-Zentrum für Strategische Studien an der Universität von Tel Aviv veröffentlicht wurde.

Der mögliche Kauf von sowjetischen Su-24-Bombern durch Syrien, die Moskau soeben beschlossen haben soll anzubieten, würde die Möglichkeiten der Araber noch weiter erhöhen. Die Su-24 gehören der gleichen Kategorie an wie die taktischen F-11 der USA und der britische Tornado, deren Kauf Saudi-Arabien vor kurzem in einem mehrere Milliarden Dollar schweren Geschäft mit London abgeschlossen hat.



Saddam Hussein wird von den pro-israelischen Aktivisten in Washington als neuer Buhmann und möglicher Aggressor Israels genannt.

Wichtige strategische Entwicklungen

Der Erwerb der Su-24, die lange Strecken in geringer Höhe fliegen können, um auf Radarschirmen nicht entdeckt zu werden, während sie gleichzeitig eine hohe Transportkapazität besitzen, würde einen Wendepunkt in der Luftbedrohung durch Syrien bedeuten.

Die Veröffentlichung der Studie, die das offizielle Denken des israelischen Militärs reflektiert, wurde in diesem Jahr um zwei Monate zurückgehalten, um noch eine vorläufige Analyse der Auswirkungen des Aufstandes der Palästinenser auf das Gleichgewicht militärischer Macht zwischen Israel und den arabischen Ländern einzubeziehen.

Der 506 Seiten lange Bericht gliedert sich in vier Teile. Der erste Teil behandelt die wichtigsten strategischen Entwicklungen in der Region, der zweite befaßt sich mit dem arabisch-israelischen militärischen Gleichgewicht und im dritten und vierten Teil geht es um Details über die verschiedenen bewaffneten Streitkräfte im Nahen Osten.

Andere Hauptthemen der Studie sind:

Der Friedensprozeß. Es wird behauptet, daß die Idee einer internationalen Friedenskonferenz von dem Augenblick an zum Scheitern verurteilt war, als sie von den USA vorgeschlagen wurde, und zwar deshalb, weil sie für die Israelis etwas anderes bedeutete als für die Jordanier und König Hussein, die den arabischen Konsensus nicht aufgeben konnten, daß eine maßgebende internationale Konferenz für einen dauerhaften Frieden in der Region nötig sei.

Der Aufstand. Die Hauptverlierer der Intifada sind die Israelis, die die Ordnung durch den Einsatz von Gewalt allein nicht wiederherstellen können, und König Hussein, dessen Position derartig geschwächt ist, daß er über das Thema der Palästinenser nicht länger verhandeln konnte.

Die PLO ist der Hauptnutznießer

Die PLO war der Hauptnutznießer, doch sie könnte noch verlieren, wenn sie sich als unfähig erweisen sollte, die schwierigen Entscheidungen zu treffen, die erforderlich sind, um in späteren Friedensverhandlungen ein akzeptierter Partner zu werden. Obwohl es noch nicht ganz klar ist, weisen derzeitige Anzeichen darauf hin, daß die PLO-Führung in dieser Richtung marschiert.

Der Golfkrieg. In der Studie wird keine Vorhersage über das Ende des Krieges gemacht. Statt dessen betrachtet man die Intervention der US-Marine im Juli 1987 als eine bedeutende Entwicklung, die entweder zum Ende des Krieges oder zur weiteren Eskalation führen könnte.

Das militärische Gleichgewicht zwischen Arabern und Israelis. Syriens Reduzierung der regulären Bodenstreitkräfte aufgrund von Haushaltskürzungen und die Komplexität der syrisch-sowjetischen Beziehungen hat die Chancen vermindert, daß Syrien in naher Zukunft einen vorsätzlichen Schlag gegen Israel führen wird. Trotz der Ergänzung eines Geschwaders von MiG-29-Flugzeugen und einer verbesserten Luftabwehr fühlen sich die Syrer nicht gleich stark wie Israel.

Die Marinestreitkräfte der Araber besitzen einen eindeutigen quantitativen Vorteil, obwohl Israel dabei ist, die Kluft im östlichen Mittelmeer zu verringern. Syriens Küstenabwehr wurde verbessert durch den Erwerb von sowjetischen radargelenkten SSC1 B-(Sepal-)Schiffsabwehrraketen.

Die Raketengefahr. Das israelische Hinterland kann nicht mehr als sicher vor einem Angriff durch Boden-Boden-Raketen angesehen werden. Die Raketen könnten entweder mit konventionellen oder chemischen Sprengköpfen bestückt sein.

Obwohl Syriens ballistische Raketen sowjetischer Bauart vor allem dem Zweck dienen sollen, Israel davon abzuhalten, einen strategischen Schlag zu führen, und seine chemischen Waffen dem vermuteten Vorsprung der Israelis an Nuklearwaffen entgegentreten sollen, könnten die Syrer beides einsetzen, wenn Damaskus fürchtet, daß ihm eine militärische Niederlage gegenüber Israel bevorsteht.

Es geht um die Beschaffung von Geld

Die überraschend kluge und ausgewogene militärische Einschätzung durch das Jaffa-Zentrum paßt dem American-Israel Public Affairs Committee oder dem Jüdischen Institut für Nationale Sicherheitsangelegenheiten wahrscheinlich überhaupt nicht, denn beide hängen stark von dem Bild einer Bedrohung der israelischen Sicherheit durch die Araber ab, um Gelder zu beschaffen und Leute zu beeinflussen – besonders natürlich die Mitglieder des amerikanischen Kongresses in Washington.

Die pro-israelischen Aktivisten in Washington schafften bereits schon einen neuen Buhmann: den Irak. Mit dem Augenblick, in dem der Golfkrieg zwischen Iran und Irak seinem unvermeidlichen Ende entgegengeht, wird der Irak als möglicher Aggressor Israels genannt. Eine Waffenruhe zwischen den langjährigen Gegnern im Golfkrieg könnte in der Tat den Irak dazu bringen, seine aggressiven militärischen Tendenzen auf Israel zu richten. □



Zitate

Abtreibungen

Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: »Die Massenabtreibung ist das größte Unglück, das sich das deutsche Volk nach dem Kriege selbst zugefügt hat, mit schlimmen Auswirkungen für unsere Zukunft. Die Krankenkassenfinanzierung ist damals gegen die Stimmen der Union von SPD und FDP durchgesetzt worden. Jetzt steht zur Diskussion, ob das, was in der Reichsversicherungsordnung gegen unsere Stimmen verankert wurde, in das neue Sozialgesetzbuch übernommen wird. Das würde voraussetzen, daß wir dem damals von uns Abgelehnten heute noch inhaltlich zustimmen würden. Das geht nicht; unsere Bedenken sind seitdem gewachsen. Wir werden einen Weg finden, der diesem Einwand Rechnung trägt, und dann die Gesundheitsstrukturreform verabschieden.«

Kirche

Johannes Gross, Journalist: »Es ist alles eitel, sagt der Prediger. Dann darf ich mich nicht ausschließen, denkt der Bischof.«

Anspruchsdenken

Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister: »Die Gegenwart verliert ihren Wert, wenn das Bessere nur in der Zukunft gesucht wird und die bessere Gegenwart den Fortschritt gegenüber der Vergangenheit nicht mehr markiert. Der Fortschrittsgedanke, der den Vergleich mit der Vergangenheit scheut und alle Hoffnung auf ein zukünftiges Ideal entlädt, entpuppt sich als Verneinung der Gegenwart und ist Fundus einer neuen Traurigkeit. Das Anspruchsdenken erzeugt eine Übererwartung, welche die Politik nie erfüllen kann. Je besser es den Menschen geht, um so mangelhafter empfinden sie die Politik, weil sie immer noch nicht alles bietet. Aber kann sie das? Soll sie das? Mit Widerständen fertig werden, ist eine besondere Form der Selbsterfahrung und der Möglichkeit des Glücks. Glück nämlich ist keine Fremdleistung, sondern auch das Ergebnis eigener Anstrengungen. Weil wir alles von anderen fordern und Problemlösungen nur von außen erwarten, verlieren wir uns selbst und damit unser Glück. Der Pegel der Traurigkeit steigt. Gesucht wird Widerstand gegen politischer Übererwartung.«

Gorbatschow

William Webster, Direktor der Central Intelligence Agency (CIA): Das ist ein bemerkenswerter Mann. Er hat ungeheure Führungsqualitäten und politischen Scharfsinn. Doch während wir Bewunderung und Respekt für das empfinden können, was Gorbatschow tut, bleibt für den amerikanischen Regierungsbeamten und für die Öffentlichkeit die Frage: Wollen wir, daß er Erfolg hat? Und hinter dieser Frage steckt die nächste: Haben sich die Ziele der Sowjetunion und ihrer Verbündeten geändert? Die Antwort auf diese Frage lautet: Nein.«

Erde

Siegfried Lenz, Schriftsteller: »Das Ende des Lebens auf unserem Planeten ist vorstellbar geworden. Die Schöpfung stirbt langsam. Sie kann an unserer Verachtung der Schöpfung und an unserem Egoismus zugrunde gehen. Wir leben im Frieden, in einem unfertigen, notdürftigen, immer gefährdeten Frieden. Die Kräfte bedenkend, die ihm entgegenstehen, die Belastungen zählend, denen er ausgesetzt ist, die Aufgaben prüfend, die er uns stellt, möchte ich das, womit wir dem Frieden heute dienen können, mit wenigen Worten sagen: Widerstand gegen die, die dem Frieden drohen mit ihrem Machtverlangen, mit ihrer Selbstsucht, mit ihren rücksichtslosen Interessen.«

Osteuropa

Richard Nixon, früherer amerikanischer Präsident: »Osteuropa ist zu einem wirtschaftlichen und politischen Pulverfaß geworden, das auf die Explosion wartet. In den neunziger Jahren ist ein politisches Erdbeben unvermeidbar. Wir sollten die Neutralisierung Osteuropas auf der Linie des österreichischen Friedensvertrages vorschlagen.«

Realität

Manfred Schreiber, ehemaliger Münchner Polizeipräsident: »Alle zwölf Stunden wird in der Bundesrepublik ein Mord verübt, alle 78 Minuten eine Vergewaltigung, alle 25 Minuten ein Raub, alle zehn Minuten eine gefährliche Körperverletzung, alle 33 Sekunden ein Einbruch und alle 15 Sekunden ein einfacher Diebstahl.«

Perestrojka

Paul Wieandt, Vorstandsvorsitzender der Landesbank Rheinland-Pfalz: »Die Sowjetunion ist bereits seit vielen Jahren auf den internationalen Finanzmärkten präsent und genießt als Schuldner hohes Ansehen, gerade auch bei deutschen Kreditinstituten, wie die zahlreichen Großkredite und auch die jüngsten Finanzierungsvereinbarungen zeigen. Darin spiegelt sich die fortgeschrittene Integration der Sowjetunion in das internationale Finanzgeschehen wider. Basis dafür ist der expandierende sowjetische Außenhandel mit dem Westen. Wir gehen daher von wachsenden Finanzierungswünschen und zunehmendem Beratungsbedarf, auch deutscher Exporteure, aus. Die Modernisierung der Wirtschaft im Rahmen der Politik der Perestrojka erfordert den Transfer von Know-how. Beratungsbedarf besteht also im Osten wie im Westen. Das deutsche Kreditgewerbe ist aufgefordert, bei dieser Entwicklung mitzuwirken.«

Perspektiven

Edward Schewardnadse, sowjetischer Außenminister: »Perestrojka stellt die sowjetische Außenpolitik und Diplomatie vor Aufgaben, die ohne intellektuellen Durchbruch, Ermittlung und Konzentration der besten Kräfte nicht zu bewältigen sind. Das auf der 19. Parteikonferenz vorgelegte bahnbrechende Konzept des Sozialismus macht Schluß mit dem Alleinvertretungsanspruch, der Einheitsdenken, Dogmatismus und das Gefühl der Unfehlbarkeit zementiert hat. Was haben wir ihm entgegenzustellen? Demokratie, Glasnost und Verzicht auf übermäßige Geheimhaltung. Vor allem die Demokratisierung bei der Annahme bedeutsamer außenpolitischer Beschlüsse, zum Beispiel öffentliche Anhörungen zu internationalen Problemen im Obersten Sowjet. Der Personenkult, Subjektivismus und Voluntarismus, fehlende Glasnost, Deformierung der sozialistischen Ideale und Prinzipien, mangelnde demokratische Kultur und Überbleibsel des elitären Denkens haben eine ›Schweigezone‹ um die Diplomatie des Landes bewirkt. Der Kastengeist mancher diplomatischer Mitarbeiter, die Schutzsucht und übertriebene Geheimhaltung, fehlende Information über die interne Entwicklung und die erfundene Unfehlbarkeit haben in der Stagnationszeit in mancher Hinsicht das Volk der Außenpolitik und die Außenpolitik dem Volk entfremdet. Die sowjetische Diplomatie und ihre Aufgaben dem Volk erläutern, ihre Arbeit im Einklang mit seinen Hoffnungen gestalten und vor ihm Rechenschaft für ihre Aktivitäten ablegen. Die Außenpolitik wurde im Namen des Volkes betrieben. Entsprach sie aber stets seinem Wohl? Die Gewohnheit, die ›Tür ins Schloß zu werfen‹, die sich in den fünfziger Jahren eingebürgert hat, bewirkte Anfang der achtziger Jahre die stereotype Verhaltensweise, aus der heraus wir die Genfer Verhandlungen verließen und dadurch die Herausbildung der zweiten strategischen Front in Europa gegen uns nur beschleunigt und erleichtert haben.«

Demarkationslinie

Valentin Falin, Chefredakteur der Nachrichtenagentur Nowosti und Berater Gorbatschows: »Die Bundesrepublik Deutschland wie die DDR spielen erstrangige Rollen. Schon deswegen, weil die Grenzen zwischen diesen beiden Staaten nicht nur eine Grenze zwischen den Systemen, sondern eine Frontlinie zwischen Ost- und Westblock sind, und sie die stärkste bewaffnete Grenze der Welt bleibt. Man sollte sich ernsthafte Gedanken machen, wie man diese Grenze zu einer vernünftigen Grenze, zu einer friedlichen Grenze machen kann. Gedanken wiederum auf beiden Seiten. Denn wenn eine Seite hier nur etwas entscheidet oder vorbringt, das löst die Probleme nicht«. □

Krebs

Wie man heilen kann oder nicht

Günter Carl Stahlkopf

In Kreisen der Naturheil-Medizin oder besser der »Naturheilverfahren« hört man immer wieder Klagen, daß die konventionelle oder klassische Medizin, auch Schulmedizin genannt, zu dogmatisch, zu intollerant, zu selbstsicher und zu sehr von der alleinigen Richtigkeit ihrer medizinischen Vorstellungen überzeugt sei, und sie nichts rechts oder links davon Abweichendes anerkennt sondern sogar bekämpft. Bei der Regena-Zellregenerations-Therapie von Günter Carl Stahlkopf ist es genau umgekehrt: Er wird von seiten einiger Vertreter der Naturheilweisen mit einem geradezu fanatischen Dogmatismus bekämpft, wie ihn die Schulmedizin sich niemals erlauben würde. Darum muß man sich fragen, wie können die Naturheilanhänger nur auf der einen Seite auf die »Schule« so schimpfen und diese anklagen, wenn sie auf der anderen Seite im gleichen Atemzug im Denken und Handeln viel dogmatischer und einseitiger zum Schaden einer korrekten wissenschaftlichen Forschungsarbeit sind. Stahlkopfs kausal ermittelten rein biologischen Arzneien werden in Wirkung und Therapie von keinem synthetischen Mittel übertroffen.

Endlich sollte man aufhören zu glauben, daß angeblich jede Arznei die aus natürlichen Stoffen hergestellt wird, nicht schädlich für den menschlichen oder tierischen Organismus sei, um generell zu folgern: »Die Natur heilt nur und schadet nimmer, während die Chemie oder Synthese nur schadet!«

Dies zu sagen oder zu folgern stimmt einfach nicht. Im Gegenbeispiel kann ich hierzu vielfältig beweisen, daß Ärzte mit falsch eingesetzten natürlichen Substanzen, über Verwechslung von Ursache und Wirkung, also mit einem Symptommittel, unter Umständen noch schwerer schaden bis in das genetische Material des Zellkerns hinein, als mit einem synthetischen Mittel.

Es stimmt deshalb auch nicht, wenn in Naturheilweise-Kreisen oft oder im sporadischen Abstand immer wieder unrichtig der Eindruck zu erwecken oder zu pflegen versucht wird, als wenn diese dem heutigen Stand ihrer Forschung und Praxis nach, auf dem absolut richtigen Wege wären und zum Beispiel schon Krebs heilen, echt heilen könnten; die Schule demgegenüber auf dem nach wie vor nur falschen Wege sei.

Wichtig sind kausale Wirkungen

Vor Tausenden von Jahren bis in die Neuzeit hinein machten die Menschen und auch die Ärzte, je nach ihrem Kulturstand, ihrer Religion, böse Dämonen oder Götter, Geister oder den Teufel, sogar Gott als Schöpfer aller Dinge verantwortlich für Gesundheit, Krankheit, Glück oder Leid und Elend.

Wir kennen heute die so hochgespielte alte chinesische Medizin, wobei man allerdings meist nur von Akupunktur spricht, obwohl diese in der alten chinesischen Heilweise nur einen bescheidenen Umfang gegenüber der ganzen übrigen Behandlungsbreite einnahm.

Wir kennen die indische Naturheilweise, die sich eigentlich bis heute unverändert treu geblieben ist und jetzt erst durch den staatlichen Einsatz der über die mehr und mehr an Einfluß gewinnende Schulmedizin zurückgedrängt wird, weil sie auch nicht über die kausalen Wirkungen verfügt, um Seuchen aller Art zu unterdrücken oder gar auszuheilen. Immer sollten wir anerkennen, daß bei dieser so beschränkten Naturheilmittelwirkung, das indische Volk trotz Seuchen, Hungersnöten, Schmutz und Armut lebensstark geblieben ist und millionenfach zugenommen hat.

Wir kennen die ägyptischen und später klassisch griechischen Heilmethoden, die alle ganzheitlich ausgerichtet waren, und nie eine Krankheit als örtlich oder spezifisch, den übrigen Gesamtorganismus nicht betreffend, gesehen haben. Man sah immer die Ganzheit und nicht nur die betreffende Person, sondern darüber hinaus ihr Haus, ihren Lebensstandort, mit Einschluß der erahnten Einflüsse aus dem All als Kosmos.

Wir wissen weiter, daß unser aller Meister, Paracelsus, der von der damaligen konventionellen Medizin so gehetzte und verfolgte Arzt, als wohl erster ganzheitlich schauender Arzt im alten oder besser erwachenden Europa, die Einflüsse des Kosmos erkannte und sie zu berücksichtigen versuchte im therapeutischen Sinn, um deswegen zum Scharlatan gestempelt zu werden.

Paracelsus ist wohl der erste Ganzheitsmediziner gewesen, der hier im europäischen Raum auch kosmisch dachte und danach handelte. Trotz großer Erfolge, blieben ihm selbst tiefste Zusammenhänge über die wahren Ursachen verschlossen. Er wirkte mit der Kraft eines echten Revolutionärs, obwohl er keiner sein wollte, und wir verdanken ihm viel im positiven wie im negativen Sinn, was seine echte Forschungsarbeit nur bestätigt und krönt.

Im negativen Ergebnis deswegen erfolgreich und richtungsweisend, weil Paracelsus der denkenden medizinischen Nachwelt seine Versuche und Therapieergebnisse aus der quasi Alchimistenküche erstmalig zeigte, zum Beispiel welche ungeheuere Kraft im Quecksilber, im Arsen und besonders auch im Schwefel stecken. Er war einerseits ein wahrer Wunderarzt, weil er von vielfacher Ursache her zum Beispiel Gelähmte mit den aufgeführten Einzelmitteln oder deren Gemische – heute sagt man Komplexe – so erfolgreich behandelte, daß sie spontan von der Lähmung oder den gichtisch-rheumatischen Beschwerden befreit waren, aufstanden und gehen konnten.

Das Wissen um kausale Wirkung

Was aber nach diesem »Heil-Wunder« oft kam war der körperliche Zusammenbruch nach Tagen oder wenigen Wochen.

Mit diesem Ergebnis des Studiums der Paracelsus-Erfolge wie Mißerfolge begann ich meine Forschung zur Ermittlung der kausalen Wirkung der verschiedensten Mittelwirkungen auf Zelle und Zellularsystem. Ihr verdanke ich das Wissen, was zum Beispiel Quecksilber oder Arsen in welcher Dosis an Zelle, deren Funktionen im innerzellulären Stoffwechsel, ihren Schaden am genetischen Material des Zellkerns oder der Zellmembrane bewirkt. Ich erfuhr auch, was im regenerativen, nicht symptomatischen, also kausalen Guten solcher Metalle, Erze, Mineralien oder Pflanzenauszüge steckt.

Ich kann heute sagen, ab welcher Potenz Quecksilber, Arsen oder Schwefel und deren verschiedensten Verbindungen auf Zelle und Zellmembran regenerativ wirken, und ab wann sie nur symptomatisch mit der zwangsweisen Folge, also schädigend, wirken. Ich weiß auch, in welchen noch tieferen oder höheren Verdünnungen oder Potenzen die gleichen Mittel im modernen bio-molekularen Bereich, oder über diesen molekularen in den atomaren Bereich übergehend – dreidimensionale Einwirkungen auf örtliche Zellverbandssysteme überspringend –, um vom ersten Moment der Einnahme her auf den Gesamtorganismus an jeder Stelle, im zerstörerischen oder Zellfunktionen latent machenden Sinn, oder auch kausal zellregenerativen Sinne pathogene Substanz umwandelnd und abbauend, förderlich sind.

Geht man von der klassischen Homöopathie aus, dann hat jeder Potenzbereich, eingeteilt in Nieder-, Mittel- und Hochpotenz, spezifische Symptomwirkungen, deren Kausalwirkungen auf Zelle und Zellverband der Homöopathie unbekannt sind. Sie lassen sich deshalb pro Einzelmittel in verschiedenen Po-

tenzen ohne Einwirkungsverlust als etwa mögliches Regenerationsmittel einfach nicht »mischen«, lassen sich aber in der gezielten Auswahl über Kausal-Mittelwirkungen in der Zelle und deren Funktionen regenerativ-funktionsgerecht komplettieren, um bio-molekulare bis atomare Bereiche ansprechen zu können, damit echte Regenerationsprozesse im Sinn notwendiger Substanzumwandlungen möglich und erreicht werden können.

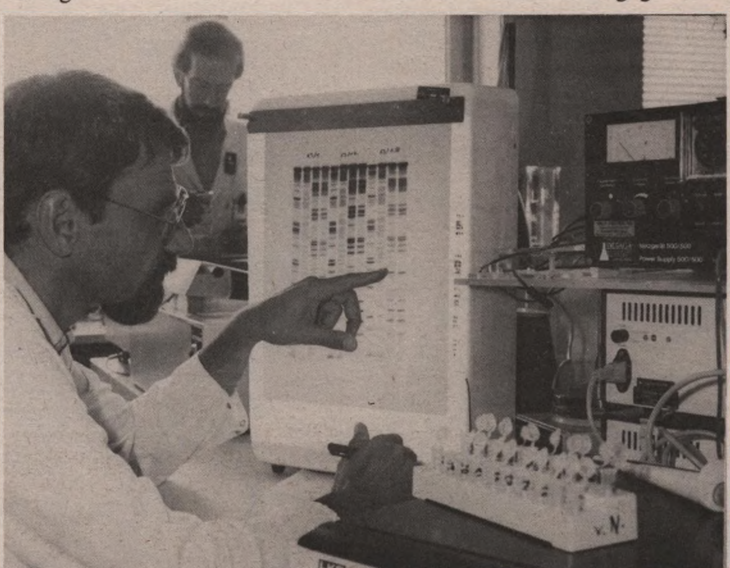
Um von der unkontrollierten zerstörerischen Wirkung »nach Paracelsus« wegzukommen, und die von ihm per Zufall, als Glück jedes Forschers erreichten gesundheitsfördernden Wirkungen, die er schon damals – ähnlich wie Hahnemann Jahrhunderte später – durch riechen, oder indem er Mineralstoffe, Erze, Pflanzenstöcke oder nur getrocknete Blüten allein durch Manipulation gegen kosmische Einflüsse und Wasseradereinfluß im Sinne heilender Umwelteinflüsse auf die Kranken hat wirken lassen, reproduzierbar werden ließ.

Folgen der Zellschädigung

Warum wähle ich dieses Paracelsus-Beispiel? Ich will anhand dieses verdeutlichen, daß mit der zu starken Dosis aus dem biomolekularen Bereich heraus in den makromaren Bereich wirkend, aus dem heilenden Quecksilber in der Potenz D 20 oder D 30 oder noch höher ein das Zellularsystem unterschiedlich schädigendes oder zerstörendes Mittel wird. Je nach Dosis führt es unterschiedlich zum Tod über die verschiedensten Krankheits-Symptome in der ersten, zweiten, dritten, vierten oder späteren Generation, und daß solche Mittelgaben schon vor über Tausenden von Jahren, nach unserem heutigen Sprachgebrauch als echte krebsfördernde Mittel für Millionen von Krebsfällen verantwortlich waren und noch heute verantwortlich sind.

Sogar der heutige Heilmittelschatz der Pharmazie ist nicht ohne Quecksilber- und Arsen-Dosen im makromaren Bereich, wie auch die Homöopathen und ich selbst nicht ohne Quecksilber und Arsen auskommen, aber dafür im nur biomolekularen Bereich. Wo aber liegt die Grenze? Ich darf oder kann sie leider nicht nennen, um nicht von potenten Firmen verklagt zu werden.

Warnen möchte ich bei dieser Gelegenheit vor Medikamenten-Testungen entweder mit der guten alten Wünschelrute oder deren nun tausendfach technisierten Abwandlungen. Vor Geräten, die ich leider auch nicht näher beschreiben kann, möchte ich warnen, die allgemein gesprochen, alles mögliche messen, um dann stolz und beglückt zu folgern, daß die oder jene Mittel oder Komplexe über eine, wie man mir sagte, »unwahrscheinlich hohe dynamische Kraft« verfügen.



Zellen und ihr Stoffwechsel werden durch falsche Arzneien geschädigt. Die Folge dieser kausalen Zellschädigung ist Krebs. Die Gen-Forschung gewinnt aus diesem Grund immer größere Bedeutung bei der Krebsforschung.

Was ist die Erklärung dafür? Daß die schon bei Paracelsus genannten »Wundermittel« nicht nur zufällig über diese hohe »dynamische Kraft« verfügen. Allerdings haben sie auch die entsprechenden Nachteile, wobei das »rote Quecksilber« als Cinnabaris oder Cinnabarit auch noch eine Rolle spielt. Deswegen warne ich auch aus diesem Grund vor solchen Testungen, weil die iatrogenen Schäden eben leider nicht mit ausgetestet oder gemessen werden können.

Messungen oder Testungen von Arzneimitteln haben bei Chronisch-Kranken auch generell den Nachteil, daß sie jeweils nur für den augenblicklichen Ist-Zustand des Organismus ein »passendes« Mittel heraustesten. Sie laufen damit Gefahr, eine Symptomauswahl zu treffen, weil die echte, substanzumwandelnde, das Zellularsystem echt regenerativ beeinflussende Mittelwirkung, nicht im voraus, das heißt vor Ablauf der Einwirkzeit des Mittels auf Zelle und Zellularsystem gemessen und bestimmt werden kann. Testungen können dagegen akute Krankheitsprozesse schneller finden und erkennen lassen!

Iatrogene Schädigung als Krebsauslösung

Nun zum Problem der iatrogenen Schädigung als echte Ursache für unterschiedliche Krebsauslösung. Zum Beispiel Altsalvarsan: Dieses Mittel gegen Geschlechtskrankheiten hatte Begleitschäden während der Anwendung und wenige Monate und Jahre danach. Sie waren so groß, daß das Mittel mit seinem hohen Anteil an Quecksilber und Arsen abgebaut wurde und unter dem neuen Begriff Neu-Salvarsan wesentlich für die Dauerbehandlung entschärft wurde, aber trotzdem fast unerkannt bis heute, über die Genschädigung, von Generation zu Generation mehr das Zellularsystem degenerierte, daß es letztendlich zur Ursache unterschiedlichster Krebserkrankungen wurde.

Mit dieser kausalen Zellschädigung als eine der Grundursachen für das Krebs-Geschehen, sind wir und unsere Kinder und Kindes-Kinder heute noch belastet. Zuerst mit Alt-Salvarsan, dann Neu- oder Neo-Salvarsan, Arseno-Benzolverbindungen auch als Salvarsan-Natrium, als Silber-Salvarsan, Neo-Silber-Salvarsan oder auch Sulfoxysalvarsan in den Handel gebracht, wurden die Mittel nicht nur gegen die verschiedensten Geschlechtskrankheiten sondern auch gegen Frambösie, Orientbeulen-Pest, Rückfall-Fieber und auch gegen die Plaut-Vincentsche Angina eingesetzt; dies geschah natürlich immer wieder mit genetischer Schädigung in Richtung Krebs, woran wir also heute noch nach der zweiten bis vierten oder späteren Generation durch ihren therapeutischen Einsatz noch leiden und somit für Krebs vorprogrammiert sind.

Vergessen sollte man auch nicht, daß zum Beispiel mit den Mitteln gegen Krätze, Filzläuse und den verschiedensten sogenannten allergischen Haut-Krankheiten, von der Schuppenflechte, dem nassen und trockenen Ekzem, auch vom Milchschorf her, den vielen Pilzerkrankungen als Mykosen, der Bart-Follikulitis bis hin zur Hauttuberkulose und Hautkrebs, noch bis in die Jetztzeit hinein über die berühmte »graue Salbe« immer wieder Quecksilber - Arsen - Schwefel -Präparate eingesetzt wurden und werden. Die klassische Wissenschaft gibt zu, daß sie alle selbst Krebs erzeugen.

Der »Teufelskreis« ist also immer noch undurchbrochen, indem die gleichen Mittel, die Krebs erzeugen, zur späteren Symptom - Kranheitsbekämpfung, von den Vorstufen bis hin zum Krebs, weiter benutzt und verordnet werden.

Mit den hier aufgeführten Hautkrankheiten haben wir unter anderem ein typisches Beispiel dafür, wie falsch es im Sinne einer anzustrebenden Kausalitätsermittlung ist, das Krankheits-Symptom mit der Krankheit selbst zu verwechseln. In Wahrheit ist auch hier die Hauptkrankheit selbst nicht die Krankheit, die es leider dem heutigen Stand der medizinischen Auslegung nach zu bekämpfen gilt durch direkten Beschuß, sondern kausal gesehen ein echter körpereigener Abwehrprozeß im Sinne einer angestrebten körpereigenen Selbstreinigung. Der Körper will sich von Toxinen

Wie man heilen kann oder nicht

und Erbgiften oder erworbenen Medikamentengiften befreien, dies geschieht nach dem Motto der alten Ärzte: »Krankheit ist ein Heilbestreben.«

Durch Aktivierung der Zelltätigkeit

Echte kausale Heilung besteht also darin, diesen echten Abwehr- und Reinigungsprozeß zu unterstützen über den Einsatz von biologischen Wirkstoffen, die einmal diese Gifte für das Zellularsystem schädigungsfrei abbauen; andererseits wiederum durch echte Zell-Regenerationseinwirkungen das geschädigte Zellularsystem zu regenrieren, um damit echte Abwehrkrafterhöhung nicht durch künstliche Maßnahmen zu fördern mit wieder schädigendem Nach-»Erfolg«, sondern generell durch natürliche Aktivierung der Zelltätigkeit.

Echte Abwehrkraftsteigerung ist also nicht, wie jetzt so vielfach innerhalb der Naturheilweisen angepriesen wird, eine künstliche Immunisierung des Organismus, sondern eine körpereigene Steigerung derselben durch echte Regeneration des Zellularsystems.

Es sei in diesem Zusammenhang kurz von den Spurenelementen gesprochen. Schulmedizin und Naturheilweisen haben hierzu wieder einerseits richtig festgestellt, daß beim Vorhandensein derselben im Blut und Lymphe, die Abwehrkraft des Organismus gegen Krankheiten generell – und damit auch gegen Krebs im speziellen – groß oder stark ist.

Jetzt zieht man aber entsprechend meinen Forschungserkenntnissen den falschen Schluß und folgert wie in besten klassischen medizinischen Vorstellungen: Also substituieren wir Spurenelemente um die Abwehrkraft künstlich zu steigern oder zu erhöhen.

Ich habe davor stets gewarnt, denn jede Substitution eines sonst körpereigen produzierten Stoffes wirkt wie ein Fremdstoff auf das Zellularsystem. Dasselbe reagiert dann entsprechend mit den noch vorhandenen echten Abwehrmaßnahmen, die dann das Symptombild verändern, was dann fälschlich mit Besserung oder gar Heilung verwechselt wird.

Es entsteht wieder derselbe Teufelskreis wie schon erwähnt. Indem kausal ausgewertet erkrankte Zell- und Drüsenfunktionen selbstverständlich neben dadurch vermehrt anfallenden Stoffwechseleigengiften, durch ihre Zell- und Drüseninsuffizienz – allein schon von der Nahrungsumwandlung, als auch von der Verdauungsseite her – nicht die wertvollen und lebensnotwendigen Spurenelemente für den Organismus, körpereigen bilden und assimilieren können.

Es hilft hier eben nun mal nicht kausal: Sauerstoff, Wasserstoff, Kohlenstoff, Natrium, Calcium, Kalium, Phosphor, Schwefel, Chlor, Magnesium, Eisen, Mangan, Kobalt, Zink, Lithium, Aluminium, Wismut oder deren Verbindungen wie Mangan-Kupfer oder Mangan-Kobalt, Kupfer-Gold-Silber oder Zink und Nickel. Eine solche Substitution muß zwangsweise als Fremdstoff auf Zelle und Zellularsystem wie auf das Drüsensystem wirken, mit deshalb auch zwangsweisen iatrogenem Schaden.

Millionen von Chronisch-Kranken

Der symptomatischen sogenannten Erstbesserung oder meinetwegen überhaupt Symptombesserung kommt oder folgt nach Monaten – unterschiedlich auch erst nach Jahren, je nach Konstitution – die massive Verschlechterung, die man beim vorher wohlweislich von mir anerkannten zum Beispiel sterbenskranken Krebs-Fall dann als lebensverlängernde Therapie gern bezeichnet.

Ich will diesen »Zwischenerfolg«, der sich mit dem gewaltigen Reservoir der modernen Substitutionsmöglichkeiten von Vitaminen und Hormonen bis zu den bekannten Ferment- und Eiweiß-Substitutionen beliebig je nach Fall ausweiten läßt, nicht herunterspielen oder verniedlichen. Zigtausenden von Todkranken, Millionen von Chronisch-Kranken, vom Diabetes angefangen bis zum schwersten Nierenschaden, verdanken dieser Möglichkeit ein jahrzehntelanges Weiterleben in manchmal fast »glücklichem Zustand«. Ist es aber die Lösung?

Wir haben es alle über 50 und mehr Jahre geglaubt. Wir wähnten uns damit in dem euphorischen Glücksgefähl, die Natur besiegt zu haben, um mit dieser modernen Substitutions-Therapie, mit der modernen Erreger-Therapie, im Verband mit der wiederum modernen Strahlen-Therapie, im Unglücksfall dann noch im Verein mit der modernen »Ersatzteil-Bank«-Chirurgie und der modernen Unfall-Chirurgie, das fast »ewige Leben«, zumindest aber ein Alter von mindestens 120 Jahren in fast Jünglings- oder Jungfrauen-Rüstigkeit geradezu mit Leichtigkeit erreichen zu können.

In was hat uns dieser modernfortschrittliche Medizin-Therapie-Glaube, von ganz bestimmten »Naturheilärzten« unterstützt, mit Frischzell- oder abgewandelten sogenannten »Zell-Therapien« geführt? Das Einsehen herrscht vor, daß wir wohl Grenzen verschoben haben, daß wir aber keine alten Grenzen grundsätzlich beseitigt haben.

Nachher kamen für meine Generation die Sulfonamide als quasi letzter Schrei der Chemie Ende der zwanziger Jahre, dann folgte die Penicillin-Euphorie nach dem Zweiten Weltkrieg, aus der sich dann das große Heer der »Anti-Leben«, sprich Antibiotika-Mittelreihe, entwickelte. Mit Alt-Salvarsan angefangen, über die genannten Stufen, bis Supracillin und die heutigen



Das Mikroskop ermöglichte den Blick in das Zellularsystem. Liegt eine iatrogene Schädigung vor, ist dies eine der Grundursachen für das Krebs-Geschehen.

Breitbandantibiotika glaubte man immer fest, daß damit nun jeweils der »letzte Schrei« im Kampf gegen die Erreger der verschiedenen, abgestuft auftretenden Geschlechtskrankheiten gefunden wäre.

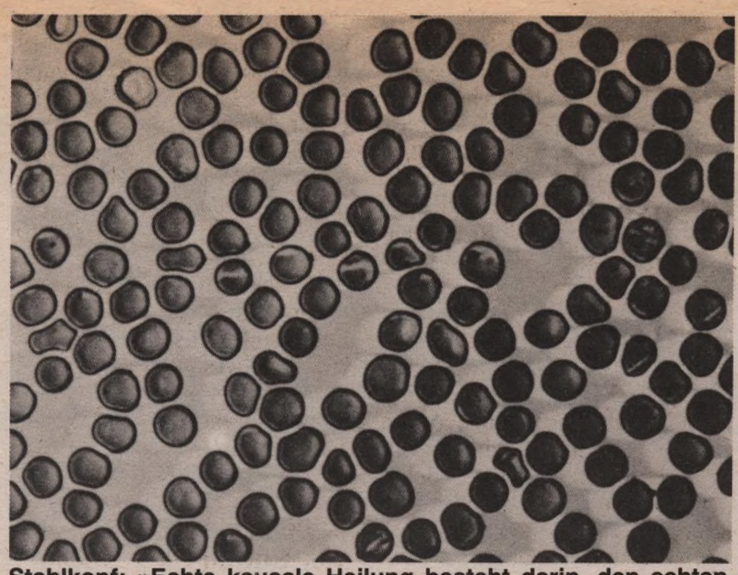
Ein Ausspruch der alten Ärzte kommt mir in die Erinnerung, den sich auch meine Regena-Forschung zur Richtschnur gemacht hat: »Die Ursache aller Krankheiten ist die Lues oder heute Syphilis. Über die Abtötung ihrer Erreger, wenn sie endgültig besiegt wäre, hätte die Menschheit damit medizinisch alle Krankheiten besiegt. Es wäre der Beginn des biblisch ›goldenen Zeitalters‹ für die Menschheit hier auf Erden.«

Welch ein großer Irrtum innerhalb der als modern und fortschrittlich geltenden wissenschaftlichen Medizin. Inzwischen haben wir bewiesen bekommen, daß die Geschlechtskrankheit weltweit nicht ab –, sondern zum Teil mehrfach gesteigert worden ist, also zugenommen hat.

Die Krankheit im Erreger suchen

Nicht nur dies, viel schlimmer noch wirkt die Tatsache, daß über die sogenannte Resistenz, die nach meinen Forschungserkenntnissen gar keine solche ist, sondern ganz andere zelluläre Voraussetzungen hat, die eine direkte Zellschädigung der Antibiotika bewirken, was kausal gesehen die eigentliche tiefe Ursache für die pharmakologische Tatsache ist, daß nach verhältnismäßig kurzer Anwendungszeit einer vorherigen Höchstwirkung, diese wirkungslos bleibt. Es müssen immer wieder neue stärkere Erreger- oder Vernichtungsmittel entwickelt werden um Symptome totzuschlagen, weil man Ursache und Wirkung miteinander verwechselt im Glauben, mit der Abtötung von Viren oder Bakterien die Ursache einer Krankheit beseitigt zu haben, um so den »Rest-Patient«, der danach zurückbleibt, als kerngesund hinzustellen.

Ich will mich gern revidieren und berichten, daß inzwischen auch die konventionelle oder klassische Medizin die Grenzen dieser Antidot-Therapie eingesehen hat. Allerdings hat sie es noch nicht im vollen Ausmaß getan,



Stahlkopf: »Echte kausale Heilung besteht darin, den echten Abwehr- und Reinigungsprozeß zu unterstützen und alle Gifte für das Zellularsystem schädigungsfrei abzubauen.«

da sie sich immer noch auf alte Prüfmethoden stützt, und, vereinfacht ausgedrückt, nur die falsch gefolgerte Resistenz im Blickwinkel hat und die eigentlichen Zell-Folgeschäden mit Einschluß der Gen-Schädigung einfach nicht zugeben will. Oder man argumentiert nach dem Motto: Sollen wir den Geschlechtskranken herumlaufen lassen, oder sollen wir eine Grippe oder Lungenentzündung wieder angeblich risikovoll ohne Antibiotika behandeln, um damit sein Leben zu riskieren?

Es soll niemandes Leben riskiert oder gefährdet werden. Wir wollen die »Gefährdung« völlig ausschalten und nicht nur für den Augenblick das Leben retten gegen den hohen Preis der iatrogenen Schädigung, um damit nicht unsere Kind- und Kindeskinder über deren Gen-Schädigung zu belasten. Wir wollen vielmehr die akuten und chronischen Krankheiten an deren Wurzeln kausal echt ausheilen!

Echte kausale, gleich schädigungsfreie Hilfe ist möglich, indem wir jetzt endlich aus der Geschichte der Medizin die kausalen Schlüsse ziehen. Wir sollten nicht die Krankheits-Ursache bei bösen Geistern, Göttern, Teufeln suchen, noch diese als ein von Gott auferlegtes Schicksal geduldig oder verzweifelt tragen. Wir müssen vielmehr kausal folgernd erkennen, daß die bisherige modern-fortschrittliche wissenschaftliche Auslegung, die Krankheitsursache im Erreger zu suchen und zu sehen, überholt ist.

Die rettende Alternativ-Lösung

Im Widerstreit zwischen Koch und Virchow um 1900 hat nicht Koch gesiegt und auch nicht Pasteur, sondern mein Vorbild Professor Virchow. Schon Pasteur sagte richtig und warnte vor der einseitigen Jagd oder besser Hatz auf Bakterien oder Mikroben: Nicht das Bakterium ist alles, sondern das Terrain oder der Nährboden, das Milieu, auf dem der Keim oder das Virus lebt.

Durch diesen entscheidenden Umdenkprozeß läßt sich die jetzige Patt-Situation, in der sich die Medizin befindet, ob Schulmedizin oder Naturheilweisen, was ich besonders betonen muß um korrekt zu sein, herausführen in die einzig möglich rettende Alternativ-Lösung: Endlich eine echte Zellregenerations-Therapie zu betreiben, damit wir über diese die umfassend kausalen Ursachen für die gesunden oder pathogenen Nährböden erfassen.

Ein Organismus mit gesundem Zellularsystem, im Denkmodell einer Ur-Gesundheit oder bildlich einer »Adam-und-Eva-Gesundheit«, produziert einen gesunden Närhboden. Zelle, Lymphe und Blut, unter dem Begriff der humoralen Säfte, sind gesund mit ihren innerzellulären Stoffwechsel wie Gesamtstoffwechsel und die damit funktionsfähige körpereigene Abwehrkraft, auf die wir uns jetzt in der Medizin endlich zurückbesinnen, ist optimal und durch nichts mehr zu steigern.

Das heißt, die körpereigene Abwehrkraft kann bei einer vorliegenden Krankheit durch kein Medikament, also weder mit Maßnahmen der Erreger-Therapie, noch mit denen der heute angepriesenen »immunologischen Maßnahmen« verbessert werden.

Ist dagegen nun das Zellularsystem und damit seine kleinste Einheit, die Zelle, pathogen erkrankt durch die verschiedenen möglichen Schäden an Zellmembran, am Zytoplasma der Zelle mit allen tausendfältigen Funktions- und Wirkmechanismen, am Zellkern und damit am DNS- und RNS-System, also am genetischen Material, dann ist zwangsweise das Lebensmilieu in der Zelle – wie außerhalb des Zellverbandes über extrazelluläres Wasser – bis zum Gesamtstoffwechsel des Gesamtorganismus ebenso zwangsweise erkrankt oder pathogen.

Dies ist ein Fakt, und wir haben danach den kranken Nährboden, der innerhalb der Zelle den Lebensbereich schafft für das Virus, und außerhalb der Zelle im pathogenen humoralen Säftefluß den Lebensbereich der pathogenen Keime oder Bakterien.

Welche Überlegung und welche Schlußfolgerung daraus kann also wissenschaftlich leichter und folgerichtiger sein, und damit kausaler sein, um zu erkennen, wie jetzt therapeutisch vorzugehen ist?

Es kann deshalb nicht kausal sein, wie bisher, Erreger zu bekämpfen, sondern es kann deshalb völlig zweifelsfrei dagegen nur kausal sein über die echt zellregenerative Gesundung des erkrankten Zellularsystems wieder zur Gesundung des innerzellulären Stoffwechsels mit humoralem Säftefluß zu kommen. ☐

In der nächsten Ausgabe von DIAGNOSEN setzen wir den Beitrag von Günter Carl Stahlkopf über die Zellregenerations-Therapie fort. Weitere Informationen über die Regena-Ganzheits-Regenerations-Therapie und über den Regena-Ärzte-Arbeitskreis mit den Anschriften der Mitglieder erhalten Sie von Günter Carl Stahlkopf, der diese Therapie erforscht und entwickelt hat. Seine Anschrift: Hof Bommerten, CH-9220 Bischofszell/TG.

Medizin

Mehr für die eigene Gesundheit tun

Kay Vogel

Grundlage einer neuen Methode Schmerzen ohne Tabletten zu beheben, ist ein Tonschwingungsgerät, bei dem man nicht die Stärke, sondern auch die Frequenz einstellen kann. Dabei kann man die Intensität der Schwingungen selbst bestimmen. Die Modulation innerhalb des gewählten Frequenzbereiches erfolgt manuell oder automatisch, die Schwingungen sind schnell oder sanft und langsam, an- und abschwellen. Die Sano-Sono-Methode kann jeder leicht zu Hause anwenden.

Wer das Wort »Asthma« hört, denkt spontan an Atemnot. Atemnot ist denn auch die größte Geißel des Asthmakranken, sowohl des Herz- als auch des Bronchialasthmatikers. Beide Formen unterscheiden sich eigentlich nur in der Ursache.

Atemnot infolge eines Krampfes

Beim Herzasthma entsteht die Atemnot durch eine mangelhafte Versorgung des Körpers mit Sauerstoff beziehungsweise durch eine ungenügende Abatmung des im Sauerstoffwechsels gebildeten Kohlendioxyds. In manchen Fällen drückt Atemnot lediglich eine gesteigerte Erregbarkeit des Atemzentrums aus.

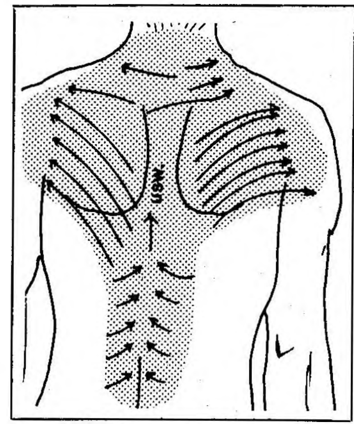
Häufigste Ursache ist ein Kreislaufversagen, insbesondere wenn eine Schwäche der linken Herzhälfte vorliegt. Das Lungengewebe ist beständig durch Blut gestaut und mit Flüssigkeit durchdränkt. Das zu schwache Herz kann das aus der Lunge kommende Blut nicht schnell genug weiterleiten. Es kommt zu einem Lungenrückstau. Die nun mit Blut, anstelle mit Sauerstoff, gefüllten Lungenbläschen stehen der Atemkapazität nicht mehr zur Verfügung.

Bei Bronchialasthma ist es in erster Linie die Einengung der Luftröhre, die Atemnot verursacht. Man versteht darunter eine periodisch auftretende Atemnot mit besonderer Schwierigkeit bei der Ausatmung. Diese Atemnot ist die Folge eines Krampfes in den feinsten Lungenteilchen, den sogenannten Alveolen. Der Krampf läßt die Schleimhaut meist anschwellen, ein zäher Auswurf sondert sich ab. Bei der ärztlichen Untersuchung hört man Pfeifen und Giemen über den Lungen als Zeichen des trockenen Katarrhs.

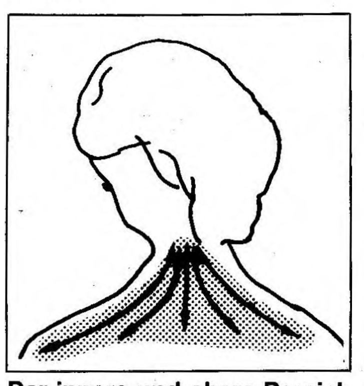


Mit dem Gerät wird für die Dauer von etwa 2 bis 3 Minuten mehrmals täglich mit dem Pressurteller in der Achselhöhle stimuliert.

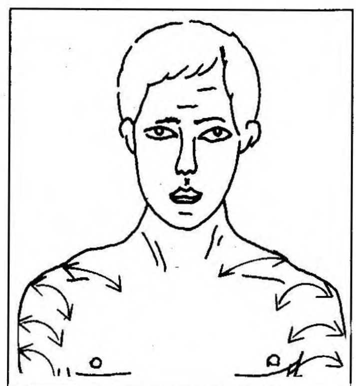
Neben der erblichen Komponente können häufig Erkältungen und Durchnässungen, chronische Fuß- und Handkälte, vorhandene Katarrhe der Luftröhre und der Bronchien, Stuhlverstopfungen mit vom Darm ausgehender Selbstvergiftung, Nasenkatarrhe, aber auch das Einatmen von Staub und Schmutz auslösende Ursachen sein.



Im oberen Rückenbereich zieht man beiderseits der Wirbelsäule von außen zur Mittellinie hin.



Der innere und obere Bereich des Schulterblattes wird umrundet, die Nackenmuskeln gestreichelt.



Die Behandlung endet frontal auf dem großen Brustmuskel, ebenfalls in Richtung Schultergelenk.

Immer wiederkehrende Anfälle führen zu einem Elastizitätsverlust der Lunge, der schließlich in einem Emphysem (Lungenerweiterung) enden kann.

Genau wie der Arzt versucht, die Verordnung der Medikamente gering zu halten, um dem psychologischen Gespräch mit dem Patienten mehr Gewicht zu geben, kann man auch mit der Sano-Sono-Methode, einer Naturheilmethode, mit gleichzeitiger Anwendung von Magnetfolien zusammen mit deren elektronischer Stimulation, auf eine nebenwirkungsfreie Weise Linderung erfahren.

Da die Zwischenrippen-Muskulatur den Brustkorb wie einen Blasebalg bewegt und sie ständig gegen die Atemnot anarbeiten muß, kommt es zu massiven Muskelverspannungen. Diese können durch den Einsatz des elektronischen Heimbehandlungsgerätes beseitigt werden.

Hilfe bei Durchblutungsstörungen

Durchblutungsstörungen in Beinen und Füßen werden vom Volksmund häufig im Endstadium Raucherbein oder Schaufensterkrankheit genannt. Warum Schaufensterkrankheit? Die Betroffenen wissen es, jene, die von diesem Leiden verschont sind, sollten es wissen. Diese Bezeichnung kommt daher, daß an Durchblutungsstörungen Leidende schon nach kurzen Gehstrecken starke Schmerzen infolge mangelhafter Durchblutung in den Waden bekommen und deshalb stehenbleiben müssen; damit dies nicht so auffällt, sehen sie interessiert ein Schaufenster an.

An den Händen und Armen verläuft diese Erscheinung nicht ganz so dramatisch. Doch permanent kalte Hände oder absterbende Finger sollten ein Warnsignal sein.

Während die Lebenserwartung der Bevölkerung zunimmt, bei Frauen liegt sie schon bei etwa 70 Jahren – bei Männern etwas darunter –, schleicht sich mit dieser Zunahme des Lebensalters immer eine nicht dem normalen, ungestörten Altern entsprechende Häufung der Durchblutungsstörungen des Gehirns ein. Vergeßlichkeit, Konzentrationsstörungen, Schwindelgefühl und Zittern sind untrügliche Anzeichen dafür. Oft fehlt der Umgebung des alternden und an diesen Erscheinungen leidenden Menschen das Verständnis,

wenn diese plötzlich Persönlichkeitsveränderungen zeigen, die sogar in Bösartigkeit oder Aggressivität enden können.

Professor K. Breddin vom Zentrum der Inneren Medizin der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Abteilung für Angiologie, in Frankfurt hat schon vor längerer Zeit darauf hingewiesen, daß die verfügbaren durchblutungsfördernden Mittel keine oder nur ungenügende Wirkungen zeigen.

Auch in einem jetzt erschienenen Buch über Nutzen und Risiken der Arzneimittel wurde keines der darin aufgeführten Produkte als therapeutisch zweckmäßig eingestuft. Dabei werden allein in der Bundesrepublik Deutschland 25 Millionen Pakkungen solcher Arzneimittel mit einem Wert von 650 Millionen DM verkauft.

Mehr Sauerstoff in die Gewebezellen

Eine gerade ideale Möglichkeit der Durchblutungsförderung ist die kombinierte Anwendung der Sano-Sono-Therapie und ärztliche Maßnahmen. Denn die notwendige, jedoch leider gestörte Sauerstoffaufnahme der Gewebezellen, die ohnehin nur durch den Erdmagnetismus, also das Hallsche Gesetz, erklärbar ist, wird durch die Art der Therapie unterstützt.

Da durchblutungsgestörte Körperteile nicht auch noch mit blutfördernden Maßnahmen, wie mit dem Einsatz eines elektronischen Behandlungsgerätes oder der Massage am betroffenen Körperteil, negativ beeinflußt werden dürfen, unterbleibt in diesen Fällen eine direkte Behandlung des durchblutungsgestörten Bereiches.

Das Heimbehandlungsgerät hat jedoch seinen sinnvollen Einsatz mit kontinuierlichem Lockern der Muskeln beiderseits der Wirbelsäule, sowohl im Kreuzbeinbereich als auch an der Halswirbelsäule. Denn in diesen Gebieten verlassen die Steuerungsnerven der Arme und Beine die Wirbelsäule, und nur wenn diese Austrittspunkte nicht durch Verspannung eingeengt sind, haben die Steuerungsströme der Nerven freie Fahrt.

Migränepatienten sind meist ungeduldige Schmerzpatienten. Häufig findet man eine Resignation; man nimmt mit der Zeit das Leiden eben so hin oder man rennt von Arzt zu Arzt. Deshalb gilt die Regel: Wechseln Sie nicht vorschnell den Arzt, wenn ein erster Behandlungsversuch erfolglos war. Ein zweiter oder dritter Anlauf kann die erhoffte Besserung bringen. Jeder Mensch reagiert nun einmal anders.

Die Migräne hat viele Ursachen

Im Mittelpunkt des Migräneanfalls steht der zuerst einseitige Kopfschmerz, der sehr schnell, beziehungsweise innerhalb von ein bis zwei Stunden, seinen Höhepunkt erreicht. Er kann mehrere Stunden, aber auch einen Tag anhalten. Typisch ist dabei der anfallweise Charakter des Schmerzes und seine Wiederholungstendenz. Leider greift der Migräneanfall auch auf das Allgemeinbefinden über. Neben Abgeschlagenheit, Blässe, Unkonzentriertheit können auch Kreislaufschwäche, kalter Schweiß, Herzklopfen und Übelkeit bis hin zum Erbrechen auftreten.

Die Ursachen der Migräne sind vielgestaltig. Die meisten Migränepatienten kennen »ihren« auslösenden Faktor. So ist zum Beispiel ein Blick auf das Barometer ein deutliches Warnsignal. Föhnreaktionen sind die Folge von unkontrollierten Hormonausschüttungen.

So ist etwa das Streßhormon Serotonin für die Vorreaktion, die erhöhte Schilddrüsentätigkeit für die Mittelreaktion und schließlich eine Verarmung des Nebennierenrindenhormons Adrenalin als Erschöpfungssyndrom für die Föhnnachreaktion verantwortlich. Nicht zu vergessen sind auslösende Faktoren im Bereich Alkoholismus, Nahrungsmittelunverträglichkeit und Störungen im Menstruationszyklus.

Besonders hervorheben muß man auch Verkrampfungen des Nackens und der Halswirbelsäule durch einseitige Überbelastung, wovon Stenotypistinnen und Fernfahrer ein Lied singen können.

Magnetfolien und die Behandlung mit dem Sano-Sono-Gerät im Sinne eines intensiven Durchschüttelns der Halswirbelsäulenmuskulatur, speziell im Ansatzbereich Hinterhauptbein (Übergang der Halswirbelsäule in den Nacken) angewendet, bringen meist erstaunliche Ergebnisse.

Die positive Ganzkörperumstimmung

Viele unserer Mitbürger unterziehen sich regelmäßig einer Ganzkörpermassage. Sie wissen warum. Denn wenn man von der Bank des Masseurs aufsteht, und ganz durchgewalkt wurde, hat man ein wohliges, lockeres Wärmegefühl, das den ganzen Körper positiv beeinflußt, also auch das Nervensystem. Man meint, Bäume ausreißen zu können.

Und dieses wohlige Gefühl kann man mit dem Sano-Sono-Gerät auch zu Hause erreichen. Sie stellen es am bequemsten auf die Stufe Automatik und behandeln ihren Körper immer »herzwärts«, am rechten Fuß beginnend, die Beine aufwärts, das linke Bein, den rechten Arm, den linken Arm, den Brustkorb. Durch die körpergerecht gebogene Form des Gerätes ist auch eine Behandlung des Rückens, hier besonders die Wirbelsäule aufwärts und abwärts, Kreuzbein- und Halswirbelsäulenbereich, den Rippen folgend, sehr einfach gemacht. Das nennt man die »positive Ganzkörperumstimmung«.

Der Trend, mehr für die Gesundheit zu tun, ist unverkennbar; und unbestritten ist Bewegung auch die beste Massage. Sportartikelhersteller haben Hochkonjunktur. Doch wer hat schon den Trimm-dich-Pfad im Garten? Weite Anreisewege, besonders in Großstädten, und schlechtes Wetter bremsen meist sehr schnell den Übungswillen.

Ein anderer Weg, den Körper zu ertüchtigen, ist der Gang ins nächste Massageinstitut. Auch diese Lösung ist kosten- und zeitaufwendig und fällt deshalb meistens flach. Eine Gewebs- und Muskeldurcharbeitung des ganzen Körpers ist jedoch ein- bis zweimal wöchentlich unbedingt anzuraten, um den einseitigen Belastungen des Alltags und des Berufs entgegenzutreten.

Eine Ganzkörperumstimmung mit dem Sano-Sono-Gerät ist immer möglich und sehr einfach, selbst auf Reisen.

Einmal wird durch die mechanische Wirkung Zug-Druck das Gewebe unter dem Behandlungsteller zusammengedrückt. Beim Nachlassen der Schwingung entsteht ein Vakuum, in das nun vermehrt sauerstoffreiches Blut einfließt. Dieser Effekt, mehrfach wiederholt, krempelt sozusagen den Gewebestoffwechsel um. Weiter werden durch die Druckmanipulation auf das Gewebe hormonelle Reaktionen hervorgerufen, die den vermehrten Durchblutungseffekt noch über Stunden nach der Behandlung meßbar machen.

Bei Bluterguß und blauen Flecken

Wenn das Blut durch eine Verletzung oder durch Druck seine Bahnen verläßt und ins Gewebe sickert, stellt sich dieses in der Haut als schmerzhafter blauer Fleck dar.

Damit die Sickerblutung in Richtung Gewebe gestoppt wird, soll schnellstmöglich etwas Kaltes, wie Eiswürfel oder Metallgegenstände, auf die betroffene Stelle gehalten werden.

Nach Stillen der Blutung geht es um die Beseitigung der Folgen. Oft ist ein stützender Verband hilfreich, wobei ein oder zwei Magnetfolien unterlegt werden. Bei offenen Verletzungen allerdings sollte zwischen Magnetfolie und Haut eine dünne sterile Gazeschicht gelegt werden. Die Schmerzen werden gelindert und der Blutabtransport gefördert.

Am folgenden Tag, wenn keine Nachblutungsgefahr besteht, wird das gesunde Gewebe um den Bluterguß herum durch das Sano-Sono-Gerät systematisch herzwärts – Strichführung zur Körpermitte hin – gelockert, so daß die Aufnahmefähigkeit für alte Blutpartikel aus dem Hämatomgebiet verbessert wird. □

Vertrauliches

Kuba

Neue Vorschläge von Fidel Castro

Bei der Amtseinführung von Ecuadors neuem linken Präsidenten Rodrigo Borja in Quito hatte Fidel Castro ein paar neue Vorschläge für die anderen lateinamerikanischen Präsidenten, die an der Zeremonie teilnahmen. Castro wählte seine Zusammenkunft mit dem kolumbianischen Präsidenten Virgilio Barco dafür aus, sie bekanntzugeben.

Als erstes, so schlug der Diktator Kubas vor, sollte Barco die Führung übernehmen bei der Schaffung eines Präsidentenforums für ganz Lateinamerika, das den Geltungsbereich der Gruppe der acht Contadora auf andere Länder des Kontinents – offensichtlich auch einschließlich Kuba – erweitern würde. Obwohl er selten in dieser Weise angeredet wird, ist Castro auch »Präsident« von Kuba.

Zweitens, so schlug Castro vor, sollte Barco, dessen Land von Drogenhändlern belagert ist, deren wichtigster Finanzier Robert Vesco ist, der sich derzeit in Kuba aufhält – obwohl Castro diese Tatsache nicht erwähnte –, es in die Hand nehmen, das Drogenproblem neu zu definieren, wie es durch die Vereinigten Staaten verursacht wird, deren Drogenkonsumenten den größten Markt darstellen.

Während seines Aufenthaltes in Ecuador traf Castro auch mit den Präsidenten Alfonsin von Argentinien, Arias von Costa Rica, Ortega von Nicaragua und Soares von Portugal zusammen. □

Kolumbien

Spannungen mit Venezuela

Jüngste Zwischenfälle an der Grenze zwischen Kolumbien und Venezuela haben die Spannungen zwischen den beiden Hauptstädten erneut belebt. Im August eröffneten zwei Mitglieder der venezuelanischen Nationalgarde das Feuer auf ein kolumbianisches Boot am Rio Orinoco, bei dem zwei Menschen an Bord getötet wurden. Zornige Kolumbianer verübten in einer Stadt nahe der Grenze einen Vergeltungsschlag: der Wagen des Konsuls wurde in Brand gesteckt.

Das kolumbianische Außenministerium protestierte in offizieller Form; die Venezuelaner reagierten mit Protest gegen den Protest und protestierten ihrerseits gegen den Angriff auf den Konsul.

Die Tageszeitung von Bogota »La Prensa« schürte das Feuer noch mit Artikeln, in denen es hieß, daß Grenzverletzungen der Venezuelaner an der Tagesordnung seien; daß Aktionen durch venezuelanisches Militär in Kolumbien im Jahr 1988 zu 40 Toten und 50 Folterungen geführt hatten; 50 Menschen, die vom venezuelanischen Militär verhaftet worden sind, seien verschwunden.

Die Spannungen zwischen den beiden Ländern drehen sich um die umstrittenen Gewässer im Golf von Venezuela sowie um die beiden umstrittenen Inseln Roncador und Quitosueno. □

Brasilien

Babys an den Organhandel verkauft

Babys aus Brasilien werden nach Israel, in die Schweiz und die Vereinigten Staaten verkauft, wo sie dann ermordet werden, um an ihre Organe zu kommen, so die Aussage eines Richters aus Paraguay.

Am 4. August 1988 entdeckte die Polizei in Asunción, der Hauptstadt von Paraguay, einen Baby-Schmuggel-Ring, der Babys von Rio nach Paraguay schmuggelte und von dort aus in die Vereinigten Staaten. Mit diesem Ring wurden auch arme Brasilianerinnen für die Geburt ihres Kindes nach Paraguay gebracht und deren Babys dann das gleiche Schicksal erfuhren.

Die verhafteten Mitglieder des Schmuggelrings sagten einem Richter, daß sie die Babys vor allem nach Israel und in die Schweiz verkauften, doch auch in die Vereinigten Staaten und Kanada. Richter Angel Campos meinte, einige der Babys wurden in geheime Krankenhäuser in den USA gebracht, wo man sie dann tötete, um an ihre Organe heranzukommen.

»Die meisten der Babys, um die es hier geht, wurden entführt«, berichtete der Chef der brasilianischen Bundespolizei Romeu Tuma mit einem Ausdruck des Entsetzens über diese Geschäftemacherei. »Es ist schwer, diese Meldungen zu glauben bei einem so ernsten Fall wie diesem.«

Die US-Botschaften in Paraguay und Brasilien waren ängstlich darauf bedacht, daß die Presse die Geschichte nicht zu groß herausbringt, denn eine ähnliche Geschichte über Babys aus Guatemala im vergangenen Jahr hat sich als falsch herausgestellt. Die Botschaften und die amerikanische Informationsbehörde, die sich große Mühe gegeben hatten, um die Geschichte aus Guatemala zu unterdrücken, waren bei dieser neuesten Meldung relativ erfolgreich.

Der »O Globo« aus Rio brachte die Meldung zwar in großer Aufmachung, doch überall sonst auf der Welt wurde kaum darüber berichtet, obwohl der Nachrichtendienst Reuter Fotos von sieben Babys, die von der Polizei gefunden wurden, übermittelt hat und Agence France Press ausführlich darüber berichtete. □

Peru

Verbot einer terroristischen Zeitung

Die Polizei in Lima, Peru, hat in einer Druckerei eine Razzia durchgeführt, in der gerade eine Sonderausgabe der Zeitung »El Diario«, dem Sprachrohr der Shining Path-Terroristen, gedruckt wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte das Blatt ohne weiteres erscheinen; die Razzia erfolgte aufgrund eines Aufrufs von Präsident Alan Garcia, die Unterstützung von Terroristen und Propaganda-Operationen einzustellen.

Seither konnten die Führer der Shining Path niemanden mehr finden, der die Tageszeitung drucken wollte, und sie konnten nur noch zweiseitige Flugblätter verteilen.

Das vierzig Mann starke Polizeikommando stoppte den Druck von 100 000 Exemplaren der Sonderausgabe, in der ein 48 Seiten langes Interview mit dem Terroristenchef Abimael Guzmán erscheinen sollte.

Perus Kongreß steht allerdings noch vor der Debatte über ein neues Antiterrorgesetz. Mit dem Gesetz sollen Gesetzeslücken geschlossen werden, die von den Terroristen bisher ausgenutzt wurden, um dem Gefängnis zu entgehen und ihre Propaganda zu veröffentlichen.

Die Zeitung »El Diario« veröffentlichte inzwischen einen Bericht, in dem gegen die Anwendung von Herbeziden bei Koka-Pflanzen in Huanuco, einer Dschungelprovinz, protestiert wurde. Die Terroristen warnten: »Die Armee der Volksguerillas bereitet sich auf eine Reihe von bewaffneten Angriffen vor, um den vereinten Streitkräften von Armee und Polizei in dieser Region gegenübertreten zu können.«

Im August tötete eine Gruppe von Terroristen 1099 Alpacas aus einer Sonderzucht. Es handelte sich hierbei um ein Tier mit einer sehr feinen Wolle, das auf einer Versuchsranch des Landwirtschaftsministeriums in den Anden gezüchtet wird. Die Alpacas sollten als Zuchttiere an Bauerngemeinden in ganz Peru verteilt werden. □

Burundi

Tausende bei Stammes-Massakern getötet

In Berichten ist von 5 000 bis 24 000 Menschen die Rede, die in dem afrikanischen Land Burundi bei Zusammenstößen zwischen dem Mehrheitsstamm der Hutu und der regierenden Minderheit, dem Stamm der Tutsi, getötet worden sein sollen. In den Berichten heißt es, Hutu-Dorfbewohner im Norden hät-

ten in dem Glauben, Tutsis planten ein Massaker, angefangen, Tutsis zu töten. Daraufhin sei die von dem Stamm der Tutsis beherrschte Armee eingedrungen und habe Tausende von Hutu-Männer, Frauen und Kinder in einem Racheakt getötet.

Den letzten Berichten zufolge sollen über 35 000 Hutus in das benachbarte Ruanda geflohen sein. Die Spannungen an der Grenze haben sich offenbar durch Gespräche zwischen den beiden Ländern entschärft. Der mittelafrikanische Staat Burundi pflegt enge Beziehungen zu Muammar Gaddafis Lybien und verfolgt die katholische Kirche im Land. □

Südafrika

Mandela vielleicht bald frei

Sprecher für die südafrikanische Regierung sagten, der inhaftierte Führer des terroristischen Afrikanischen National-Kongresses (ANC), Nelson Mandela, würde vielleicht bald aus dem Gefängnis entlassen. Mandela, der eine lebenslange Haftstrafe wegen Sabotage und Verschwörung verbüßt, die im Jahr 1964 begann, soll zur Zeit eine medizinische Behandlung wegen Tuberkulose bekommen.

Bei einer Konferenz seiner National Party hatte Präsident P. W. Botha angedeutet, daß Mandela vielleicht auf freien Fuß gesetzt wird. Da selbst gemäßigte schwarze Führer darauf bestehen, daß Mandela freigelassen wird, bevor sie erwägen, über Schritte im Hinblick auf eine Machtteilung und ein Ende der Apartheid zu verhandeln, hält man es für möglich, daß der Zustand des ANC-Führers von Botha als Vorwand benutzt wird, den er braucht, um für Mandelas Freilassung zu sorgen, ohne daß er damit die reaktionären Weißen allzu sehr gegen sich aufbringt.

Gleichzeitig ist der ANC plötzlich »gemäßigter« geworden. Von seinem Hauptquartier in Zambia aus wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der die Verantwortung für Bombenanschläge der jüngeren Zeit gegen Zivilisten in Südafrika übernommen wurde, doch gleichzeitig hieß es darin, daß die Bombenanschläge zu »unbeabsichtigten Opfern« geführt haben.

Der ANC berichtete auch, daß er den politischen Kommissar seines militärischen Flügels, Steve Tshwete, versetzt habe. »Der Kongreß betont, daß es nicht seine Politik ist, einzig Zivilisten als seine Ziele auszuwählen. Unsere Moral als Revolutionäre schreibt es uns vor, daß wir die Werte respektieren, die das menschliche Verhalten im Krieg stützen.«

Seit Mai hat der ANC Bombenangriffe auf Unterhaltungslokale, Fast-Food-Ketten und Einkaufszentren in Johannesburg und Pretoria durchgeführt. Der Architekt dieser Politik soll Tshwete gewesen sein. Der plötzlich um so vieles gemäßigtere Tenor des ANC zumindest folgt nach einem Friedensvertragsentwurf für die Region, der zwischen Angola, Kuba – das Land hat 50 000 Soldaten dort stationiert – Südafrika und den Vereinigten Staaten vereinbart wurde. Die Sowjetunion, Amerikas Verhandlungspartner im Hintergrund bei diesem Abkommen, übt vollständige Kontrolle über den ANC aus. □

Sudan

Das Schlimmste steht dem Land noch bevor

Einem Zitat eines Arbeiters eines Hilfstrupps in der Pariser Tageszeitung »Le Monde« zufolge, »kommt das Schlimmste noch« im Sudan. »Wir fürchten, daß es noch mehr regnen wird und der Nil in den kommenden Monaten noch weiter steigen wird.«

Zitierten Experten zufolge wird die Gefahr von Epidemien am größten sein, wenn die Wasserpegel einmal zu fallen beginnen. Es sind bereits Gerüchte im Umlauf, daß das ganze Land wegen der Gefahr von Cholera und Typhus unter Quarantäne gestellt werden soll.

Der Leiter der regionalen Rotkreuz-Organisation soll gesagt haben: »Die Erfahrungen in der Vergangenheit sind nichts, verglichen mit der Katastrophe, die wir jetzt durchmachen. Von den 2,5 Millionen Einwohnern Khartums sind etwa eine Million von den Überschwemmungen hart betroffen. Über 500 000 Menschen sind ohne Obdach.«

Die schlimmste Situation herrscht im Norden des Landes, wo über 100 Quadratkilometer Landes völlig unter Wasser liegen. Näheres über die Anzahl von Todesopfern dort ist nicht bekannt. □

Angola

Savimbi von seinen Freunden verkauft

Nach Ansicht von Informanten im südafrikanischen Militär ist Jonas Savimbi und seine UNITA-Guerilla-Oppositionsstreitmacht in Angola von »seinen Freunden verkauft worden« als Folge des von den Amerikanern und Sowjets für die Region zwischen Angola, Kuba und Südafrika vereinbarten Abkommens.

Savimbis Streitkräfte haben sich mehr als den 50 000 kubanischen Soldaten und der regulären angolanischen Armee mit ihren sowjetischen Beratern gegenüber behauptet, doch das hing von der Präsenz der südafrikanischen Streitkräfte in Südangola ab. Verschiedenen militärischen Quellen in Windhuk zufolge befinden sich Savimbi und die UNITA jetzt in einer sehr gefährlichen Position, die durch den frühzeitigen Abzug aller südafrikanischen Truppen aus Südangola hervorgerufen worden ist.

Damit wurde es den pro-sowjetischen Swapo-Guerillas erstmals möglich, sich entlang der angolanisch-namibischen Grenze wieder in ihre Positionen zu begeben. Kubanische Truppen und Militärausrüstung werden weiterhin in ein Gebiet nördlich des Hauptstützpunktes der UNITA-Operationen gebracht. Innerhalb weniger Wochen werden Savimbi und die UNITA zwischen den Kubanern und den Streitkräften der Swapo eingeschlossen sein.

Als Reaktion auf diese Bedrohung soll die UNITA dabei sein, ihre Hochburg im Südosten Angolas in der Nähe von Jamba zu verlassen und sich darauf vorzubereiten, im Norden des Landes nahe der Grenze zu Zaire neu zu gruppieren. In der Zeit ihrer erneuten Truppenentfaltung und Neustationierung wird die UNITA für die verstärkten kubanischen Truppen am verwundbarsten sein.

Selbst wenn die UNITA diese erzwungene Positionsveränderung überleben sollte, schneiden die regionalen Vereinbarungen Savimbi von seiner Unterstützung seitens Südafrika ab und bringen ihn in eine viel stärkere Abhängigkeit von Washington.

Informanten in der Region glauben, daß dies ein Hauptziel der Unterhändler aus dem amerikanischen Außenministerium sei, die Savimbi und die UNITA im Verlauf einer zweiten Phase von regionalen Vereinbarungen formell verkaufen würden. □

Burma

Haben die Chinesen die Hände im politischen Spiel?

Wie aus Meldungen von Agence France Press hervorgeht, hat die Volksrepublik China durch ihre Berichterstattung über die Unruhen in Burma die Forderungen der Protestierenden im Land insgeheim gutgeheißen. Da erhebt sich die Frage, ob die Chinesen bei dem politischen Aufstand, durch den die 26 Jahre alte Regierung von General Ne Win gestürzt wurde, die Hände im Spiel hat.

In der »Beijing Review« werden Beobachter zitiert, die gesagt haben sollen: »Nur wenn die neuen Führer die Probleme richtig behandeln und die Wirtschaftsreformpolitik effektiv durchführen und die Demokratie im Land fördern, wird Burma sich von den Schwierigkeiten befreien können.« □

Briefe

Betr.: Europäische Gemeinschaft »Zurückhaltung bei höheren Militärausgaben« Nr. 9/88

Seit 5000 Jahren ist der Zins das größte Ausbeutungsmittel der Menschen. Er ist die Hauptursache der Naturzerstörung und Vergiftung und die Ursache fast aller Kriege, weil gerade durch Rüstungswettlauf und Kriege eine verschwindende Minderheit Milliardengewinne machen kann. Mit tausend Milliarden Schulden und 70 Milliarden Zinsenzahlungen ist doch die Bundesrepublik ein vorbildlicher »Rechtsstaat«.

So lange es Geschichte gibt, waren Soldaten und Rüstung immer Kriegsvorbereitungen. Und auch heute noch werden in der ganzen Welt Soldaten zu Mördern auf Befehl erzogen. Und das soll jetzt alles zur Erhaltung des Friedens unerläßlich sein? Und wer das anzweifelt, wird gleich zum Staatsfeind gestempelt.

Ursprünglich war die Technik unsere Helferin, jetzt beherrscht sie uns. Daß heute mit einem Fingerdruck Völkermord und weitgehende Lebenzerstörung ausgelöst werden kann, ist für die Machtbesessenen sehr beruhigend und bringt nicht einmal die Kirchenchristen dazu, endlich die unverfälschte Christenlehre zu predigen. Diese Erfahrung habe ich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges dauernd gemacht und im vergangenen Juni mit dem »Berliner Sonntagsblatt« erneut.

Die wenigen Priester, die die unverfälschte Lehre predigen, wurden von den Hierarchien verfolgt. Der frühere Prager Erzbischof Dr. Frantisek Cordac (1852–1934) schrieb nach dem Ersten Weltkrieg:

»Silvio Gesell zeigt uns die dank der Kontrolle über die Zirkulation des Geldes zu erlangende soziale Gerechtigkeit. Die heutigen Parlamente sind ausschließlich sogenannte demokratische Fassaden, um die totale Herrschaft der internationalen Hochfinanz zu verdekken. Die Parlamentarier sind Knechte und verteidigen niemals die wahren Interessen der Völker, sondern einzig und allein die des Gottes Mammon. Die kapitalistische Presse schläfert die vertrauensseligen und insbesondere unwissenden Völker ein und schmiedet deren Meinung durch bewußt irrige Veröffentlichungen.

Wenn die heutigen sogenannten Regierungen und die Kapitalisten nicht endlich die Gesetze anerkennen, auf denen das Christentum beruht, wird unsere Welt in einem Meer von Flammen umkommen!«

Walter Michel, Berlin

★

Wir mögen es damals anders erlebt haben. Tatsächlich ist nicht der 8. Mai 1945 der Tiefpunkt gewesen. Der Zeitpunkt für »Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung im Sinn einer Selbsterniedrigung ist eingetreten, als beide deutschen Staaten wieder Wehrverbände aufgestellt haben, die seither gegeneinander stehen.

Es ist ungeheuerlich, daß wir unseren Zustand des Wohlstandes und der Rechtssicherheit damit erkaufen, daß Massenvernichtungsmittel auf die Menschen in der DDR und sonst im Osten gerichtet sind. Man kann nur hoffen, daß uns Deutschen der Krieg, das Hinübergleiten von der Gedankensünde zur Tatsünde, von der Planung zur Ausführung der modernen Kainstat erspart bleibt.

Wir sind keine Nation mehr, seit wir uns dazu haben verleiten lassen, das unser Volk Trennende stärker zu betonen als das Verbindende.

Der Geist des Körpers der Menschheit leidet unter der Droge des militärischen Denkens wie der Geist des Menschen unter diesen zugeführten Drogen leidet. Wie der Mensch eine allmähliche Entziehungskur von der Droge nötig hat, so die Menschheit eine allmähliche Entziehungskur von der Droge des militärischen Denkens.

Gottfried Jahn, Siegen

Betr.: Bundesrepublik »Die tägliche Schizophrenie«, Nr. 8/88

Philosophen sprechen heute von Karl Marx nur als von dem »Veränderungs-Philosophen«. Liebt unser Bundesarbeitsminister nicht auch Veränderungen am laufenden Band?

In Chile 1987 setzte sich Minister Blüm für kommunistische Terroristen so leidenschaftlich ein, daß eine chilenische Firma ihren bei einer deutschen Firma bestellten Auftrag stornierte und an Japaner vergab. Und jetzt will Minister Blüm auch noch nach Südafrika, um den »Stand der Arbeitnehmer- und Gewerkschaften-Rechte zu erarbeiten«.

August Bebel hat einmal gesagt: »Wenn dich deine Gegner loben, hast du etwas falsch gemacht!« – Dr. Blüm hat vor kurzem dieses Bebel-Wort um 180 Grad gedreht: »Wenn alle meine Strukturreform kritisieren, bin ich auf dem richtigen Weg!«

Von Lenin stammt das Wort: »Die Wahrheit zu sagen, ist ein bourgeoises Vorurteil«. Als Minister Blüm am 1. Dezember 1982 vor dem Deutschen Bundestag seine zwei »Vorfahrtsregeln« zur CDU-Gesundheitspolitik formulierte – »Selbstverwaltung hat Vorfahrt vor Gesetzgebung« und »Freiwillig geht vor Zwang; der Staat ist Partner und nicht Befehlsgeber der Selbstverwaltung!« – war das auch ein bourgoises Vorurteil?

Daß übrigens Herr Todenhöfer den Linkskurs der CDU kritisiert, kann nicht verwundern, denn Herr Jürgen Todenhöfer hat seinerzeit als einziger Regierungsvertreter die Freiheitskämpfer in Afghanistan besucht, während Minister Blüm sich 1987 in Chile um kommunistische Terroristen gekümmert hat.

Kann ein solcher Minister, der sich in seiner Freizeit um Kommunisten, Arbeitnehmer und Gewerkschaften kümmert – und keineswegs um Freiheitskämpfer, wie Herr Todenhöfer – überhaupt für Gesundheitsberufler zuständig sein?

Schon lange fordern die Gesundheitsberufe, daß sie wieder – wie von 1945 bis 1970 – dem Gesundheitsministerium unterstellt werden, wo sie auch hingehören!

Zusammenfassend kann man nur Minister Blüm zitieren: »Die Sozialpolitik muß vor Politikern geschützt werden!«

Dr. Winfried Hellemann, Bonn

Betr.: Bonn »Ursachen der Polit-Kriminalität«, Nr. 8/88

EG-Kommissionspräsidenten-Berater Professor Raymond Rifflet gab zu, daß in der EG kein parlamentarisches Entscheidungsprozedere gelte und daß die Bedingungen der Freiheit und der demokratischen Mitwirkung der Bürger neu organisiert werden müßten.

Wird das möglich sein, wenn Banken, Versicherungen und Kartelle immer mehr die nationalen Parlamente entmachten? Bereits heute schon sind – als ein Staat im (kommenden Euro-)Staat – folgende mächtigen Banken, Versicherungen und Industriegruppen miteinander verflochten: Allianz, Genfer Vereinigung, Riunione Adriatica Sucurta, Münchener Rück, Deutsche Bank, Daimler Benz, Bosch, Siemens, Mannesmann, AmRo Bank, Amsterdam-Rotterdam Bank, Philips, SASEA, Unilever, S. G. Warburg, Queen of England, De Benedetti, Nestlé, Bank of England-Rothschild, Dreyfus, Doumeng.

Welche übrigen Firmen werden indirekt kontrolliert? Aus Angst, im kommenden brutalen Konkurrenzkampf nicht mehr bestehen zu können, lassen sich immer mehr mittlere Unternehmen übernehmen.

Wer steht hinter Akteuren wie Rey, Tettamanti in der Schweiz und anderen im übrigen Europa?

Emil Rahm, Hallau

Betr.: Leserzuschrift: Bibel »El Schaddai und sein Gesetz«, Nr. 1/88 in 9/88

Es ist darauf hinzuweisen, daß das angegebene Bibelwort, das »Himmelreich inwendig in Euch«, das bei Lukas 17/21 steht, in der Lutherbibel von 1545 heißt: »Denn seht, das Reich Gottes ist inwendig in Euch«. In der Einheitsübersetzung der modernen christlichen Geistlichkeit heißt es an derselben Stelle: »denn das Reich Gottes ist (schon) mitten unter Euch«.

Wenn beide Übersetzungen richtig sind, dann entbehrt das Neue Testament der notwendigen Klarheit, um Grundlage einer Weltreligion zu sein.

Ernst Fritzler, Ohmes

Betr.: Weltraum »Ernste Wissenschaft und wilde Spekulationen«, Nr. 9/88

Schon ab der ersten Ausgabe hatte CODE, das ich gerne lese, einen besonderen Geschmack und eine subtilere Courage, als andere Zeitschriften. In die Linie paßt die klare Antwort zur Frage über die Außerirdischen. Waren sie da oder nicht. Sie waren es.

Schlecht für den Artikel und das besprochene Buch ist die pauschale Abkanzelung so vieler ehrlicher und ernsthafter Forscher, die sich in ihren Publikationen seit Jahrzehnten für dasselbe Anliegen einsetzen. Harald Stöber bringt »ernste Wissenschaft«, und alles andere sind »wilde Spekulationen«. Nee – so nicht!

Erich von Däniken, Feldbrunnen

★

Ich habe mich offengestanden über die gewisse Arroganz im Artikel von Herrn Stöber geärgert. Mit keinem Wort wird Erich von Däniken erwähnt, der immerhin 14 Bücher zur selben Thematik veröffentlichte, und von dem, wie der Kenner leicht merkt, auch Herr Stöber Honig gesogen hat.

Ich kenne Erich von Däniken persönlich nicht, aber ich weiß aus seinen Publikationen, daß er seine Mitstreiter stets fair erwähnt. Charroux und Däniken waren übrigens dicke Freunde, wie aus dem Charroux-Nachlaß hervorgeht, doch auch Charroux war nicht der Erfinder der »Astronauten-Götter«. Schon 1954 erschien von Frau Irene Sänger-Bredt ein Artikel des Themas »Träumereien am Rande der Weltraumfahrt«. Däniken veröffentlichte in der kanadischen Zeitschrift »Der Nordwesten« 1959 eine ganze Seite unter dem Titel »Erhielt die Erde Besuch aus dem Weltall?«

Hans-Peter Keist, Lugano

